Dienstag, 26. November 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 275 - 48.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 160 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lufthansa: Erstmals in der Geschichte der ÖTV hat sich der Hauptvorstand über ein Urabstimmungsergebnis hinweggesetzt. Er beschloß einstimmig, den von Georg Leber unterbreiteten Kompromißvorschlag anzunehmen, und erklärte den Arbeitskampf bei der Lufthansa mit sofortiger Wirkung für beendet.

Streikrecht: Die Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften werden am 2. Dezember darüber beraten, ob sie ohne den Gesetzgeber klare Regeln für die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in Arbeitskämpfen vereinbaren können. Der DGB hat in einem Schreiben alle Bundestagsabgeordneten aufgefordert, den Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz nicht anzutasten.

Gemeinsamkeit: Die SPD und die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) bekannten sich in einer gemeinsamen Erklärung zur „Sicherheitspartnerschaft", durch die die Doktrin der Abschreckung überwunden werden soll. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Rühe, warf der SPD vor, Bündnispositionen zu verlassen und mühsam erzielte Verhandlungserfolge auf der KVAE in Stockholm zu untergraben. (S. 2 und 10).

KSZE: Das Kulturforum der KSZE in Budapest geht ohne gemeinsame Schlußerklärung zu Ende. Der Westen hatte auf der Verankerung von Menschenrechten in der Erklärung beharrt, die Sowjetunion den USA abgesprochen, die Menschenrechtslage in Ost-Europa zu kritisieren.

Spionage: Das israelische Außenministerium reagierte bestürzt über den Fall des amerikanischen Sicherheitsbeamten Pollard, der angeblich für Israel spionierte. Die besonderen Beziehungen zwischen Israel und den USA verböten israelische Spionage in den USA, so die Regierung. In den USA wurde unter dem Verdacht der Spionage für die Sowjetunion der 44jährige Ronald William Pelton festgenommen. Er war früher als Fernmeldefachmann im Amt für Staatssicherheit (NSA) tätig.

Atomversuch: Nach Neuseeland protestierte gestern auch Australien gegen den jüngsten französischen Atomwaffenversuch auf Mururoa. Wenn Paris sich weiter darüber hinwegsetze, daß der Südpazifik von den Anrainerstaaten zur atomwaffenfreien Zone erklärt wurde, werde dies die Beziehungen zu Frankreich noch stärker belasten, warnte Australiens Außenminister Hayden.

ZITAT DES TAGES



» Wer für den Frieden demonstriert, kann nicht die Tötung ungeborenen Lebens gutheißen. Wer Abtreibung für Tötung erachtet, sollte auch sonst die Mühe um die Sicherung des Lebens und des Friedens verstehen «

Hans von Keler, Bischof der evangelischen Landeskirche in Württemberg

FOTO: EPD

WIRTSCHAFT

Konsum: Der Verbrauch der privaten Haushalte wird nach Einschätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im kommenden Jahr real um drei Prozent steigen. Damit wird er deutlich zur Stützung der Inlandsnachfrage beitragen. (S. 11).

Gatt: Die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens kamen gestern zu ihrer Jahresversammlung zusammen. Von der Tagung werden wichtige Weichenstellungen für eine neue weltweite Gatt-Runde erwartet. (S. 11).

Benzin: Die Zahl der Bleifrei-Tankstellen verdreifachte sich in den vergangenen sechs Monaten auf 4000. An jeder vierten Tankstelle kann bleifrei getankt werden. Bis Jahresende soll es 5000 Bleifrei-Tankstellen geben. Davon wird jede zweite auch unverbleiten Superkraftstoff anbieten.

Börse: Bei freundlichem Grundton kam es nur in Teilbereichen zu weiteren Kursgewinnen. WELT-Aktienindex 253,36 (253,48). Der Rentenmarkt zeigte ein uneinheitliches Bild. BHF-Rentenindex 104,437 (104,509). Performance-Index 108,301 (108,344). Dollar-Mittelkurs 2,5640 (2,5852) Mark. Goldpreis je Feinunze 330,20 (326,50).

KULTUR

Der kleine Prinz: Berlins Opernintendant Götz Friedrich brachte die Erzählung Saint-Exupérys als moderne Oper auf die Bühne. Die Kinder nahmen daran Anstoß, daß der gesungene Text schlecht zu verstehen war.

La Wally: Catalanis einzige Oper, jetzt in Bremen unter der Regie von Werner Schröter aufgeführt, fehlt es an Individualität. Originell immerhin, daß es sich um etwas wie Freiluftmusik im Opern-Loden handelt. (S. 25).

SPORT

Fußball: Erst heute wird sich entscheiden, ob das Achtelfinal-Hinspiel im UEFA-Pokal zwischen Mönchengladbach und Madrid im Düsseldorfer Rheinstadion morgen live von 20.15 Uhr an in der ARD übertragen wird. (S. 9)

Schach: Bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Luzern verlor die deutsche Auswahl die achte Partie gegen Argentinien mit 2:4. Im Gesamtklassement liegt die deutsche Mannschaft weiterhin auf dem neunten Platz. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Atlantis: Die amerikanische Raumfähre soll nach Mitteilung der US-Raumfahrtbehörde Nasa an dem ursprünglichen Termin, morgen um 1.29 Uhr MEZ, starten. Ein Schaden an der Triebwerkshydraulik konnte schneller als erwartet behoben werden.

Wein: Der ungewöhnlich sonnige, trockene Herbst hat in Frankreich zu einer Rekordernte geführt. Mit 2,5 Millionen Hektolitern Ertrag liegen die Qualitätsweine aus dem Rhônetal um ein Fünftel über der durchschnittlichen Jahresproduktion. Für die Bordeaux-Weine wird eine Steigerung um 30 Prozent erwartet.

Wetter: Bewölkt, teilweise Schneefall. Um 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Der Gen-Technologie sollen Schranken gesetzt werden

Bundesregierung: Menschenwürde geht vor / Bericht der Benda-Kommission

kü. Bonn

Den von der Wissenschaft eröffneten Möglichkeiten zur Erzeugung menschlichen Lebens außerhalb des Mutterleibes sowie zur Analyse und Manipulation menschlicher Erbanlagen sollen gesetzliche Grenzen gezogen werden, ohne daß das Grundrecht der Forschungsfreiheit verletzt wird. Dieses Fazit zogen Justizminister Hans Engelhard und Forschungsminister Heinz Riesenhuber gestern in Bonn bei der Entgegennahme des Berichts der sogenannten Benda-Kommission. Diese Expertengruppe hat die ethischen und rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit der In-vitro-Fertilisation (Befruchtung im Reagenzglas) sowie mit den neuartigen gentechnischen Verfahren in der Medizin erörtert und Empfehlungen dazu erarbeitet.

Als ersten Schritt werde die Bundesregierung in Kürze die Kommerzialisierung von sogenannten „Ersatzmüttern" durch eine Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes strafrechtlich verbieten, kündigte Minister Engelhard an. Er machte klar, daß Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung dann notwendig und zulässig seien, wenn andere hochrangige Rechtsgüter, vor allem die Würde des Menschen bedroht seien.

Der Vorsitzende der Kommission, Professor Ernst Benda, wies darauf hin, daß es „einfache Antworten" auf diese schwierigen Fragen nicht gebe. Die beteiligten Wissenschaftler seien sich des Konfliktes bewußt gewesen zwischen dem wünschenswerten wissenschaftlichen und medizinischen Fortschritt und der Notwendigkeit, möglichem Mißbrauch von Forschungsergebnissen vorzubeugen.

Forschungsminister Heinz Riesenhuber sieht durch die Empfehlungen der Experten die Grundposition der Bundesregierung bestätigt: Dazu gehört die Verpflichtung des Staates, das Leben, die Menschenwürde sowie Ehe und Familie zu schützen. Der Schutz menschlichen Lebens gelte auch für menschliche Embryonen während der ersten Entwicklungsstufen. Die künstliche Befruchtung und die Übertragung von Embryonen sei nur dann vertretbar, wenn auf natürliche Weise keine Schwangerschaft erreichbar sei. Jede Form der Ersatzmutterschaft („Leihmütter") sei hingegen abzulehnen.

SEITE 8:
Forschungsfreiheit

Positiv bewertet die Kommission die Genom-Analyse, bei der menschliche Erbanlagen untersucht werden, etwa um Erbkrankheiten frühzeitig zu erkennen. Doch müsse eine Reihe einschneidender Voraussetzungen gewährleistet sein. Während die Kommission einen gentechnischen Eingriff in Körperzellen, etwa zum Zweck der Heilung angeborener Krankheiten, befürwortet, lehnt sie den Eingriff in die Keimbahn (Vererbungszellen) strikt ab und fordert auch hier eine gesetzliche Regelung.

In einem Sondervotum wandte sich der Kölner Genetiker Professor Doerfler dagegen, zum jetzigen Zeitpunkt gesetzliche Regelung zu treffen, da die wissenschaftliche Entwicklung noch gar nicht abzusehen sei.

Forschungsminister Riesenhuber betonte, daß die Empfehlungen der Kommission und die Haltung der Bundesregierung kein grundsätzliches Votum gegen die Gentechnologie oder gegen die neuen medizinischen Verfahren sei. Es müsse aber eine begründete Diskussion über Chancen, Risiken und Grenzen dieser Entwicklungen geführt werden.

DER KOMMENTAR

Forschung und Ethik

LUDWIG KÜRTEN

Die Absicht der Bundesregierung, die Empfehlungen der Benda-Kommission zügig in gesetzgeberische Initiativen umzusetzen, ist begrüßenswert. Bei einigen Problemstellungen, die von der Arbeitsgruppe in den vergangenen 18 Monaten beraten wurden, besteht dringender Handlungsbedarf. So sind Fälle bekannt geworden, in denen Ersatzmütter gegen hohes Entgelt vermittelt werden sollten. Auch die Frage, ob mit menschlichen Embryonen, die sich in der frühesten Entwicklungsphase befinden, experimentiert werden darf, und sei es zu dem Zweck, neue Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten für Erbkrankheiten zu finden, muß geklärt werden.

In anderen Ländern, etwa in Großbritannien, gibt es solche Forschungen schon. Hierzulande dagegen verhinderten nur die Selbstbeschränkungen der Mediziner jene Entwicklung. Auf dem letzten Ärztetag wurde gegen eine derartige Forschung votiert und dies im Standesrecht verankert. Manche Wissenschaftler beklagen zu Recht, daß im Verlauf der öffentlichen Diskussion Science-fiction-Visionen beschworen werden und anschließend nach dem Knüppel des Gesetzes gerufen wird. Es dürfen aber im Namen des wissenschaftlichen Fortschritts keine menschlichen Grundrechte verletzt werden. Ein Embryo, auch wenn er erst aus wenigen Zellen besteht, ist schon ein Mensch. Die im Artikel 5 des Grundgesetzes verankerte Freiheit der Forschung ist ein hohes Gut, das zu den Grundfesten unserer Demokratie gehört. Es findet seine Grenzen in der Unantastbarkeit des Lebens und der Würde jedes Menschen.

Klare gesetzliche Regelungen sollten den Forschern jetzt sagen, was sie tun dürfen und was nicht. Nur so kann erreicht werden, daß der wissenschaftliche Fortschritt nicht aufgehalten wird. Doch welche Erkenntnis wünschenswert ist, muß eine politische Entscheidung bleiben.

SDI auch ein Schutzschild für Europa

Abrahamson warnt vor Mißverständnis / „Schirm" soll sowjetischen Durchbruch verhindern

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der Chef des amerikanischen Programms zur Erforschung einer Raketenabwehr im Weltraum, General James Abrahamson, hat es als ein „fundamentales Mißverständnis" bezeichnet, daß angenommen werde, die Vereinigten Staaten wollten nur sich vor Raketenangriffen schützen. In Brüssel sagte Abrahamson: „Die Weisung des Präsidenten lautet, Forschung auf allen Bedrohungsebenen zu betreiben, der Bedrohung der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten."

Das Mißverständnis hänge „schon zu lange in der Luft". Abrahamson klopfte auf den Tisch und fügte hinzu: „Ich sollte mit dem Fuß stampfen oder irgendetwas ähnliches tun. Lassen Sie mich das wiederholen: Es dreht sich um jede Bedrohungsebene und das schon von Anfang an." Er habe soeben den von einer amerikanischen Firma in Zusammenarbeit mit europäischen Unternehmen erarbeiteten Vorschlag geprüft, zur Abwehr der Raketenbedrohung erdgebundene Schienengeschütze in Europa zu installieren, die eine besondere Munition verschießen, die anders funktionieren als die im Vakuum des Weltenraums befindlichen Schienengeschütze. Das Schienengeschütz (Rail Gun) bezeichnete Abrahamson als eines der Gebiete, auf denen die Vereinigten Staaten „technische Durchbrüche der Weltklasse" erzielt hätten, obwohl die SDI-Forschung mit vollen Haushaltsmitteln erst seit einem Jahr vorausschreite. Andere Durchbrüche seien auf dem Gebiet der Laserwaffen gemacht worden, sagte Abrahamson. Mit dem Schienengeschütz, das auf dem Prinzip elektromagnetischer Beschleunigung beruhe, hätten es die Vereinigten Staaten vermocht, im Versuch Metallmolekülwolken auf eine Geschwindigkeit von 40 000 Metern in der Sekunde zu bringen.

Als einen Eckpfeiler des amerikanischen SDI-Programms bezeichnete es Abrahamson, die Forschung in eine Richtung anzustellen, die es der Sowjetunion verwehre, die Anzahl ihrer Raketen drastisch zu steigern, um damit den Raketenschirm zu durchbrechen. Abrahamson sagte, die Vermehrung von Offensivraketen zur Überwindung einer „örtlichen Abwehr" sei das Denken Anfang der siebziger Jahre gewesen, als die Vereinigten Staaten ihr Raketenabwehrsystem in North Dakota abgebaut hätten. Das um Moskau errichtete und ständig erweiterte sowjetische Raketenabwehrsystem beruhe auf diesem Prinzip. „Was wir wollen, ist etwas ganz anderes. Wir untersuchen ein vielschichtiges Abwehrsystem, bei dem es keine Rolle mehr spielt, ob der Gegner die Zahl seiner Offensivraketen erhöht. Wir geben ihm einfach kein Motiv mehr, das zu tun. Was dann geschehen würde ist, daß der gegnerische Zielplaner sich selbst sagen muß, ein militärischer Sieg oder ein zufriedenstellendes militärisches Ergebnis ist nicht mehr zu erzielen. Auf diese Weise entkleidet man die ballistische Atomrakete ihres militärischen Werts." (SAD)

Burt spricht von „feigem Anschlag"

DW. Frankfurt

Die Hintergründe für den Bombenanschlag auf das Einkaufszentrum der US-Streitkräfte in Frankfurt, bei dem am Sonntag insgesamt 38 Menschen verletzt worden waren, sind weiterhin ungeklärt. So hatten die Ermittlungsbehörden bis gestern noch keinerlei Hinweise auf Täter und Motiv des Anschlags. Ein „Bekennerschreiben" lag nicht vor, ebensowenig ein Untersuchungsergebnis über die Zusammensetzung des für die Autobombe benutzten Sprengstoffs.

Im Anschluß an ein Treffen mit Bundesaußenminister Genscher erklärte US-Botschafter Burt: „Der feige Anschlag richtete sich nicht nur gegen die Vereinigten Staaten, sondern ist gleichermaßen ein Angriff auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen, auf die deutsche Freiheit und Demokratie, sowie auf den Rechtsstaat. Es war ein Anschlag auf das menschliche Leben schlechthin."

Seite 4: Parallelen

Für die Kirche gibt es keinen „Schritt zurück"

DW. Vatikanstadt

Für die katholische Kirche wird es keinen „Schritt zurück" in die Zeit vor das Zweite Vaticanum geben. Dies erklärten Sprecher der vom Papst einberufenen Sondersynode in Rom. Der Berichterstatter der Synode, der belgische Kardinal Godfried Daneels, und der vom Papst delegierte Synodenpräsident, der amerikanische Kardinal John Krol, wiesen damit den Eindruck zurück, die Kirchenführung plane einen Abbau von Konzilsreformen.

Kardinal Daneels machte deutlich, daß die Position des Präfekten der vatikanischen Kongregation für die Glaubenslehre, Kardinal Joseph Ratzinger, über die Notwendigkeit einer „Restauration" in der Kirche umstritten ist. In Anspielung auf dessen Buch „Zur Lage des Glaubens" sagte Daneels: „Wir machen keine Synode über ein Buch, sondern über ein Konzil."

Ruf nach Boykott des Flughafens Athen

Zimmermann fordert schärfere Kontrollen / Innenpolitische Krise in Ägypten

DW. Kairo/Bonn

Die – blutig beendete – Entführung eines Flugzeuges von Griechenland nach Malta hat erneut den Blick auf mangelnde Sicherheitsbestimmungen auf dem Athener Flughafen gelenkt. Bundesinnenminister Zimmermann sagte gestern der Bild-Zeitung: „Wir dürfen es nicht weiter hinnehmen, daß Terroristen auf Flughäfen wie Athen immer wieder Schlupflöcher finden, sogar Handgranaten an Bord schmuggeln können". Der Minister fügte hinzu, wenn sich „trotz unserer massiven Intervention" nichts ändere, müßten die Fluggesellschaften überlegen, solche unsicheren Flughäfen zu boykottieren. „Sonst verlieren wir jede Chance, den internationalen Terrorismus wirksam zu bekämpfen". Auch in den Vereinigten Staaten und Großbritannien werden Überlegungen über einen Boykott des Athener Flughafens angestellt.

Der jüngste Piratenakt hat zu einer innenpolitischen Krise in Ägypten geführt. Die oppositionelle „Neo-Wafd"-Partei in Kairo forderte gestern den sofortigen Rücktritt des ägyptischen Verteidigungsministers Marshall Abu Ghazala. Ihm wird vorgeworfen, die „schwere Verantwortung" für die blutige Bilanz des Piratenakts auf Malta zu tragen. Der Beschluß – sagte der Vizepräsident der Oppositionspartei, Wahid Raafat, – das entführte Flugzeug auf dem Flughafen von La Valetta durch ägyptische Elitesoldaten stürmen zu lassen, sei voreilig und ein „totaler Mißerfolg" gewesen. Verhandlungen mit den Entführern hätten das Blutbad möglicherweise verhindern können.

Unterdessen ist die Aktion gestern in den offiziellen ägyptischen Medien als ein Erfolg gewertet worden. Ägyptische Regierungsbeamte äußerten zugleich die Vermutung, daß Libyen hinter der Entführung der Boeing 737 der Egyptair stehe. In Kairo hieß es, ägyptische Truppen seien zur Verstärkung ihrer Einheiten an die Westgrenze in Marsch gesetzt worden. Die Beziehungen zwischen Kairo und Tripolis hatten in den vergangenen Monaten einen Tiefpunkt erreicht.

Eine Gruppe mit dem Namen „Ägyptische Befreiungsorganisation" hatte sich gestern zu der Entführung des ägyptischen Verkehrsflugzeuges bekannt. In einem handgeschriebenen Brief, der in zwei arabischsprachigen Zeitungen Kuweits veröffentlicht wurde, hieß es: „Die Organisation möchte die Welt darüber informieren, daß sich diese Aktion gegen niemanden, außer gegen das Regime von Hosni Mubarak und die Anwesenheit von Amerika und der Zionisten auf ägyptischem Boden richtet". Schon am Sonntag hatten ägyptische Regierungsvertreter darauf hingewiesen, daß sich die Luftpiraten selbst als Mitglieder der „Ägyptischen Revolution" bezeichnet hätten – einer Gruppe, die sich bereits zur Ermordung eines israelischen Diplomaten im vergangenen August in Kairo bekannt hatte.

Seiten 2 und 3: Weitere Beiträge

Positive Prognose zu Arbeitslosenzahl

pje. Bonn

Die Zahl der Arbeitslosen wird nach den Erkenntnissen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) 1986 erstmals seit sechs Jahren sinken, und zwar von durchschnittlich 2,3 Millionen in diesem Jahr auf mindestens 2,15 Millionen; möglicherweise wird sogar die Zwei-Millionen Grenze erreicht. Gleichzeitig wird die Zahl der Erwerbstätigen um 330 000 zunehmen. Dies sagt das IW in seiner Analyse der Perspektiven 1986. Die positive Prognose gründet das Institut auf das beschleunigte Wirtschaftswachstum; dadurch seien bereits vorhandene Arbeitsplätze inzwischen voll ausgelastet und eine Welle von Erweiterungsinvestitionen in neue Arbeitsplätze ausgelöst worden.

Seite 11: Beschäftigungsrekord

Dieses Jahr mehr Weihnachtsgeld

DW. Bonn

Für viele Arbeitnehmer gibt es in diesen Tagen eine positive Überraschung: Zahlreiche Unternehmen zeigen sich angesichts guter Konjunkturaussichten und gestiegener Erträge großzügig und stocken das Weihnachtsgeld für ihre Mitarbeiter auf. Das ergab eine Umfrage der WELT bei einigen deutschen Großunternehmen. „Bankkaufmann – ein Traumberuf?" heißt die Ausgangsfrage in einem weiteren Beitrag der WELT der Berufe. Lehrstellen bei Banken und Sparkassen sind bei jungen Leuten heiß begehrt. Vor allem Abiturienten eröffnen sich, wenn sie nach der Ausbildung die Weiterbildungsangebote nutzen, im Kreditgewerbe gute Karriere-Chancen.

Seite 14: Langjährige Treue honoriert

Tempolimit würde Randgebiete lähmen

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen / Tangiert wäre vor allem der Fernverkehr

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Wenn sich der saarländische Umweltminister Jo Leinen mit seinem ständigen Verlangen nach einem Tempolimit durchgesetzt hätte, dann würde vor allem der Standort Saarland leiden. Dies ergibt sich aus einem Forschungsauftrag, den das Bundesverkehrsministerium an die Arbeitsgemeinschaft Ingenieurgruppe IVV-Aachen und das Ingenieurbüro Heusch-Boesefeldt vergeben hatte. Und zwar wurde parallel und in Abstimmung mit dem Abgas-Großversuch eine Reihe anderer gesamtwirtschaftlich relevanter Wirkungen eines Tempolimits untersucht.

Ein Fazit: „Durch Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen verschlechtert sich die Erreichbarkeit (regionale Standortgunst) zum Teil deutlich. Hiervon werden insbesondere verkehrsferne und in der Randlage der Bundesrepublik befindliche Räume betroffen."

Die Standortlage – gemessen an der Zahl der von einem Standort in einer Fahrtzeit von vier Stunden erreichbaren Einwohner – verschlechtert sich bei einem Tempolimit von 100 Stundenkilometern auf Autobahnen und 80 Kilometern auf Landstraßen in zehn der 78 Regionen des Bundesgebiets um mehr als 20 Prozent und in weiteren 26 Gebieten zwischen 16 und 20 Prozent. Neben dem Saarland wären von einem Tempolimit vor allem der nördliche Teil Schleswig-Holstein, Nord-Hessen um Kassel herum, der südwestliche Zipfel Baden-Württemberg und weite Teile Bayerns betroffen.

Tangiert wäre vor allem der Pkw-Fernverkehr. Den zusätzlichen Zeitbedarf veranschlagen die Gutachter auf rund zehn Prozent. Dies wären 120 Millionen Stunden (2,1 Prozent) im Jahr. Da in der Bundesverkehrswegeplanung ein Stundensatz von zehn Mark zugrunde gelegt wird, errechnet sich aus der Zeiteinbuße ein gesamtwirtschaftlicher Verlust von 1,2 Milliarden Mark im Jahr. Wegen der Geschwindigkeitsbegrenzung würden die Autofahrer jedoch in einigen Fällen Umwege vermeiden. Dieser Spareffekt wird mit 250 Millionen Mark angegeben. Die Kraftstoffeinsparung wird auf 660 Millionen Liter oder 2,2 Prozent hochgerechnet. Bei einem steuerbereinigten Kraftstoffpreis von 73 Pfennig je Liter sind dies rund 480 Millionen Mark. Unter dem Strich ergeben sich „volkswirtschaftliche Verluste aus Veränderungen der Zeit- und Betriebskosten" von 470 Millionen Mark im Jahr.

Durch ein solches Tempolimit würde die Verkehrsleistung auf den Autobahnen um rund vier Prozent sinken. Wegen der kürzeren Reiseweiten würde die Mehrbelastung auf den anderen Straßen jedoch nur um zwei Prozent zunehmen. Dies hätte Folgen für das Unfallgeschehen.

CSU will Einigung mit CDU beim Problem Abtreibung

Strauß und Ministerrunde legen eigenes Papier vor

PETER SCHMALZ, München

Mit der CDU will die CSU den Handlungsspielraum der Unionsparteien bei der Abtreibung auf Krankenschein ausloten. Beim Jour fixe der CSU-Bundesministerrunde bei Franz Josef Strauß wurde gestern ein Papier als Verhandlungsgrundlage gebilligt. Dieser Entwurf stützt sich auf den Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz, den Bayern voraussichtlich als einziges Bundesland im Bundesrat mittragen wird. Den schwächeren Entschließungsantrag von Baden-Württemberg lehnt Strauß als „Phraseologie" ab.

Weil keiner der beiden Unionsvorstöße mit einer Mehrheit im Bundesrat rechnen kann, hofft die CSU dann auf eine CDU-Mehrheit für den Entwurf von Rheinland-Pfalz, wenn ihm die strenge Form der Gesetzesänderung genommen ist. In der bayerischen Entschließung, die Forderungen an Länder und Ärzte stellt, wurden über den rheinland-pfälzischen Text hinaus, einige Erläuterungen zum Problem soziale Indikation aufgenommen.

„Wir wollen keine harte Position festschreiben, die nur innerhalb der CSU mehrheitsfähig ist", erklärte Staatssekretär Edmund Stoiber gegenüber der WELT. „Wir wollen im Interesse der Glaubwürdigkeit eine einheitliche Linie in der Union herstellen." Weil die CSU kompromißfähig bleibe, könne man über einzelne Formulierungen noch reden.

Allerdings beharrt Bayern auf eine Forderung: Wenn schon nur die schwächere Form konsensfähig ist, muß ihr neben den CDU-Ländern im Bundesrat auch die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zustimmen. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler lag eine Kopie des Bayern-Textes vor, als er gestern mit den CDU-Länderchefs das weitere Vorgehen beriet.

Eine politische Lösung wäre der CSU angenehmer als eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die – so Stoiber – eine nicht unerhebliche Gefahr beinhalte: „Falls das Urteil anders ausfiele als wir uns erhoffen, wäre eine politische Änderung dieses Problems nach unserem Wunsch auf lange Zeit nicht mehr möglich."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Partner gegen die Polen

Von Enno v. Loewenstern

Die Polen, die immer wieder Beteuerungen aus dem freien Teil Deutschlands hören über die Notwendigkeit einer Versöhnung zwischen den deutschen und den polnischen Menschen, müssen sich die Augen reiben. Da schließt die SPD einen Vertrag mit der polnischen kommunistischen Staatspartei PVAP über „Sicherheitspartnerschaft". Die Polen, die sich nicht als Partner, sondern als entschiedene Gegner der PVAP verstehen und dies bei jeder Gelegenheit anzuzeigen pflegen, wissen also nun offiziell, wie sie zumindest einen wichtigen Teil des deutschen Volkes einzuschätzen haben.

Zur selben Zeit bellt die Partei sie durch ihr Organ „Polityka" an, daß in Polen zu viele Kirchen gebaut werden. Das sei eine Zumutung zu einem Zeitpunkt, da Polen hochverschuldet sei und nur mühsam den Weg aus der Krise finde, wie das Parteiblatt mit schöner Offenheit mitteilt. Was aber haben die polnischen Kirchenbauten mit der Krise zu tun, abgesehen davon, daß die verzweifelten Menschen dort wenigstens einen Ort haben, wo sie geistlichen Trost finden können?

Die Kirche bezahlt ihre Bauten selbst; sie bekommt dafür nichts vom Staat. Aus wirtschaftlicher Sicht kann der Staat allenfalls für die Arbeitsbeschaffung dankbar sein. Er ist es nicht, weil er die Sicherheit des kommunistischen Regimes durch jedes freie Wort, auch das der Kirche, gefährdet sieht. Kein Wunder, daß das Regime seine Sicherheitspartner anderswo sucht. Die SPD beteuert, daß sie mit solchen Verträgen keine „Nebenaußenpolitik" betreibe. Was denn sonst?

Der Vertrag fordert unter anderem eine chemiewaffenfreie Zone in Europa. Soeben haben die Amerikaner in Genf um des lieben Kommuniqué-Abschlusses willen darauf verzichtet, nicht nur einen Verbreitungsstopp für chemische Waffen zu verlangen, sondern auch ein Verbot ihres Gebrauchs. Die Sowjets weigern sich, den Gebrauch von Giftgas aufzugeben.

Vielleicht weiß man das nicht, wenn man im politischen Abseits der europäischen Provinz isolierte Verträge schließt, aber wenn man etwas von östlicher Politik verstünde, würde man nicht ins Abseits laufen. Naivität? Vermutlich, aber wer erklärt das den einfachen Bürgern Polens?

Sicherheitsrisiko Athen

Von Paul Chardon

Wieder Athen. Wieder sind vier oder fünf Terroristen mit Revolvern, Handgranaten und wohl auch Sprengstoff auf dem internationalen Flughafen Hellenikon ungeschoren durch die Kontrollen gelangt. So wie Mitte Juni die Terroristen, die die TWA-Maschine nach Beirut entführten. Athen ist, man muß der französischen Pilotenvereinigung zustimmen, für Flugpassagiere ein Sicherheitsrisiko.

Schon 1973 warfen Terroristen von der Galerie der Abflughalle Handgranaten unter die wartenden Fluggäste. Das wäre heute immer noch möglich. Jedes Flugzeug, jeder Passagier könnte vom Dach der Halle aus beschossen werden, wo immer Zaungäste warten. Es gibt dort nur lässige Kontrollen. Auch könnten wartende Maschinen sowie ein- und aussteigende Passagiere von einer öffentlichen Straße aus unter Feuer genommen werden; die Entfernung beträgt keine hundert Meter.

Die Sicherheitsbehörden versichern, auch die Passagiere der Egypt Air seien mehrmals kontrolliert worden. Man habe sogar Diplomatengepäck geprüft. Das mag alles sein. Tatsächlich hat die levantinische Nonchalance der Polizisten seit der TWA-Entführung abgenommen; es wird weniger geschwatzt und weniger Kaffee getrunken an den Kontrollstellen.

Experten überprüften kürzlich die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Flugplatz, sie entsprechen angeblich internationalem Standard. Aber das reicht offensichtlich nicht aus. Terroristen können von arabischen Botschaften in Athen mit Diplomatenpässen, mit Waffen und Munition versorgt werden. Das ist kein Problem in einer Stadt, wo Libyen und die PLO diplomatisch vertreten sind und wo arabische Bandenkämpfe ausgetragen werden.

Hier muß man vor allem ansetzen, bei den angeblichen Diplomatenpässen und den sakrosankten Diplomatenkoffern, wenn der Flugplatz Athen sicherer werden soll. Athen hat als Luftkreuz und Tourismuszentrum viel zu verlieren. Die mehr als fünfzig Toten von Malta sind eine blutige Mahnung, die Kontrollen endlich ernst zu nehmen.

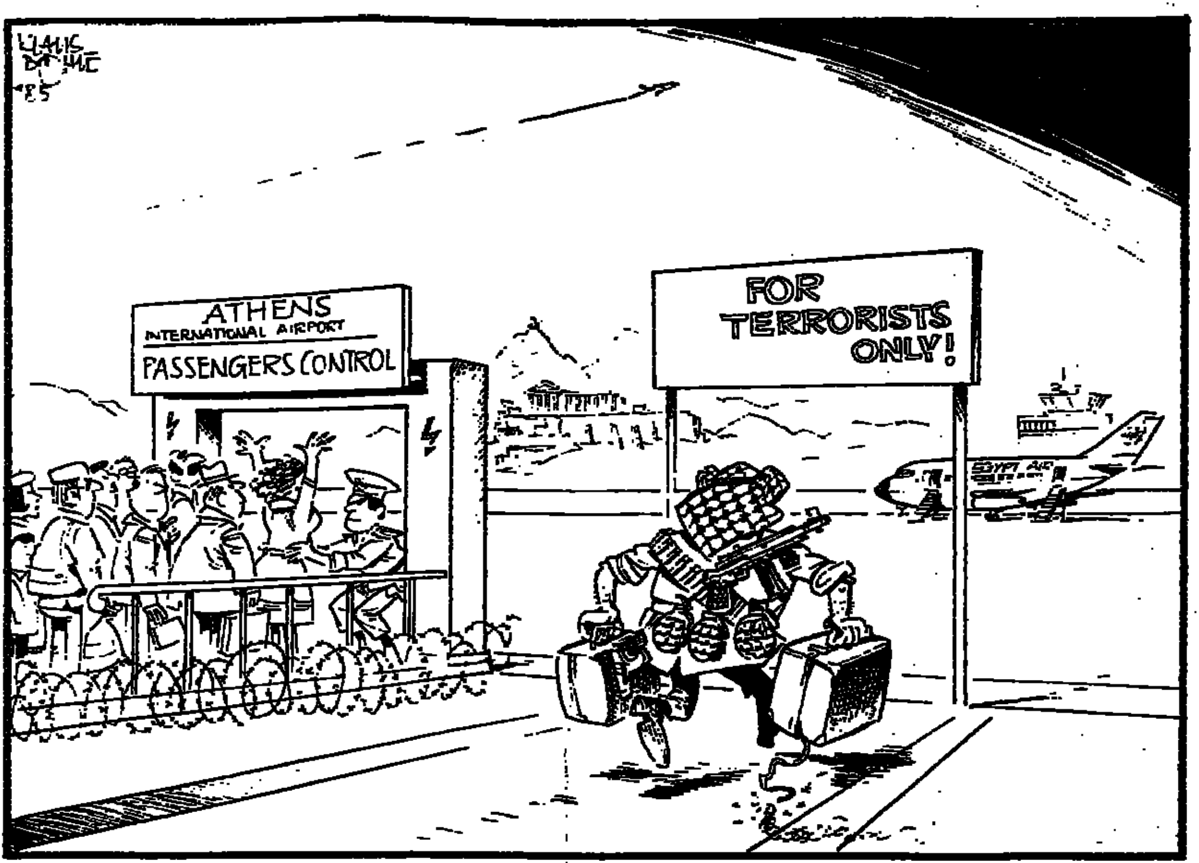
Der Mini-Danton

Von Günter Zehm

In vielen Ostberliner Künstlerkreisen werden zur Feier des Ereignisses die Krimsektkorken knallen: Konrad Naumann, bis dato noch Parteisekretär von Ost-Berlin und Intellektuellenschreck Nummer eins, hat seinen Sitz im Politbüro der SED verloren. Es fällt schwer, an die „privaten Gründe" des Rücktritts zu glauben, die offiziös in Umlauf gebracht werden, an die „Krankheit" zum Beispiel. Mit Naumann verband sich vor allem ein dezidiertes politisches Programm. Er stand für engstirnigen Dogmatismus in geistigen Fragen, für groben, überheblichen Umgang mit Schriftstellern und Künstlern, und sein Sturz wird jetzt allgemein als Beleg dafür genommen, daß die Partei in der Kultur von ihren Funktionären zumindest etwas mehr Behutsamkeit verlangt.

Von einem „neuen Kurs" zu sprechen wäre freilich völlig verfrüht. Ost-Berlin befindet sich zur Zeit in einer Phase der Umgruppierung, Gorbatschow hat „seine Leute" noch nicht überall durchgesetzt, und er wird damit wohl auch bis zum nicht mehr allzu fernen Rücktritt Erich Honeckers zuwarten. Zu Hause in Moskau hat sich Gorbatschow – trotz der gutgeschmückten Ehefrau Raissa – eher als kultureller Stalinist zu erkennen gegeben, der mit dem gleichen „eisernen Besen", den er gegen Alkoholismus und wirtschaftlichen Schlendrian ins Feld führt, auch gegen ideologische Lässigkeit in der Ideologie angehen möchte. So etwas verheißt à la longue eher Naumannsche Perspektiven.

Ob Naumann selbst noch davon wird profitieren können, steht freilich auf einem anderen Blatt. „They never come back" – das galt bisher fast uneingeschränkt auch für kommunistische Potentaten. Außerdem ließ der polternde Stadtsekretär, trotz seiner ideologischen Engstirnigkeit und Brutalität, im persönlichen Lebensstil so manche liberale Lässigkeit erkennen; er galt als trinkfreudig und nepotistisch und verschaffte u. a. seiner Frau Vera Oelschlegel die Leitung des „Theaters im Palast der Republik". Naumann war eher eine Art Mini-Danton, eine Gegentyp gegen die vielen Mini-Robespierres im Parteiapparat. Vielleicht kommt jetzt gerade die Zeit dieser Robespierres.



Check in KLAUS BÖHLE

Der Stimmungswandel

Von Manfred Schell

Wer gestern Bundestagsabgeordneten der Koalition begegnete, die aus ihren Wahlkreisen zur Etatdebatte in Bonn anreisten, sah erstmals seit einiger Zeit wieder zufriedene Gesichter. Erleichtert berichteten sie von einem Stimmungswandel. Die Zuversicht verdränge allmählich das Selbstmitleid, die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl beginne „zu greifen" – nicht nur in der Sache, sondern auch in den Köpfen der Leute.

Dieses Urteil hat Gewicht. Es stammt schließlich nicht von Zweckoptimisten, sondern von Abgeordneten, die an langen Wochenenden zu Hause dem Wähler Rede und Antwort stehen. Sie haben ein feines Gespür für politische Windrichtungen entwickelt, schon um der eigenen Zukunft willen. Helmut Kohl wird ihre Schilderungen als Bestätigung seiner eigenen Einschätzung aufnehmen. Dazu gehört auch die Gewißheit, daß sich manches, was im Bonner Kunstlicht bemäkelt wird, draußen viel wirkungsvoller ausnimmt. Nicht nur die Abgeordneten, auch die Meinungsforscher bestärken den Kanzler darin.

Wiederum beginnt sich eine Grundtugend auszuzahlen, die den Politiker Helmut Kohl seit eh und je prägt: sein Stehvermögen, seine Geduld, auf politische Erfolge warten zu können. Die Grunddaten der Wirtschaftsentwicklung, die jetzt auf dem Tisch liegen, sind Beleg dafür. Die Aufschwungphase setzt sich fort, sie bleibt stabil. Die Frage ist erlaubt, wann zuvor es einen so erfolgreichen, in seiner Politik so berechenbaren Kanzler gegeben hat. Adenauer, ja, aber dann?

Die Wirtschafts-Sachverständigen prognostizieren für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent und eine Inflationsrate von 1,5 Prozent, die niedrigste seit den sechziger Jahren. Zur Erinnerung: Die Regierung Schmidt hatte bei ihrem Ausklang Inflationsraten von über fünf Prozent.

Es bewahrheitet sich jetzt die Lehre, daß Fakten auf Dauer stärker sind als Polemik und Kosmetik. Kohl hat auch Anfechtungen aus den eigenen Reihen standgehalten. Er hat den strengen Konsolidierungskurs von Bundesfinanzminister Stoltenberg, der Spielräume eröffnete, durch seine Rückendeckung überhaupt erst möglich gemacht. Ohne den Kanzler hätte der Finanzminister dem Druck aus den Koalitionsparteien CSU und FDP nicht standhalten können. Das ist die eine Seite.

Andererseits steht Kohl gegen eine Opposition, die in ihrer Kritik nicht mehr differenziert, die sich in Maßlosigkeiten steigert. Gemeint ist damit ein Teil der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften. Vor allem letztere spüren offensichtlich nicht, daß sich die Distanz zwischen ihnen und den realitätsbewußten Arbeitnehmern vergrößert. Es ist deshalb nur logisch, daß sich die Regierung Kohl auch bei der Bundestagswahl 1987, wie gehabt, „direkt" an die Arbeitnehmerschaft wendet.

Eine Regierung, die Fortune hat, die Erfolge vorweisen kann, wird ohnehin nur schwer zu bremsen sein. Johannes Rau, der seine Partei auf sich und sein Programm noch einschwören muß, müßte in einer solchen Phase einen Anpassungswahlkampf betreiben. Die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt wird kaum genügend Konfliktstoff für einen Kontrast-Wahlkampf der SPD hergeben, zumal auch hier eine differenzierte Betrachtungsweise eingesetzt hat und überdies eine leichte Besserung in Sicht ist. Johannes Rau, den sie im Regierungslager schon spöttisch den „Kanzlerkandidaten-Kandidaten" nennen, wird es schwer haben. Insider vermuten, er werde einen Fernseh-Wahlkampf versuchen, also auf seine menschlich-sympathische Art setzen. Ob das genug ist? Die Bürger werden von ihm auch einen Kompetenznachweis verlangen. Nordrhein-Westfalen jedenfalls kann, so wie es jetzt bestellt ist, kein Modell für Deutschland sein.



Was ihn so stabil macht: Helmut Kohl FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Das neue Wir-Gefühl, das sich ausbreitet, stärkt automatisch diejenigen, die auf Optimismus, auf Leistungsbereitschaft setzen, die den Bürgern zurufen, sie sollen sich etwas zutrauen. Helmut Kohl hat den Kampf gegen die Resignation, gegen die von vielen so geliebte Schreckensnachricht frühzeitig aufgenommen. Manche haben ihn dafür belächelt. Aber ist es nicht Teil einer neuen Daseinsfreude, eines neuen Wir-Gefühls, wenn Millionen Menschen die deutschen Astronauten im Weltall mit Stolz verfolgen? Wenn sie den Wimbledon-Sieg von Boris Becker mitfeiern, wenn sie den Nobelpreis für den Physiker Klaus von Klitzing als einen deutschen Erfolg empfinden? Hier ist ein Bewußtseinswandel spürbar: daß Leistung ein Wert ist, nicht nur materiell.

So ist die Ausgangsbasis für Helmut Kohl, insgesamt gesehen, nicht schlecht. Je näher der Wahltermin 1987 rückt, desto disziplinierter werden die Koalitionsparteien sein, schon aus Eigeninteresse. Der Kanzler hat auch nach außen hin erkennbar jene widerlegt, die ihm Entscheidungsschwäche nachsagten. Genscher hat das im Zusammenhang mit SDI zu spüren bekommen, die SPD und die Grünen erfuhren es beim Tempo-Limit. Aus der innerdeutschen Politik und von der Außenpolitik her drohen der Regierung Kohl nach derzeitigem Stand kaum Risiken. Genf war auch ein Wunsch Kohls.

Eine personelle Alternative zum Kanzler gibt es nicht. Und so kann, erstmals wieder seit langer Zeit, ein Kanzlerkandidat der CDU und CSU ohne unwürdige Begleitumstände nominiert werden. Die Frage, was Helmut Kohl politisch so stabil macht, wird immer wieder gestellt. Wesentlich dafür ist sein Rückhalt in der Partei, den er auch in kritischen Zeiten nicht verloren hat. Im kommenden Jahr wird er die CDU dreizehn Jahre führen – länger als Adenauer.

IM GESPRÄCH Mickey Gurdus

Er hört's als erster

Von Peter M. Ranke

Wieder einmal als erste wußten die Israelis, welches Drama sich auf dem Flugplatz von Malta abspielte. Der Abhör-Experte Mickey Gurdus hörte die Gespräche zwischen dem ägyptischen Flugkapitän, den Terroristen und dem Tower mit. Am Sonntag mittag sprach der Kapitän aufgeregt ins Mikrophon: „Sie haben zwei Frauen niedergeschossen." Daß eine Israelin das erste Opfer der Terroristen war, erfuhr die Weltöffentlichkeit allerdings erst später.

Das Haus in Tel Aviv sieht aus wie ein Igel, so reich ist das Dach mit Antennen gespickt. Hier sitzt Mickey Gurdus jeden Tag von morgens bis Mitternacht in seinem Studio, umgeben von hochempfindlichen Empfängern, Fernsehschirmen, Computern und Tonbändern. In seinem Lehnstuhl hört er zu, was die Welt sich zu erzählen hat. Er ist Journalist und arbeitet als Abhörspezialist für Radio Israel – nicht für den Geheimdienst.

Es gibt Tage und Nächte, da verläßt Mickey seinen Horchplatz auch nicht für Sekunden. Seine Frau Beulah bringt ihm ohnehin täglich Kaffee und Essen ins Studio, sie kauft Kleidung für ihn ein und spielt mit dem zweijährigen Töchterchen Keren, damit Mickey seine Ruhe hat. So war es auch im Oktober, als Mickey die Sprechfunkgespräche der vier Terroristen auf der „Achille Lauro" mit den Hafenbehörden abhörte und mitschnitt. Er wußte 1977 auch als erster, daß ein deutsches Kommando nach Mogadischu unterwegs war, um die Geiseln der Lufthansa-Maschine „Landshut" zu befreien.

Seit fünfzehn Jahren betreibt der berühmteste Radio-Abhör-Journalist der Welt sein Hobby als Beruf. Er lernte alles von seinem Vater Nathan, der in den dreißiger Jahren in Berlin mit Hilfe des Radios als Auslandskorrespondent arbeiten konnte, obwohl er an den Rollstuhl gefesselt war. Vor den Nazis flüchtete Nathan Gurdus zurück ins heimatliche Warschau, später nach Bukarest und Tel Aviv. Sein Sohn studierte politische Wissenschaften und Geschichte, um sich dann auch wieder in der Welt umzuhören. Mickey versteht Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch und etwas Deutsch. Für Sendefrequenzen und Wellenlängen hat er ein phänomenales Gedächtnis.



Ein Leben für die Kopfhörer: Gurdus FOTO: ISRAEL SUN

Dank funktechnischer und elektronischer Mittel kann Mickey heute Gespräche mithören oder Nachrichtensendungen aufzeichnen, wenn sie über Satelliten geführt werden. Radiosender und Sprechfunk der Piloten hört er zwischen Teheran und Algier mit, er bekommt auch den Kennedy-Airport in den Hörer. Aber sein Hauptinteresse gilt jetzt dem ersten arabischen Nachrichten- und TV-Satelliten mit zwanzig Kanälen, der nächstes Jahr einsatzbereit ist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LA HAUTE MARNE LIBEREE

Die in Dijon erscheinende Zeitung beschäftigt sich mit den mangelnden Sicherheitsvorkehrungen auf dem Athener Flughafen:

Vor ein paar Monaten hatte der amerikanische Präsident Reagan allen Regierungen, die von sich behaupten, den Terrorismus zu bekämpfen, einen – wenn auch nur symbolischen – Boykott des Athener Flughafens vorgeschlagen. Niemand folgte ihm. Dabei hätte eine solidarische Sanktion bei Griechenland einen Reflex auslösen können, der heilsam wäre für ein Land, das aus dem Tourismus einen Großteil seiner Einkünfte bezieht ... Es ist untragbar, daß ein Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft es ablehnt, sich mit wirksamen Sicherheitseinrichtungen auszustatten.

Kieler Nachrichten

Zu den Terroranschlägen heißt es hier:

„Die Welt ist sicherer geworden", hieß es zufrieden nach dem Genfer Gipfeltreffen der mächtigsten Männer der Welt ... Die Realität hat uns wieder: in Frankfurt, wo bombenlegende Fanatiker ihrer blindwütigen Wut erneut freien Lauf ließen, genau wie auf Malta, wo offensichtlich arabische Fundamentalisten unschuldige Flugzeugpassagiere als Faustpfand für ihre militant-politischen Ziele einsetzen. Gewiß sind die Motive beider Tätergruppen völlig unterschiedlich, hat der eine Vorgang mit dem anderen augenscheinlich nichts zu tun. Gemein ist beiden jedoch die menschenverachtende, menschenvernichtende Vorgehensweise ...

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt bemerkt zur Lage in Bonn:

Keine Frage: Die Regierung Kohl hat Tritt gefaßt, sie hat ein monatelanges Tief hinter sich gebracht und blickt kurz vor der Jahreswende wieder zuversichtlich in die Zukunft. Die vor der Jungen Union in Osnabrück ausgegebene Parole des Kanzlers kommt also nicht von ungefähr. Kohl ist optimistisch: Die Bundesrepublik Deutschland habe alle Chancen, die Zukunft zu gestalten.

Westfälische Nachrichten

Das Münsteraner Blatt würdigt Strauß:

Zweifel sind nicht erlaubt: Mit Franz Josef Strauß kann, darf und muß weiter gerechnet werden. Er hat sich – nach dem Debakel von 1983, als ihm seine Parteitagsdelegierten mit „nur" 70prozentiger Zustimmung einen überraschenden Denkzettel verpaßten – diesmal als wirklicher „homo politicus redivivus" erwiesen. 98,3 Prozent Zustimmung – davon können andere Demokraten nur träumen ... Er ist und bleibt ein legendäres Urgestein der Politik.

Nordwest-Zeitung

Zum Stühlerücken im SED-Politbüro heißt es in dem Oldenburger Blatt:

Da aber nach Genf die Zeichen – vorerst jedenfalls – eher auf mehr Zusammenarbeit als auf neuerliche Ost-West-Konfrontation stehen, ist vorstellbar, daß der anerkannte Wirtschaftsexperte Günther Mittag bald Willi Stoph als Ministerpräsident ablösen wird. So bewertet, haben die Veränderungen in Ost-Berlin aus westlicher Sicht nicht unbedingt einen negativen Charakter. Sie zeigen eher, daß hinter den Kulissen bei den wichtigsten Verbündeten der Sowjetunion darum gerungen wird, wie man sich auf jene internationale Entwicklung einzustellen hat, die neuerdings als zweite Phase der Entspannungspolitik bewertet wird.

Nur 7,7 Prozent Etat-Zuwachs in vier Jahren

Die Daten bestätigen den Kurs des Bundesfinanzministers / Von Heinz Heck

Selten ist der Kurs eines Politikers so rasch und so eindrucksvoll durch die Entwicklung bestätigt worden wie der des Bundesfinanzministers. Selten waren die Finanz- und Wirtschaftspolitiker der Opposition auf so hoffnungslosem Posten wie in der heute beginnenden Redeschlacht um den Haushaltsplan für das Vorwahljahr 1986.

Eine Legislaturperiode lang hat Stoltenberg seinen Sparkurs – von einem gravierenden Sündenfall, den Milliarden für die Landwirtschaft, abgesehen – unbeirrt durchgehalten. Der Etatentwurf 1986 liegt mit Ausgaben von 263,5 Milliarden um 7,7 Prozent über dem Haushaltsergebnis 1982, dem letzten Jahr der alten Bundesregierung. Dieser bescheidene Zuwachs ist früher oft schon in einem Jahr erreicht, aber in einer Legislaturperiode noch nie unterschritten worden.

Zwar sagt diese Zahl nicht alles. Denn Steuervergünstigungen wie zum Beispiel die der Landwirtschaft gewährten (Erhöhung der Vorsteuerpauschale) schlagen sich nicht in höheren Ausgaben, sondern niedrigeren Einnahmen nieder. Aber es liegt auf der Hand, daß bei so geringfügigen Zuwachsraten für Füllhörner und Spendierhosen kein Platz ist. Die Haushaltskonsolidierung über die Begrenzung der Ausgaben kann insoweit als gelungen angesehen werden, auch wenn damit selbstverständlich noch nicht alle Aufgaben gelöst sind.

Wer erinnert sich heute noch an die Vorwürfe der Opposition vom „Kaputtsparen"? Beschäftigungsprogramme – öffentlich finanziert, versteht sich – sollten die Antwort auf die bedrohlich wachsende Massenarbeitslosigkeit sein, zu der sich der „Fiskalist" Stoltenberg nicht bereit fand. Der SPD fällt in der Not nie etwas Originelleres ein als der Ruf nach „dem" Staat und nach immer mehr Staat, obwohl genau diese Politik – wenn auch durch die FDP an voller Entfaltung gehindert – in dreizehn vergangenen Jahren in die Sackgasse geführt hatte. Was wäre passiert, wenn Stoltenberg diesen Forderungen, die auch in den eigenen Reihen (zum Beispiel nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen) ertönten, nachgegeben hätte? Konsolidierung, in Ankündigungen erst einmal großgeschrieben, wäre wieder auf dem Altar des Populismus geopfert worden. Wie wollte man dann dem Staatsbürger und Steuerzahler überhaupt noch die Gewißheit vermitteln, daß es einer Regierung mit dieser Forderung auch ernst sein kann?

Der Fiskalist Stoltenberg hat diese Gewißheit wiederhergestellt, sicher nicht sein einziges politisches Verdienst der letzten Jahre. Unter seiner Ägide verschuldet sich die Bundesrepublik in vier Jahren um gut hundert Milliarden Mark – das ist ziemlich genau die Summe, die er benötigt, um allein die Zinsen für die Schulden seiner Vorgänger in diesen vier Jahren zu bezahlen. Von Tilgung ist da noch nicht die Rede.

Die Bundesregierung muß über 1986 hinaus auf Sparkurs bleiben. Stoltenberg ist dazu entschlossen. Nur bei äußerster staatlicher Ausgabenzurückhaltung kann eine noch größere als die bereits beschlossene Steuerreform verkraftet, kann der Staatsanteil im Verlauf vielleicht eines Jahrzehnts wieder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden.

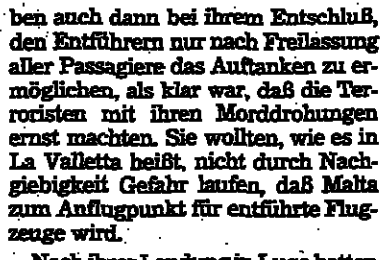
Daß dies nicht nur ohne Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung geschehen kann, sondern ganz im Gegenteil den Aufschwung fördert, hat die Entwicklung seit 1982 bewiesen und ist erst letzte Woche von den Fünf Weisen wieder bestätigt worden. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß die internationale Entwicklung den Bemühungen zustatten kam. Doch ausschlaggebend war der nationale Kurs.

Dies alles müßte die Bundesregierung, wenn sie 1987 im Amt bestätigt wird, zu einer noch konsequenteren Politik ermuntern. Vor allem braucht Stoltenberg mehr Rückendeckung als manchmal in der Vergangenheit. Endlich muß auch das Tabu Subventionsabbau gebrochen werden. Wer argumentiert, daß in Krisenzeiten Subventionsentzug nicht zu verantworten sei, gerät mit sich verstärkendem Aufschwung immer mehr in Beweisnot.

Mit Streichungen à la Bangemann, die lediglich wechselkursbedingt waren und nur für die Dauer der Haushaltsberatungen Bestand hatten, ist es allerdings nicht getan. Gerade bei diesem Thema ist dringend davor zu warnen, den Mund zu voll zu nehmen. Je näher Subventionsabbau und Senkung der Steuerlast zeitlich miteinander verknüpft und damit in ihrem Zusammenhang sichtbar gemacht werden, desto eher sind beide politisch durchzusetzen. Hier erwartet den Finanzminister eine Aufgabe, die nach Größe und Schwierigkeitsgrad der bereits erfolgreich in Angriff genommenen nicht nachsteht. Käme endlich auch die Privatisierung mit Macht voran, so könnte man mit Fug und Recht von einer Wende sprechen.

Die blutigste aller Flugzeug-Entführungen: 62 Tote auf Malta – Wie sicher ist der Flughafen von Athen?

Erst mordete der Anführer, dann sang und tanzte er



Von F. MEICHSNER

Höhepunkt und infernalischer Abschluß der bisher größten Entführungskatastrophe im internationalen Luftverkehr bereiteten sich am Sonntag abend gegen 19 Uhr vor, als auf dem Flughafengelände von Luqa bei La Valletta alle Lichter ausgingen. Als die knapp anderthalb Stunden später wieder aufflammten, beleuchteten sie ein Blutbad des Grauens. Wieder einmal war das Mittelmeer zum Schauplatz eines Verbrechens geworden, für die ebenso skrupellose – wie fanatische „Befreiungs"-Apostel die Verantwortung tragen. Im brennenden Wrack der von einem Kommando der „*Organisation für die Befreiung Ägyptens*" nach Malta entführten ägyptischen Boeing lag mehr als ein halbes Hundert Leichen.

Der Pressesprecher der maltesischen Regierung, Paul Mifsud, schilderte kurz nach der Katastrophe im Flughafengebäude von Luqa das, was sich gegen 20.15 Uhr anderthalb Kilometer entfernt am Ende der Piste Nummer 24 zugetragen hatte: Im Schutz der Dunkelheit hatte sich ein etwa 30 Mann starkes Einsatzkommando der ägyptischen Antiterrorgruppe „Staaka", das am Mittag in einer „Hercules C 130" aus Kairo eingeflogen worden war, der entführten Boeing 737 genähert. In Übereinstimmung mit der maltesischen Regierung, die jedoch jede Eigenverantwortung ablehnte, sollten die „Ledernacken" den Morden der fünf Terroristen im Flugzeug durch eine Blitzaktion ein Ende setzen. Was als „Blitz" konzipiert war, dauerte dann freilich nicht weniger als zehn Minuten.

Die ägyptischen Soldaten drangen durch den Gepäckraum in die Maschine ein. Das ging nicht geräuschlos vonstatten. Die Terroristen hörten den Lärm und warfen sofort Handgranaten in den Passagierraum, die ein Blutbad unter den Passagieren anrichteten und einen starken Brand verursachten. In diesem Augenblick befanden sich über 80 Menschen an Bord. Dem Brand, durch den zahlreiche Passagiere erstickten, folgten wilde Schießereien.

Der Flugkapitän bewaffnete sich mit einem in der Pilotenkanzel verwahrten Beil und erschlug damit einen der Entführer. Später erklärte er – verletzt mit Kopfverband –, daß es keine andere Wahl gegeben habe, als die Befreiung von Passagieren und Besatzung mit Gewalt zu versuchen. Die Entführer hätten niemals klein beigegeben. Sie seien „*first class killers*" gewesen und hätten sich zeitweise wie Irre gebärdet. Ihr Anführer hätte Frauen ins Gesicht geschossen und danach Lieder gegrölt und getanzt. „Es war ein Glück, daß wenigstens 25 Passagiere gerettet werden konnten."

Über die Entführung des Jets kurz nach dem Start in Athen, von wo aus die Boeing nach Kairo fliegen sollte, berichteten Augenzeugen: Als sich das Flugzeug – übrigens dieselbe Maschine, die mit den Achille-Lauro-Entführern und Abu Abbas an Bord von den Amerikanern zur Landung in Sigonella gezwungen worden war – über Milos befand, sprangen zwei arabische Passagiere von ihren Sitzen auf, drohten mit Pistolen und Handgranaten und forderten, daß Kurs auf die libysche Hauptstadt Tripolis genommen werden solle. Vier ägyptische Sicherheitsbeamte, die sich an Bord befanden, zogen daraufhin ihrerseits die Waffen und eröffneten das Feuer. Die beiden Terroristen, zu denen sich ein dritter gesellte – die anderen zwei waren offensichtlich in der Pilotenkanzel –, schossen zurück. Die terrorisierten Passagiere duckten sich in ihren Sitzreihen so tief wie möglich. Ein Terrorist, ein Sicherheitsbeamter und zwei Hostessen wurden verletzt, bevor die Piraten *nach wenigen Minuten die volle Kontrolle* über das Flugzeug erringen konnten. Das war am Samstag, 20.30 Uhr.

Das Flugzeug nahm dann Kurs auf Tripolis, das aber die Landeerlaubnis verweigerte – ebenso wie später Tunis. Auch Malta blockierte den Flugplatz Luqa. Es ließ die Boeing erst dann bei dunkler Piste landen, als der Flugkapitän mitteilte, daß der Treib*stoff ausgehe*.

Auf Malta stellten die Entführer keine andere Forderung als die nach neuem Treibstoff. Der maltesische Ministerpräsident Karmenu Mifsud Bonnici, der vom Kontrollturm des Flugplatzes aus mit ihnen verhandelte, lehnte jedoch diese Forderung ab. Erst, so erklärte er, müßten alle Passagiere freigegeben werden.

Am Sonntag morgen verlangten die Terroristen nach einem Arzt, der ihren verletzten Kumpanen behandeln sollte. Der Arzt ging an Bord und fand dort nicht nur einen, sondern mehrere Verletzte, darunter stöhnende Frauen. Um ihrer Forderung nach Treibstoff Nachdruck zu verleihen, hatten die Entführer bereits eine Frau erschossen.

Auf Drängen des Arztes wurden *dann neun Frauen – alles Filipinos* – freigelassen. Gleichzeitig warfen die Terroristen den Leichnam der Erschossenen auf die Piste. Kurz darauf entledigten sie sich auch sechs Verletzter: einer Amerikanerin, zweier Israelinnen, des Sicherheitsbeamten und zweier Hostessen. Eine weitere schwerverletzte Amerikanerin legten sie später unter den Flugzeugrumpf und erlaubten ihren Abtransport erst kurz danach im Austausch gegen eine Lebensmittellieferung.

Die maltesischen Behörden blieben auch dann bei ihrem Entschluß, den Entführern nur nach Freilassung aller Passagiere das Auftanken zu ermöglichen, als klar war, daß die Terroristen mit ihren Morddrohungen ernst machten. Sie wollten, wie es in La Valletta heißt, nicht durch Nachgiebigkeit Gefahr laufen, daß Malta zum Anflugpunkt für entführte Flugzeuge wird.

Nach ihrer Landung in Luqa hatten die Terroristen zunächst verlangt, mit dem libyschen Botschafter zu sprechen. Dieser kam auch auf den Kontrollturm, verließ ihn aber schon kurze Zeit später wieder mit der Begründung, daß sich kein libyscher Staatsbürger an Bord befinde und daß ihn die ganze Angelegenheit deshalb nicht interessiere.

Auf ägyptischer Seite ist man trotz dieser Distanzierung und trotz der Landeverweigerung für die Maschine durch Tripolis der Überzeugung, daß hinter der Operation Khadhafi sichtbar werde. Radio Malta verbreitete jedenfalls am Sonntag abend die Nachricht von ägyptischen Truppenmassierungen an der libyschen Grenze.

Als sich gestern der Schock über das entsetzliche Massaker ein wenig löste, gaben Überlebende Auskunft über die Ereignisse:

„Auf einmal brach Panik aus... Es gab kein Licht mehr. Dann gab es Explosionen. Die Luft war voller Rauch, und man konnte nicht mehr atmen." So erlebte der französische Passagier Georges Briard den Moment, in dem die ägyptischen Soldaten die gekaperte Maschine stürmten. Von einer schrecklichen Hitze und von Rauch in der Kabine berichtete später auch der Australier Anthony *Lyons, der mit einer Rauchvergiftung* in das Krankenhaus von La Valletta gebracht worden war.

Ausgelöst wurde der Brand nach seiner Darstellung durch die Handgranaten, die die Terroristen beim Angriff der Soldaten warfen. Lyons sagte, das Befreiungskommando hätte auf alle geschossen, da die Soldaten offenbar nicht gewußt hätten, wer Entführer und wer Geisel gewesen sei. Schon bald habe er sein Versteck hinter einem Sitz verlassen und versucht, aus dem Flugzeug zu kommen, da er wegen der Rauchentwicklung in der Kabine nicht mehr habe atmen können. Passagier Briard berichtete: „Die Leute, die vorne im Flugzeug saßen, hatten bessere Chancen her*auszukommen*. Die *Maschine* fing hinten an zu brennen." Die Terroristen hatten die Granaten im Heck der Boeing 737 gezündet.

Von den Ereignissen vor der Er*stürmung* berichtete Lyons, die Luftpiraten hätten jede halbe Stunde versucht, jemanden zu töten. Sie hätten erklärt, ägyptische und philippinische Frauen durften das Flugzeug verlassen, und dann gefragt, ob irgendwelche israelischen Personen an Bord seien. „Als ein Mädchen aufstand und zum Ausgang ging, schossen sie auf es." Passagier Briard erlebte diese Situation so: „Am Anfang waren zwei junge Israelinnen dran. Die eine glaubte, sie könnte das Flugzeug verlassen. Sie erhob sich und wurde erschossen. Sie haben sie draußen auf den Boden geworfen und dann die zweite junge Israelin verlangt, die sich aber nicht erheben wollte. Sie haben sie gepackt und auch niedergeschossen. Dann kamen drei junge Amerikaner dran, ein junger Mann und zwei junge Frauen. Sie haben sie gerufen und ihnen die Hände hinter den Rücken gebunden. Sie haben zuerst den Jungen niedergeschossen, dann haben sie ungefähr eine Stunde gewartet, um die zweite Person niederzuschießen, und am Sonntag mittag die dritte."

Der Australier Lyons glaubt, daß die Geiseln nicht sofort tot waren: „Glücklicherweise benutzten sie (die Entführer) kleinkalibrige Waffen, und einige Menschen überlebten."

Diese Beobachtung traf zumindest *auf den 28 Jahre alten Amerikaner* Patrick Scott Baker zu. Im Krankenhaus von La Valletta erfuhren die Eltern, daß ihr Sohn sich geistesgegenwärtig tot stellte, nachdem einer der Luftpiraten ihn durch einen Schuß nur leicht verwundet hatte. Er blieb so lange regungslos liegen, bis die Terroristen sich von ihm abwandten. Diesen Augenblick benutzte Baker, um sich aus der geöffneten Kabinentür auf das Flugfeld fallen zu lassen, wo er ebenfalls wie tot unter dem Flugzeug liegen blieb, bis ihm die Situation erlaubte, sich in Sicherheit zu bringen.

Für die 30 Jahre alte Amerikanerin Jackie Pflug nahmen die Stunden des Schreckens dagegen kein glückliches Ende. Sie war mit einem Schuß in den Nacken kaltblütig niedergestreckt worden, während sie mit gefesselten Händen niederkniete. Wie der Vater der jungen Frau, einer Lehrerin an einer Oberschule in Kairo, später mitteilte, hatten die Terroristen seine zunächst schwerverletzte Tochter einfach aus der Maschine geworfen. Sie verstarb im Krankenhaus.

Wie knapp der 36jährige Australier dem Tod entging, schilderte er selbst: „Ich bin dankbar, daß ich am Leben bin. Sie hatten alle Passagiere mit westlichen Pässen isoliert und waren dabei, meinen Namen aufzurufen. Ich war der nächste, der hingerichtet werden sollte." In diesem Augenblick stürmten die ägyptischen Soldaten. „Ich weiß, daß manche Leute sagen, sie hätten das nicht tun sollen. Aber was mich anbetrifft, haben sie richtig gehandelt."







Als die ägyptische Anti-Terror-Einheit die Boeing 737 der Egypt Air stürmte, versuchte einer der Luftpiraten, Flugkapitän Galal zu töten. Der Schuß streifte aber nur den Kopf, und Galal gelang es, mit einer Notaxt den Terroristen zu töten. Mit Kopfverband erschien der Kapitän später vor der Presse (rechts oben) und begrüßte die Erstürmung seiner Maschine: „Die Terroristen hätten nicht gezögert, die ganze Maschine in die Luft zu sprengen." Links die beschädigte Boeing 737; rechts unten der Leichnam eines der fünf Terroristen auf dem Flugfeld von Luqa FOTOS: AP

In einem Jahr fünf Piratenakte

4. 12. 84: Luftpiraten bringen eine kuwaitische Verkehrsmaschine, die von Dubai nach Karatschi fliegen sollte, in ihre Gewalt und erzwingen die Landung in Teheran. Nach fünf Tagen werden die Flugzeugentführer von iranischen Sicherheitsbeamten entwaffnet. Zwei der vier Amerikaner an Bord wurden ermordet.

11. Juni 1985: Sechs schiitische *Extremisten kapern ein jordani*sches Verkehrsflugzeug beim Start von Beirut nach Amman, lassen es nach Zypern, dann nach Tunis und schließlich nach Beirut fliegen, wo die Passagiere von Bord gehen dürfen. Die Maschine wird gesprengt.

13. Juni 1985: Ein einzelner Luftpirat rächt sich für den vorangegangenen Luftpiratenakt, indem er ein libanesisches Verkehrsflugzeug nach Larnaka auf Zypern entführt. Er ergibt sich dort den Behörden.

17. Juni 1985: Schiitische Moslems kapern eine TWA-Maschine auf dem Flug von Athen nach Rom. Das Flugzeug landet schließlich in Beirut. Ein amerikanischer Passagier wird ermordet. 39 andere Amerikaner werden 17 Tage lang als Geiseln in Beirut gefangengehalten, dann auf syrische Vermittlung freigelassen.

2. Oktober 1985: Palästinenser überwältigen das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro" im Mitelmeer. Ein gelähmter 69jähriger Amerikaner wird umgebracht. Die Piraten geben das Schiff in Alexandria frei, werden aber auf dem Flug mit einer ägyptischen Maschine nach Tunis von US-Jägern abgefangen und nach Sizilien gebracht.

Viel Kontrollen mit vielen Lücken

Die Sicherheitskontrollen auf dem Flughafen Athen sind schärfer geworden, doch nicht wirksamer FOTO: AP

Von E. ANTONAROS

Die Athener Behörden nahmen sich zunächst einmal reichlich Zeit. Erst 24 Stunden nach der Entführung der Boeing 737 der ägyptischen Fluggesellschaft Egypt Air gab es eine offizielle Erklärung über die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Athener Flughafen Hellenikon. Das Gepäck und die Passagiere der entführten Maschine, so das Innenministerium, seien gründlich kontrolliert worden – und zwar vom Einchecken der Koffer bis zum Besteigen der Maschine insgesamt fünfmal.

Die erste Kontrolle wurde von einem privaten Sicherheitsdienst im Auftrag der Egypt Air durchgeführt. Nach der Paßkontrolle wurden das Handgepäck und die Passagiere ein zweites Mal im elektronischen Durchlauf durchleuchtet. Sämtliche Transitpassagiere und ihr Handgepäck wurden beim Verlassen des Warteraums überprüft. Zwei weitere Kontrollen gab es schließlich vor dem Besteigen der Busse und am Ende der Treppe, die hinauf ins Flugzeug führt.

Die Athener Erklärung läßt allerdings einige brisante Fragen offen: etwa, ob alle Passagiere diesen fünf Kontrollen unterworfen wurden. Ebenfalls unbeantwortet bleibt die Frage, wieso die angeblich bereits beim Abflug in Kairo an Bord versteckten Waffen und Handgranaten bei den Sicherheitskontrollen in Athen unentdeckt blieben. Oder wurde etwa keine Kontrolle durchgeführt?

Mit Entrüstung wird von den griechischen Behörden der Verdacht zurückgewiesen, *daß die Waffen möglicherweise in Athen an* Bord gebracht worden sind. Noch ist die Erinnerung frisch an den weltweiten Aufschrei, als Luftpiraten eine ebenfalls in Athen gestartete amerikanische TWA-Maschine am 14. Juni entführten.

Seither sind die Sicherheitskontrollen in Athen ohne Zweifel schärfer geworden. Ihre Häufigkeit wird von zahlreichen Vielfliegern sogar als lästig empfunden, weil sie umständlich, aber nicht unbedingt wirksam sind. Die elektronische Ausrüstung des Flughafens Athen ist besser als vor einigen Monaten. Die meisten Detektoren scheinen lückenlos zu funktionieren. Die Sicherheitsbeamten wühlen in jeder Tasche.

Was den Griechen allerdings weiterhin nicht gelungen zu sein scheint, ist die Stopfung einiger Löcher im unübersichtlichen Athener Terminal. Zahlreichen Journalisten, die die Wirksamkeit der angewandten Kontrollen testen wollten, ist es erst kürzlich gelungen, mit dem Lift von der unbewachten *Empfangshalle im Erdgeschoß in den* Transitraum zu schlüpfen, wohin man eigentlich erst nach einer doppelten Kontrolle gelangen sollte. Ziemlich lasch sind auch die Sicherheitsbeamten, wenn Fluggäste, die nach der dritten Kontrolle im Warteraum auf den Zubringerbus warten, unter dem Vorwand, etwa eine Zeitung kaufen zu wollen, diesen gesicherten Raum verlassen. Bei der Rückkehr werden sie oft nicht mehr kontrolliert. (SAD)

Dohnanyi und sein Finanzchef müssen sich in Karlsruhe warm anziehen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Das Datum 14. Januar 1986 haben sich Hamburgs sozialdemokratischer Finanzsenator *Horst Gobrecht* und sein Staatsrat Hartmut Wrocklage rot angestrichen: An diesem Tag wollen die beiden Chefs der Finanzbehörde wie andere Länderfinanzminister auch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an der mündlichen Verhandlung in Sachen Länderfinanzausgleich teilnehmen. *Es geht um eine* in der Sache äußerst komplizierte und zugleich hochpolitische Materie. Glaubt man Gobrecht und seinem Regierungschef, Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, dann steht sogar die Existenz Hamburgs als Bundesland auf dem Spiel.

Als eine von mittlerweile sechs *Landesregierungen* will der Hamburger Senat das gegenwärtige System des Länderfinanzausgleichs mit dem Ziel der Änderung überprüfen lassen. Die Karlsruher Richter werden über Normenkontrollanträge zu entscheiden haben, in denen es um bestimmte Regelungen des Finanzausgleichs geht, aber bei *weitem noch nicht um ein neues* System für die Finanzbeziehungen *zwischen* Bund und Ländern und den Ländern untereinander. Das höchste Gericht wird die Verfahrensbeteiligten an den Verhandlungstisch verweisen und ihnen dafür freilich sehr wichtige juristische Markierungspunkte liefern.

Vor allem auf Betreiben des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi hat der Hamburger Senat Vorschriften des sogenannten Zerlegungsgesetzes angegriffen, das die Aufteilung der Lohn- und Körperschaftssteuer regelt. *Eine Änderung* fordert Dohnanyis Senatsriege über*dies bei der Einwohnerwertung* im Gesetz über den Finanzausgleich – Hamburg verlangt eine höhere als die jetzige Einstufung von 135 Prozent. Begründung für alle Anträge der Hansestadt insgesamt: Das jetzige System führe „zu einer willkürlichen Verzerrung des ... Steueraufkommens zu Lasten der Stadtstaaten"; es würden die „stadtstaatenspezifischen Finanzbedarfe" nicht angemessen berücksichtigt.

Hochpolitisch war und ist der Gang nach Karlsruhe für Dohnanyi und Gobrecht schlicht und einfach deshalb, weil ihnen haushaltspolitisch das Wasser bis zum Halse steht und weil sie diesen Umstand auch noch permanent öffentlich als Begründung für ihre Forderungen nach Änderung des derzeitigen Finanzausgleichs vortragen – begleitet von allerlei Feldgeschrei wie beispielsweise der These Dohnanyis, Hamburg werde von Bund und Ländern „ausgebeutet", sei die „Milchkuh" der ganzen Republik.

Die Behauptung, nur durch eine Änderung des Länderfinanzausgleichs im Sinne der Hamburger Forderungen werde die Stadt ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme, vor allem die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und deren Folgelast Sozialhilfe, künftig bewältigen können, spielt

Landesbericht Hamburg

im Konzept Dohnanyis für den Bürgerschaftswahlkampf des kommenden Herbstes *eine zentrale Rolle*. Schon jetzt erklären der Bürgermeister *und sein Finanzsenator* den Hamburgern nahezu stereotyp, die schmerzlichen finanziellen Belastungen für jeden einzelnen Bürger der Stadt seien eben die Folge langjähriger „Ausplünderung" durch die anderen Bundesländer. Vor allem das schwarze Bayern hat der rote Edelmann im Rathaus dabei im Visier.

Die forsch formulierten Argumente Dohnanyis in dieser Sache sind freilich im Senat und in der Regierungspartei keineswegs unumstritten – ebenso wie der Gang nach Karlsruhe überhaupt. Einige nachdenkliche Genossen fanden, es sei ja überhaupt nicht ausgemacht, daß dabei ein „Status quo plus" herauskommen werde; ebenso gut könne man sich auch einen „Status quo *minus" einhandeln – und dann?*

Diese bange Frage suchte Dohnanyi mit der Feststellung zu entschärfen, angesichts der ohnehin anhängigen Normenkontrollanträge anderer Länder stehe man in jedem Falle, also auch ohne Hamburger Beteiligung, vor dem Prozeßrisiko; da solle man doch lieber die eigenen Positionen auch vor Gericht festklopfen. Das überzeugte die Skeptiker wenig. Sie verwiesen darauf, daß ohne jeden Zweifel mit den anderen Bundesländern verhandelt werden müsse, und da benötige man Bundesgenossen; die finde man nicht, wenn *man ihnen permanent attestiere*, sie beteiligten sich an der „Ausbeutung" der alten Stadtrepublik.

Alles deutet darauf hin, daß dies *eine realistische Betrachtungsweise* ist. Schon hat Gobrechts bayerischer Amtskollege Max Streibl den Hamburgern eine detaillierte Gegenrechnung aufgemacht. Den Spruch Dohnanyis, angesichts der Vorteile Bayerns aus dem derzeitigen *Länderfinanzausgleich* auf Kosten Hamburgs müsse die Maximili*anstraße in München* eigentlich „Hamburger Allee" heißen, konterte der bayerische Finanzminister: Genau umgekehrt werde ein Schuh daraus, denn „die Tatsachen sprächen eher für eine Umbenennung des Jungfernstiegs in ‚Franz-Josef-Straße'".

Streibl nutzte die Gelegenheit, um Dohnanyi und Gobrecht Salz in ihre offenen haushaltspolitischen Wunden zu reiben: Es sei „nicht einzusehen, daß letztlich derjenige, der mit seinem Geld sorgfältig und solide wirtschaftet, dafür bestraft werden soll, während andere, die ihr Geld möglicherweise mit leichterer Hand *ausgegeben haben, davon profitieren*".

Der bayerische Staatsminister kennt natürlich die Zahlen, auf die sich diese Anspielung bezog, so gut wie Dohnanyi und Gobrecht: Die permanente Überforderung des Hamburger Haushalts durch die Re*gierungspartei SPD vor allem hat* dazu geführt, daß sich allein der Schuldendienst im Etat der Hansestadt derzeit jährlich um mehr als 100 Millionen Mark erhöht. 1989 wird Hamburg allein für diesen Posten fast 1,9 Milliarden Mark ausgeben, und in dieser Summe ist noch keine Mark Tilgung enthalten. Über den Länderfinanzausgleich jedenfalls, das steht fest, ist Hamburgs Haushalt nicht zu sanieren. Dohnanyi und Gobrecht werden sich „warm anziehen müssen" – in Karlsruhe und anderswo.

Parallelen zum RAF-Anschlag auf Airbase

dg./Co. Frankfurt/Bonn

Bei der Suche nach den Tätern des Bombenanschlags auf ein amerikanisches Einkaufszentrum in Frankfurt hat das Bundeskriminalamt Wiesbaden bis gestern abend keinen konkreten Hinweis auf den Täterkreis gefunden. Zwar gebe es, so ein Sprecher der Bundesanwaltschaft *Karlsruhe*, Parallelen zum Anschlag der RAF auf die amerikanische Airbase in Frankfurt. Doch könne auch ein Racheakt aus dem Täterkreis der Entführer des Passagierschiffes „Achille Lauro" nicht ausgeschlossen werden.

Die Bombe war am Sonntag um 15.21 Uhr in einem abgestellten BMW mit dem Kennzeichen AB - CH 350 detoniert und hatte vor dem PX-Shop in Frankfurt einen zwei Meter breiten, 50 Zentimeter tiefen Krater gerissen. 35 Menschen wurden verletzt, davon zwei schwer. 42 abgestellte Fahr*zeuge und sieben Gebäude im Um*kreis von 200 Metern wurden zum Teil erheblich beschädigt. Die Schadensumme gebe „in die Millionen", sagte der Sprecher.

Zu den Mutmaßungen über einen *vielleicht auch ausländischen Täter*kreis oder eine Mitwirkung der französischen „Action directe" war das BKA gekommen, weil ein silberfarbener BMW mit dem genannten Kennzeichen erst einen Tag vor dem Anschlag bei einem Händler in Gravenbruch bei Frankfurt von einem Marokkaner gekauft worden war.

Die Bundesregierung hat den „hinterhältigen und verbrecherischen Bombenanschlag" scharf verurteilt. Regierungssprecher Schmülling erklärte, Anschläge gegen Einrichtungen der US-Streitkräfte seien auch Anschläge gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bundesaußenminister Genscher betonte in einem Gespräch mit der Leiterin der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, Ridgway, man dürfe nicht zulassen, *daß durch solche verabscheuungswürdigen* Akte die Freundschaft zwi*schen Deutschen und Amerikanern* geschädigt werde.

US-Botschafter Burt versicherte: „Wir lassen uns nicht einschüchtern. Die Amerikaner werden in Deutschland bleiben, solange ihre Anwesenheit erwünscht ist, und werden an der Verbundenheit mit diesem Lande festhalten."

Ehemaligen „DDR"-Bewohnern wird zunehmend die Einreise verweigert

Seit Jahresbeginn schon 2000 Zurückweisungen / Auswahlkriterien undurchsichtig

BERND HUMMEL, Eschwege

An den „DDR"-Grenzübergängen kommt es immer häufiger zu Zurückweisungen von Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland. Knapp 2000 *Antragstellern* wurde seit Jahresbeginn der Berechtigungsschein auf Erteilung eines Visums von den „DDR"-Behörden versagt, und in vielen Fällen gestatteten die Grenzposten die Einreise nicht, obwohl die Genehmigung zuvor erteilt worden war. Bei den Betroffenen, hieß es im Innerdeutschen Ministerium in *Bonn, handle es sich überwiegend* um frühere Bewohner der „DDR".

Unübersichtlich ist die Situation schon seit Jahrzehnten, und nicht nur für den Personenkreis der ehemaligen „DDR"-Bürger. Nach welchen Auswahlkriterien die „DDR" Besucher aus dem Westen einreisen läßt, oder ihnen die Einreise verweigert, ist *nicht klar erkennbar. Allerdings: Die* Zahl derer, die in der anderen deutschen Republik nicht willkommen sind, hat nach Darstellung des Parlamentarischen Staatssekretärs Ottfried Hennig „in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen".

Nach Darstellung Hennigs wurde mit rund 3900 Abgewiesenen im Vorjahr der Höchststand erreicht, allerdings wurden seit Jahresbeginn erneut knapp 2000 Reisewillige registriert, die an den „DDR"-Kon*trollpunkten wieder zurückgeschickt* wurden, oder die bereits im Rahmen der Antragstellung den Visa-Berechtigungsschein nicht erhielten. Bei der Bundesregierung, die kürzlich die Zurückweisung von 350 Personen zur Leipziger Herbstmesse beanstandet hatte, wächst der Unmut über das Ausmaß der Einreiseverweigerungen, die – so *Hennig* – „ganze Personengruppen betreffen, ohne daß der Einzelfall geprüft wird". Ein Verfahren, das aus seiner Sicht nicht mit den Zielen der innerdeutschen Verträge zu vereinbaren ist.

Abermals will die Bundesregierung – wie schon in vielen Einzelfäl*len – initiativ werden*, begibt sich dabei jedoch auf ein schwieriges Pflaster. Einigt man sich auf einen Kriterienkatalog für Einreiseverweigerungen, mutmaßt man im Innerdeutschen Ministerium, dann „kommt die DDR sobald von diesem Verfahren nicht herunter". Beläßt man es jedoch bei der bisherigen anscheinend willkürlichen Praxis, dann ließen sich diese Fälle nur schlecht reklamieren. Denn: die „DDR", die sich dabei auf den Paragraphen 17 ihrer Paß- und Visa-Anordnung bezieht, gibt Gründe für die Zurückweisungen grundsätzlich nicht an.

Die Bundesregierung möchte erreichen, daß – so der Staatssekretär – die „DDR" wenigstens von den bislang praktizierten kollektiven Verboten abrückt. Zu mehr als *90 Prozent ist* nämlich jener Personenkreis betroffen, der erst *im Vorjahr* legal in die Bundesrepublik umsiedelte. Ihm *folgt* die Gruppe der Bundesbürger, die in der „DDR" Kontakte zu Ausreisewilligen hat. Mit Einreiseverweigerung muß auch der rechnen, der in der „DDR" als politischer Häftling einsaß oder aber – dies gilt auch für Bundesbürger – in der „DDR" zur Ausweisung verurteilt wurde.

Dabei haben die per „DDR"-Gerichtsurteil zur Ausweisung Gezwungenen die schlechtesten Aussichten auf eine Besuchsgenehmigung. Für sie gilt – so das Ministerium – das Einreiseverbot auf *Lebenszeit*.

Frauen-Veto kann Beschlüsse blockieren

Geplantes Statut der Grünen in Hessen wird die Parteiarbeit erheblich komplizieren

gur. Butzbach

Vier Wochen nach der turbulenten Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Neu-Isenburg bei Frankfurt, auf der fast 1500 der insgesamt 4300 Parteimitglieder in Hessen über den künftigen Kurs ihrer Partei abstimmten und sich mit einer Dreiviertelmehrheit für eine Koalition mit der SPD entschieden, fand eine weitere *Landesmitgliederversammlung* am Sonntag in Butzbach *(Mittelhessen) nur noch begrenztes* Interesse: Nur rund 250 Parteimitglieder waren angereist und quälten sich acht Stunden lang lustlos durch eine Strukturdebatte, in der sie es nicht einmal schafften, die entscheidenden Tagesordnungspunkte – Aufgabe des Rotationsprinzips, Übergang von den Mitglieder- zu „normalen" Delegiertenversammlungen – überhaupt anzuschneiden.

Statt dessen wurde endlos über ein sogenanntes Frauenstatut diskutiert, das die Parteiarbeit in Zukunft erheblich komplizieren dürfte. So sollen alle Parteibeschlüsse von „sofort" an durch ein „Veto" der weiblichen Parteimitglieder blockiert werden können, sobald sich in einer getrennten Abstimmung ergibt, daß eine Mehrheit der anwesenden Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht berührt oder Fraueninteressen „besonders betroffen" sieht.

Alle auf Landesebene zu besetzenden Gremien der Grünen müssen künftig „mindestens zur Hälfte" Frauen reserviert bleiben. Auf den Landesmitgliederversammlungen muß den Frauen eine gleiche Anzahl von Redebeiträgen wie den Männern gesichert werden.

Außerdem richtet die Partei ein eigenes „Frauenreferat" als „volle Stelle" ein. In der Mitgliederkartei der Partei finden diese Regelungen freilich bisher noch keine Entsprechung: Danach ist nur jedes dritte eingeschriebene Mitglied eine Frau.

Ziemlich routinemäßig wurde ein *Antrag zur Medienpolitik* behandelt, der in der hessischen Landespolitik noch Turbulenzen auslösen kann. Danach lehnen die hessischen Grünen ein Einspeisungsgesetz für private Hörfunk- und Fernsehprogramme, wie es die Landesregierung heute beschließen will, ab. Ob die von Grünen und SPD angepeilte Koalition, die im Dezember unter Dach und Fach gebracht werden soll, dadurch Schaden leiden wird, bleibt abzuwarten.

Mit einem anderen Beschluß hat die Basis ihrem Appetit, an den neuerworbenen Pfründen mitzunaschen, freien Lauf gelassen: Die drei künftigen „Regierungsmitglieder" sollen von ihren Bezügen soviel an die Partei abführen, daß ihnen nur das „Fixum" der bisherigen Landtagsabgeordneten bleibt.

Hongkong: Sorge wegen Warnung aus Peking

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die unverhüllt ausgesprochene Warnung des Chefs des Hongkonger Büros der chinesischen Nachrichtenagentur Neues China, Xu Jiatun, vor „drastischen Änderungen" des politischen Systems in der britischen Kronkolonie hat in der Fünfeinhalb-Millionen-Stadt Schockwellen ausgelöst, aber auch für mehr Klarheit hinsichtlich der derzeitigen Machtverhältnisse in Hongkong selbst gesorgt.

Auf seiner ersten, offiziell einberufenen Pressekonferenz seit seinem Amtsantritt vor zweieinhalb Jahren äußerte Xu sein Mißfallen über den bereits eingeführten indirekten Wahlmodus für den Legislativrat, der die parlamentarische Vertretung Hongkongs ist, und warf in diesem Zusammenhang der britischen Kolonialregierung vor, den Inhalt der vor 14 Monaten vereinbarten „gemeinsamen Erklärung" über die Zukunft Hongkongs falsch zu interpretieren.

Künftige Regierungsform wurde nicht definiert

Die Warnung des höchsten Repräsentanten Pekings in Hongkong besagt, daß die Volksrepublik China während der verbleibenden elfeinhalb Jahre bis zur Wiedereingliederung der Kolonie ins Reich der Mitte am 1. Juli 1997 allenfalls kosmetische Veränderungen, jedoch keinesfalls eine weitere Demokratisierung des politischen Systems zugestehen möchte.

Das jetzt zutage getretene erste chinesisch-britische Zerwürfnis über die Frage, wie weit der Demokratisierungsprozeß in Hongkong gehen dürfe, erklärt sich aus der Tatsache, daß die beiden Verhandlungspartner – bewußt oder unbewußt – es unterlassen haben, in der „Gemeinsamen Erklärung" die künftige Regierungsform des „Sonderverwaltungsgebiets Hongkong" (ab 1997) festzuschreiben. In der Erklärung heißt es dazu lediglich, daß die Legislative durch Wahlen konstituiert und der künftige Leiter des Sonderverwaltungsgebietes – als Nachfolger des britischen Gouverneurs – durch örtliche Wahl oder durch Konsultation bestimmt und von der zentralen Volksregierung Chinas ernannt wird.

Wie dieser Passus interpretiert und in die Praxis umgesetzt werden soll, das möchte China nun – aus durchaus verständlichen Gründen – nicht gerade den Briten überlassen, die es selbst über 140 Jahre lang versäumt haben, die Menschen in Hongkong mit demokratischen Spielregeln vertraut zu machen. Der „hohe Grad an Autonomie", der den Bürgern Hongkongs in der „Gemeinsamen Erklärung" von China zugesichert wurde, soll allein durch ein Grundgesetz bestimmt werden, das zur Zeit unter der alleinigen Regie Pekings, aber unter Beteiligung von Vertretern Hongkongs, ausgearbeitet wird und bis 1990 vorliegen soll.

Britischer Hausmeister in Pekings Konzern?

Für die britische Regierung in Hongkong ist die unverblümte Warnung Pekings eine schwer verdauliche Kost. Stoppt sie nun ihren ohnehin nur zaghaft in Gang gesetzten Demokratisierungsprozeß, so wird ein hoher Autoritätsverlust unvermeidbar sein. Das Bild vom britischen Gouverneur in der Rolle des Hausmeisters in einem von Peking kontrollierten Konzern Hongkong spukt schon durch die Medien.

Setzen die Briten sich aber über die Einwürfe Pekings hinweg, dann wird die Stabilität Hongkongs, die bisher auf dem Einvernehmen Pekings und Londons beruhte, gefährdet. Denn ein Auseinanderdriften des geplanten Grundgesetzes und des von den Briten angestrebten parlamentarischen Regierungssystems will China nicht hinnehmen.

Das Opfer – so scheint es – wird auf jeden Fall Hongkong sein. Und deshalb wird in Hongkong die Sorge über die Zukunft der Kronkolonie auch nicht als politische Bagatelle gehandelt.

Der Bürgerblock in Galicien verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit

Fraga bestätigt seine Führungsrolle in der Opposition / Trend zum Zweiparteiensystem

ROLF GÖRTZ, Madrid

Bei den Landtagswahlen in Galicien (Nordwestspanien) gewannen die Mitte-Rechts-Parteien mit Abstand vor der in Madrid regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei. Die Bürgerlich-Konservative Volkskoalition (CP) des in Galicien beheimateten Oppositionsführers Manuel Fraga Iribarne konnte ihre Position um fünf Prozentpunkte ausbauen und verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit im galicischen Landtag. Landesministerpräsident bleibt der 68 Jahre alte Arzt Fernandez Albor (CP).

Gegenüber den Generalwahlen von 1982 verloren die Sozialisten, zweitstärkste Partei dieser Region, vier Prozentpunkte. Im Zentrum verschoben sich die Kräfte. Der zur Linken tendierende Zentrumspolitiker und Ex-Ministerpräsident Adolfo Suárez gewann nicht einen einzigen Sitz. Sein Erbe trat eine neue Zentrumspartei, die „Galicische Koalition" (CG), an, eine Tochterpartei des katalanischen Politikers Miguel Roca, der das rechte Zentrum in ganz Spanien neu zu ordnen sucht und hier seinen ersten Triumph feierte. Die Kommunisten verloren ihren einzigen Sitz.

Die Ergebnisse im einzelnen: Volkskoalition (CP-A. P.) 34 von insgesamt 71 Sitzen des Landtages. Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) 22 Sitze, Galicische Koalition (CG) 11 Sitze, Galicische Sozialisten 3 Sitze und der Nationalistische Block 1 Sitz. Die geringe Wahlbeteiligung von 58 Prozent entspricht den politischen Traditionen und den geographisch schlechten Gegebenheiten in dieser Region.

Galicien gehört mit dem Baskenland und Katalonien zu den drei „historischen" Ländern Spaniens, die ihre bürgerliche Mehrheit gegenüber den in Madrid regierenden Sozialisten halten und ausbauen konnten.

Auch auf den Balearen zeichnet sich eine ähnliche Verbindung ab.

Der aus den galicischen Wahlen ablesbare Trend für ganz Spanien neigt deutlich zum gemäßigt rechten Zentrum. Nach dem Verschwinden der aus den ersten freien Wahlen von 1978 siegreich hervorgegangenen Union des Demokratischen Zentrums (UCD) unter dem damaligen Ministerpräsidenten Adolfo Suárez scheint sich ein Zweiparteiensystem in Spanien durchzusetzen. Mit starkem Übergewicht der Sozialisten, die dann 1982 mit einem Anteil von 46 Prozent der Stimmen im Madrider Parlament die absolute Mehrheit erzielten.

Versetzt die Sozialisten in Unruhe: Wahlsieger und Chef der Alianza Popular, Fraga Iribarne FOTO: SVEN SIMON

Bei seinem Bemühen um ein Comeback fand Adolfo Suárez bis vor kurzem die offene Unterstützung der Sozialisten. Regierungschef Felipe González muß damit rechnen, bei den nächsten Parlamentswahlen 1986 die absolute Mehrheit zu verlieren. So sollte Suárez' neue Zentrumspartei, CDS, zumindest die parlamentarische Unterstützung garantieren.

Das spanische Zentrum aber – das zeigten die galicischen Wahlen – tendiert nach rechts und nicht nach links. Die Sozialisten haben das erkannt und ersetzten im Wahlkampf ganz bewußt den Terminus „Sozialismus" durch „Fortschritt" und „Modernisierung". Man gab der galicischen Koalition, die ebenfalls für Fortschritt plädierte, nicht mehr als drei bis vier, höchstens fünf Sitze im Parlament. Die junge Mannschaft des galicischen Zentrums aber erhielt elf Sitze. Die neue Zentrumspartei wird nicht mit den Sozialisten zusammengehen, sich aber auch einer festen Koalition mit der Mitte-Rechts-Partei von Fraga Iribarne enthalten. Ihr galicischer Parteichef Pablo González Mariñas erklärte jedoch in der Wahlnacht, daß der Landesministerpräsident Fernandez Albor (CP) mit der parlamentarischen Unterstützung der galicischen Koalition weiter regieren werde.

Die noch in der Wahlnacht von den Sozialisten propagierte Mitte-Links-Koalition ist damit gestorben. Sie sollte Vorhut einer ähnlichen Konstellation auf spanischer „Bundes"-Ebene werden. Der klare Wahlsieg der galicischen Koalition, deren Kernmannschaft die Volksallianz (AP) des Oppositionsführers im Madrider Parlament, Manuel Fraga, bildet, dürfte auch die Spekulation um einen Wechsel in der Parteiführung der AP beeinflußt haben. Fraga erreichte in Galicien zwar nicht die von ihm propagierte absolute Mehrheit, blieb aber so knapp darunter, daß denen der Arm erlahmen dürfte, die in letzter Zeit heftig an seinem recht autoritär verankerten Stuhl sägen.

Das Ausscheiden der Kommunisten aus dem Landesparlament war zu erwarten. Die tiefe Kluft zwischen den „Carrillistas" des Ex-Generalsekretärs Santiago Carrillo, der inzwischen eine eigene Partei gründete, und den „Gerardistas" des neuen Generalsekretärs der KP Spaniens, Gerardo Iglesias, läßt sich nicht mehr kitten. Auch die prosowjetischen Kommunisten innerhalb und außerhalb beider Parteien schafften die von Moskau mit lebhaftem Interesse geförderte Einigung nicht. (SAD)

Arafats PLO richtet sich jetzt in Bagdad ein

Irak gewährt Zuflucht / Prestigeverlust auch in Moskau

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Das Zentralkomitee des größten Kampfverbandes in der PLO, Fatah, hat die Entführung der ägyptischen Maschine „durch Terroristen" verurteilt. Das Verdikt erfolgte aus sicherem Hort. Das Zentralkomitee tagt zur Zeit in Bagdad. Sein Sprecher Arafat schickte auch ein Beileidstelegramm an den ägyptischen Präsidenten. Sowohl der Chef der halben PLO als auch Mubarak wollen die Mörder von Malta in der Nähe des libyschen Revolutionärs Khadhafi angesiedelt sehen. Daß es sich bei den Piraten, die zu einer Gruppe „Revolution Ägyptens" gehören sollen, um Palästinenser handelt, geht aus Zeugenaussagen der Piloten hervor, die einen „palästinensischen Akzent" festgestellt hätten.

Nun wird gerätselt, welche PLO-Gruppe wohl hinter der Entführung steht. Der Name Abu Nidal wird genannt. *Er hat unlängst in einem Interview* mit einem Hamburger Magazin seine Hochachtung für die Mordaktionen der „Revolution Ägyptens" bekundet. Er unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu Khadhafi, und er steht auch mit Syriens Militärdiktator Assad auf gutem Fuß.

Das war nicht immer so. Eine Zeitlang lebte der oft schon totgesagte Nidal in Bagdad. Er überwarf sich mit dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein und ging nach Damaskus. Er wird den Feinden Arafats zugerechnet. Sein neuer Standort und der Tagungsort des ZK der Fatah sind bezeichnend für die Lage innerhalb der gespaltenen PLO: Die radikalen Terroristen sitzen in der syrischen Hauptstadt, die taktisch-diplomatischen zieht es nach Bagdad. Letztere haben jedoch keineswegs dem Terror abgeschworen. Sie versuchen nur im Gegensatz zu den anderen auch auf diplomatischem Parkett Boden und Anhänger zu gewinnen.

Dabei entwickelt sich Bagdad zur neuen Zentrale der PLO Arafats. Anfang November traf eine Gruppe von 150 PLO-Kämpfern im Irak ein. Arafat hatte einem Gesuch der tunesischen Regierung stattgegeben, diese Kämpfer so früh wie möglich aus Tunis zu evakuieren. Tunis hatte dem PLO-Chef nach dem Luftangriff der Israelis auf das PLO-Hauptquartier eine Liste mit Namen von Palästinensern vorgelegt, die für Terroraktionen im Namen der Fatah in Frage kamen. Hussein half Arafat aus der Klemme und erlaubte ihm, in Bagdad ein neues Büro einzurichten.

Die Gruppe aus Tunis stieß in Irak bereits auf mehrere hundert PLO-Kämpfer, die in einem Trainingslager namens Al-Musayib in der Nähe von Bagdad ausgebildet werden. Saddam Hussein gewährte im letzten Monat auch einem anderen bekannten Terroristen Asyl: Abul Abbas. Und auch der Chef von Arafats Sonderkommando „Truppe 17", Abu Tayeb, hielt sich im Oktober in Irak auf, nachdem er in Jordanien wegen des Mords an drei Israelis in Larnaka nicht mehr erwünscht war.

Bei den Beratungen des ZK der Fatah in Bagdad dürfte auch die Lage der PLO insgesamt eine Rolle gespielt haben. In der Folge der Affäre *um den Luxusliner „Achille Lauro"* hat die PLO nicht nur in Europa, sondern auch im arabischen Raum erheblich an Prestige verloren. Der flüchtige Chef der Piraten, Abul Abbas, ist ein Freund Arafats. Sorgen bereitet dem PLO-Chef jedoch vor allem die Tatsache, daß er sich auch des Rückhalts Moskaus nicht mehr sicher sein kann. Seit der Vertreibung aus Beirut ist Arafat nicht mehr offiziell nach Moskau eingeladen worden. Bei den Begräbnisfeierlichkeiten für Breschnew, Andropow und Tschernenko erschien er auf eigene Initiative. Dabei wurde er in der Liste der Gäste ohne jeden Titel erwähnt. Auch die Angriffe seiner Gegner in der PLO werden in der sowjetischen Presse mit Schlagzeilen bedacht, so daß Arafat eine Hinwendung des Kreml zur prosyrischen PLO-Fraktion befürchten muß.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die in arabischen Hauptstädten kursierenden Informationen auch als plausibel, wonach Arafat in die Entführung der vier sowjetischen Diplomaten Ende September in Beirut verwickelt gewesen sein soll, um sich nachher als erfolgreicher Vermittler bei den Sowjets wieder mehr Ansehen zu verschaffen. Nach dem Mord an einem der Diplomaten habe er diesen Plan wegen des zu hohen Risikos jedoch aufgegeben.

Gegen einen wahllosen Boykott Südafrikas

idea, Stuttgart

Vor der Landessynode der evangelischen Landeskirche in Württemberg hat sich Bischof Hans von Keler *für einen „klugen Druck" auf die* südafrikanische Regierung, aber gegen einen „wahllosen Boykott" ausgesprochen, der nur die Rezession und den Kampf aller gegen alle verschärfe: „Auch wirtschaftlicher Ruin kann zum Chaos führen." In einer ausführlichen Stellungnahme zum Thema Südafrika sagte er, auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft im südlichen Afrika könne er die „Unregierbarkeit des Landes" nicht als sinnvolle Etappe bejahen. Christen dürften kein Chaos anstiften, um eine bessere Welt zu erreichen. In Südafrika stießen – so der Bischof, der *kürzlich Südafrika und Namibia* besuchte – die Probleme der Ersten und der Dritten Welt zusammen, und die Zweite Welt versuche, Vorteile aus dieser Unruhe zu ziehen. Deutsche sollten sich hier nicht anmaßen, „Lehrmeister anderer Nationen zu sein". Er bezeichnete es als verhängnisvoll, vorhandene Spannungen zwischen den Stämmen in beiden Staaten zu unterschätzen und etwa die europäische Idee vom Nationalstaat bereits heute im südlichen Afrika allseits realisieren zu wollen.

Auf vielen Ländern der Dritten Welt lastet nach Auffassung Kelers das schwere Erbe der Kolonialzeit: Grenzen seien meist auf europäischen Konferenzen ohne Rücksicht auf historische, geographische und stammesmäßige Gegebenheiten gezogen worden. Dazu kämen neue Schwierigkeiten durch hohe Verschuldungen inzwischen selbständiger Staaten. Auch habe die Aufrüstung der Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen: Seit 1975 liege die Steigerungsrate doppelt so hoch wie in den Industrieländern.

Wo eingespielte Kontrollinstanzen fehlten, wachse in frei gewordenen Nationen leicht eine neue Ausbeutung durch rasch emporgekommene Führungskräfte. Die „Kleptokratie" neuer Regierungskreise in der Dritten Welt zeige eine erschreckende Vielfalt. Die Wirtschaftsplanung vieler junger Staaten sei mehr von nationaler Eitelkeit als von tatsächlichen Erfordernissen geprägt. Insgesamt sollte man im Blick auf die Entwicklungshilfe statt steiler Forderungen eine „langfristige Zusammenarbeit zu gegenseitigem Vorteil" anstreben.

Skeptisch beurteilt der Bischof alle Vorschläge, alle Kirchen sollten ein „Konzil des Friedens" einberufen. Er schlug statt dessen in seinem Bericht vor der Landessynode eine Versammlung zur Frage des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit vor.

General Noriegas heimliche Diktatur

WERNER THOMAS, Miami

Als der Bus aus Costa Rica in der panamaischen Grenzstadt Concepcion de Chiriqui stoppte, mußte ein Passagier Sicherheitsbeamten folgen. Er ahnte Schlimmes. „Ich bin Hugo Spadafora", alarmierte er die anderen Fahrgäste, „sie nehmen mich gerade fest." Zwei Tage später wurde jenseits der Grenze auf costaricanischem Gebiet ein grausamer Fund gemacht: In einem amerikanischen Postsack lag eine blutüberströmte Leiche. Der Kopf fehlte. Der Torso konnte rasch identifiziert werden: Hugo Spadafora.

Seit dem spektakulären Mordfall Mitte September steckt Panama in einer schweren Krise mit unabsehbaren Folgen. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Nation wie eine friedliche Oase in einer turbulenten Umgebung der Konflikte und Kriege wirkte. Die Reagan-Regierung verfolgt besorgt die Entwicklung, nicht zuletzt wegen der strategischen Bedeutung des kleinen Landes: Der Kanal verbindet Atlantik und Pazifik. In seiner Nähe befinden sich amerikanische Militärstützpunkte mit 8000 Soldaten.

„Nehmt Panama in die Liste kritischer Staaten auf", *lautete* die Überschrift eines Kommentars der „New York Times", der die Gründe für die Probleme nannte: „Der richtige Name für das panamaische Regime ist Diktatur, der eigentliche Machthaber heißt Manuel Noriega." Der 47jährige General kommandiert die „Verteidigungskräfte von Panama" (FDP), den einzigen Militärapparat, der 15 000 *Mann umfaßt, und nach Ansicht* der meisten politischen Beobachter auch das ganze Land.

Der frühere Geheimdienstchef ließ letztes Jahr Nicolas Ardito Barletta, *einen* ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank, zum Präsidentschaftskandidaten der regierenden „Demokratischen Revolutionspartei" (PRD) nominieren. *Als sich ein Wahlsieg des* greisen Oppositionskandidaten und Expräsidenten Arnulfo Arias abzeichnete, erfuhr die Öffentlichkeit vorerst nichts mehr über den weiteren *Verlauf der Auszählungen.* Am Ende gewann Ardito Barletta mit 1713 Stimmen Vorsprung.

Der General regierte von Anfang an mit. Er scheute weder politische Erklärungen noch Kritik. Während der Präsident Fidel Castros Schuldenkonferenz in Havana boykottieren wollte, schickte Noriega fünf Offiziere nach Kuba.

Barletta (47) wurde Ende September gestürzt und durch seinen Vizepräsidenten Eric Arturo Delvalle (48) ersetzt. Barletta stolperte nicht über

PANAMA

die unpopulären Sparmaßnahmen oder die bitteren Folgen der hohen Auslandsverschuldung (3,7 Milliarden Dollar, die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt, 1734 Dollar pro Bürger) und auch nicht über die steigende *Arbeitslosenziffer (fast 20* Prozent). Er wurde ein Opfer des Spadafora-Skandals. Hugo Spadafora, ehemals stellvertretender Gesundheitsminister, zählte zu den schil*lerndsten politischen Figuren* Panamas. Der antimarxistische Sozialist kämpfte als Guerrillero in Guinea-Bissau und Nicaragua. Er beteiligte sich auf Seiten des sandinistischen Comandante Eden Pastora am nicaraguanischen Bürgerkrieg. Als die Sandinisten in Richtung Marxismus marschierten, erhob er mit seinem Freund Pastora wieder die Waffe – gegen die Sandinisten.

Der rastlose Arzt wollte sich auch einen Feind an der Heimatfront vornehmen: Manuel Noriega. Seit langer *Zeit führte er einen verbalen Feldzug* gegen den General, dem er Skrupellosigkeit, Machthunger und Korruption vorwarf. Und: „Noriega untergräbt die Demokratie in unserem Land." *Spadafora hatte die Absicht,* den General zu „demaskieren". Er kündigte die Veröffentlichung einer Dokumentation über seine – Noriegas – angeblichen Rauschgiftgeschäfte an.

Noriega wird auch von diplomatischen Beobachtern als zwielichtige Erscheinung beschrieben. Niemand weiß so recht, wo er heute politisch steht. Er kennt Fidel Castro persönlich und schätzt ihn. Während des nicaraguanischen Bürgerkrieges arrangierte er kubanische Waffenlieferungen an die Sandinisten via Panama. Die Amerikaner mußten ihre Militärschule in Panama schließen, weil Noriega kein großes Interesse an einer Verlängerung des bilateralen Vertrages zeigte. Allerdings äußert der General gelegentlich Besorgnis über den *Linkstrend* der nicaraguanischen Revolution. Nicht nur die Opposition, auch die katholische Kirche kritisierte scharf die politische Situation unter dem Einfluß Noriegas. „Nie zuvor *hat es eine Korruption dieses Ausmaßes gegeben*", hieß es in einer Erklärung. „Ein großer Teil des Volkes lebt in absoluter Armut." Die Konflikte könnten „eine Explosion der Gewalt" wie in anderen Ländern Mittelamerikas verursachen.

Schon muß Panama für die Krise teuer bezahlen – durch eine Kapitalflucht. Die Nation fürchtet um ihren Ruf als *Banken- und Versicherungszentrum* Lateinamerikas. Obgleich die Militärs entrüstet den Verdacht von sich weisen, Mörder zu sein, glauben die meisten Panamaer, daß Spadafora von ihnen beseitigt wurde. Spadaforas Familie nannte Noriega als Auftraggeber. Seither verfolgt die brutale Ermordung den General.

Nach der Wahl in Honduras droht Verfassungskonflikt

tho, Miami

Das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Honduras wird zwar erst in einigen Wochen vorliegen, doch schon jetzt zeichnet sich ein Verfassungskonflikt ab, in dessen Mittelpunkt die umstrittene Wahlreform vom Juni stehen wird. Das fünf Mitglieder umfassende Wahlgericht hatte noch vor dem Urnengang die Reformen bestätigt. Danach gewinnt der führende Bewerber der Partei, auf die die meisten Stimmen entfallen. Deshalb erklärte sich auch José Azcona Hoyo, Spitzenkandidat der regierenden liberalen Partei, zum Gewinner der Wahl, da die Liberalen mit ihren vier Kandidaten bisher auf mehr Stimmen kamen als die drei Bewerber der Nationalpartei.

Die bisherigen Auszählungen signalisieren jedoch, daß Leonardo Callejas, Spitzenkandidat der Nationalpartei, von den insgesamt neun angetretenen Bewerbern die meisten Stimmen auf sich vereinigen wird. Auf Grund der Verfassung wäre er dann zum Präsidenten gewählt. Die vom Kongreß abgesegnete Wahlreform sollte jedoch diese Verfassungsbestimmung außer Kraft setzen. Sollte also Callejas die Wahl gewinnen, seine Nationalpartei aber den Liberalen unterliegen, wird es zu Anfechtung der Wahl durch die Nationalpartei kommen.

Der Konflikt kommt dann voraussichtlich vor den Obersten Gerichtshof. Und obwohl dieses Gremium von Anhängern des liberalen Präsidenten Roberto Suazo Cordova dominiert wird, könnte das Urteil zugunsten Callejas ausfallen. Azcona Hoyo gilt nämlich als innerparteilicher Rivale von Cordova. (SAD)

Warschau richtet ernste Warnung an die Kirche

AFP, Warschau

Die Kommunistische Partei Polens hat an die katholische Kirche eine deutliche Warnung gerichtet. In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Polityka" heißt es, zu einem Zeitpunkt, da Polen „hochverschuldet" sei und nur „mit Mühe den Weg aus der Krise" finde, sei der Bau weiterer Kirchen und Kapellen eine Zumutung. Neue Kirchen schössen förmlich aus dem Boden. Sollte dieser Trend anhalten, so stünden „erneut schwere Spannungen" ins Haus. Partei und Regierung müßten einschreiten, forderte der Autor des Artikels, hinter dessen Pseudonym, Jerzy Jarzeniec, sich offenbar ein Regierungsmitglied verbirgt.

„Polityka" kritisierte außerdem, daß Polen das einzige Land sei, in dem die Zahl der Priester unaufhörlich zunehme. Gegenwärtig kämen 22 000 Geistliche auf eine Gesamtbevölkerung von 37 Millionen. Die 7500 polnischen Seminaristen stellten „zehn Prozent der Priesterschaftsanwärter in der ganzen Welt".

Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" hatte schon vor kurzem ein härteres Vorgehen der Regierung gegen die Kirche prophezeit. Die Untergrundzeitschrift KOS hatte in ihrer jüngsten Ausgabe eine Reihe von „geheimen Anweisungen des Zentralkomitees" veröffentlicht. Darunter befänden sich ein Verbot für den Bau neuer Kirchen, gerichtliche Schritte gegen gewisse Priester, Einschränkungen verschiedener katholischer Veröffentlichungen sowie die „Säuberung der Partei, der Armee und der Sicherheitsdienste von allen klerikalen Elementen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ändert Moskau seine Haltung zu Afghanistan?

dpa/AFP, Washington

Der amerikanische Präsident Reagan und der sowjetische Parteichef Gorbatschow sind sich beim Gipfeltreffen in Genf über die „Bedeutung einer politischen Lösung" der Afghanistan-Frage einig gewesen. Diese Auffassung vertrat US-Außenminister George Shultz in einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC. Shultz begründete seine Einschätzung damit, daß Gorbatschow in Genf eine von der bisherigen sowjetischen Position „etwas abweichende" Äußerung getan habe. Der Außenminister wertete das Verhalten des Kreml-Chefs auch als Anzeichen dafür, daß die Sowjets bei den für Dezember angesetzten Gesprächen über Afghanistan unter UNO-Aufsicht bereit seien, für einen möglichen Truppenabzug einen Terminkalender aufzustellen.

Shultz warnte allerdings vor übereilten Schlußfolgerungen. Der sowjetische Berater des Zentralkomitees, Mentschikow, hatte gegenüber ABC erklärt, ein Truppenabzug würde in Afghanistan ein noch größeres Blutbad heraufbeschwören.

Im Wunderland Taiwan steht nicht mehr alles zum besten

Von JOCHEN HEHN

Die auf Taiwan (Republik China) *seit 1949 dominierende Guomindang* (Nationale Volkspartei) des Staatspräsidenten Jiang Jingguo ist bei den Wahlen für die Parlamente auf Provinz-, Kreis- und Gemeindeebene mit einem blauen Auge davongekommen. Während die Opposition, die sogenannte Dangwai – was wörtlich heißt: außerhalb der Partei (der Guomindang nämlich) stehend –, in den beiden größten Städten Taipeh und Gaoxiong erhebliche Stimmengewinne erzielte, konnte die Guomindang landesweit ihre Vormachtstellung im wesentlichen behaupten.

Die Guomindang kann mit diesem Ergebnis mehr als zufrieden sein, hatten die Wahlen nach schweren wirtschaftlichen und politischen Rückschlägen doch unter keinem guten Stern gestanden. Der wirtschaftliche Rückgang aufgrund empfindlicher *Exporteinbußen*, eine Reihe von Skandalen wie die Cathay-Bank-Affäre, in der es nach Aufdeckung betrügerischer Manipulationen serienweise zu Zusammenbrüchen größerer Unternehmen kam, und schließlich die auch international Aufsehen erregende Ermordung des in den Vereinigten Staaten lebenden chinesisch-stämmigen Autors und Guomindang-Kritikers Henry Liu durch taiwanesische Kriminelle, die offenbar im Auftrag des taiwanesischen Geheimdienstes handelten – dies alles hatte zu einer tiefen Vertrauenskrise in der Bevölkerung geführt und auch im Ausland das Ansehen Taiwans ramponiert.

Daß die Opposition aus diesen Negativbilanzen nicht noch mehr Kapital schlagen konnte, liegt zum großen Teil an einer Wahlgesetzgebung, die die herrschende Regierungspartei übermäßig bevorteilt, die Arbeit der Opposition dagegen sehr erschwert.

Indiskutabel per Dekret

Gegenüber der straff organisierten Guomindang hat die zersplitterte Opposition trotz einiger erfolgreicher Bemühungen um eine gemeinsame Linie kaum echte Chancen, sich im Lande Gehör zu verschaffen. Die Gründung einer formellen Partei, die die politische Arbeit besser koordinieren könnte, ist der Opposition untersagt. Die Wahlkampagne selbst ist auf nur zehn Tage beschränkt und macht es prominenten oppositionellen Politikern nahezu unmöglich, ausgedehnte Wahlreisen zu unternehmen.

Während Tageszeitungen jetzt auch in umfangreicherem Maße als früher kritisch gegenüber der Guomindang berichten dürfen, ist das Fernsehen immer noch total von der Regierungspartei und ihrem Propagandaapparat kontrolliert und wurde auch während dieses Wahlkampfes zu besonders regierungsfreundlichen Programmen angehalten. Brisante Themen werden da schon mal ausgeklammert *oder sogar* – wenn es der Regierung ratsam erscheint – per Dekret als „indiskutabel" erklärt.

Doch die Guomindang-Regierung drücken noch andere Sorgen. Die wirtschaftliche Rezession ist nicht einmal das dringendste Problem. Denn das für dieses Jahr erwartete Wirtschaftswachstum von „nur" fünf Prozent wird zwar als enttäuschend empfunden, gemessen am stolzen Vorjahresergebnis von 10,92 Prozent, doch haben auch die anderen Wettbewerber um die Märkte im pazifischen Raum sowie die führenden Wirtschaftsnationen der Welt, die USA (*2,6 Prozent*), Japan (4,4) und die Bundesrepublik Deutschland (2,1) keine besseren Ergebnisse vorzuweisen. Als kritischer wird die zunehmende politische Isolation bewertet, in die Taiwan durch das hartnäckige Liebeswerben Pekings geraten ist. In der Politik der Volksrepublik China genießt die Wiedervereinigung mit Taiwan hohe Priorität. Und die Kommunisten auf dem Festland haben es durchaus verstanden, ihre widerspenstigen Landsleute auf der Insel unter Druck zu setzen.

Mit 3000 Dollar vorn

Die Werbetour des chinesischen Ministerpräsidenten durch Mittel- und Südamerika, wo noch 14 Staaten die Inselrepublik Taiwan diplomatisch anerkennen, und das Angebot Pekings, Taiwan könne nach der Wiedervereinigung ein weit höheres Maß an Autonomie genießen als Hongkong und Macao, sind nicht wirkungslos geblieben. Dazu kommt, daß die Nachfolge für den gesundheitlich angeschlagenen Staatspräsidenten Jiang Jingguo noch immer ungeklärt ist und einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor in die Zukunftsplanung der Taiwanesen bringt.

Das von der Führung in Peking sicherlich seriös gemeinte Angebot an Taiwan, dem Beispiel Hongkongs und Macaos zu folgen, erscheint den Taiwanesen aber insgesamt noch als zu wenig verlockend, um es in konkrete politische Pläne ummünzen zu können. Noch ist das Thema als politisch nicht relevant eingestuft. Diese ablehnende Haltung begründet sich dabei weniger auf den weitverbreiteten Antikommunismus als auf die Furcht, eine Wiedervereinigung könne den in 36 Jahren zielstrebig erarbeiteten Wohlstand zunichte machen. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 3000 US-Dollar steht Taiwan in der Tat an der Spitze der asiatischen Länder. Die Volksrepublik China bringt es dagegen auf bescheidene 400 US-Dollar.

Selbst die Hoffnungen Pekings, durch die für das Jahr 2000 anvisierte Vervierfachung des Bruttosozialprodukts auf ein Pro-Kopf-Einkommen von 1000 US-Dollar jährlich zu kommen und damit Anschluß an „seine" Musterprovinz Taiwan zu gewinnen, müssen als gering eingeschätzt werden. Taiwan hat bis dahin ebenfalls eine Vervierfachung des Einkommens seiner Bevölkerung prognostiziert.

Betancur ruft in Kolumbien den Notstand aus

AP, Bogotá

Präsident Belisario Betancur und der Staatsrat haben in Kolumbien den sozialen und wirtschaftlichen Notstand ausgerufen. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf die Folgen des Vulkanausbruchs vom 13. November und auf die Stürmung des Justizgebäudes in Bogotá. In der von Betancur, seinem Stellvertreter und den Mitgliedern des Staatsrates unterzeichneten Erklärung heißt es, die beiden Vorgänge hätten die wirtschaftliche und soziale Ordnung Kolumbiens ernstlich erschüttert.

Bei dem Vulkanausbruch war ein volkswirtschaftlicher Schaden von umgerechnet etwa einer Milliarde Mark entstanden. Ob die beim Ausbruch fast völlig verschüttete Stadt Armero wieder aufgebaut werden soll, will der zum neuen Bürgermeister ernannte Major Rafael Ruiz Navarro den Überlebenden überlassen. Er selbst befürwortet die Umwandlung des Gebietes in einen Nationalpark. Nach Zeitungsberichten wurden in Armero bisher fünf Plünderer von den Sicherheitskräften erschossen.

Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.
1. Kor. 13,13

Hans-Jörg Sendler

* 16. 9. 1910 † 17. 11. 1985

In tiefer Trauer

Helga Sendler geb. Dürr
Inge Korsing geb. Dürr
Erica Pilet geb. Kalthoff
Peter Eckenberg

Düsseldorf

Dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend, hat die Beisetzung im engsten Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

Wir trauern um den früheren Vorsitzer unserer Vorstände

Hans-Jörg Sendler

In den vier Jahrzehnten seines Berufsweges hat er für die deutsche Stahlindustrie und ihre Gemeinschaftsorganisationen erfolgreiche Arbeit geleistet. Von 1948 bis 1975 war er Mitglied des Vorstandes der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, in den Jahren 1973 und 1974 dessen Vorsitzer. Mehr als zehn Jahre leitete er den Vorstand der Walzstahl-Vereinigung.

Er hat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau unserer Industrie nach dem Kriege eingesetzt und uns international Vertrauen und Respekt gewonnen.

Die deutsche Stahlindustrie schuldet Hans-Jörg Sendler Dank. Wir werden ihn nicht vergessen.

Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie **Walzstahl-Vereinigung**

Heinz Kriwet ***Ruprecht Vondran*** ***Günter Flohr*** ***Dietrich v. Hülsen***

Plötzlich und unerwartet ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende unserer Gesellschaft, Herr

Hans-Jörg Sendler

am Sonntag, dem 17. November 1985, kurz nach Vollendung seines 75. Lebensjahres verstorben.

Herr Sendler kam 1956 in den Vorstand der Klöckner-Werke AG, wurde 1963 dessen Sprecher und übernahm 1970 den Vorsitz, den er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1974 innehatte. Anschließend war er bis 1981 Mitglied unseres Aufsichtsrates.

Als herausragende Unternehmerpersönlichkeit auf dem Gebiet des Eisenhüttenwesens hat Herr Sendler die Geschicke der Klöckner-Werke viele Jahre mit großer Tatkraft gesteuert. Sein sicheres Gespür für die Bedeutung des Stahls und alles damit Zusammenhängende ermöglichte ihm, Entscheidungen zu treffen, die für unser Unternehmen von großer Wichtigkeit waren. Neben der hohen Verantwortung für die Politik unseres Hauses waren ihm die Interessen der Belegschaft stets ein besonderes Anliegen.

In zahlreichen Ehrenämtern hat er sich der allgemeinen Belange der Eisen- und Stahlindustrie angenommen und gleichzeitig das Unternehmen in vorbildlicher Weise vertreten.

Wir werden uns des Verstorbenen stets dankbar und ehrend erinnern.

Duisburg, den 26. November 1985

KLÖCKNER-WERKE AG
Aufsichtsrat, Vorstand,
Betriebsrat und Belegschaft

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

CSSR-Asylanten

„Die Flüchtlinge und die demütigende Prozedur im Kölner CSSR-Konsulat"; WELT vom 8. November

Sehr geehrte Redaktion,

ich möchte mich für den interessanten Artikel von Ota Filip bedanken.

Als Flüchtling aus der Tschechoslowakei habe ich jedoch bestimmte Vorbehalte zu diesem Artikel. Ich kann nicht glauben, auch meine Erfahrung ist anders, daß nur fünf oder sechs Prozent der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei tatsächlich politische Flüchtlinge sind. Ich bin davon überzeugt, daß diese Zahl wesentlich höher liegt.

Der Begriff „ökonomische Flüchtlinge" ist in diesem Zusammenhang irreführend. Wirtschaftliche Probleme der Tschechoslowakei sind hauptsächlich politisch bedingt, und auch die Wirtschaft selbst wie auch andere Bereiche des Lebens werden politisiert. (Auch Herr Filip verdient hier im Westen wesentlich besser als in der Tschechoslowakei.)

Wir müssen auch sehen, daß die Asylanten nicht nur Vorteile durch ihre Flucht gewinnen, sondern auch Nachteile haben (zum Beispiel Verlust der Familie, Freunde, juristische und soziale Unsicherheit, Sprachprobleme, sozialer Abstieg usw.). Deshalb kann man behaupten, daß die Gründe, warum die Tschechen und Slowaken ihre Heimat verlassen, bestimmt ernster Natur sind.

Es ist nicht wahr, daß nur „Dissidenten" verfolgt werden. Der ganzen Bevölkerung, die nicht zu der „Nomenklatura" gehört, werden ihre politischen und bürgerlichen Rechte entzogen; sie wird systematisch unterdrückt und lebt ständig in Angst, Unsicherheit, Unzufriedenheit und Hoffnungslosigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Ladislav Vrabec,
Wiesbaden

Unterdrückung

„Deswegen sind wir auch Deutsche"; WELT vom 19. November

Es ist bedrückend zu lesen, wie die in Polen lebenden eine Million Deutschen unterdrückt werden. Den Kindern wird nicht nur verboten, in einer dortigen Schule die deutsche Muttersprache zu lernen, der polnische Staat und die Kirche leugnen sogar die Existenz der deutschstämmigen Minderheit. Die Bundesregierung ist zu fragen, wann und wie sie den Ausreisewilligen verstärkter als bisher helfen kann.

Erich Katterbach,
Aachen

Brandt schweigt

„Preisträger Tschasow"; WELT vom 11. November

Herr Neander berichtet von dem Bemühen der SPD, die Wahl des Osloer Friedensnobelpreiskomitees u. a. auch zugunsten des Mitgliedes des Obersten Sowjets, Tschasow, für eine unverändert weise Entscheidung zu halten.

Man vermißt bei der bisherigen öffentlichen Diskussion einen Beitrag des SPD-Vorsitzenden Brandt, dessen Ansicht deshalb von hohem Wert wäre, weil es ihm als freiheitlich gesinntem Demokraten durchaus nicht gleichgültig sein dürfte, neben sich als Träger des Friedensnobelpreises Herrn Tschasow zu wissen, um dessen Wertschätzung von den für jedermann unveräußerlichen Menschenrechten es nachweislich eben nicht sonderlich gut bestellt ist. Man muß nicht Kremlologe sein, um das verwunderlich zu finden.

Leider ist die festzustellende Enthaltsamkeit des SPD-Vorsitzenden zu dieser Frage kein Zufall, obwohl ihm ausgerechnet hier als Preisträger ein deutliches Wort nicht nur zuzumuten, sondern abzuverlangen ist. Wäre es nicht Brandts verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dem Osloer Komitee jetzt unverzüglich deutlich und öffentlich kundzutun, daß er sich in seinem Selbstwertgefühl beschädigt fühlen würde? Er würde der gesamten Menschheit einen großen Dienst erweisen, wenn er erklärte, daß für ihn der ihm verliehene Friedensnobelpreis zu einem Kainsmal entarten müßte, das zu tragen er nicht gewillt wäre.

Oder hat Herr Wladimir Bukowski doch recht, wenn er davon spricht, daß für die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland die Menschenrechtsbewegung etwas sei, dem es auszuweichen gelte, „um ihre sowjetischen Freunde nicht zu verärgern" (vgl. W. Bukowski, Dieser stechende Schmerz der Freiheit, S. 78)?

Winfried Fischer,
Waldkirch

Flachdächer

„Viele Flachdächer von öffentlichen Gebäuden sind undicht"; WELT vom 11. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal wird das Flachdach und die Flachdach-Architektur als Sündenbock dargestellt. Von tröpfelnden Decken in öffentlichen Gebäuden ist die Rede. Mit einer 40-Millionen-Mark-Kur sollen die Dächer jetzt repariert werden.

Es wird so getan, als seien Flachdächer eigentlich entbehrlich. Die Diskussion so zu führen, kann doch wohl nicht richtig sein. Wenn bei Dächern (wohlbemerkt: auch bei steilen Dächern) Probleme auftreten, liegt dies – auch nach der einhelligen Meinung vieler Experten – häufig an einer ungenügenden oder falschen Planung, an unausgereiften Details, an einer falschen Materialwahl und/oder an einer mangelhaften Wartung und Pflege.

Außerdem haben Flachdächer keineswegs nur eine begrenzte oder eingeschränkte Lebensdauer. Eine erst im Jahre 1984 veröffentlichte Untersuchung, die im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von Professor Dr. Erich Schild und Professor Dr. Dietmar Rogier an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen durchgeführt wurde, hat bewiesen, daß Flachdächer die gleiche durchschnittliche Lebensdauer aufweisen wie andere Dachformen auch.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Arndt,
Redaktion Flachdach,
Frankfurt/Main

Wort des Tages

„Das Alter ist nicht trübe, weil darin unsere Freuden, sondern weil unsere Hoffnungen aufhören."

Jean Paul, deutscher Autor (1763–1825)

Großversuch

„Geschwind"; WELT vom 19. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie stellen die Ergebnisse des TÜV-Großversuchs (32 000 t Stickoxidminderung) dem Gutachten des *Umweltbundesamtes (180 000 t Stickoxidminderung)* gegenüber. Doch erweist sich dies als bloßes Zahlenverwirrspiel, denn der Großversuch befaßte sich im wesentlichen mit Tempo 100 auf Autobahnen, während das Umweltbundesamt zusätzlich die Wirksamkeit von Tempo 80 auf Außerortstraßen abschätzte. Gerade hier liegt aber *ein wichtiges Einsparungspotential*; die dadurch mögliche Stickoxidreduktion wird auf 40 bis 50 Prozent der durch Tempo 80/100 insgesamt erzielbaren Stickoxideinsparung geschätzt.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Mende,
Cremlingen 1

Eigenwilligkeit

„Leserbrief: Altes Ritual"; WELT vom 21. November

Der Geist des 11. November hat sich gewandelt. Im Herzen der meisten Franzosen von heute ist dieser Tag einfach der französische Volkstrauertag, mit allen damit verbundenen Gedanken: Trauer wegen der vielen geopferten jungen Leben auf beiden Seiten, fester Wille zur Freundschaft mit Deutschland für die Zukunft. Wer noch vom „Erbfeind" spricht, wird nicht mehr ernst genommen.

Die Militärmärsche sind nur äußerliche Tradition – wie die vom 14. Juli –, und die Franzosen hängen nun einmal an ihren Traditionen. Diese eigenwillige Logik sollte die heutigen Deutschen nicht kränken: Sie sind wirklich nicht gemeint!

Michèle Souriau-Haselbeck,
(seit 1958 mit einem deutschen Soldaten verheiratet)
Bonn 2

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Schadstoffe

„Gegen Tempo 100"; WELT vom 16. November

Sehr geehrte Herren,

alle Argumentationen, die in dem Kommentar positiv gestaltet wurden, sollten mit folgenden Überlegungen noch ergänzt werden: Der Fahrzeugbestand von 25 Millionen Personenkraftwagen beinhaltet ca. acht Millionen Fahrzeuge, die vor dem Jahr 1978 gebaut wurden. Diese acht Millionen sind die hauptsächlichen Produzenten der Schadstoffe Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff und Stickoxid.

Würde dieser Fahrzeugbestand schnellstmöglich in neuwertige Fahrzeuge umgewandelt werden (eventuell mit Tauschmotoren ausgerüstet) ergäbe sich eine Gesamt-Schadstoff-Verbesserung von fast 30 Prozent. Die Motoren weisen bei weitem einen höheren Kraftstoffverbrauch und zugleich eine wesentlich schlechtere Verbrennung gegenüber neuen Fahrzeugen auf.

Hier sollte der Gesetzgeber einschreiten innerhalb der Kfz-Steuer oder grundsätzlich die technischen Abgaswerte der Fahrzeuge einsetzen, die für Fahrzeuge nach Baujahr 1983 gelten.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Elberweiser,
Deggendorf

Personalien

GEBURTSTAGE

Professor Dr. med. **Paul Christian**, ehemaliger Direktor des II. Medizinischen Ordinariates an der Ludolf-Krehl-Klinik in Heidelberg und Mitbegründer der Sozialmedizinischen Institute der Universität, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Paul Christian ist in besonderem Maße der Heidelberger Tradition des Medizinischen Personalismus und der Psychosomatischen Medizin verbunden. Nach dem Staatsexamen wurde er 1935 Assistent von **Viktor von Weizsäcker**, der damals die Leitung der Nervenabteilung der Medizinischen Klinik innehatte. Der Arbeitskreis von v. Weizsäcker stand in den Vorarbeiten zum „Gestaltkreis"; in dem lebendigen und unkonventionellen Kollegenkreis beteiligte sich Christian mit experimentellen Beiträgen zur Sinnesphysiologie und Untersuchungen über „Wirklichkeit und Erscheinung in Wahrnehmung und Bewegung". 1940 wurde er für die Fächer Innere Medizin und Neurologie habilitiert. 1941 ging Christian mit Viktor von Weizsäcker nach Breslau an die damals größte Neurologische Klinik Deutschlands, an das Otfried-Förster-Institut. Nach Kriegsende und Gefangenschaft kam er wieder zurück an die Krehl-Klinik zur **R. Siebeck** und V. v. Weizsäcker, der den Lehrstuhl für „Allgemeine Klinische Medizin" inzwischen übernommen hatte. In die nun folgende Zeit fällt die Aufarbeitung seiner sinnesphysiologischen Arbeiten über die Sehschärfe bei Hirnverletzten (1947), über Farbphänomene (1947) und Analysen der Willkürbewegung (1948). Er konzipiert die grundlegende Arbeit über die „Bipersonalität" (1949) als Fundierung einer medizinischen Soziologie und verfaßt die historisch-anthropologische Monographie über das „Personenverständnis im modernen medizinischen Denken" (1952), die bis heute *unübertroffen geblieben ist.*

*

Der Schriftsteller **Carl Heinz Kurz** (Bovenden) vollendet heute sein 65. Lebensjahr. Kurz hat über 60 Bücher in einer Gesamtauflage von zwei Millionen publiziert, darunter vor allem Reiseskizzen und Biographien.

EHRUNGEN

Der frühere nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister und heutige Landtagsvizepräsident Dr. **Horst-Ludwig Riemer** (FDP) und der Chefredakteur der „Neuen Rhein/Ruhr-Zeitung", **Jens Feddersen**, sind mit dem erstmals verliehenen Georg-Schulhoff-Preis geehrt worden. Sie erhielten die mit je 10 000 Mark dotierten Auszeichnungen in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung für ihre Verdienste um die berufliche Bildung. Der auf Initiative der Handwerkskammer Düsseldorf gegründete Verein zur Förderung der beruflichen Bildung würdigte mit der Preisverleihung an Riemer dessen „richtungsweisende und bis auf den heutigen Tag bundesweit beispielgebende Konzeption zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit". In der Verleihungsurkunde für Feddersen werden dessen Bemühungen um einen fairen Interessenausgleich zwischen allen an der beruflichen Bildung Beteiligten sowie die zahlreichen Leseraktionen der „NRZ" zur Verbesserung der Lehrstellensituation gelobt.

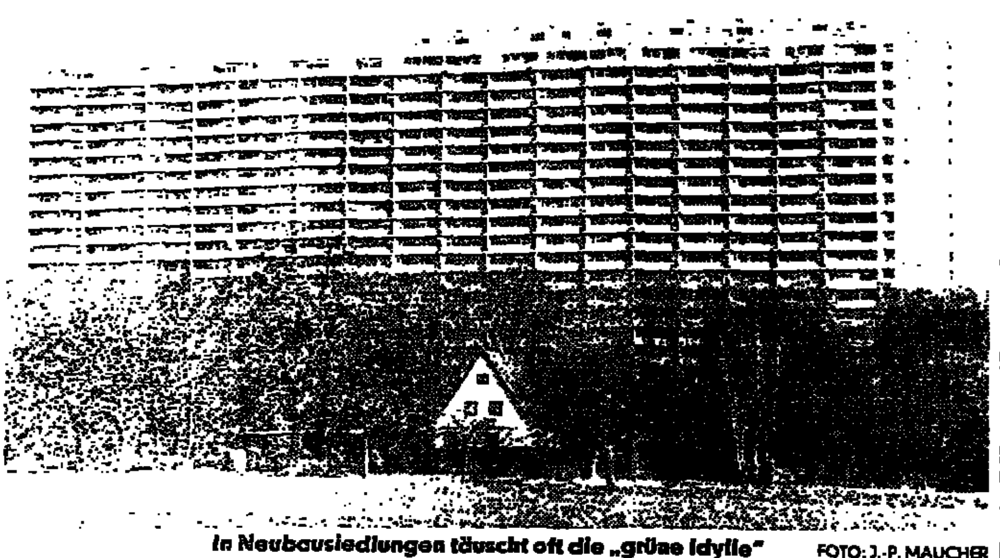
*

Mit dem erstmals „für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten" verliehenen Förderpreis der wissenschaftlichen Hochschule Hildesheim in Höhe von 2000 Mark ist der Sonderschullehrer Dr. phil. **Klaus Feldt** ausgezeichnet worden. Feldt leitet die Sonderschule in der vom Diözesancaritasverband getragenen Heimstatt Röderdorf für geistig behinderte Kinder. Der Förderpreis soll künftig alle zwei Jahre für wissenschaftliche Arbeiten verliehen werden, die an der Hochschule Hildesheim entstehen.

*

Seit 25 Jahren wird der mit 10 000 Mark dotierte Röntgen-Preis der Universität Gießen verliehen. Preisträger ist in diesem Jahr der Freiburger Wissenschaftler Dr. **Klaus Rith**. Der Preis wird für neue, hervorragende wissenschaftliche Arbeiten und Verdienste auf dem Gebiet der strahlenphysikalischen oder strahlenbiologischen Grundlagenforschung verliehen. Mit ihm sollen in erster Linie Arbeiten von Nachwuchskräften ausgezeichnet werden. Klaus Rith, Jahrgang 1942, ist gegenwärtig Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Freiburg.

Der Wohnwert einer Siedlung wird nicht nur durch die Qualität der Wohnungen, sondern genauso durch die Qualität der Freiräume bestimmt. Gartenbauamtsleiter haben vorgeschlagen, in zukünftigen Bebauungsplänen eine „Grünflächenziffer" einzuführen, eine ökologische Wertziffer, die die mikroklimatischen Verhältnisse ausdrückt. In Wiesbaden wurde an Fallbeispielen erstmals die Praktikabilität dieser Methode nachgewiesen.



In Neubausiedlungen täuscht oft die „grüne Idylle" FOTO: J.-P. MAUCHER

Wenn die Natur wieder Einzug in die Stadt hält

Von H. de LA CHEVALLERIE

Stadtplanung läßt dem freien Spiel der Kräfte relativ wenig Spielraum. Alles ist geregelt, festgesetzt durch Bauvorschriften oder Bebauungspläne, die, baurechtlich ausgedrückt, Satzungscharakter haben.

Stadt- und Verkehrsplaner haben zur *Erfüllung ihrer Aufgaben eine* Fülle von Richtwerten entwickelt, die ihren Niederschlag im Baurecht finden. Darin wird alles geregelt. Wie hoch, wie breit und tief man Gebäude erstellen darf, welchen Abstand sie voneinander haben müssen, wie sie verkehrsmäßig erschlossen sind, wie die Feuerwehr zufährt, wo die Mülltonnen stehen und vieles mehr.

Für sich gesehen sind dies sicher nützliche und wichtige Angaben. Doch die vom Ganzen losgelösten Details ergeben den unbefriedigenden Städtebau, wie er sich allerorten darbietet.

So entstanden, städtebaulich gesehen, zwar verkehrsgerechte, jedoch nicht mehr menschengerechte Wohnquartiere. Alleen wurden abgeholzt, grüne Freiräume zerschnitten, Flächen versiegelt und überall Autos abgestellt, auf den Plätzen und Gehwegen, in den Vorgärten und Höfen.

Die Negierung der ehemals für den Fußgänger nutzbaren städtischen Freiräume – besonders Kinder und alte Menschen leiden hierunter – hat leider auch in fast allen Neubausiedlungen ihre negative Weiterentwick*lung erfahren. Die oft optisch so grün* aussehenden New-Towns täuschen. Das müßte keineswegs so sein, wenn man parallel zum Hoch- und Verkehrsbau gleichzeitig ein Freiraumkonzept entwickeln und miteinander abwägen würde.

Beispiele eines solchen Vorgehens zeigen, daß es nicht schwierig ist, ohne mehr Geld dabei ausgeben zu müssen, den langjährigen Forderungen der Konferenz der Gartenbauamtsleiter Rechnung zu tragen, im Wohnumfeld zusammenhängende Siedlungsparks zu schaffen.

Der geforderte Richtwert beträgt sechs Quadratmeter Grünfläche pro Kopf des Siedlungsbewohners, wozu noch weitere sieben *Quadratmeter in* Form von größeren Freizeitparks kommen sollten. Die Realität heutiger Städte ist von diesen Richtwerten noch weit entfernt. Dabei wäre eine auf den grünen Freiraum aufgebaute Siedlungsplanung billiger, weil bei Verzicht auf eine zentrale Verkehrserschließung und statt dessen eine Beschränkung auf ein dezentrales Verkehrssystem, d. h. nur Erschließungsstraßen am Siedlungsrand, erhebliche Straßenflächen eingespart würden.

Bereits im städtebaulichen Entwurfskonzept müssen die Weichen gestellt werden. Es sind ja nicht nur die vielen flächenverbrauchenden Straßen, hinzu kommen alle weiteren versiegelten Flächen wie Parkplätze, Garagen, Tiefgaragen, Wege und Plätze.

In dem zur Zeit in der Novellierung befindlichen Baugesetzbuch, das in Kürze dem Bundeskabinett als Ent*wurf vorgelegt werden wird*, besteht die Chance, eine positive Änderung zugunsten der Freiraumplanung zu erreichen.

Die Konferenz der Gartenbauamtsleiter hat vorgeschlagen, in zukünftigen Bebauungsplänen eine Grünflächenziffer bzw. Bodenfunktionszahl einzuführen, um so Ausgleichszahlen für versiegelte bzw. verbrauchte Landschaft zu erreichen, über bodensparende Baumodelle nachzudenken und Flächenreserven wie Dachgärten oder begrünte Wände in die ökologische Gesamtbetrachtung unter dem Stichwort „Mehr Natur in die Stadt" einzubringen.

In die Richtung Grünflächenziffer zielt der von Dr. Achim Schulz 1981 entwickelte „KÖH-Wert", der klimaökologisch-hygienische Wert des Freiraums. Es handelt sich hierbei um eine ökologische Wertziffer, die die mikroklimatischen, ökologischen Verhältnisse eines vorgegebenen Raumes ausdrückt. In der Stadt Wiesbaden wurde an *mehreren* Fallbeispielen erstmals die Praktikabilität dieser Methode nachgewiesen.

Ausschlaggebender Faktor zur Beurteilung des ökologischen Wertes einer Fläche ist die Oberflächenstruktur, d. h. der Grad der Versiegelung oder Überbauung, bzw. die „Naturnähe" der Vegetationsflächen. Die Kartierung und Interpretation der angetroffenen Flächen und Umweltwerte *erfolgt durch Ortsbegehung und Aus*wertung von Farb-Infrarotluftbildern. Erfaßt werden nach ökologischen Gesichtspunkten die vorhandenen Freiräume, die Höhe der Baukörper sowie der Anteil an versiegelten Flächen.

Die Bewertung und rechnerische Erfassung der einzelnen Oberflächenformation wurde rückgekoppelt mit Werten der *Produktionsbiologie und* -ökologie. Als zusammengefaßtes Ergebnis werden vier Zahlenwerte ermittelt, welche die im realen mikro*klimatisch-hygienisch-ökologischen* Sinne relevante städtische Situation widerspiegeln.

Die Flächen werden *unterschieden* in Gunstwerte und Ungunstwerte. Zu den Gunstwerten werden alle ökologisch wirksamen Flächen bewertet wie Grünflächen, Wasserflächen, berankte Wände, etc. Die Ungunstwerte sind die Summe aller auf natürliche Faktoren sich ungünstig auswirkenden Oberflächen und Baumassen, u. a. auch der Anteil der versiegelten Flächen.

Schließlich wird das Verhältnis von Gunstwert zu Ungunstwert als klimatisch-ökologisch-hygienischer Wert (KÖH-Wert) ausgedrückt. Die Skala des Ungunstbereichs beginnt bei 0,00 und ist nach oben hin offen. Der Gunstbereich beginnt bei ungefähr 1,00. Dieses neue Verfahren stellt somit einen brauchbaren Beitrag dar, ökologische Zusammenhänge bzw. Negativfaktoren in Baugebieten *quantifizierbar zu machen.*

Taubes Gestein mit neuen Aufgaben

Geowissenschaftler setzen sich für eine gezielte Aufschüttung der Kohle-Abraumhalden ein

Von HARALD STEINERT

Jährlich muß der Steinkohlenbergbau an der Ruhr fast 40 Millionen Tonnen Abraum „auf Halde" geben. Denn taubes Gestein oder *Gestein mit wenig Kohlegehalt ist un*verwertbar. Man kann die Mitförderung dieser „Berge" nicht vermeiden, die bei der heutigen vollmechanisier*ten Förderung der Flöze zu Tage* gebracht werden oder die innerhalb der Flöze als dünne Streifen anfallen.

Das Problem der Aufhaldung der „Berge" ist erst in den 60er Jahren aufgekommen, als die Vollmechanisierung einsetzte. Früher wurden unter Tage die Kohlen noch handsortiert, so daß nur etwa 20 Prozent des Fördergutes als „Berge" mitgefördert wurden. Mit der Mechanisierung hat der Anteil dieser Abfälle und Rückstände immer mehr zugenommen und liegt heute bei rund 50 Prozent des Rohfördergutes, wie kürzlich auf einer Tagung über „Umweltgeologie" der Deutschen Geologischen Gesellschaft berichtet wurde.

Die Bergehalden der Steinkohlenförderung hatten früher nur kleine Dimensionen, mit ihnen wurden Senken ausgefüllt. Die moderne Aufhaldung der Nachkriegszeit indes schaffte Großhalden mit Höhen bis zu 50 Metern.

Von den kleineren Halden gibt es etwa 350, die Großhalden, auf denen viele Zechen gemeinsam ihre Berge deponieren, werden bis zur Jahrhundertwende auf 30 bis 40 zugenommen haben.

Nur ein Teil des Abraumes kann verwertet werden

Welche Bedeutung diese Halden in der Landschaft des Ruhrgebiets heute haben, läßt sich daran ermessen, daß sie mittlerweile eine Fläche von 17 Quadratkilometern einnehmen.

Zur Zeit steigt die Haldenfläche jährlich um einen halben Quadratkilometer. Bis zur Jahrtausendwende werden etwa 23 Quadratkilometer Halden vorhanden sein. Das sind zwar nur 0,5 Prozent der Fläche des Reviers, doch in manchen Städten und Kreisen beziffert sich die Fläche *gleich auf mehrere Prozent.*

Eine Reduzierung des Bergeanfalls scheint kaum möglich: Schon heute werden rund sieben Prozent wieder nach der Aufbereitung in die Tiefe befördert, um als Versatz für ausgekohlte Hohlräume zu dienen. 26 Prozent werden als Schüttmaterial z. B. für Straßenbauten verwendet. Der Rest macht jedoch rund zwei Drittel des Anfalls aus.

Die Ruhr muß mit den „Bergen" leben, wenn sie die Kohle, ihre Lebensgrundlage, fördern will. Das versucht sie, indem sie die Bergehalden wieder begrünt. Dieser Prozeß verläuft jedoch nur langsam: Die Berge sind „rohes" Gestein. Sie stellen keine Grundlage dar, wie ihn der Pflanzenwuchs benötigt: Der Boden soll sich aus der Gesteinsunterlage erst bilden.

H. Wiggering und M. Kerth, Geowissenschaftler aus Essen, untersuchten die Prozesse der Bodenbildung auf den Bergehalden, die sich zu 50 bis 70 Prozent aus Ton und feinstkörnigen Gesteinen zusammensetzen, dann zu 20 bis 40 Prozent aus Sandsteinen und zu einem kleinen Rest aus hoch kohlehaltigen Gesteinen, aus denen die Kohle nicht abgetrennt werden kann.

Das frisch auf die Halden geschüttete Gestein beginnt zunächst nach Druckentlastung zu zerfallen, dann beginnt die Verwitterung: Hohe *Temperaturen auf den dunklen Hal*den wechseln mit Frost- und Feuchtigkeits-/Trockenheitsperioden ab.

Durch Absorbierung der Sonnenstrahlung können an deren Oberflächen Temperaturen bis zu 70° Celsius erreicht werden. Verwitterungsexperimente im Klimaschrank zeigen, daß diese Faktoren gemeinsam die tonigen Gesteine zwar angreifen, daß dieser Angriff jedoch nur langsam verläuft und damit die Bewaldung verzögert.

Beobachtungen an den vorhandenen Halden demonstrieren, daß diese Verwitterung der Tongesteine erst einige Zentimeter tief erfolgt ist. Sie ist jedoch der Schlüsselprozeß für die Bodenbildung, der den Wurzelraum für die Pflanzen schafft, die in die dichten Tongesteine nicht mit den Wurzeln eindringen können.

Außerdem entstehen bei dieser Verwitterung neue Tonminerale wie Smektit und Montmorillonit, die quellfähig sind und Wasser speichern können. Dazu sind Minerale der aus der Steinkohlenformation kommenden Tongesteine (wie Illit und Kaolinit) nicht in der Lage.

Diese Bodenbildungsprozesse schaffen außerdem durch die Bildung der neuen Tonminerale ein chemisches Pufferungsvermögen, das die schnelle Bodenversauerung verhindert.

Optimal ist ein Gemisch aus Ton- und Sandsteinen

In den Bergen sind Aufbereitungsrückstände von Eisenmineralen wie Pyrit und Siderit vorhanden, die bei der Verwitterung Schwefelsäure bilden und so zur Bodenversauerung führen. Dieser Prozeß findet zwar *auch in der Natur auf normalen* Böden statt, in den Halden läuft dies jedoch in einem langsamerem Tempo ab.

Um die Halden so schnell wie möglich mit einem „Boden" zu überziehen, und einen Wald so schnell wie möglich wachsen zu lassen, sollten, so die Empfehlung der Experten, in Zukunft vor allem die Halden planmäßig aufgebaut werden. Zur Zeit werden sie noch wahllos, je nach Anfall aufgeschüttet. Es sollte bei den neuen Großhalden mit ständigem Anfall von Bergematerial möglich *sein, die endgültige Oberfläche mit* einem optimalen Gemisch von Ton- und Sandsteinen zu bedecken.

Die Sandsteine verhindern dann eine ungewünschte Verdichtung, indem sie bei der Verwitterung zerfallen und zwischen den Tonsteinen eine Art von Gerüst bilden, das den Boden locker hält.

Diese Planung einer Bodenstruktur könnte sicherlich das Bodenbildungstempo und damit die Geschwindigkeit der Bewaldung vermehrfachen. Zusätzliche Maßnahmen werden erwogen. Möglicherweise wird es dann sogar machbar sein, einen Teil der säurebildenden Komponenten vor ihrer Aufschüt*tung abzutrennen.*

Die Grenzen der Forschungsfreiheit

Benda-Kommission legt Empfehlungen für den Umgang mit der Gentechnologie vor

DW. Bonn

Die Expertenkommission „In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Gentherapie", der unter anderem Juristen, Naturwissenschaftler, Vertreter der Kirchen, Arbeitgeber und Gewerkschafter angehörten und die von Professor Ernst Benda, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, geleitet wurde, hat nach 18 Monate langen Beratungen *ihre Empfehlungen jetzt in einem* umfangreichen Bericht zusammengefaßt.

Nach Meinung der Arbeitsgruppe sind genetische Manipulationen, die den Verlust der menschlichen Individualität bewirken und den einzelnen zum Objekt züchterischer Verfahren machen, grundsätzlich abzulehnen. Ein kompromißloses strafrechtliches Verbot wird darin für Experimente gefordert, die das Ziel haben, genetisch identische Menschen (Klone) künstlich zu erzeugen.

Das gleiche soll für Versuche gelten, *Chimären- oder Hybridwesen* aus Mensch und Tier herzustellen. Ein Verbot ist auch geplant für die Übertragung fremder Gene in menschliche Keimbahnzellen, was einer dauerhaften Veränderung der Erbanlagen gleichkäme. In ihren Empfehlungen kommen die Experten weiterhin zu dem Schluß, daß im Falle der Sterilität der Frau gegen eine Befruchtung ihrer Eizellen mit den Samenzellen ihres Ehemannes im Reagenzglas keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Als nicht empfehlenswert wird dagegen eine Befruchtung im Reagenzglas angesehen, wenn die Eizelle von einer anderen Frau oder der Samen von einem anderen Mann stammt. Diese *Methode sehen die Experten allenfalls dann als vertretbar an*, wenn das Kind später die Möglichkeit hat, die Identität des biologischen Vaters oder der biologischen Mutter zu erfahren. Auch sollen zur Vermeidung von unbeabsichtigtem Inzest mit den Samen- oder Eizellen eines einzelnen Spenders nicht mehr als zehn erfolgreiche Befruchtungen vorgenommen werden dürfen.

Die Ablehnung der Ersatzmutter*schaft wird von der Arbeitsgruppe* vor allem mit Problemen für die seelische Entwicklung des Kindes begründet. Geeignete Absicherungen und Sanktionen empfiehlt der Bericht auch gegen Forschungen und Versuche mit menschlichen Embryonen. Derartige Versuche seien nur vertretbar, wenn sie dem Erkennen, Verhindern oder Beheben einer Krankheit bei dem betreffenden Embryo „oder der Erzielung definierter, hochrangiger medizinischer Erkenntnisse dienen".

Abwartend verhielt sich die Ar*beitsgruppe zu dem Problem der* Analyse menschlicher Erbanlagen. Eine solche Genomanalyse biete erhebliche Chancen für den Lebens- und *Gesundheitsschutz*, sie könne aber auch zum Nachteil des Menschen mißbraucht werden, heißt es in dem Bericht. Auf jeden Fall setze sie die Einwilligung des Untersuchten beziehungsweise der den Embryo austragenden Mutter voraus.

Im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis sei sie nur zum Zweck arbeitsmedizinischer Vorsorge zulässig. Ob gesetzliche Regelungen notwendig würden, werde davon abhängen, wie und in welchem Umfang die Methode künftig angewendet werde.

Die Chancen einer Genübertragung in *menschliche Keimbahnzellen beispielsweise* zur *Heilung* bestimmter Erbkrankheiten wurden von der Arbeitsgruppe ausdrücklich anerkannt. In ihrem Bericht weist sie jedoch darauf hin, daß diese Technik beim Menschen noch nicht verantwortbar eingesetzt werden kann, da ein gezielter Gentransfer an eine ganz bestimmte Stelle der Erbanlagen derzeit nicht möglich sei. Dem Gesetzgeber werde daher empfohlen, derzeit *einen Gentransfer* in *die Keimbahn* zu verbieten.

Der Bericht fand nicht die Zustimmung aller 19 *Mitglieder der Kom*mission, die gemeinsam vom Bundesforschungs- und Bundesjustizministerium eingesetzt worden war. Zwei Wissenschaftler stimmten nicht zu, zwei machten von der Möglichkeit eines Sondervotums Gebrauch. Prof. Peter Petersen von der Medizinischen Hochschule Hannover stellte seinen Einwänden ein Zitat des Biologen Adolf Portmann voran, der 1968 auf dem Symposiom „Das beschädigte Leben" meinte: „Wir stehen in der finsteren Neuzeit, die unter vielen schrecklichen Projekten biotechnische Menschen*züchtung plant.*"

Bis zuletzt umstritten war in der Kommission besonders die Forschung an Embryonen, also *der Lei*besfrucht bis zum dritten Monat nach der Befruchtung. Dabei vertrat die Mehrheit im Ausschuß die Ansicht, aus ethischen *Gründen* sei die Zeugung von menschlichen Embryonen aus Forschungszwecken abzulehnen. Vertreter der Naturwissenschaften wollten *sich* dagegen die Möglichkeit offenhalten, Embryonen mit dem Ziel zu erzeugen, an ihnen während des Stadiums der ersten Zellteilung Ver*suche* vorzunehmen.

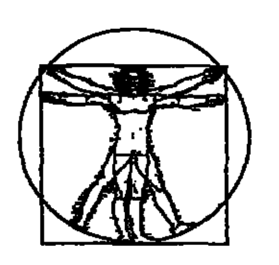
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Verbrennung beendet

Bern/Basel (AP) – Nach beinahe zehn Jahren ist das letzte, nur in Spuren verseuchte Hilfsmaterial aus dem Giftunfall von Seveso im Sondermüll-Ofen der Ciba-Geigy in Basel verbrannt worden. Dies teilten das Eidgenössische Departement des Innern und das Baudepartement von Basel-Stadt gestern mit. Dazu gehörten Werkzeuge, Schutzanzüge und anderes Material, das beim Umpacken der Rückstände verwendet wurde. Ferner wurde Analysenmaterial vernichtet, das aus den laufenden Untersuchungen des Unfallgeländes in Seveso stammte und bis jetzt aufbewahrt worden war.

Arzneimittelverbrauch

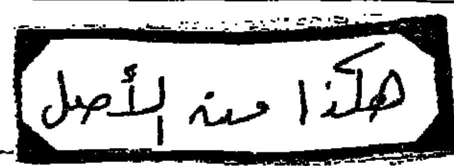
Nairobi (dpa) – Die Versorgung der Menschen in den armen Ländern der Dritten Welt mit den notwendigen Medikamenten zu erschwinglichen Preisen ist eines der Hauptziele der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis zur Jahrhun*dertwende. Dies erklärte der Gene*raldirektor der Organisation, Halfdan Mahler, zur Eröffnung einer fünftägigen WHO-Konferenz zum Thema „Vernünftiger Arzneimittel-



verbrauch" gestern in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Den rund 100 Experten liegt ein Musterentwurf der WHO über eine „Modell-Liste der notwendigen Medikamente" vor, in der lediglich etwa 240 Medikamente aufgelistet sind. Dagegen sind allein in der Bundes*republik* rund 24 000 Medikamente erhältlich.

Kunstbakterie ausgesetzt

Washington (dpa) – Die erste mit Hilfe der Gentechnik hergestellte Mikrobe wird in den USA in der freien Natur ausgesetzt. Die Erlaubnis dazu hat die US-Umweltbehörde erteilt, zugleich aber verfügt, daß das Ergebnis einer eigenen Versuchsreihe vor der Anwendung der neuen Bakterie noch abgewartet wird. Die Kunstbakterie ist die Abart einer Pseudomonade (Pseudo*monas Syringae*), die auch beim Verderb von Fleisch und Fisch mitwirkt. Sie soll auf einem Erdbeerfeld in Kalifornien ausgesetzt werden, *um Pflanzen* vor Frost zu schützen. Die Herstellerfirma in Oakland versichert, Risiken aufgrund zahlreicher Tests ausschließen zu können.



NACHRICHTEN

Sieg für Jupp Derwall

Ankara (dpa) – Das Fußball-Spiel zwischen dem von Jupp Derwall trainierten Galatasaray Istanbul und dem von Jürgen Sundermann betreuten Trabzonspor entschied Derwalls Verein mit 1:0 für sich. Galatasaray steht nun an zweiter Stelle der türkischen Liga.

Hussing gewann wieder

Bremerhaven (dpa) – 21 Stunden nach seinem Meisterschaftserfolg gewann Box-Schwergewichtler Peter Hussing schon wieder. In Bremerhaven wurde er einstimmiger Punktsieger über Reinhold Neubert, den Vizemeister von Niedersachsen.

Spieler gegen Kießling

Innsbruck (sid) – Der ehemalige Eishockey-Bundestrainer Gerhard Kießling ist beim österreichischen Erstligaklub EC Innsbruck ins Schußfeld der Kritik geraten. Die Spieler fordern seine Ablösung.

Inter ohne Rummenigge

Düsseldorf (sid) – Ohne Karl-Heinz Rummenigge bestreitet Inter Mailand morgen im Giuseppe-Meazza-Stadion das Achtelfinal-Hinspiel im UEFA-Cup gegen Legia Warschau. Rummenigge hat sich eine Achillessehnen-Entzündung im linken Fuß zugezogen.

Regreßansprüche?

Bremen (sid) – Der Tritt Augenthalers in die Beine von Rudi Völler (Werder Bremen) kann den FC Bayern München teuer zu stehen kommen. Gestern forderte die Verwaltung der Berufsgenossenschaft eine ausführliche schriftliche Schilderung des Vorganges an. Nach der Untersuchung schließt die Berufsgenossenschaft Regreßansprüche an den FC Bayern bzw. Augenthaler nicht aus.

Fast 3,5 Millionen Turner

Hamburg (sid) – Der Deutsche Turnerbund (DTB) hat seine Position als zweitgrößter deutscher Sportverband nach dem Deutschen Fußball-Bund (4,68 Millionen Mitglieder) ausbauen können. Dem DTB gehören fast 3,5 Millionen Mitglieder an. 1984 wurden in den rund 14 000 Vereinen mehr als 100 000 Neuzugänge gezählt.

Becker in „DDR"-Zeitung

Berlin (dpa) – Die Ostberliner Zeitung „Der Morgen" hat gestern in einem lobenden Kommentar die Karriere von Wimbledon-Sieger Boris Becker behandelt. Es ist die erste Veröffentlichung dieser Art in der „DDR"-Presse, die ansonsten Tennis kaum zur Kenntnis nimmt.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 20. Spieltag: Düsseldorf – Landshut 11:6, Rosenheim – Köln 3:2, Schwenningen – Bayreuth 9:1, Iserlohn – Kaufbeuren 4:2, Rießersee – Mannheim 0:6. – Tabelle: 1. Köln 30:10 Punkte, 2. Rosenheim 28:12, 3. Düsseldorf 24:16, 4. Iserlohn 23:17, 5. Mannheim 22:18, 6. Schwenningen 17:23, 7. Landshut 17:23, 8. Kaufbeuren 17:23, 9. Rießersee 14:26, 10. Bayreuth 8:32.

REITEN

CHI Berlin, Weltcup-Springen: 1. Schockemöhle (Deutschland) Deister 0 Fehlerpunkte/28,01 Sek., 2. Whitaker (England) Jingo 0/28,56, 3. Macken (Irland) Belle 4/27,87, 4. Simon (Österreich) The Freak 4/27,88, 5. Weinberg mit Gaylord 4/29,44, alle im Stechen, 6. Wiltfang (beide Deutschland) Picadilly, Charles (England) April Sun, Rüping (Deutschland) Silbersee, Pyrah (England) Towerlands Anglezarke, Melliger (Schweiz) Van Gogh und Gundel (Deutschland) Falerno je 4 im Normalparcours.

RAD

Sechstagerennen von Gent, Endstand: 1. Tourne/de Wilde (Belgien) 317 Punkte, eine Rd. zur., 2. Vaarten/Doyle (Belgien/England) 392, 3. Dhaenens/Hermann (Belgien/Liechtenstein) 341.

TENNIS

Internationales Turnier der Herren in Wien, Finale: Gunnarsson (Schweden) – Pimek (CSSR) 6:7, 6:2, 6:4, 1:6, 7:5. **Internationale Meisterschaften** von Australien in Melbourne, Damen, 1. Runde: Schropp (Deutschland) – Mesker (Holland) 6:3, 6:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Porz – Barmen 67:68, Leverkusen – Köln 55:76, Düsseldorf – München 76:46, Heidenheim – Osterfeld 69:72.

SKI NORDISCH

Internationaler Langlauf in Beitostoelen/Norwegen, Herren, 16 km: 1. Svan (Schweden) 41:28 Min., 2. Holte (Norwegen) 41:34, ... 7. Behle 43:29, 8. Schneider 43:48, 9. Gebel (alle Deutschland) 43:50. – Damen, 6 km: 1. Boe (Norwegen) 20:47, 2. Kohlrusch (Deutschland) 21:25.

MOTOR

RAC-Rallye in Großbritannien, letzter Lauf zur Rallye-WM, Zwischenstand nach 17 von 65 Wertungsprüfungen in Swansea: 1. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden) Audi Sport Quattro 2:44:43 Std., 2. Alen/Kivimaki (Finnland) Lancia Delta 0:51 Min. zur., ... 17. Weber/Wanger (Deutschland) Opel Manta 5:00, Röhrl/Short (Deutschland/England) Audi Sport Quattro nach Unfall ausgeschieden.

SCHACH

Mannschafts-WM in Luzern, 6. Runde: Ungarn – Rumänien 4,5:1,5, UdSSR – Schweiz 4:2. – 8. Runde: Argentinien – Deutschland 4:2. – Einzelergebnisse: Garcia-Palermo – Kindermann 1:0, Barbero – Hecht remis, Panno – Lobron remis, Quinteros – Pfleger 1:0, Campora – Lau remis, Rubinetti – Bischoff remis. – Stand nach acht Runden: 1. UdSSR 32 Punkte + 2 Hängepartien, 2. Ungarn 29 + 2 Hängepartien, 3. England 28 + 2 Hängepartien, ... 9. Deutschland 20 + 1 Hängepartie.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 5, 16, 32, 34, 35, 36, Zusatzspiel: 28. – **Rennquintett**: Rennen A: 10, 2, 8. – Rennen B: 31, 26, 28. (Ohne Gewähr).

REITEN / WELT-Interview mit Paul Schockemöhle nach dem Sieg beim Weltcup-Springen in Berlin

Abhängig von Deister? – „Ich glaube schon, daß ich auch mit anderen Pferden gut reiten kann"

KLAUS BLUME, Bonn

Europameister Paul Schockemöhle (40) gewann auf dem 14jährigen Wallach Deister das Weltcup-Springen in Berlin. Die WELT sprach mit Schockemöhle.

WELT: Sie haben stets gesagt, Deister sei kein Pferd für Hallenturniere. Es würde sich allzu sehr ablenken lassen. Nun haben Sie ausgerechnet auf Deister das Weltcup-Springen in Berlin gewonnen. Wie das?

Schockemöhle: Deister ist ein sehr sensibles Pferd, das sich gerade in der engen Halle sehr schnell ablenken ließ. Das ist wirklich so. Doch mit zunehmendem Alter ist er abgeklärter geworden, schließlich hat er schon viele Hallenturniere hinter sich.

WELT: Sie haben daheim kein Spezialtraining angesetzt: zum Beispiel mit einer sich fröhlich unterhaltenden und fleißig winkenden Schulklasse Hallen-Atmosphäre simuliert?

Schockemöhle: Nein, wir haben nichts dergleichen getan. Was sich ergeben hat, ergab sich bei den Turnieren: Deister ging in dieser Hallen-Saison recht gut, wurde zum Beispiel Zweiter in Stuttgart und Zweiter beim Großen Preis von Deutschland in Berlin. Da habe ich mir dann einiges für das Weltcup-Springen in Berlin ausgerechnet.

WELT: Und was rechnen Sie sich für das Weltcup-Finale im Frühjahr in Göteborg aus?

Schockemöhle: Nicht viel. Denn ich bin nach wie vor der Ansicht, daß Göteborg für Deister nicht so gut ist. Die Hektik dort – das verträgt er eben nicht.

WELT: Werden Sie dann beim Finale überhaupt dabeisein?

Schockemöhle: Ich weiß noch nicht. Ich muß abwarten. Es ist ja noch ein langer Weg bis dahin.

WELT: Die Weltmeisterschaft im nächsten Jahr im eigenen Land, in Aachen, hat ja wohl ohnehin Priorität ...

Schockemöhle: Sicher, wenngleich mir die Formel für diese Weltmeisterschaft nicht gefällt.

WELT: Also die Formel „Pferdewechsel im Finale", wobei jeder der vier Punktbesten aus den drei vorhergegangenen Springen auch noch die Pferde der Konkurrenten reiten muß und das obendrein nach nur wenigen Minuten Vorbereitungszeit?

Schockemöhle: Eben – und das finde ich alles nicht so gut.

WELT: Weil bei Ihnen schließlich sehr viel von Deister abhängt ...

Schockemöhle: Also ich glaube doch schon, daß ich auch mit anderen Pferden gut reiten kann. Das ist ja nicht die Frage. Es geht mir ums Prinzip: Ich sehe den Reitsport nun einmal als Sport eines Paares. Denn nicht derjenige ist der beste Reiter, der nur im Parcours der beste ist. Nicht allein das kann zählen. Zählen sollte vielmehr die Vorbereitung des jeweiligen Paares – denn das ist die Summe, die dann auch im Parcours geboten wird.



Mit zunehmendem Alter in der Halle abgeklärter geworden: Paul Schockemöhle und sein 14 Jahre alter Wallach Deister FOTO: DPA

WELT: Deister ist jetzt 14 Jahre alt – ein Alter, in dem Springpferde eigentlich nicht unbedingt mehr zur Weltspitze gehören. Kann Deister überhaupt noch so intensiv trainiert werden wie früher?

Schockemöhle: Ja und nein. Wir machen viel Kondition, aber wenig Sprünge. Viel Kondition deshalb, weil ich meine, wenn Deister am fünfzehnten Sprung müde würde, würde er auch an Konzentration verlieren.

WELT: Schließlich wollen Sie 1988 mit Deister auch noch zu den Olympischen Spielen nach Seoul ...

Schockemöhle: Das steht erst mal in den Sternen, aber es ist durchaus wahrscheinlich, daß ich dabei bin.

WELT: Aber wenn Deister nicht mehr kann, wollen Sie doch auch aufhören ...

Schockemöhle: Grundsätzlich komme ich ja auch noch mit anderen Pferden zurecht. Aber trotzdem: ich weiß nicht so recht, denn Seoul, das ist schließlich nur ein Springen, auf das es ankommt.

WELT: Und ein neues Pferd dafür vorzubereiten bedeutet Zeitaufwand.

Schockemöhle: Und ich bin jetzt schon zu neunzig Prozent Kaufmann und nur zu zehn Prozent Reiter.

WELT: Aber der Reiter Paul Schockemöhle ist fürs Geschäft notwendig?

Schockemöhle: Um vom Pferdehandel zu reden: Ich glaube, das ist nicht mehr so, das ist nicht mehr notwendig. Da kommt es auf das Produkt an, das ist entscheidend.

EISHOCKEY / Schlagerspiel war eine Werbung

Rosenheim gegen Köln: Klasse, Rasse und fair

sid/dpa, **München**

Der Fußballschlager kam ins Gerede, der Eishockey-Gipfel geriet zur Werbekampagne. Während Brutalitäten und Animositäten das Duell zwischen Bayern München und Werder Bremen prägten, bestachen der Sportbund Rosenheim und der Kölner EC bei der Heerschau der 14 Nationalspieler durch Klasse, Rasse und die oft gepredigte Fairneß. „Das war das beste Spiel der Saison", sagte Bundestrainer Xaver Unsinn, und sein Manager Helmut Bauer konstatierte: „Wir haben die beiden herausragenden Teams der Liga gesehen."

Daß Rosenheim auch im elften Heimspiel ungeschlagen blieb und sich bis auf zwei Punkte an die führenden Kölner heranarbeitete, wollte Rosenheims Trainer Ladislav Olejnik bei allem Stolz nur als Randprodukt gewertet wissen. „In erster Linie war wichtig, daß beide Mannschaften gutes Eishockey geboten haben. Nur so können wir unser Image verbessern und neue Freunde für unseren faszinierenden Sport finden", sagte Olejnik. Bundestrainer Xaver Unsinn sieht die Lage der Liga jetzt so: „Für Köln ist diese Niederlage kein Beinbruch. Für die Liga ist sie ein Glücksfall, denn dadurch bleibt die Meisterschaft interessant."

Und wenn auch Rosenheims Trainer Olejnik nicht ganz abzunehmen war, daß der 3:2-Sieg für seine Mannschaft zweitrangig war: Das Schlagerspiel darf getrost als beste Werbung für die schnellste Mannschaftssportart bezeichnet werden. Vier Strafminuten für Rosenheim, acht für Köln drücken den hohen Anspruch aus und spiegeln gleichzeitig das Gesamtbild der Liga wider: Selten ging es in den letzten Jahren so fair zu.

Tempo, Technik und Taktik prägten in Rosenheim das Geschehen. Selbst als der Titelverteidiger nach dem ersten Drittel mit 0:2 zurücklag – Steiger (6.) und McNeill (13.) hatten schwere Abwehrschnitzer genutzt –, war von Hektik und Härte keine Spur. Die Rosenheimer blieben sich und ihrer Linie treu. 30 Minuten hielt das Kölner Abwehrbollwerk. Dann mußte sich Torhüter Helmut de Raaf, der mit einer Weltklasseleistung aufwartete, geschlagen geben. Erst überwand ihn Kretschmer mit einem Schlagschuß (31.), dann glich CSSR-Stürmer Lukac zum 2:2 aus.

„Es war schon imponierend, wie meine Mannschaft den Rückstand verkraftet hat", resümierte Olejnik, nachdem Berwanger eine Minute vor dem Ende das siegbringende 3:2 erzielt hatte. Bei aller Begeisterung für die psychische Substanz und große Moral im zweiten und letzten Drittel macht sich Olejnik um die Nervosität zu Spielbeginn Sorgen: „Der Zwang, zu Hause unbedingt gewinnen zu müssen, belastet sie sehr."

Daß die Verfolger aus Düsseldorf, Iserlohn und Mannheim voraussichtlich in der Play-off-Runde nur für das Rahmenprogramm verantwortlich sind, liegt an deren Unbeständigkeit. Ärger gibt es zudem zwischen Düsseldorf und Mannheim wegen Nationalverteidiger Harold Kreis. Helmut Müller, Präsident des Mannheimer ERC, signalisierte zwar, den 26jährigen wegen Finanzschwierigkeiten Ende der Saison verkaufen zu müssen, beklagte sich aber über Gespräche zwischen Düsseldorf und Kreis. „Der einzige, der für Unruhe sorgt, ist Müller selbst, weil er erneut Phantasiesummen in die Welt setzt", sagt DEG-Vizepräsident Ben Zamek.

In Düsseldorf ist der Ärger über Müllers Äußerung groß, Kreis würde an der Brehmstraße 40 Prozent mehr verdienen. Bei dieser Kontroverse dürften gegenseitige Ressentiments eine Rolle spielen. Denn im Frühjahr hatte Zuschauerkrösus Düsseldorf bereits die beiden Nationalstürmer Roy Roedger und Manfred Wolf abgeworben.

STAND ● PUNKT / *Ein Vorschlag von Bundestrainer Schobel, den es zu überdenken lohnt*

Niemand hat es direkt angesprochen. Dennoch war klar, daß der Handball-Supercup kein normales Turnier war. Er war der Vorgriff auf die Weltmeisterschaft, die vom 25. Februar bis zum 7. März in der Schweiz durchgeführt wird. Der Sieger von Dortmund, das stand von vornherein fest, würde als Favorit für die Weltmeisterschaft gelten.

Die Favoritenlast ist an die UdSSR gefallen. Sie muß jetzt eine Bürde tragen, die schon vielen Mannschaften zum Verhängnis wurde. Kein Wunder also, daß Trainer Jewtuschenko die Bedeutung des Sieges in die Nähe eines Zufalls rückte. Seine Mannschaft sei kein WM-Favorit, höchstens einer unter vielen Titelanwärtern. Überhaupt sei die Weltspitze so eng – da könne jeder jeden schlagen.

Ausflüchte über Ausflüchte. Alle Trainer waren sichtlich bemüht, durch Understatement der eigenen Mannschaft den Erfolgsdruck zu nehmen. Und sie haben recht damit. Denn das spielerische Niveau der Weltklassemannschaften ist inzwischen annähernd gleich. Allein die psychische Verfassung gibt den Ausschlag über Sieg oder Niederlage.

Die Psyche bleibt der größte Risikofaktor. Ihre Stabilität ist kaum trainierbar, weil die Mannschaften nicht permanent, sondern nur sporadisch unter Erfolgszwang stehen. Die deutsche Handball-Mannschaft wird damit noch nicht fertig.

Da kommt ein Vorschlag von Bundestrainer Simon Schobel gerade recht. Schobel plädiert für einen neuen Qualifikationsmodus für die Weltmeisterschaften und die Olympischen Spiele. „Der Handball muß zurück zu den Qualifikationsrunden, wie wir sie im Fußball haben," fordert er. Bislang qualifizieren sich die ersten sechs *Mannschaften* der Olympischen Spiele und der B-Weltmeisterschaft sowie je ein Teilnehmer aus Asien, Afrika und Amerika.

Zwischen diesen Qualifikationsturnieren gibt es dann immer zweijährige Pausen, in denen die Mannschaften psychisch kaum belastet werden. Qualifikationsrunden, wie sie von Schobel gefordert werden, hätten den Vorteil, die Belastung gleichmäßig auf die Zeiträume zwischen den großen Meisterschaften zu verteilen.

Es gibt noch mehr Vorteile. Sportlich: Weil die Mannschaften in jedem Spiel Höchstleistungen bringen müssen. Finanziell: Mehr Zuschauer, weil der sportliche Reiz größer ist als bei Freundschaftsturnieren. International: Auch Länder wie Holland, Marokko oder Japan würden häufiger gegen Weltklassemannschaften spielen und so ihr eigenes Niveau steigern können.

Die Internationale Handball-Federation wäre also gut beraten, wenn sie den Schobel-Plan so bald wie möglich überdenken würde.

ULLA HOLTHOFF

EUROPAPOKAL / Achtelfinale im UEFA-Cup

Gladbachs alte Rechnung mit Real Madrid

dpa/sid, **Düsseldorf**

Der „königliche Klub" kommt, ein Fußball-Feiertag steht bevor. Borussia Mönchengladbach empfängt im Achtelfinale des UEFA-Cups den Titelverteidiger Real Madrid. 63 000 der 68 000 Karten für das morgige Spiel (20.15 Uhr) im Düsseldorfer Rheinstadion sind verkauft, eine Rekordeinnahme von zwei Millionen Mark (incl. Werbung und TV-Honorar) ist möglich. Erst heute wird sich entscheiden, ob das Spiel live in der ARD übertragen wird.

„Auch wenn die Borussen wieder auf einem guten Weg sind, im Moment ist Real normalerweise eine Nummer zu groß", glaubt Uli Stielike, der die Höhepunkte seiner Karriere bei beiden Klubs feierte und nun für den derzeitigen Schweizer Tabellenführer Xamax Neuchâtel spielt. „Die Spanier haben vor Saisonbeginn investiert wie nie und eindeutig mehr Spieler mit internationaler Erfahrung in ihren Reihen."

Borussia-Trainer Jupp Heynckes sah Real beim 3:1-Erfolg über Cadiz im Bernabeu-Stadion. „Ein ausgezeichnetes Mittelfeld und sehr starke Stürmer", nennt er als größtes Plus beim Gegner. Nach Heynckes' Ansicht fällt die Entscheidung über den Einzug ins UEFA-Cup-Viertelfinale in jedem Fall erst im Rückspiel am 11. Dezember: „In Düsseldorf ist es wichtig, daß wir überhaupt gewinnen. Das wäre zwar noch kein Garantieschein, da Real zu Hause im Vorjahr gegen Anderlecht und Inter Mailand auch hohe Hinspiel-Niederlagen noch in Gesamtsiege umbog."

Gladbach muß morgen auf Bernd Krauss verzichten, der an der Leiste operiert wird. Auch Herbst (Rückenbeschwerden) fehlt. Krisp und der beim 1:2 gegen Werder Bremen fehlende Herlovsen komplettieren die Elf, die späte Revanche nehmen soll für das Ausscheiden 1976. „Beim 1:1 in Madrid wurden wir damals verschoben", erinnert sich Jupp Heynckes noch gut, „weil zwei reguläre Tore von Wittkamp und Jensen nicht anerkannt wurden." Auch Uli Stielike stand seinerzeit noch im Gladbacher Team: „Das Spiel war wohl gekauft, denn Schiedsrichter van der Kroft wurde danach aus dem Verkehr gezogen."

Kölns Gegner Hammarby noch im Winterschlaf

sid/dpa, **Köln**

Nationaltorwart Harald Schumacher drückte seine Verwunderung aus: „Es ist unheimlich selten, daß man im Europapokal in der dritten Runde gegen eine Mannschaft spielen muß, die man gar nicht kennt." Was Schumacher über den Stockholmer Klub Hammarby IF sagt, denken die Schweden vor dem morgigen Achtelfinal-Hinspiel (19.00 Uhr) auch über den 1. FC Köln. Trainer Björn Bolling: „Ich weiß nur, daß die Kölner stark sind – mehr nicht."

Zum besseren Kennenlernen hatte Christoph Daum, Assistent von Kölns Trainer Hannes Löhr, die Schweden beim 5:0-Erfolg über einen Zweitligaklub beobachtet. Doch die Erkenntnisse waren mager. Hannes Löhr: „Die Begegnung war sicherlich kein Maßstab, dennoch müssen wir vorsichtig sein und Hammarby ernst nehmen."

Die Schweden sind derzeit wirklich unberechenbar, schließlich wissen sie selber nicht, wo sie leistungsmäßig stehen. Seit sieben Wochen ist der Klub ohne Spielpraxis. Am 6. Oktober fand in Trelleborg (3:2) die letzte Liga-Begegnung statt. Durch den sechsten Platz wurde aber die Play-off-Runde der besten vier Mannschaften verpaßt. Hammarbys Winterschlaf begann deshalb notgedrungen, lediglich kurz durch den Europacup unterbrochen.

Die Mannschaft mußte sogar aus dem vereinseigenen Söder-Stadion weichen, wo derzeit das Eishockeyähnliche Bandy gespielt wird. Deshalb findet das Spiel im Rasunda-Stadion des Lokalrivalen AIK Stockholm statt, weil das Stadion im Ortsteil Solna eine Rasenheizung besitzt. Ein gutes Omen für die Kölner: Im Rasunda-Stadion schaffte die deutsche Nationalmannschaft schon zweimal die WM-Qualifikation.

Schon im Hinspiel, so meint Harald Schumacher, müssen die Weichen für eine positive Ausgangsposition im Rückspiel gestellt werden. Schumacher: „Wichtig wäre für uns deshalb das Mitwirken von Klaus Allofs." Der Nationalstürmer aber plagt sich immer noch mit Rückenbeschwerden. Hannes Löhr ist überzeugt: „Unser Vereinsarzt kriegt den Klaus bis Mittwoch wieder hin."

Özal auf der Flucht nach vorn

Ankaras Generale gegen Reform / Politiker wollen mehr Handlungsfreiheit

E. ANTONAROS, Ankara

Überraschung hat in Ankara die unerwartete Ankündigung des konservativen Ministerpräsidenten Turgut Özal ausgelöst, daß er eine Kürzung des zehnjährigen, im Jahre 1992 auslaufenden Banns gegen die früheren Spitzenpolitiker auf fünf Jahre befürwortet. Özal hatte sich bisher in Schweigen gehüllt, während die linksgerichtete Opposition für eine Lockerung dieser Restriktion plädierte. In einem Gespräch mit der WELT war der Vorsitzende der „Sozialdemokratischen Volkspartei", Ay*din Gueven Guerkan, Anfang No*vember für eine „sofortige Aufhebung des Verbots" eingetreten. Özal machte seine Ankündigung vor dem Hintergrund der Wahl von Frau Rahsan Ecevit zur Vorsitzenden der neu gegründeten „Demokratischen Linkspartei".

„Moralische Pflicht"

Die Frau des mit einem zehnjährigen Betätigungsverbot belegten Exministerpräsidenten Buelent Ecevit hatte am Wochenende gesagt, daß die Gründung ihrer Partei eine „moralische Pflicht" gewesen sei, weil die meisten Türken mit den bereits existierenden Parteien unzufrieden seien. Bald werde sich erweisen, daß ihre Partei anders strukturiert und ausgerichtet sei als alle anderen Formationen.

Ankaras Ministerpräsident will durch seine Flucht nach vorne zweifelsohne den Verdacht abschütteln, daß er sich einzig dem Militär gegenüber loyal verhält. Aber diese Entscheidung wird mit Sicherheit Özal, die anderen Parteien und die türkische Nationalversammlung aller Voraussicht nach auf Kollisionskurs mit Staatspräsident Kenan Evren und dem Militär bringen. Bei der Ausarbeitung der Verfassung vor drei Jahren hatten sie diese Verbote in der Form von Übergangsbestimmungen in dem Verfassungstext aufnehmen lassen. Ihnen geht es vor allem darum, daß die früheren Ministerpräsidenten Sueleyman Demirel und Buelent Ecevit für die nächsten Jahre in der türkischen Politik nichts zu sagen haben sollen.

Genauso unwillkommen ist bei den Generalen die Bestrebung der Nationalversammlung, Artikel 84 der Verfassung zu ändern, der den Abgeordneten den Wechsel von Parteien untersagt. *Vier Abgeordnete, die unter* dem Banner der „Populistischen Partei" gewählt worden waren, aber zuletzt unabhängig waren, traten in der vergangenen Woche der neu gegründeten Partei von Frau Ecevit bei. Weitere 87 Parlamentarier, ebenfalls für die inzwischen aufgelöste „Populistische Partei" ins Parlament gewählt, *gehören seit einigen Wochen* zur einheitlichen „Sozialdemokratischen Volkspartei", an deren Spitze Guerkan steht. In allen diesen Fällen vertritt der zuständige Parlamentsausschuß die Ansicht, daß die Abgeordenten ihre Parlamentssitze nicht verlieren sollen.

Diese Regelung war ebenfalls von den Generalen, die die Verfassung in Auftrag gaben, mit dem Ziel ausgedacht worden, den in der Türkei früher üblichen Parteiwechsel von Abgeordneten zu unterbinden. Auf diese Art und Weise waren in der Zeit vor dem Putsch der Armee Koalitionen zustande gekommen, die das Land *auf die Dauer nicht regieren konnten.*

Weil die türkische Parteienlandschaft ihre endgültige Form noch nicht gefunden hat und Fluktuationen daher zu erwarten sind, befürworten die meisten im Parlament vertretenen Parteien die Abschaffung dieser Verfassungsrestriktionen. Ein entsprechender Änderungsantrag ist bereits von den zwei Fraktionssprechern der „Mutterlandspartei" unterzeichnet worden. Um überhaupt diskutiert zu werden, muß der Antrag von einem Drittel aller Abgeordneten eingebracht werden. Für ihn treten zur Zeit neben den 87 Abgeordneten der „Volkspartei" und den vier Mandatsträgern der Ecevit-Partei auch mindestens 186 von 208 Abgeordneten der Regierungspartei ein. Daher gibt es gute Aussichten, daß die Nationalversammlung diese Restriktionen letzten Endes abschaffen wird.

Handlungsfreiheit?

In Ankara gibt es nicht die geringsten Zweifel daran, daß Evren diese gezielten Versuche der Politiker ablehnt, sich mehr Handlungsfreiheit zu erkämpfen und die von der Armee aufgezwungenen Restriktionen abzuschütteln. Bei einer viel beachteten Rede am 18. Oktober in der mittelanatolischen Provinzhauptstadt Kasta*monu hatte der Staatschef seine künf*tige Haltung umrissen: „Ich sage nicht, daß die jetzige Verfassung ewig ist. Aber die vorgesehene Prozedur muß eingehalten werden. *Wenn zwei* Drittel der 400 Parlamentsabgeordneten eine Verfassungsänderung beschließen, und ich lehne die Unterschrift dazu ab, dann muß das Parlament den Beschluß erneut bestätigen. Wenn ich immer noch dagegen bin, wende ich mich mit einem Referendum an das Volk, ob es mit einer Änderung der Verfassung einverstanden ist, die von 92,5 Prozent der Türken befürwortet worden war. Sollte das Referendumsergebnis gegen meine Haltung ausfallen, räume ich notfalls meinen Stuhl. Ich klebe nicht daran."

Unterstützung für Rußlanddeutsche: Dank an Reagan

Co. Bonn

Rozanne Ridgway, Leiterin der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, informierte gestern die Bundesregierung noch einmal ausführlich über den Verlauf des Gipfeltreffens zwischen Präsident Ronald Reagan und Parteichef Michail Gorbatschow, sowie über daraus resultierende *Schlußfolgerungen* Washingtons. Frau Ridgway hatte als Beraterin Reagans an der Genfer Konferenz teilgenommen und bezeichnete den Gesamteindruck, vor *allem im atmosphärischen,* als sehr positiv.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterstrich in einem Gespräch *mit ihr und US-Botschafter* Richard Burt, daß Reagan für seine Haltung in Genf die uneingeschränkte Zustimmung der Verbündeten gefunden habe. Dies gelte über die Bundesregierung hinaus für die ganze Bundesrepublik Deutschland. Genscher dankte dafür, daß sich der Präsident gegenüber Gorbatschow auch für die Rußlanddeutschen eingesetzt habe. Frau Ridgway erwiderte, Bundeskanzler Helmut Kohl habe Reagan sehr beeindruckt, als er beim vorausgegangenen Treffen in New York auf dieses Problem hingewiesen habe.

Der CDU-Bundesvorstand betonte gestern einmütig, die Festigkeit des Westens habe nun auch den Weg für einen *Dialog* der Supermächte und eine neue Initiative zur atomaren Abrüstung geebnet. Damit seien falsche Propheten der Friedensbewegung, die als Folge der Nachrüstung eine „Eiszeit im Ost-West-Verhältnis" vorausgesagt hatten, eindeutig widerlegt worden. Auch über die in Genf angestrebte militärische Abrüstung hinaus sei eine „Abrüstung von Folter, Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Gewalt" notwendig.

Rowneys Mission ein neuer Stil

Reagans Abgesandter in Ost-Berlin und Prag / Direkte Unterrichtung nach Genf begrüßt

RÜDIGER MONIAC, Washington

Die „DDR"-Führung ist über die Ergebnisse des Genfer Gipfeltreffens nicht nur von sowjetischer Seite informiert worden, sondern auch von amerikanischer. Am vergangenen Freitag hielt sich US-Botschafter Edward Rowney in Ost-Berlin auf, wo er vom stellvertretenden „DDR"-Außenminister Neugebauer zu einem längeren Gespräch empfangen wur*de. Rowney war direkt aus Genf* gekommen. Während des Genfer Gipfels war Rowney in der amerikanischen Delegation Leiter einer Arbeitsgruppe gewesen, die an der Ausarbeitung der „gemeinsamen Erklärung" mitgewirkt hatte.

Mit dieser in diplomatischen Kreisen Washingtons als bemerkenswert empfundenen Geste der US-Regierung gegenüber Ost-Berlin ist nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen ein völlig neuer Stil praktiziert worden. Es geschah zum ersten *Mal, daß* ein Vertreter einer US-Delegation direkt die Informationen an die Ostberliner Führung weitergegeben hat. Nach seinem Aufenthalt in Ost-Berlin reiste Rowney wegen schlechten Wetters in der Nacht vom vergangenen Freitag zum Samstag mit dem Zug nach Prag weiter, um auch dort direkte Gespräche mit der Führung der Tschechoslowakei zu haben.

In Washington hieß es, Rowney sei in Ost-Berlin mit größter Höflichkeit behandelt worden. Zum Beispiel hätten die Grenzorgane der „DDR" offensichtlich Anweisung gehabt, den US-Botschafter schnell passieren zu lassen. Sein Paß sei nur flüchtig in Augenschein genommen worden. Nach dem mehr als zweistündigen Gespräch zwischen Rowney und Neugebauer habe sich in „gelöster Atmosphäre", wie es hieß, ein Essen angeschlossen, bei dem Gelegenheit gewesen sei, die Bekanntschaft zu vertiefen. In Ost-Berlin wurde die direkte Unterrichtung durch die USA offenkundig sehr hoch veranschlagt.

In Washington gab es Anzeichen dafür, daß dem Besuch Rowneys in Ost-Berlin schon vor längerer Zeit die Reise einer Gruppe amerikanischer Experten in die „DDR" vorausgegangen war, die die Ostberliner Führung über die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) von Präsident Reagan unterrichtete. Bei dem Aufenthalt der *US-Fachleute sei Experten* der anderen Seite aus erster Hand erläutert worden, welchen Stand die SDI-Forschung erreicht habe und welche politischen Absichten die USA mit einer *möglichen Verteidigung gegen strate*gische Raketen verfolgen.

Auch Rowney verdeutlichte in Ost-Berlin letzte Woche eingehend *das von Präsident* Reagan in Genf gegenüber Gorbatschow vertretene Konzept der „offenen Labors". Washington möchte die Sowjetunion zur Entsendung von Fachleuten einladen, die Gelegenheit bekommen sollen, sich an den Forschungsstätten von Los Alamos oder Livermore über den Fortgang der Arbeiten für ein echtes Abwehrsystem zu informieren. Auf diese amerikanische Offenheit erwartet die US-Administration eine entsprechende Antwort der Sowjets. Bislang jedoch ist diese nicht zu erkennen. *Wie es in Washington* hieß, bestritt Gorbatschow in den Vier-Augen-Gesprächen mit Reagan in Genf jede Form einer sowjetischen SDI-Forschung.

Frühpensionierung erfüllt ihren Zweck

Zahl der Anträge übertrifft Erwartungen der Hardthöhe / Bisher 1900 Personalbewegungen

GÜNTHER BADING, Bonn

Akzeptanz und Auswirkung des neuen *Gesetzes* zur Verbesserung der Personalstruktur bei der Bundeswehr übersteigen die Erwartungen des Verteidigungsministeriums bei weitem. Durch die ersten 350 vorzeitigen „Zurruhesetzungsmöglichkeiten" von Offizieren – allgemein Frühpensionierung genannt – ergeben sich nach Angaben von Staatssekretär Ermisch insgesamt 1900 Personalbewegungen (Beförderungen und Versetzungen). 650 davon entfallen auf die für die Einsatzbereitschaft der Truppe wichtigen, an ein „Grenzalter" (Höchstalter) gebundenen Funktionen wie Kompaniechefs oder Bataillonskommandeure. Auch die Zahl der Antragsteller übertrifft die ursprünglichen Erwartungen auf der Hardthöhe. Bis gestern waren 1861 Anträge auf Frühpensionierung von Offizieren eingegangen.

Besonders zufrieden ist man bei der Bundeswehrführung darüber, daß auch die Struktur bei diesem Antragsvolumen „stimmt." Zweck des Gesetzes, *so formulierte es* Generalinspekteur Altenburg vor Journalisten, sei es ja gerade nicht gewesen, „Privilegien" für einige Offiziere zu *schaffen, sondern durch vorzeitiges* freiwilliges Ausscheiden bestimmter Offiziersdienstgrade den Weg frei zu machen für bisher im Beförderungs- und Verwendungsstau steckengebliebene, befähigte jüngere Offizieren. Von den 919 Anträgen, die auf eine Zurruhesetzung im Jahr 1986 zielen, stammten knapp 700 von Oberstleut*nanten oder Fregattenkapitänen.* Insgesamt werden zum 31. März und zum 30. September 1986 ausscheiden:

- 43 Oberste und Kapitäne zur See,
- 279 Oberstleutnante und Fregattenkapitäne,
- 23 Majore und Korvettenkapitäne,
- vier Hauptleute oder Kapitänleutnante.

Für die Kommissionen unter Vorsitz der Unterabteilungsleiter für die Teilstreitkräfte sei bei der Auswahl aus den Bewerbungen Ziel gewesen, möglichst viel „Nachrücken" von Truppenoffizieren, meist Hauptleuten, zu ermöglichen. Der Abteilungs*leiter Personal, Generalleutnant* Fanslau, erläuterte, man sei davon ausgegangen, nur jene Anträge auf Zurruhesetzung zu bewilligen, die *mindestens* zwei Versetzungen von Offizieren in Funktionen möglich machten, die an ein Grenzalter gebunden sind. Teilweise seien aber auch drei und vier solcher Nachrückmöglichkeiten eröffnet worden, da die in Stabsfunktionen freiwerdenden Stellen ja durch für ihre Verwendung in der Truppe eigentlich „zu alte" Nachrücker besetzt würden.

Staatssekretär Ermisch wies die in der Öffentlichkeit lautgewordenen Vorwürfe zurück, daß es bei der Auswahl „Schiebungen" gegeben habe oder daß politischer Einfluß ausgeübt worden sei. Zwar seien „stapelweise" Briefe von Abgeordneten eingegangen, doch das System, die Auswahl durch Kommissionen und nicht durch einzelne Offiziere treffen zu lassen, habe solche Beeinflußungsversuche von vornherein fehlgehen lassen. Über die restlichen Anträge – bis 1992 sollen sich insgesamt 1200 Offiziere vorzeitig zur Ruhe setzen können – *wird im Januar/Febraur 1986* entschieden.

Streit um SPD-Vereinbarung mit Polen

Union sieht „Nebenaußenpolitik" bestätigt / Czaja kritisiert seinen Fraktionskollegen Rühe

DW. Bonn

Die SPD und die kommunistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) haben sich auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, in der verlangt wird, die Abschreckungsdoktrin durch eine Politik der „Sicherheitspartnerschaft" abzulösen. Von Seiten der polnischen Delega*tion wurde gestern in Bonn* hervorgehoben, daß der Begriff der Sicherheitspartnerschaft damit zum erstenmal in einem west-östlichen Dokument festgeschrieben worden sei. Arbeitsgruppen beider Seiten hatten den von den Spitzengremien der SPD und der PVAP gebilligten Text formuliert.

Eine seit März bestehende gemeinsame Kommission befaßte sich vor allem mit möglichen Maßnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung. Im einzelnen wird vorgeschlagen: eine Konkretisierung des Verzichts auf die Anwendung nuklearer Gewalt durch die Unterzeichner der KSZE-Schlußakte, die Schaffung eines von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Streifens in Mitteleuropa und der Verzicht auf die Konzentration auch konventionell bewaffneter Offensivstreitkräfte nahe der Grenzen. Die SPD und die PVAP appellieren an alle Atommächte, ihre Arsenale einzufrieren und keine neuen Nuklearwaffen herzustellen. Beide Seiten sprechen sich auch gegen die Stationierung von Waffen im Weltraum aus.

Der polnische Delegationsleiter Ryszard Wojna hob vor Journalisten hervor, daß die beiden Parteien in einer so wichtigen Angelegenheit einheitliche Formulierungen gefunden *haben, zeige, daß ein gemeinsamer* Nenner möglich sei. Horst Ehmke wies für die SPD den Vorwurf zurück, sie betreibe eine Nebenaußenpolitik. Die Partei habe vielmehr ihre Beziehungen und Kontakte dafür genutzt, daß es mit dem deutsch-polnischen Verhältnis nicht bergab gehe.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Volker Rühe, warf der SPD vor, Bündnispositionen zu verlassen und sogar mühsam erzielte Verhandlungserfolge auf der KVAE in Stockholm zu untergraben. Während dort die Propagandavorschläge für eine atom- und chemiewaffenfreie Zone vom Tisch genommen worden seien, komme jetzt die SPD damit zusammen mit einer kommunistischen Partei wieder an die Öffentlichkeit.

Rühe geriet mit Äußerungen auf dem deutsch-polnischen Forum in Krakau selber in die Kritik. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, hielt seinem Parteifreund Rühe vor, die Rechtsverpflichtungen des Warschauer Vertrages nicht eindeutig genug dargelegt zu haben. Rühe hatte betont, im Warschauer Vertrag hätten sich die Bundesrepublik und Polen „gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer *territorialen Integrität*" verpflichtet.

Czaja erwiderte, die Bestimmungen im Warschauer Vertag über die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der *territorialen Integrität* verpflichteten zur Unterlassung von Gewalt und Gewaltandrohung, bedeuteten aber keine Anerkennung der territorialen Souveränität Polens in diesen Gebieten. Solange friedensvertragliche Regelungen über Deutschland fehlten, sei es Polen, das Gebietsansprüche stelle. Vor einer freien Entscheidung des ganzen deutschen Volkes eine Stellungnahme der Bundesrepublik zu fordern, sei illusorisch.

Im Deutschlandfunk sagte Rühe, die deutsche Parlamentarier-Delegation habe sich mit ihren polnischen Gesprächspartnern auf den Austausch von Kulturinstituten verständigt. Weiter seien ein Jugendforum und vielfältige Kontakte in der Städtepartnerschaft vereinbart worden.

Sowjetunion gewährt Kritikern mehr Schutz

rtr, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern gesetzliche Regelungen zum Schutz von Bürgern erlassen, die Beschwerden über Funktionäre äußern. Das neue Gesetz sieht Geldstrafen von umgerechnet rund 1000 Mark oder Entlassung für Funktionäre vor, denen nachgewiesen wird, *daß sie einen* Bürger aufgrund der geäußerten Kritik schikaniert haben. Wenn ein Bürger „wesentlichen Schaden" durch derartige Verfolgung erleide, müsse der Funktionär sogar mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren rechnen, heißt es in einem Erlaß des Obersten Sowjet.

Nach seiner Amtsübernahme im März hatte Parteichef Michail Gorbatschow eine Kampagne zur Steigerung von Disziplin und Effektivität in der Kommunistischen Partei gestartet. Seither sind zahlreiche Funktionäre entlassen worden. In offiziellen Presseorganen wurde in jüngster Zeit auch mehrfach berichtet, daß Funktionäre versucht hätten, Kritik über ihren Mangel an Effektivität zu unterdrücken.

Franke-Prozess: Verteidigung lehnt Schöffen ab

p. p. Bonn

Im Prozeß gegen den ehemaligen Bundesminister Egon Franke und seinen *Ministerialdi*rektor a.D. Edgar Hirt hat sich das Bonner Landgericht gestern nach rund 100 Minuten auf den kommenden Montag vertagt. Die Zeit war von den Verteidigern dazu genutzt worden, detailliert die Ablehnung eines beisitzenden Richters sowie sämtlicher Schöffen zu begründen. Die Frist bis Montag soll dazu dienen, eine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft sowie eine mögliche Gegenäußerung der Verteidiger darauf fertigzustellen. Für die Verteidiger erweckt die Bestimmung des einen Beisitzers, der ersatzweise für einen erkrankten Richter von einer anderen Kammer abgeordnet worden ist, „zwangsläufig den Eindruck der Willkür", da nicht entsprechend dem Geschäftsverteilungsplan verfahren wurde. Die Schöffen seien alle, so die Anwälte, aus „ungültigen Wahlen hervorgegangen". Die Hirt-Verteidiger haben angekündigt, daß ihr Mandant bis zur Klärung sich im Hauptverfahren nicht äußern werde.

Katastrophenschutz: Hessen macht die Einsatzpläne publik

DW. Wiesbaden

Als erstes Bundesland will das von einer rot-grünen Mehrheit regierte Hessen seine Katastrophenschutzpläne offenlegen. Die Bevölkerung soll die Möglichkeit erhalten, Einsicht in die von den Behörden geplanten Katastrophenschutzplanungen zu nehmen, und sich über Maßnahmen für Krisenfälle zu informieren.

In der Öffentlichkeit bestehende Vorbehalte sollen dadurch abgebaut und beseitigt werden. Ohne Unterstützung der Bevölkerung sei der Katastrophenschutz langfristig nicht machbar.

In einem Erlaß wies Innenminister Horst Winterstein (SPD) allerdings die Regierungspräsidenten an, auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zu achten. Personendaten und auch sicherheitsrelevante Daten, wie Alarmierungspläne der Polizei oder betriebsbezogene Angaben aus Firmen sollen nicht freigegeben werden. Von der Offenlegung der Notfallpläne erhofft sich Winterstein „eine produktive Diskussion in der Bevölkerung".

Zum Erfolg verurteilt

Mk. – Die harten fünf unter den Entwicklungsländern haben den liberalen Handelspolitikern in den USA, in Europa und in Japan einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Die Hoffnung, daß auf der Jahrestagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), die seit gestern in Genf läuft, die Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses für eine neue Liberalisierungsrunde nur noch als Formalie abgesegnet werden könnte, haben getrogen. Brasilien und Indien an der Spitze, aber auch Argentinien, Ägypten und Jugoslawien haben sich nicht überzeugen lassen, daß rasch gehandelt werden muß, daß es bei Protektionismus keine Gewinner geben kann.

Sicher, es geht um handfeste Interessen. Die Einbeziehung des Dienstleistungsbereichs unter die Gatt-Regeln kann für die Entwicklungsländer Probleme aufwerfen. Es spielt auch der Verdruß darüber eine Rolle, daß die Industriestaaten in den letzten Jahren ihre Importe immer wieder beschränkt haben. Es geht auch um die für die EG so schwierige Frage der Landwirtschaft. Aber diese Fragen sollen doch nicht jetzt, sondern in der neuen Runde angepackt werden. Wenn nicht verhandelt wird, dann kann sich auch nichts ändern.

Mehr noch: Es dürfte schlimmer werden. Denn die amerikanische Regierung steht unter gewaltigem Druck der Protektionisten. Sie kann dem nur widerstehen, wenn es zu einer Gatt-Runde kommt. Die Folgen wären sonst für die Weltwirtschaft verheerend. Daher geben sich liberale Politiker noch optimistisch, daß der Durchbruch in Genf in den nächsten Tagen doch noch geschafft wird.

Verfehlte Kritik

cd. – Washington kritisiert die Bundesrepublik, sie interveniere zu zaghaft gegen den Dollar und verletze damit die Absprache vom New Yorker September-Finanzgipfel. Zugleich wird Tokio für massive Interventionen mit Lob bedacht, denn der Yen hat sich um gut die Hälfte mehr *gegenüber dem Dollar* aufgewertet als die Mark. Bei dieser Kritik wird nicht nur übersehen, daß die Mark ins EWS eingebettet ist und daß die EWS-Zentralbanken zusammen ebensoviel interveniert haben wie Japan; daß der dollarabwertende Effekt der europäischen Interventionen nicht so groß sein kann wie derjenige der japanischen, liegt einfach daran, daß der Yen eine „kleinere" Währung ist als alle EWS-Währungen zusammen. Au*ßerdem hängt* der Interventionserfolg nicht nur von den eingesetzten Beträgen ab, sondern auch vom Geschick der Notenbanken. Das hat die Bundesbank allemal bewiesen. Im übrigen: Warum intervenieren die USA nicht selbst noch mehr, wenn ihnen der Dollarkurs immer noch zu hoch ist?

Langwierige Verhandlungen

Von DOMINIK SCHMIDT

Das Interesse der beiden Partner an einem Agreement ist unvermindert groß; der Weg dorthin aber erscheint holpriger als erwartet. Zumindest in Wolfsburg ist niemand mehr bereit, über Daten zu sprechen. Auch die Frage, warum sich die Verhandlungen über einen Einstieg der Volkswagen AG bei der Sociedad Espanola de Automobiles de Turismo SA, besser bekannt unter dem Kürzel Seat, so lange hinziehen, wird nur andeutungsweise beantwortet.

Sehr viel mitteilsamer zeigt sich in dieser Beziehung – sehr zum Ärger von VW – die spanische Seite. Immer wieder werden aus Madrid „Zwischenergebnisse" kolportiert, die sich allerdings bislang als wenig realistisch erwiesen. Noch im Oktober hieß es, daß am 22. November die Verträge *unterzeichnet würden*, wobei die an diesem Tag stattgefundene VW-Aufsichtsratssitzung die spanischen Hoffnungen beflügelte.

Das VW-Statement vom selben Tag läßt erkennen, daß sich in den letzten *Monaten bei den Verhandlungspositionen* der Partner nur wenig bewegt hat. Noch immer sind wesentliche Punkte ungeklärt. Angesprochen werden Fragen der zukünftigen Produktpolitik und der Werksmodernisierung bei Seat. Die zentralen Probleme indes, zumindest aus der Sicht von VW, sind die Neustrukturierung von Seat und die „Behandlung von Altlasten". Ohne Frage klaffen auf diesen Gebieten die Vorstellungen beider Seiten am weitesten auseinander.

Neustrukturierung meint im wesentlichen die Beschäftigtensituation. Seat beschäftigt derzeit noch rund 23 000 Mitarbeiter, eine Zahl, die in Wolfsburg Kopfschütteln auslöst. *Die* Reduzierung der Belegschaft indes ist schwierig. Entlassungen sind in Spanien nahezu unmöglich und nur über gewaltige Abfindungszahlungen zu bewerkstelligen. Bei Seat kommt ein weiteres hinzu. *Das Unternehmen* befindet sich im Besitz der staatlichen Industrie-Holding Institute Nacional de Industria (INI). Der Abbau der Mitarbeiterzahl in einer Dimension von etwa einem Drittel würde sich zu einem Politikum ersten Grades entwickeln.

Seat hat über Jahre hinweg eine Personalpolitik betrieben, die sich an den betrieblichen Erfordernissen kaum orientierte. VW wäre schlecht beraten, die finanzielle und unternehmerische Verantwortung in einer Firma zu übernehmen, deren aufgeblähter Verwaltungsapparat nur unter großen Opfern auf Normalmaß gestutzt werden kann. Die Bereitschaft, später wieder Neueinstellungen vorzunehmen, dann aber im produktiven Bereich, haben die Wolfsburger bereits signalisiert. Möglicherweise erleichtert dieser Wink die INI-Entscheidung, frühere Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Die Altlasten bei Seat sind der andere *kritische* Punkt. Zwar herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß vor dem VW-Einstieg das spanische Unternehmen saniert sein muß. Differenzen gibt es aber offenbar nach wie vor bei der Bewertung. Seat *schreibt seit Jahren rote Zahlen*, die jeweils vorgetragen wurden und inzwischen bei 40 Milliarden Pesetas liegen dürften. Auch die Unterschiede der Bilanzierungsgrundsätze (spanisches oder deutsches Recht) machen es schwer, einen Konsens zu finden. Dem Vernehmen nach soll es um Differenzbeträge von etwa einer Milliarde Mark gehen.

Die Position von VW bei den Verhandlungen scheint günstiger zu sein als die der Spanier. Das vor drei Jahren geschlossene Kooperationsabkommen mit Seat hat die Erwartungen voll erfüllt. Immerhin rechnen die Wolfsburger im laufenden Jahr mit dem Verkauf von rund 45 000 VW- und Audi-Fahrzeugen in Spanien; das bedeutet einen Marktanteil von gut acht Prozent. Das ursprünglich für 1986 anvisierte Produktionsziel von 90 000 bei Seat hergestellten VW-Passat und -Polo wird bereits in diesem Jahr erreicht.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen und des bis Ende der 80er Jahre laufenden Kooperationsvertrags bedarf es seitens VW keiner Eile. Die mehrheitliche Übernahme des spanischen Unternehmens ist nicht an den Tag gebunden. Ohnehin verfolgt VW mit dem Einstieg strategische, also mittelfristige Ziele: die dauerhafte Stärkung der Präsenz auf dem spanischen Markt und die Sicherung der Position in Europa. Die Nutzung weiterer Vorteile allerdings, darunter die bessere Abstimmung gegenseitiger Lieferungen, wird erst mit der finanziellen Verflechtung ausgeschöpft.

AGRARPOLITIK / Bangemann hält Fortsetzung der EG-Preispolitik für unmöglich

Minister wiederholt die Forderung nach direkten Einkommenshilfen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, *Bonn*

Die Einkommen der Landwirte lassen sich über die Preise auf absehbare Zeit nicht mehr sichern. In dieser Grundauffassung stimmen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle und Wirtschaftsminister Martin Bangemann überein. Während Bangemann Preissenkungen für unumgänglich hält, will sich Kiechle einem „Preisdruck" widersetzen. Beide befürworten flankierende Maßnahmen zur Einkommensstützung der Bauern.

„Die Fortsetzung der bisherigen Preispolitik scheint nicht möglich", betonte Martin Bangemann bei der Eröffnung der Agritechnica in Frankfurt. „Aus objektiven Gründen, wegen der Überschüsse und aus politischen Gründen, weil wir dafür in der Gemeinschaft keine Mehrheit finden werden." Ohne den Namen seines Ministerkollegen zu erwähnen, wies er darauf hin, daß es nicht darum gehe, „irgendwelche tapfer klingende Preisformeln zu verbreiten". Wenn die Formel „aktive Preispolitik" oder „keine Preissenkungen" im Ergebnis der Brüsseler Beratungen trotz eines Vetos zu realen Preissenkungen führt, dann sei der Landwirtschaft damit nicht gedient.

Auch für Bangemann bleibt zentrales Ziel der Agrarpolitik die Sicherung angemessener landwirtschaftlicher Einkommen. Wenn dieses über die Preise nicht zu erwarten ist, so müsse jeder Verantwortliche rechtzeitig über Alternativen der Einkommenssicherung nachdenken, „wenn er nicht mit leeren Händen vor den Scherben seiner Preispolitik stehen will". Wenn den Marktungleichgewichten an der Wurzel entgegengewirkt und gleichzeitig eine befriedigende Einkommenspolitik betrieben werden soll, dann müsse die enge Verquickung von Preis- und Einkommenspolitik gelockert werden.

Preissenkungen, die nötig waren *und auch zukünftig nötig* sein werden, müßten nicht gleichbedeutend mit Einkommensbußen sein. Eine restriktive Preispolitik müsse durch eine zielgerichtete Einkommens-, Struktur- und Sozialpolitik ergänzt werden. Das Bundeswirtschaftsministerium habe direkte Einkommensbeihilfen seit jeher als notwendige flankierende Maßnahme einer marktgerechten Preispolitik vertreten.

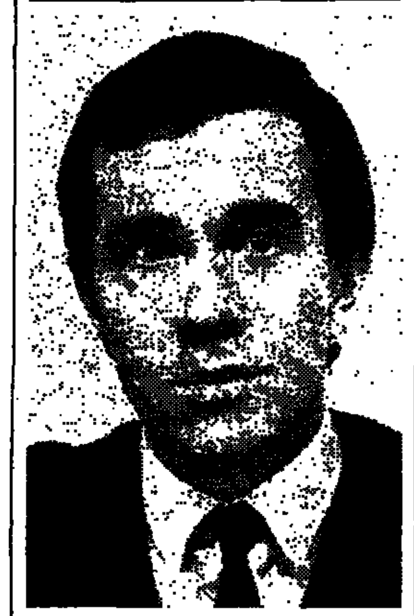
Den Kritikern von Ausgleichsmaßnahmen hielt Bangemann *entgegen*, daß auch die bisher über die Marktordnungen abgesicherten Preise nicht unerhebliche Subventionselemente enthielten. Es gehe also nicht darum, ob die Landwirte Einkommenshilfen bekommen oder nicht, sondern es gehe nur um das Wie und um das Ausmaß. „Die bisherige einkommensorientierte Preispolitik lockt die Landwirte in die Falle der Überproduktion; anschließend werden sie für die Überschüsse verantwortlich gemacht", sagte Bangemann.

Bei Ignaz Kiechle fällt die neue Weichenstellung in der Agrarpolitik verhaltener aus. Er meint, die Agrarpolitik wird in den nächsten Jahren „nicht allein mit der Preispolitik auskommen". Zusätzlich werde man einen Ausbau der direkten Einkommensstützen im Bereich kleinerer Landwirte oder schwächerer Regionen brauchen, „die im Ansatz ja schon vorhanden sind". In einem Zeitschriften-Interview räumte Kiechle ein, daß damit die Agrarpolitik zunächst noch teurer werde.

Für ihn müsse die Umstellung auch mit Entscheidungen verbunden sein, das Zuviel an Getreide durch andere pflanzliche Produkte zu ersetzen. Auch die Vorschläge, den Bauern Einkommenshilfen zu zahlen, wenn sie ihre Flächen stillegen oder aus ökologischen Gründen weniger intensiv nutzen und damit die Erzeugung senken, bezeichnete Kiechle als „*eine ganz vernünftige* Sache".

Kiechle kritisierte, daß heute billige Futtermittel in aller Welt zugekauft, daraus teure Veredelungsprodukte hergestellt und diese dann geradezu astronomisch verbilligt exportiert würden. Dies sei teurer, als die billigen Importfuttermittel durch hier produzierte zu ersetzen. Bangemann warnte vor handelspolitischen Eingriffen. Die Gemeinschaft dürfe sich nicht auf einem Subventionswettlauf einlassen.

AUF EIN WORT



„ Alles, was Bürger, was Unternehmer und private Unternehmen schaffen können, ohne daß der Staat in seinen eigentlichen Aufgaben geschwächt wird, muß ihnen überlassen werden. „

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion FOTO: POLY-PRESS

Warnung vor Export-Euphorie

VWD, Düsseldorf

Die deutsche Wirtschaft sollte Exportkapazitäten im Inland nur dann aufbauen, wenn sich auch bei einem Dollarkurs von zwei Mark noch Absatzmärkte im Ausland finden lassen. Das empfiehlt die IKB Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank, Düsseldorf. Würden Investitionsentscheidungen an einer mittelfristigen Kurserwartung von 2,50 oder drei Mark ausgerichtet, seien schmerzliche Anpassungsprozesse programmiert. Strukturprobleme seien die Folge, wenn bei einer plötzlichen Umkehr der Wechselkursrelationen Anlagen nicht mehr rentabel ausgelastet werden könnten.

EG-MITTELMEERPOLITIK

Ministerrat kann sich nicht auf gemeinsame Linie einigen

Ha. Brüssel

Schwer getan haben sich die EG-*Regierungen gestern erneut* bei der Formulierung eines Verhandlungsmandats für die Revision der Präferenzabkommen der Gemeinschaft mit den Mittelmeer-Staaten. Obwohl die Außenminister sich vorgenommen hatten, der EG-Kommission bis zum Mittag die erforderlichen Weisungen zu erteilen, waren die internen Beratungen am Nachmittag noch nicht abgeschlossen.

Es geht darum, die nichtbeitrittsfä*higen Mittelmeerländer (neben den* Maghreb-Staaten vor allem Ägypten, Jordanien, Syrien, Israel, Zypern und Jugoslawien) vor Handelseinbußen als Folge der EG-Erweiterung um Spanien und Portugal zu bewahren. Die meisten dieser Staaten sind auf Agrarexporte in die Gemeinschaft angewiesen. Die bevorstehende Süderweiterung droht jedoch den Importbedarf der EG weiter zu verringern.

Bisher hatten Italien und Griechenland weitgehende Zusagen der EG zur Aufrechterhaltung traditioneller Handelsströme bei Obst und Gemüse, Wein und Olivenöl mit dem Argument erwidert, daß sie allein nicht die Lasten des Beitritts von Spanien und Portugal tragen könnten. Statt dessen forderten sie eine großzügige Finanzhilfe der Gemeinschaft. Die luxemburgische Präsidentschaft unterbreitete gestern einen Kompromißentwurf, der wiederum die nördlichen EG-Länder unzufrieden ließ.

Grundsätzlich enthält der Mandatsentwurf zwar eine Selbstverpflichtung der EG zu höheren Finanzleistungen; nennt jedoch noch keine Größenordnung dafür.

VEREINIGTE STAATEN

HWWA rechnet nur mit verhaltenem Aufschwung

VWD, Hamburg

In den USA sind gesamtwirtschaftliche Produktion und Nachfrage im Laufe dieses Jahres verhalten gestiegen. Das Bruttosozialprodukt erhöht sich real um eine saisonbereinigte Jahresrate von rund 2,5 Prozent. In seiner Analyse der Wirtschaftsentwicklung 1985 in den USA nennt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, folgende Kernpunkte: Die Beschäftigung steigt weiter, der private Verbrauch erhöht sich kräftig, die Einfuhr nimmt langsa*mer zu, die Geldpolitik bleibt expan*siv, die Konsolidierung läßt auf sich warten. Für 1986 erwartet das Institut ein nur mäßiges Wirtschaftswachstum.

Angesichts zunehmender Risiken bei Fortführung des gegenwärtigen Kurses würden die wirtschaftspolitischen Instanzen 1986 kaum umhin können, Maßnahmen zur Eindämmung des Budgetdefizits und zur Verlangsamung des Geldmengenwachstums zu ergreifen. Die konjunkturelle Entwicklung werde indes wohl noch bis weit in das kommende Jahr hinein von der bisherigen expansiven Wirtschaftspolitik beeinflußt werden. Die Erwartungen würden aber offensichtlich bereits jetzt durch die erkennbaren Risiken gedämpft, die für 1986 geplante Verringerung der realen gewerblichen Investitionen sei ein deutliches Indiz.

Andererseits dürften von den La*gerdispositionen, nach fortgeschritte*ner Anpassung, vorerst keine kontraktiven Einflüsse mehr ausgehen. Alles in allem werde das reale Bruttosozialprodukt 1986 kaum stärker zunehmen als 1985. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich dabei allmählich verstärken. Das Leistungsbilanzdefizit werde voraussichtlich nicht geringer sein als 1985.

IFO-PROGNOSE

Privatverbrauch wird immer mehr zur Konjunkturstütze

DANKWARD SEITZ, München

Der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik – in den letzen beiden Jahren anfangs vom Export und dann zunehmend auch von der Investitionsgüternachfrage der deutschen Industrie getragen – wird 1986 auf einer breiteren Basis als bisher stehen. Denn dann wird der private Verbrauch, der zumindest bis Ende 1984 eine Schwachstelle in der Erholung der Wirtschaft war, zu einer deutlichen Stütze der Inlandsnachfrage werden. Immerhin stellt der private Verbrauch mit rund 55 Prozent das bei weitem größte Verwendungsaggregat des Bruttosozialprodukts dar.

So wird der nominale private Verbrauch im kommenden Jahr nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wie die verfügbaren Einkommen um durchschnittlich rund fünf Prozent zunehmen. Bei aller Voraussicht nach verhaltenem Preisauftrieb (zwei Prozent) werden die realen Verbrauchsausgaben um rund drei Prozent steigen und damit doppelt so stark expandieren *wie im Jahr 1985. Die* Sparquote dürfte dabei weitgehend unverändert bleiben.

Eine Belebung der privaten Ausgaben ist bereits seit diesem Frühjahr festzustellen. Nachdem sie sich seit dem Tiefpunkt der Rezession im vierten Quartal 1982 bis zum vierten Quartal 1984 lediglich um 1,5 Prozent (zu konstanten Preisen) erhöht haben, ergab sich bereits im zweiten Quartal 1985 gegeüber dem ersten ein realer Anstieg um 1,5 Prozent. Da sich die Expansion im dritten Vierteljahr nahezu gleich stark fortgesetzt haben dürfte, kann davon ausgegangen werden, so das Ifo, daß im Gesamtjahr ein durchschnittliches Plus von nominal rund 3,5 Prozent und real von 1,5 Prozent erreicht wird.

Bei seiner Prognose für 1986 geht das Ifo davon aus, daß der Schwerpunkt der Tarifverhandlungen auf Lohnsteigerungen liegen wird. Doch werden Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten nur wenig mehr steigen als 1985, zumal der Verteilungsspielraum aus beschäftigungspolitischer Sicht nicht voll ausgeschäpft werden sollte. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme insgesamt wird um annähernd fünf Prozent steigen.

Erstmals seit 1979 wird auch die Expansion der Nettoarbeitseinkommen nicht mehr hinter dem Anstieg der Bruttoeinkommen zurückbleiben. Ausschlaggebend hierfür wird die erste Stufe der Steuerreform und die Erhöhung der Kinderfreibeträge sein. *Insgesamt werden dadurch*, so das Ifo, die Budgets der privaten Haushalte um knapp zehn Milliarden Mark entlastet werden. Eine Entlastung um weitere vier Milliarden Mark dürften auch die deutlich steigenden Transfereinkommen bringen. Hierzu gehören das befristete Erziehungsgeld, die Erhöhung des Wohngelds, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes sowie die Aufstockung der Mittel zur Weiterbildung.

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

Rang 1985	Arbeitsamtsbezirk	Zum Vergleich: Rang 1975	Arbeitslosenquote 1985
1	Göppingen	5	3,3
2	Nagold	6	3,8
3	Waiblingen	13	3,8
4	Ludwigsburg	10	4,2
5	Schwäbisch Hall	19	4,5
6	Stuttgart	2	4,5
7	Rottweil	38	4,9
8	Reutlingen	1	5,0
9	Balingen	4	5,2
10	Lörrach	23	5,3
	Saarlouis	109	
	Heide	125	
	Gelsenkirchen	122	
	Oldenburg	99	
	Duisburg	54	
	Saarbrücken	128	
	Dortmund	81	
	Vechta	122	
	Emden	138	
	Leer	141	

Der Süden Deutschlands hat die Strukturveränderungen der letzten zehn Jahre durchweg besser verkraftet als der Norden. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichnete denn auch 1975 ebenso wie 1985 Baden-Württemberg. Dagegen hat *sich* die Gruppe der zehn schlechtesten Arbeitsamtsbezirke neu formiert. Neu bei den Schlußlichtern sind die *Küstenbezirke*, Ruhrgebietsstädte und Stahlstandorte im Saarland.

QUELLE: IW

Bessere Geschäftslage in der Industrie

München (dpa/VWD) – Die Bauwirtschaft blickt derzeit wieder optimistisch in die Zukunft. Sie schließt sich damit dem Urteil des verarbeitenden Gewerbe und der Groß- und Einzelhändler an, die nach dem jüngsten Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung die Geschäftsaussichten im Oktober besser beurteilen als noch einen Monat zuvor. Bei nahezu konstanter Bauproduktion lag die Auslastung saisonbereinigt bei 55 nach 51 Prozent im Vorjahresmonat. Mehr Nachfrage nach Bauleistungen habe auch im Oktober für größere Auftragsbestände von saisonbereinigt 2,3 Monaten (Vorjahr: 1,9 Monate) gesorgt, allerdings auch für höhere Preise. Besonders Chemische Industrie und Papierhersteller gehörten beim Sektor Vorprodukte zu den Branchen mit „deutlich besserer" Geschäftslage.

Dänische Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Die Copenhagen Handelsbank begibt über ein von der Commerzbank geführtes internationales Konsortium eine siebenjährige 5,75prozentige Optionsanleihe über 100 Mill. DM zum Kurs von 105 Prozent. Je nominal 1000 DM Anleihe berechtigen vom 18. 3. 86 bis zum 15. 3. 90 zum Bezug von elf Stammak*tien der Emittentin zum Kurs* von 326 dkr (Kurs vom Freitag). Die Aktie der zweitgrößten dänischen Geschäftsbank wird Anfang 1986 an den Börsen Frankfurt und Hamburg in den amtlichen Handel eingeführt.

Ehrung für Nixdorf

Bonn (DW.) – Der Paderborner Computerbauer Heinz Nixdorf wurde von dem in München erscheinenden „Industriemagazin" zum Manager des Jahres 1985 gekürt. Eine Jury aus 20 Topjournalisten aller Medien wählte den 60jährigen Unternehmer auf den ersten Platz, weil „Nixdorf seinen Konzern mit Weitsicht, Mut und klarer Strategie zu einer Paradefirma der deutschen Wirtschaft aufgebaut hat".

Mehr Hypothekenzusagen

Bonn (VWD) – Der Wohnungsbau hat nach Meinung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes „offenbar auf einem erheblich niedrigeren Niveau wieder eine Basis gefunden". Wie die Spitzenorganisation in Bonn mitteilte, konnten die Sparkassen in den ersten neun Monaten dieses Jahres ihre Hypothekenzusagen noch um knapp zwei Prozent auf 19,6 Mrd. DM steigern. Der starke Rückgang der Baugenehmigungen im bisherigen Jahresverlauf um rund 25 Prozent schlage sich damit in den Darlehenszusagen der Sparkassen nicht nieder. Hier habe es beim Wohnungsneubau lediglich einen Rückgang um 14 Prozent gegeben, während bei den Kreditzusagen für den Bestandsmarkt (*Kauf*, *Modernisierung*) eine Zuwachsrate von 22 Prozent erreicht werden konnte.

Umschuldung gefährdet

Zürich (VWD) – Die Zuspitzung der politischen Lage in Südafrika hat nach Darstellung des ehemaligen Schweizer Nationalbank-Präsidenten Fritz Leutwiler eine Neuregelung der Schulden des Landes in weite Ferne rücken lassen. Leutwiler forderte die *Regierung Botha in einem Interview* des Zürcher „Tages-Anzeiger" zu raschen politischen Zugeständnissen auf. „Ich bin offengestanden enttäuscht", sagte der Bankier und sprach von einer Klimaverschlechterung. Wenn auf politischer Ebene nicht positive Erklärungen von höchster Ebene abgegeben würden, dann bestehe auf absehbare Zeit keine Aussicht auf ein Abkommen.

DM-Anleihe von Hoesch

London (VWD) – Die Hoesch AG legt über die Hoesch International Finance B. V. eine Euroanleihe über 100 Mill. DM und zehn Jahre Laufzeit auf. Der Kupon beträgt sieben Prozent und der Ausgabekurs 99,50 Prozent. *Konsortialführerin* ist die Deutsche Bank AG. Die Anleihe wird von der Muttergesellschaft garantiert. Endfälligkeit ist am 12. Dezember 1995, eine vorzeitige Tilgung ist nicht gestattet. Die Zeichnungslisten schließen am 3. Dezember.

Höherer Überschuß

London (AFP) – Der Überschuß der britischen Leistungsbilanz hat im Oktober 400 Mill. Pfund (ein Pfund gleich 3,73 DM) erreicht und sich ge*genüber dem Vormonat (170 Mill.* Pfund) mehr als verdoppelt, teilte das Handelsministerium mit. Das Oktoberergebnis, das beste seit Mai, wurde durch die Wiederaufnahme der vollen Produktion in den Nordsee-Ölfördern erreicht, wo mehrere Monate lang Arbeiten an den Förderanlagen durchgeführt worden waren.

DEVISENBÖRSEN

Weltweit hat sich der Handel in fünf Jahren verdoppelt

fu. London

Der internationale Devisenhandel hat sich während der letzten fünf Jahre weltweit verdoppelt. Der Tagesumsatz kletterte zwischen 1979 und 1984 von durchschnittlich 75 Mrd. Dollar auf 150 Mrd. Dollar (385 Mrd. DM). In dieser Zeit hat allerdings der Devisenplatz Frankfurt seinen dritten Rang an Zürich abgeben müssen und liegt nun mit einem geschätzten Tagesumsatz von durchschnittlich 17 Mrd. Dollar (46,75 Mrd. DM) auf Rang vier.

Unverändert und mit großem Abstand nimmt London die Spitzenposition ein. Der durchschnittliche Tagesumsatz hat sich in der Themsemetropole zwischen 1979 und 1984 von 25 auf 49 Mrd. Dollar fast verdoppelt, ebenso wie der des zweitplazierten Devisenmarktes New York mit einem Anstieg von 17 auf 35 Mrd. Dollar und der des drittplazierten Zürich (von 10 auf 20 Mrd. Dollar).

Die Übersicht geht auf die Antworten von 40 großen internationalen Banken, 15 Geld- und Wertpapierhändlern, 50 multinationalen Konzernen mit erheblichen Devisengeschäften sowie *17 internationalen Geld-Managern* zurück. Die Befragung wurde zwischen Mai und August dieses Jahres durchgeführt. Besonders deutlich kommt darin die wachsende Bedeutung der fernöstlichen Finanzmärkte zum Ausdruck.

So haben Tokio, Singapur und Hongkong ihren Devisenhandel von 2 (Tokio) bzw. 3 Mrd. Dollar auf jeweils 8 Mrd. Dollar Tagesumsatz ausgeweitet. Die vier wichtigsten europäischen Finanzzentren London, Zürich, Frankfurt und Paris repräsentieren rund 60 Prozent des weltweiten Devisenhandels.

ARBEITSMARKT / Institut der Deutschen Wirtschaft erwartet Beschäftigungsrekord

1986 über 26 Millionen Erwerbstätige

PETER JENTSCH, Bonn

Mit einem neuen Beschäftigungsrekord und einer erstmals seit sechs Jahren sinkenden Arbeitslosenzahl rechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) für das kommende Jahr. In seiner Analyse der Arbeitsmarktperspektiven kommt das IW zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Er*werbstätigen* 1986 auf 26,1 Millionen klettern könne. Das wären 900 000 Erwerbstätige mehr als zu Beginn der konjunkturellen Erholung im Jahre 1983. Vergleichbar sei die Beschäftigung zuletzt zwischen dem 1. Halbjahr 1976 und dem 2. Halbjahr 1980 aufgebaut worden. *Gleichzeitig* prognostiziert das Institut einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 2,3 Millionen in diesem Jahr auf 2,15 Millionen, möglicherweise sogar auf zwei Millionen.

Das Institut führt seine optimistische Prognose auf die „anhaltend gute Investitionskonjunktur" zurück. Nach IW-Berechnungen dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 330 000 zunehmen, wobei davon gut 250 000 im Dienstleistungssektor neue Beschäftigung finden würden. Auch die Industrie werde wesentlich mehr neue Arbeitsplätze anbieten als 1985; lediglich in der Bauwirtschaft dürfte die Zahl der Arbeitsplätze vorerst noch zurückgehen.

Der Arbeitskräftezuwachs, der aus den Änderungen des Altersaufbaus der Bevölkerung resultiert, wird nach IW-Berechnungen 1986 mit rund 60 000 Personen nur etwa halb so hoch sein wie in diesem Jahr. Allerdings drängten aus der „stillen Reserve" 1986 voraussichtlich 140 000 Personen auf den Arbeitsmarkt (1985: plus 130 000). Zugleich dürfte der Wanderungssaldo ausländischer Arbeitnehmer das Kräfteangebot um 50 000 erhöhen (1985: plus 25 000). Diesem Angebot von insgesamt 250 000 „neuen Erwerbstätigen" stünden nur schwer abschätzbare Entlastungen aus der Vorruhestandsregelung gegenüber. 1986 rechnet das IW mit höchstens 70 000 „Vorruheständlern", nachdem in diesem Jahr allenfalls 30 000 Personen von der Neuregelung Gebrauch gemacht haben. Per Saldo erhöhe sich also die Nachfrage nach Arbeitsplätzen um etwa 180 000.

Durch diese „belastenden Faktoren" auf der Angebotsseite unterstellt das Institut nur eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 150 000 auf 2,15 Millionen. Weitere Entlastungswirkungen auf die Arbeitslosenzahl um bis zu 130 000 Personen könnten aber durch die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz („Qualifizierungsoffensive") mit den sozialpolitisch motivierten Maßnahmen für ältere Arbeitslose ausgehen. Sollten diese Maßnahmen greifen, ließe sich die Arbeitslosenzahl in die Nähe der Zwei-Millionen-Marke zurückführen.

OECD

Schneller Brüter ist zukunftsträchtig

J. Sch. Paris

Die Expansion der Kernenergie hat sich verlangsamt. Aber ihr Anteil an der gesamten Stromerzeugung der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) steigt weiter. Zu diesem Ergebnis kam eine dreitägige Expertensitzung der OECD-Kernenergieagentur und der Internationalen Energieagentur in Paris. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß die Perspektiven für die Kernenergie trotz Kürzung der Programme und geringer zunehmendem Energieverbrauch „ermutigend" seien.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Kernstromerzeugung der OECD-Zone verdreieinhalbfacht. In den nächsten 15 Jahren dürfte sie sich verdoppeln. Der Anteil an der gesamten Stromerzeugung würde dann 26 Prozent betragen. Gegenwärtig liegt er bei 20 Prozent. Vier OECD-Länder (an der Spitze Frankreich) beziehen aber bereits jetzt mehr als ein Drittel ihres Stroms aus Atomkraftwerken. Im Jahre 2000 werden es sieben sein.

Für die ersten 25 Jahre des nächsten Jahrtausends erwarten die Experten eine „mäßige" Expansion der Kernenergie (um das 1,5- bis Dreifache der Kapazitäten), was zu einer wieder größeren Abhängigkeit vom Mineralöl führen und damit negative Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum auslösen könnte. Zwischen 1974 und 1984 sei mit Hilfe der Kernenergie der Anteil der Ölkraftwerke an der Stromproduktion der OECD von 24 auf elf Prozent reduziert worden.

Den Schnellen Brüter halten die Experten wirtschaftlich für zukunftsträchtig. Die Fragen der nuklearen Sicherheit seien weitgehend gelöst. Die derzeitigen Baureihen für Kernkraftwerke sollten vereinfacht werden, um kürzere Bauzeiten und niedrigere Baukosten zu erreichen. Außerdem müßten sich die Regierungen um mehr Vertrauen der Bevölkerung in die Kernenergie bemühen.

SPANIEN / Trotz hoher Wasserkraftreserven bleibt die Atomenergie unverzichtbar – Eigene Uranvorkommen

KWU hofft auf den Zuschlag für Kernkraftwerk

HEINZ HECK, Madrid

Ungeachtet des erklärten politischen Widerstands der Sozialistischen Partei Spaniens bleibt das Land auch auf Kernenergie angewiesen. Die Partei des Regierungschefs Felipe Gonzalez steht vor einem Dilemma: Ihr Widerstand war nämlich als Vehikel des Widerstands gegen den damaligen Staatschef Franco gedacht. Als sie Ende 1982 in demokratischen Wahlen an die Macht kamen, geriet sie in Argumentationsnot.

Spanien hat schon früh mit dem Einsatz der Kernenergie begonnen: das Kraftwerk Zorita mit 160 Megawatt (MW) ist seit 17 Jahren in Betrieb und weist mit 70 Prozent eine sehr hohe durchschnittliche Verfügbarkeit auf. Die Anlage wurde damals schlüsselfertig von Westinghouse mit 40 Prozent spanischer Beteiligung gebaut. Inzwischen hat sich die Lage verändert, und für ausländische Lieferanten ist sie eher schwieriger geworden. Die spanischen Gesetze lassen heute keine schlüsselfertigen Anlagen mehr zu. Die nationale Industrie hat sich so entwickelt, daß ihr Anteil laut Regierungsbeschluß über 65 Prozent betragen muß, tatsächlich aber bereits 80 Prozent überschreitet.

Lange haben amerikanische Lieferfirmen den spanischen Markt beherrscht. Doch mit einem Zuschlag für das Kraftwerk Trillo 1 ist der Kraftwerk Union (KWU) im Juli 1975 der Einbruch gelungen. Mit 1040 MW handelt es sich noch dazu um die Anlage mit der höchsten Erzeugungskapazität. Das Projekt ist zu rund drei Vierteln abgeschlossen und dürfte voraussichtlich 1987 ans Netz gehen. Die Gesamtkosten werden von Fachleuten, so dem Präsidenten des zuständigen Elektrizitätsversorgungsunternehmens, Eduardo Diaz Rio, auf 4,1 bis 4,2 Milliarden DM veranschlagt. Davon entfallen rund 1,3 Milliarden DM auf Importe aus der Bundesrepublik (unter anderem für den Turbosatz, das Engineering und die Lieferung der Brennelemente).

Auch wenn nach Meinung spanischer Fachleute der Verbrauchszuwachs an elektrischer Energie etwa alle drei Jahre den Anschluß einer 1000-MW-Anlage erforderlich machte, ist der endgültige Zuschlag für Trillo 2 an die KWU noch nicht sicher. In politischen Kreisen Spaniens wird mit der Genehmigung frühestens nach den Wahlen 1986 gerechnet.

Spanien verfügt zwar über hohe Wasserkraftreserven, kann jedoch wegen der stark unterschiedlichen Niederschlagsmengen nicht so stark auf diese Energieversorgung setzen, wie es unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vielleicht erwünscht wäre. So lag die Stromgewinnung aus Wasserkraft zum Beispiel 1979 mit 47 500 Gigawattstunden (Gwh) mehr als doppelt so hoch wie 1981 (23 000). Die Wärmekraftanlagen (Kohle, Öl und Kernenergie) werden angesichts dieses stark schwankenden Angebots auch entsprechend unterschiedlich genutzt. Ende 1982 verfügte das Land über eine installierte Kapazität von rund 33 500 MW, während der 1975 aufgestellte nationale Energieplan für diesen Zeitpunkt 53 500 MW anvisiert hatte. Mit rund 13 800 MW entfällt der Löwenanteil auf Wasserkraft. Es folgen Kohle (9300), Öl (8300) und Kernenergie (2050).

Ähnlich wie in der Bundesrepublik und anderen Ländern werden seit der Ölkrise von 1973/74 die Ölkraftwerke bevorzugt als Reservekapazität eingesetzt, um die gewaltigen Ölimporte des Landes zu drosseln.

Spanien bezieht Uran aus eigenen Quellen sowie aus Niger und Kanada, läßt in Frankreich anreichern (an der Anlage ist das Land mit elf Prozent beteiligt) und baut die Brennelemente für amerikanische Kraftwerke in der staatlichen Enusa. Die Brennelemente für Trillo kommen aus der Bundesrepublik. Ein weiteres Staatsunternehmen, Enresa, lagert die bestrahlten Brennelemente, nachdem diese zunächst im Kernkraftwerk zwischengelagert werden. Eine Wiederaufarbeitung ist nicht vorgesehen.

VOEST-ALPINE / Hohe Verluste durch „Risikostreuung"

Vor einer neuen Sanierung?

DW. Wien

Das größte Industrieunternehmen Österreichs, der verstaatlichte Voest-Alpine-Konzern, Linz, steht offenbar vor einer Umstrukturierung. Die neue Struktur soll in einer Aufteilung des Konzerns bestehen, nachdem ein vom Voest-Management vorgelegtes, gewinnorientiertes Unternehmenskonzept in der vergangenen Woche vom Vorstand der ÖIAG, der Dachorganisation der verstaatlichen Betriebe, als unzureichend abgewiesen worden ist.

Die Schwierigkeiten bei Voest-Alpine begannen bereits vor einer Reihe von Jahren. Damals hatte die sozialistische Regierungspartei SPÖ die durch die weltweite Stahlkrise dringend notwendigen Sanierungsarbeiten (mit den entsprechenden personellen Konsequenzen) aus politischen Gründen untersagt. Vor drei Jahren mußte der Konzern (Weltumsatz 1984: 13 Mrd. DM; 70 000 Beschäftigte) deshalb mit einer Spritze von 4 Mrd. Schilling (570 Mill. DM) aus Steuermitteln erstmals flottgemacht werden. Seither erzielt Voest wieder Gewinn im angestammten Stahl-Sektor, auf den aber nur noch 20 Prozent vom Umsatz entfallen.

Der ursprünglich als Risikostreuung gedachte Ausflug in die Bereiche Hochtechnologie, Elektronik und Kunststoff wird dem Konzern für das Jahr 1985 einen Verlust von mindestens 3 Mrd. Schilling (etwa 400 Mill. DM) einbringen. Über eine neuerliche staatliche Hilfe von etwa 7 Mrd. Schilling (rund 1 Mrd. DM) soll Anfang 1986 entschieden werden.

Die ÖIAG hat jetzt für das kommende Frühjahr die Vorlage eines *Struktur- und Sanierungskonzeptes* „Voest-Alpine 2000" angekündigt. Dagegen wird in Österreich vor allem von Gewerkschaftsseite heftige Gegenwehr erwartet, zumal Tausende von Arbeitsplätzen zur Debatte stehen sollen. Neben der wirtschaftlichen, dürfte die Sanierung von Voest-Alpine deshalb eine innenpolitische Dimension erhalten.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Kaufhaus-Hochzeit

London (fu.) – British Home Stores und Habitat Mothercare, zwei der am besten bekannten Einzelhandels- und Kaufhausketten in Großbritannien, haben einen Unternehmenszusammenschluß vereinbart. Mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Mrd. Pfund (3,7 Mrd. DM) wird die neue Gruppe zu den größten Kaufhausketten des Landes zählen. Der Zusammenschluß muß noch von der britischen Kartellbehörde und vom Minister für Handel und Industrie genehmigt werden.

Weitere US-Bankpleiten

Washington (VWD) – Drei weitere Bankpleiten in den USA meldet die Federal Deposit Insurance Corp. (FDIC). Die am vergangenen Freitag geschlossene Heritage Bank of San Diego wird als Zweigniederlassung der Grossmont Bank im kalifornischen La Mesa fortgeführt, die wegen anhaltend hoher Verluste ebenfalls am Freitag geschlossene Allen County Bank + Trust Co. wird in die Indiana National Bank integriert. Die texanische Chester State Bank wird nach Angaben der FDIC künftig als Tochtergesellschaft von Bancwell Financial Corp. geführt.

Rekord-Weinernte

Avignon/Düsseldorf (dpa) – Französische Winzer haben in diesem Jahr Grund zum Feiern: Mit 2,5 Mill. Hektolitern Ertrag liegen die diesjährigen Qualitätsweine (Appellation d'Origine Controlée – AOC) aus dem Rhônetal (Côte du Rhône) um rund ein Fünftel über der durchschnittlichen Jahresproduktion. Für die Bordeaux-Weine wird sogar eine Ertragssteigerung um 30 Prozent auf fast fünf Mill. Hektoliter erwartet. Der ungewöhnlich sonnige, trockene Herbst habe die Rekordernte ermöglicht.

Höhere Kfz-Produktion

Tokio (VWD) – Die japanische Kfz-Industrie wird in diesem Jahr mehr als zwölf Mill. Fahrzeuge herstellen. Mit diesem Rekordniveau werden nach Angaben der Zeitung „Nihon Keizai" voraussichtlich die USA erneut übertroffen, deren Produktion auf 11,7 Mill. Kfz geschätzt wird. Damit behalte Japan im sechsten Jahr den ersten Platz unter den größten Kfz-Produzenten. In den ersten zehn Monaten fiel die Kfz-Produktion in Japan mit 10,2 Mill. Stück um 6,8 Prozent größer aus als vor einem Jahr. Der Anstieg wird mit den weiter zunehmenden Exporten und der guten Inlandsnachfrage begründet.

Neues Ölpreissystem

Manama (VWD) – Saudi-Arabien hat nach Angaben von Experten sein System zur Festlegung der Mineralöl-Exportpreise geändert. Danach wird die staatliche saudiarabische Mineralölgesellschaft Petromin künftig die Preise auf Basis der von Platt's Oilgram quotierten Spotmarktpreise festlegen. Wie informierte Kreise weiter erklärten, seien die Kunden vor kurzem über diese Änderungen via Telex in Kenntnis gesetzt worden.

Änderung der Maklergebühren

fu. London

Die Maklergebühren an der Londoner Wertpapierbörse werden nach der Umstrukturierung im nächsten Herbst bei großen Aktiengeschäften um 20 bis 30 Prozent niedriger liegen als derzeit. Am Markt für Regierungsanleihen und andere Festverzinsliche wird die Maklergebühr nach kurzer *Zeit sogar ganz verschwinden. Dieser* Ansicht ist die große Mehrheit der bedeutenden institutionellen Anleger in Großbritannien. Sie wurden im Auftrag der Londoner Brokerfirma de Zoete and Bevan, die zur Barclays-Gruppe gehört, zu der am 27. Oktober 1986 stattfindenden Londoner Börsenreform (im Börsenjargon „der große Knall") befragt.

Ein zentraler Reformpunkt ist die Freigabe der bislang in London bestehenden Mindest-Maklergebühren bei Wertpapiergeschäften. Die meisten der befragten 100 institutionellen Anleger sind der Überzeugung, daß der Wertpapierhandel für sie dann deutlich billiger wird. Immerhin 60 Prozent glauben, daß die Maklergebühren bei Anleihen ganz entfallen und daß die Broker in diesem Marktsegment ihre Einkommen aus der Glattstellung von Positionen und aus der Differenz von Nachfrage- und Angebotspreis beziehen werden.

Grundsätzlich ist die Mehrheit der institutionellen Anleger der Ansicht, daß sie nicht mehr so viele verschiedene Brokerfirmen wie bisher in Anspruch nehmen wird.

ITALIEN / Schärfere Kontrollen angekündigt

Viele illegale Einwanderer

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Italien, das noch bis in die fünfziger Jahre hinein eines der auswanderungsfreudigsten Länder Westeuropas war und auch heute noch in der Europäischen Gemeinschaft seinen Nachbarn die meisten Gastarbeiter stellt, wird zunehmend selbst zum Einwandererland. Nach offiziellen *Schätzungen des italienischen Innen*ministeriums halten sich gegenwärtig bereits 1,4 Mill. Ausländer in Italien auf. Davon sind nur etwa 0,4 Millionen ordnungsgemäß gemeldet. Der Rest lebt und arbeitet illegal.

Vor allem die Gewerkschaften sehen in dem zunehmenden Strom neuer Zuwanderer eine langfristige Gefahr für den sozialen Frieden. Arbeitsministerium und Innenministerium haben sich deshalb auf einen Gesetzentwurf geeinigt, mit dem sichergestellt werden soll, daß die Einwanderer schärferen Polizeikontrollen unterstellt werden und gleichzeitig in den Genuß der vollen arbeitsrechtlichen Garantien kommen.

Unter anderem sieht der jetzt in Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf des Innenministeriums für Ausländer eine Meldepflicht durch Vermieter und Arbeitgeber vor. Arbeitsministerium und Gewerkschaften drängen dabei darauf, die ausländischen Arbeitskräfte auch sozialrechtlich voll den inländischen Erwerbstätigen gleichzustellen. Erfahrungsgemäß handelt es sich bei der Masse der eingewanderten Ausländer um Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter, für die die Arbeitgeber in der Regel weder Steuern noch Sozialabgaben zahlen.

Die illegal sich in Italien aufhaltenden ausländischen Arbeitskräfte stammen überwiegend aus Afrika, Nah- und Mittelost und Südamerika. Nach Schätzungen des Innenministeriums hat die Einwanderung aus diesen Ländern inzwischen schon den Rhythmus einer Fünftelmillion jährlich erreicht, bei weiter steigender Tendenz. Die Einwanderer konzentrieren sich vor allem auf die Großstädte Rom und Mailand, aber auch in anderen von überdurchschnittlich hoher offizieller Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Städten wie Neapel nimmt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte sprunghaft zu.

Das Problem der wachsenden illegalen Einwanderung hängt eng mit den strukturellen Veränderungen am italienischen Arbeitsmarkt. Italien hat gegenwärtig beinahe 2,5 Mill. Arbeitslose bei einer Erwerbsbevölkerung von 21 Mill. Die Arbeitslosenquote ist zwischen Juli 1985 und Juli 1984 von 10,3 auf 10,6 Prozent gestiegen. Beinahe 1,3 Mill. der Erwerbslosen *sind* Jugendliche.

Der hohe Anteil der jugendlichen Erwerbslosen liegt nach Ansicht italienischer Arbeitsmarktexperten vor allem an der geringen *Mobilität* der Arbeitssuchenden und an der dem Bedarf oft nicht entsprechenden Ausbildung. Die Mehrzahl der jugendlichen Arbeitssuchenden hat mindestens einen Mittelschulabschluß. Als Folge davon werden vor allem in der Landwirtschaft und in den Dienstleistungszweigen Stellen mit niedrigem Niveau zunehmend von ausländischen Arbeitskräften besetzt.

ALGERIEN / Unerwarteter Exportboom stopft die Löcher in der Devisenbilanz

Handel mit Deutschland expandiert

H. OSCHWALD, Algier

Ein ebenso außergewöhnlich starker wie unerwarteter Exportboom hat in diesem Jahr Algeriens Devisenlöcher gestopft. Vor allem die Exporte in die Bundesrepublik expandierten stark. Mengenmäßig stieg die Ausfuhr dorthin allein in den ersten neun Monaten um 57 Prozent und wertmäßig um 47 Prozent im Vergleich zu 1984.

Der Deutschland-Export wurde nahezu ausschließlich mit Rohöl bestritten. Bis Ende des Jahres beläuft er sich nach Schätzungen deutscher Wirtschaftsexperten in Algier auf rund 3,2 Millionen Tonnen. Zugleich hat die Bundesrepublik ihre Ausfuhr bis September um 23 Prozent auf 2,7 Milliarden Dollar (8,1 Mrd. DM) erhöht, und bis Jahresende wird der Export voraussichtlich auf rund drei Milliarden Dollar zunehmen.

Der Boom, der ganz im Gegensatz zu den meisten anderen arabischen Ländern steht, die mit wirtschaftlichen Krisen zu kämpfen haben, hat nach Ansicht der Fachleute in Algier mehrere Ursachen. Algerien hat in diesem Jahr seine Staatsausgaben wieder stärker auf Industrieinvestitionen statt auf Konsumgüter konzentriert. Die „präferenziellen" Bindungen aus Gasverträgen mit Frankreich, Belgien und Spanien sind ausgelaufen oder werden neu verhandelt.

Das Geschäft mit der Bundesrepublik erhält gleichzeitig doppelten Auftrieb: politischen durch den Besuch von Außenminister Taleb Ibrahimi in Bonn. Seither wird in Algier bereits vom ersten offiziellen Besuch des Staatspräsidenten Chadli Benjeddid in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik gesprochen. Wirtschaftlich durch die Langzeitwirkung deutscher Aufbauarbeit in Algerien.

Der derzeitige Präsident der gemischten deutsch-algerischen Kommission, der stellvertretende algerische Außenhandelsminister Mohamed Aberkane, formulierte die Erfah*rungen algerischer mit* deutschen Unternehmen kurz und bündig: „Mit euch arbeiten sie am liebsten zusammen." Vor allem der Kundendienst und die Wartungsarbeiten der deutschen Firmen, ein Schwachpunkt der algerischen Industrie, werden geschätzt. Hinzu kommt, daß Algerien in der Bundesrepublik die ideale Ergänzung zu dem marktbeherrschenden Frankreich sieht. Die Franzosen decken ein Drittel der Einfuhren. Algier möchte jedoch gerne von der starken Abhängigkeit von Frankreich wegkommen.

Die „Präferenzen", zu denen sich Algier gegenüber Frankreich verpflichtet hatte, brachten nur den Algeriern Vorteile. Das französische Handelsdefizit rutschte bis 1984 in mehreren Jahren auf insgesamt 15 Milliarden Dollar (rund 4,5 Mrd. DM) ab. „Volkswirtschaftlich waren die Gasverträge für Frankreich ein schweres Verlustgeschäft", ist in Algier zu hören.

Die Bundesrepublik und Algerien vereinbaren die Herstellung bestimmter Raffinerieprodukte, möglichst für den Export in Drittländer. An deren Endpreis wird Algerien im Umfang seiner Rohöllieferung beteiligt. Der Ölpreis kann dabei versteckt unter dem Opec-Stand von 29,5 Dollar angesetzt werden, ohne die tatsächliche Preissenkung offenzulegen.

Auf diese Weise beschaffte sich Algerien Devisen für einen ebenfalls stark gestiegenen Einkauf aus der Bundesrepublik. Bezogen werden von dort vor allem Autos, Maschinen, Elektroanlagen und Milch, da es trotz verschiedener Ansätze nicht gelungen ist, die Landflucht in Algerien zu beenden.

Ein Hilfsmittel für eine Besserung der Versorgungslage und der wirksameren Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sieht die Regierung in einer weiteren Liberalisierung, die mit der neuen Nationalcharta festgeschrieben werden soll.

Das Stichwort lautet Privatisierung. Schon in diesem Jahr konnten algerische Privatfirmen selbständig importieren und exportieren. Premierminister Abdelhamid Brahimi ist die treibende Kraft für die Stärkung des Privatsektors, der mit Profiten auch zu Leistung motiviert wird. Von ihm wird eine nachhaltige Besserung der Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern erwartet.

(dpa/VWD)

PFAFF / Größter Zuwachs mit Industrie-Nähmaschinen

Mit flottem Tempo voran

adh. Frankfurt

Das Haus Pfaff hat sein flottes Tempo beibehalten. Das geht aus dem Aktionärsbrief über die Entwicklung der ersten neun Monate dieses Jahres hervor. Danach wuchs der Umsatz in den ersten neun Monaten um elf Prozent auf 717 (i. V. 645) Mill. DM. Noch auf der Hauptversammlung Mitte Juli hatte Ernst Wagner, Vorstandsmitglied der Pfaff AG, Kaiserslautern, davor gewarnt, die damals bei ebenfalls plus elf Prozent liegende Steigerungsrate für den Umsatz auf das Jahr hochzurechnen.

Geholfen hat Pfaff die unvermindert starke Nachfrage aus dem Ausland, die die Auslandsquote auf jetzt 72 (69) Prozent ansteigen ließ. Es wird offensichtlich wieder in Maschinen investiert, überall dort, wo es etwas zu nähen gibt. Denn der Umsatz des Industriemaschinenbereichs expandierte bis Ende September um 14 Prozent auf 496 (437) Mill. DM, dabei im Inland nur um acht Prozent, im Ausland um 15 Prozent. Im europäischen Ausland stiegen die Verkäufe sogar um ein Viertel. Positiv ist nach wie vor die Entwicklung in Fernost, wo man vor allen Dingen in Hongkong, China und Japan vorankam. In Nordamerika habe sich die Nachfrage dagegen abgeschwächt, schreibt der Vorstand, der in Südamerika bei einzelnen Ländern Anzeichen für eine kontinuierliche Besserung sieht.

Das gilt im Haushaltsmaschinenbereich (plus sechs Prozent auf 221 Mill. DM) nur für das Auslandsgeschäft. In den USA, in Venezuela, Australien und Skandinavien sowie den Benelux-Staaten seien „deutlich" Mehrumsätze erzielt worden. Im Inland, das bisher bei Haushaltsmaschinen unter dem Vorjahr liegt, hofft Pfaff auf eine positive Auswirkung des besseren Konsumklimas, glaubt aber nicht, den bisherigen Rückstand voll ausgleichen zu können.

Für den gesamten Haushaltsmaschinenbereich wird aber die starke Auslandsnachfrage für ein reales Umsatzplus sorgen. Auch bei Industriemaschinen hält die Nachfrage angesichts gestiegener Investitionsbereitschaft an. Für das ganze Jahr will Pfaff die erreichte Ertragsverbesserung halten. Für das vergangene Jahr waren unverändert 6 DM Dividende je 50-DM-Aktie auf 8,8 (8,1) Mill. DM Jahresüberschuß gezahlt worden.

KÖLNISCHE RÜCK / Internationale Naturkatastrophen dämpfen Sanierungserfolge

„Die Bedingungen bleiben schwierig"

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Die vor allem in den letzten beiden Jahren erzielten Sanierungserfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Rahmenbedingungen im Rückversicherungsgeschäft auch im laufenden Geschäftsjahr 1985 schwierig bleiben." Mit diesen Bemerkungen zur internationalen Lage begründet die Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, daß eine befriedigende Verbesserung der versicherungstechnischen Ertragslage noch nicht feststellbar ist.

Die dazu notwendigen Sanierungserfolge reichten noch nicht aus. Nach den Bestandsbereinigungen der letzten Jahre, in deren Rahmen auf wenig ertragversprechende Geschäfte bewußt verzichtet wurde, dürfte auch die weiter fortgesetzte Politik der restriktiven Risikoauslese nur zu einem leichten Prämienwachstum führen.

Aber immerhin: Dem Vorstand ist bereits 1984 schrittweise gelungen, höhere Beiträge und Konditionenverbesserungen zu erzielen. Der allgemeine Schadenverlauf deutet aber wie 1984 nicht auf eine Verbesserung der technischen Ergebnisse hin. Zudem sei die Gesellschaft auch von verschiedenen Naturkatastrophen, vor allem in Mexiko und Chile, betroffen, wenn auch die Belastung des eigenen Anteils begrenzt bleiben werde. Die anhaltend hohen technischen Verluste werden jedoch, wie 1984 auch, im laufenden Jahr durch die Kapitalerträge überkompensiert.

Der Vorstand beklagt für 1984 vor allem, daß das Erstgeschäft in vielen wesentlichen Sparten untertarifiert ist. Der Rückgang der Bruttoprämien fiel im Inland niedriger als im Auslandsgeschäft aus und betraf vor allem das Feuer-, Transport- und Luftfahrtgeschäft, während Lebens- und Haftpflichtgeschäft noch wuchsen. Im Kostenbereich legt die Kölnische Rück nachhaltigen Wert auf die strukturelle Verbesserung des Geschäfts, obwohl die Verwaltungskostenquote weiter gesunken ist.

Das technische Ergebnis wurde auch durch erhebliche Reservezuführungen beeinflußt. Dies wird angesichts der bestehenden unzureichenden Ertragssituation auch für notwendig gehalten. Die Problematik latenter Schäden im US-Haftpflichtgeschäft hat die Gesellschaft zu besonderer Vorsicht veranlaßt.

Der Gesamtüberschuß vor Steuern von 24,2 (23,7) Mill. DM ermöglichte eine zusätzliche Reservenstärkung um 7,5 (6) Mill. DM. Der Jahresüberschuß von 7,2 (7,2) Mill. DM reicht für die trotz allem durchgehaltende Dividende von 18 Prozent auf 40 (40) Mill. DM Grundkapital. Darin teilen sich Colonia (51 Prozent), Nordstern (20) sowie Aachener und Münchener (25 Prozent). Der Rest ist Streubesitz. Hauptversammlung 19. Dezember 1985.

Kölnische Rück	1984	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	1449	- 1,8
Auslandsanteil (%)	39,9	(40,4)
Nettoprämie [1]	1203	+ 1,4
Selbstbehalt (%)	83,0	(80,4)
Aufw.f.Vers.Fälle	829	- 0,8
vers.-techn.Ergebnis [2]	- 94,4	(-85,4)
Kapitalanlagen [3]	1353	+ 6,7
Kapitalerträge [4]	105	+ 2,4

in % d.Nettoprämie	1984	1983	1982
vers.techn.Ergebn.	-7,8	-7,2	-7,2
Kostenquote	4,0	3,6	3,3
vers.techn.Rückst.	214,9	206,8	193,5
Eigenkapital	12,1	12,3	12,2

[1]Bruttoprämie minus Rückversichrungsbeiträge; [2]nach zuführung von 13,0 (3,5) zur Schwankungsrückstellung; [3]ohne Depotford.; [4]netto; Durchschnittsrendite: 8,6 (8,5) Prozent.

RAFI / Mit den flexiblen Arbeitszeiten gut gefahren

Breites Erzeugnisspektrum

WERNER NEITZEL, Ravensburg

„Die Probleme um den Markt der Personalcomputer tun uns nicht weh." Josef Pfeffer, Geschäftsführer der Rafi GmbH & Co., Ravensburg, eines auf elektrotechnische und elektronische Komponenten und Produkte spezialisierten Familienunternehmens, hebt die Vorteile des relativ breitbandigen Erzeugnisspektrums der Firma hervor, die deshalb auch nicht so sehr Schwankungen ausgesetzt sei. Wesentliche Zielgruppen von Rafi sind neben der Elektrotechnik, der Maschinenbau und die Datentechnik. Zu den Produktneuheiten, von denen sich Rafi viel verspricht und mit denen es sich auch stärker als Marke profilieren möchte, zählt unter anderem ein preisgünstiges Btx-Terminal.

Das Unternehmen, das sich als voll beschäftigt bezeichnet, peilt im laufenden Geschäftsjahr 1985 eine Steigerung des Umsatzes um acht bis zehn Prozent auf 115 Mill. DM an. Preisbereinigt dürfte das Wachstum bei etwa sieben Prozent liegen.

Knapp 30 Prozent des Umsatzes entfallen auf den Export, wobei neben den europäischen Ländern auch die USA und Fernost zu den Schwerpunkten des Auslandsgeschäfts zählen. Ausländische Vertriebstöchter bestehen in Frankreich und Großbritannien. Die Ertragslage umschreibt Pfeffer mit „wieder normal", nachdem in früheren Jahren zeitweilig rote Zahlen geschrieben worden waren.

Zur Unternehmensgruppe, deren Umsatz mit 140 bis 150 Mill. DM zu veranschlagen ist, gehören neben dem 1908 gegründeten Stammhaus die Schalttafel-Meßgeräte fertigende WSE-Waldsee-Electronic GmbH, Bad Waldsee, die Hilzinger Leiterplattentechnik GmbH, Villingen-Schwenningen und als Vertriebsgesellschaft für Datentechnik, Keyboards und Btx-Geräte die Eurokey GmbH, Ravensburg. Außerdem gibt es eine 45prozentige Beteiligung an einem brasilianischen Unternehmen (600 Beschäftigte), das Teile des elektromechanischen Programms für den amerikanischen Markt herstellt.

Die Firma Rafi, die knapp 1000 Mitarbeiter beschäftigt und deren Inhaber zu gleichen Teilen R. W. Finsterhölzl und Rolf Kreeb sind, machte von sich reden, als sie 1983 mit der Einführung unkonventionell gestalteter flexibler Arbeitszeiten begann. Dies habe unter der Belegschaft (60 Prozent sind Frauen) zu gesteigerter Motivation geführt, was sich in einem Rückgang der Fehlzeiten um ein bis zwei Prozent-Punkte auf fünf bis sechs Prozent niederschlug.

SEIDENINDUSTRIE / Staat hilft bei der Forschung

Gütesiegel wird erarbeitet

HARALD POSNY, Como

Was Lyon für die Seidenindustrie Frankreichs bedeutet und Krefeld/Mönchengladbach für die der Bundesrepublik, ist in Italien das Gebiet um Como. Die oberitalienische Region ist nicht nur der Welt größter Importeur von chinesischen Rohseiden, sondern auch in der Produktion die Nummer eins in Europa. Piero Boselli, Präsident der Associazione Serica Italiana (ASI), sieht diese Position jedoch nicht nur nach Produktion und Umsatz, sondern auch nach der gefertigten Qualität.

Dennoch mögen sich die 350 Betriebe mit rund 12 000 Beschäftigten an 20 000 Webstühlen nicht auf vorhandenen Lorbeeren ausruhen. Um gelegentliche Schwankungen vor allem im Export in Grenzen zu halten, schwebt dem 1981 gegründeten Textil-Industriellenverband „Tessile di Como" die Schaffung eines Qualitätssiegels vor, mit dem, so Boselli, „ein unverzichtbares Instrument für die korrekte internationale Qualitätsbestimmung angestrebt wird und in Form eines Zertifikats über die Zusammensetzung und alle erforderlichen Eigenschaften der Comer Seite informiert werden soll".

Schließlich will dieses Gütesiegel, das vielleicht in zwei Jahren erwartet wird, auch eine Art Gewährleistung für die anspruchsvollen Exportmärkte bilden. Und hier schauen die Hersteller, die 1984 etwa 50 Mrd. Lire (rund 85 Mill. DM) in Spinnereien, Webereien und Stoff-Druckereien sowie 10 Mrd. Lire (17 Mill. DM) in Forschung und Design gesteckt haben, auch auf die Bundesrepublik, in der Produkte aus Comer Naturseide (Blusen, Oberhemden, Tücher und Krawatten) einen respektablen Ruf haben.

Die Bundesrepublik importierte 1984 412 Tonnen Seidenstoffe im Wert von 49 Mrd. Lire (83 Mill. DM). Das waren 18 Prozent der Gesamtausfuhren, weit hinter den USA (29 Prozent) und einiges vor Frankreich (zwölf Prozent). Insgesamt liegen die Ausfuhren bei 72 Prozent der Produktion von 3250 Tonnen Rohseide. Dazu kamen 36 000 Tonnen an Stoffen aus gewirkten Chemiefasern. Von ihnen gingen 23 500 Tonnen in den Export, vor allem nach Frankreich und in die Bundesrepublik (3230 Tonnen für 73 Mrd. Lire oder 123 Mill. DM). Der Umsatz der Comer Seidenwebereien lag 1984 bei mehr als 1500 Mrd. Lire (24 Mrd. DM).

Unterstützt werden die Bemühungen um höhere Qualitätsansprüche von einer Reihe von Institutionen der Ausbildung, Lehre und Forschung, bei der in jedem Fall die öffentliche Hand „mitmischt". Dazu gehören die Labors für Festigkeits- und Farbprüfungen des „Tessile die Como" und das benachbarte „Centro Alessandro Volta" als Bindeglied zwischen Industrie und Forschung.

Daneben nimmt sich das Seideninstitut „Paolo Carcano" in Como, das auf die Mitte des 18. Jahrhunderts zurückgeht, der technischen Ausbildung im Seidentextilgewerbe an. Es ist eine Mischung aus Berufsschule, Meister-, Fort- und Textil-Ingenieur-Weiterbildung und zugleich die einzige Schule für Stoffdesign im Lande.

Die wohl bedeutendste Einrichtung ist die altehrwürdige „Versuchsstelle für Seide" des Industrieministeriums in Rom, die die technologische Entwicklung seit der Abschaffung der Seidenraupenzucht Ende des letzten Jahrhunderts begleitet und vorwärtsbringt.

Dabei gründet der gesamte Industriezweig in einer damals wie heute kriminellen Tat, einer Art Industriespionage. Mönche hatten dem römischen Kaiser Justinian in Bambusrohren aus China geschmuggelte Seidenraupen zum Geschenk gemacht. Seide war als Endprodukt schon unter Augustus bekannt und begehrt. Über Syrien und Sizilien sind die Spuren der Seidenzucht und -herstellung in die Toskana (Lucca), Piemont und Venetien bis in die Lombardei (Como) zu verfolgen. Für Como und die in der Seidenindustrie Beschäftigten ist Seide auch heute nicht nur Broterwerb, sondern auch Kunst und Kultur. Como beherbergt als Region die Kreativen auf diesem Gebiet.

EGERIA

Frottierwaren kommen gut an

nl. Stuttgart

Die im Sektor der Frottierwaren zu den führenden Anbietern zählende Egeria-Firmengruppe, Tübingen, die noch vor einigen Jahren ums Überleben kämpfen mußte, befindet sich nach erfolgreicher Straffung in stetiger Aufwärtsentwicklung. Nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters, Heinz Roger Jaeger, sei für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) eine Umsatzsteigerung um 5 Mill. auf 82 Mill. DM eingeplant. Auftragseingänge und -bestand hätten in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres um jeweils 2 Mill. DM über den entsprechenden Vorjahreszahlen gelegen.

Den anhaltenden Wachstumstrend führt Jaeger darauf zurück, daß die Kollektionen im Wäschebereich und bei Bademänteln in Design und Qualität am Markt auf beste Resonanz gestoßen seien. Die Marktanteile im Inland schätzt Jaeger bei Wäsche auf zehn bis zwölf Prozent und bei Bademänteln auf 14 bis 15 Prozent.

Im Geschäftsjahr 1984/85 war der Gruppenumsatz – Produktionsgesellschaft ist die Württembergische Frottierweberei Lustnau GmbH und Vertriebsgesellschaft die Egeria International GmbH – um knapp sieben Prozent auf 77 (Vorjahr: 72) Mill. DM angestiegen. Die Exportquote nahm weiter auf 35 Prozent zu. Die Ertragslage („es wurden schwarze Zahlen geschrieben") bezeichnet Jaeger als „befriedigend". Nach wie vor bereiteten die hohen Baumwollpreise Sorgen. Diese Verteuerungen, die in den Verkaufspreisen nicht weiterzugeben seien, habe man nur teilweise durch Rationalisierungsmaßnahmen auffangen können.

Gleichwohl sind die Kapazitäten voll ausgelastet. Mit einem Aufwand von 1,7 Mill. DM wurde die Weberei erweitert. Innerhalb der nächsten beiden Jahre sollen auch die Ausrüstung und die Konfektion ausgebaut werden. Das Unternehmen, dessen Mehrheitsgesellschafter der Textilindustrielle Dietmar Schweitzer ist, zählt derzeit 620 Vollzeitmitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wachstumskurs

Nürnberg (dpa/VWD) – Die Datev Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes in der Bundesrepublik eG, Nürnberg, rechnet für 1985 mit einem Umsatzzuwachs von etwa 14 Prozent. Am 31. Oktober lag der Umsatz bei 297,1 (Gesamtjahr 1984: 311,7) Mill. DM. Die Investitionen sind auf 60 (Vorjahr 38,2) Mill. DM gestiegen. Die Datev beschäftigt inzwischen 2000 Mitarbeiter. Bei ihren rund 26 000 Mitgliedern sind 8000 Kleincomputer im Einsatz.

Verlagerung nach Berlin?

Berlin (dpa/VWD) – Die Venture-Capital-Gesellschaft für Innovationen mbH und die Wirtschaftspartner Beteiligungsgesellschaft mbH (WBB), beide Berlin, haben beim Bundeskartellamt jeweils eine 24,5prozentige Beteiligung an der Biosyntech Biochemische Synthesetechnik GmbH, Hamburg, angemeldet. Das Engagement der beiden Gesellschaften beläuft sich zusammen auf 1,6 Mill. DM. Mit Biosyntech verhandele man über eine Verlagerung nach Berlin.

Umsatzplus

Wiesbaden (Wb.) – Die Didier AG, in den Bereichen Anlagetechnik und Feuerfest-Materialien tätiges Unternehmen, erwartet für 1985 „ein zumindest dem Vorjahr entsprechendes" Ergebnis. In den ersten neun Monaten ist der AG-Umsatz um 11 Prozent auf 586 (526) Mill. DM gestiegen. Gleichzeitig wurde die Belegschaft um 4 Prozent auf 4140 (3985) Mitarbeiter ausgeweitet. Die Sachinvestitionen sollen im Gesamtjahr auf 40 (31) Mill. DM steigen.

China-Kontakte vertieft

Frankfurt (VWD) – Dem weltweit operierenden Speditionsunternehmen Schenker u. Co. GmbH, Frankfurt, ist es gelungen, seine China-Kontakte zu vertiefen. Ein in Peking unterzeichneter Agenturvertrag sieht die Abwicklung regelmäßiger Sammelverkehre aus der Bundesrepublik nach China vor. Verladen wird vorerst einmal wöchentlich über den Flughafen Frankfurt nach Peking und Shanghai. Verbindungen nach Kanton und anderen Bestimmungsorten im Landesinneren sollen zügig aufgebaut werden. Dem Vertragsabschluß waren längere Verhandlungen mit der China National Foreign Trade Transportation Corp. (Sinotras) vorausgegangen.

L'Orange bei MTU

München (dpa/VWD) – Die kürzlich von der Daimler-Benz AG, Stuttgart, übernommene MTU Motoren- und Turbinen-Union München hat sich an der L'Orange GmbH, Stuttgart, mehrheitlich beteiligt. Das Kapital dieses Herstellers von Einspritzsystemen für Mittel- und Groß-Dieselmotoren sowie von Spritzköpfen für die Polyurethanverarbeitung von 5 Mill. DM lag bisher zu 100 Prozent bei der S.W.F.-Spezialfabrik für Autozubehör Gustav Rau GmbH, Bietigheim-Bissingen, einer Tochtergesellschaft der ITT, New York.

Ausbau in Japan

Tokio (dpa/VWD) – Die Hoechst Japan, eine Tochtergesellschaft der Hoechst AG, Frankfurt, will den Bereich Agrarchemie in Japan ausbauen und dort ein eigenes landwirtschaftliches Forschungszentrum errichten. Es sollen Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel unter japanischen Wetter- und Bodenbedingungen getestet werden.

Mehr Reiseteilnehmer

München (dpa/VWD) – Weiter auf den Autotourismus konzentriert sich die ADAC Reise GmbH, München, die im Geschäftsjahr 1984/85 (November/ Oktober) mit 230 000 Teilnehmern (plus 5 Prozent) einen Umsatz von 141 Mill. DM (minus 3,9 Prozent) erzielte. Den Umsatzrückgang erklärte das Unternehmen mit der Streichung „hochpreisiger Produkte" aus dem Angebot. Für das laufende Geschäftsjahr wird ein Teilnehmerzuwachs von etwa 4 Prozent und eine Umsatzsteigerung um 2 Prozent erwartet. Die Reise GmbH beschäftigt 91 Mitarbeiter und 47 Reiseleiter und vertreibt ihre Angebote über 920 Reisebüros und 174 ADAC-Geschäftsstellen.

SCHMUCKINDUSTRIE / Preise für Edelmetalle niedriger

Lebhaftes Exportgeschäft

dpa/VWD, Pforzheim

Die deutsche Schmuckindustrie kann in diesem Jahr nicht mit brillanten Umsatzzahlen glänzen. Nach Angaben des Industrieverbandes Schmuck- und Silberwaren in Pforzheim hat die Branche in den ersten neun Monaten 1985 mit rund 1,22 Mrd. DM 1,5 Prozent weniger umgesetzt als ein Jahr zuvor. Der erste Vorsitzende des Verbandes, Fritz Stahl, führt diesen Rückgang auf die niedrigen Edelmetallpreise zurück, da der Stückverkauf genauso hoch wie 1984 gewesen sei. Außerdem habe der Einzelhandel zum großen Teil seine Lagerbestände abgebaut.

Das Exportgeschäft nahm nach Stahls Worten um sieben Prozent auf 761,5 Mill. DM zu. Wichtigste Kunden sind hier die Efta-Länder (45,1 Prozent vom Export). Eine relativ starke Zunahme meldet der Industrieverband beim Handel mit den USA, dessen Anteil von 5,7 auf 6,3 Prozent gestiegen sei.

Modeschmuck, der vor allem bei jüngeren Leuten immer beliebter werde, brachte einen Umsatz von insgesamt 1,5 Mill. DM. Groß im kommen sei auch der Phantasieschmuck, dessen Anteil von 1984 bis 1985 bereits von 15,3 Prozent auf 19 Prozent geklettert sei.

Wichtigster Standort der Schmuckindustrie bleibt Pforzheim mit 71,4 Prozent Umsatzanteil vor Idar-Oberstein mit 7,5 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in der Schmuckindustrie ist von 14 340 zum Jahresende 1983 auf 13 840 (Ende 1984) zurückgegangen.

NAMEN

Peter Zehnpfennig, der im nächsten Monat 65 Jahre alt wird und bislang als Generalbevollmächtigter für die Finanzen der Girmes-Werke AG, Oedt, zuständig ist, wurde in gleicher Funktion zum Vorstandsmitglied bestellt.

Dr. **Carl Kühne**, noch heute Mitglied des Vorstandes des Vereins der Bayerischen Metallindustrie, München, feiert heute seinen 85. Geburtstag.

Uwe Zimpelmann (42), Direktor der DG Bank ist mit Wirkung vom 1. Januar 1986 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Landwirtschaftlichen Rentenbank bestellt worden.

Prof. Dr. **Joachim Süchting**, Bochum, ist zum Wissenschaftlichen Leiter der Bankakademie berufen worden. Er ist Nachfolger von Prof. **H. Joachim Krahnen** und übernimmt das Amt mit Wirkung vom 1. Januar 1986.

INGENIEURE

30 Prozent mehr Stellenangebote

AP, Düsseldorf

Im dritten Quartal 1985 sind nahezu 30 Prozent mehr Ingenieure gesucht worden als im Vergleichszeitraum 1984. Von allen Stellenangeboten in den Wochenendausgaben der überregionalen Tageszeitungen waren zudem mehr als 40 Prozent ausdrücklich an Ingenieure gerichtet. Dies sind die Ergebnisse einer Anzeigenanalyse, die die Hamburger Personalberatung SCS durchgeführt hat.

Die Analyse ergab weiter, daß die Ausschreibungen für Ingenieure im Bereich Planung um 63 Prozent, im Bereich Produktion, Fertigung und Konstruktion um jeweils 35 Prozent sowie bei Forschung und Entwicklung um 25 Prozent zugenommen haben. Der Zuwachs der Angebote im Bereich Organisation betrug 13 und der im Verkauf und Vertrieb knapp sieben Prozent.

Spitzenreiter bei den Zuwachsraten der Stellenangebote war wieder die feinmechanische und optische Industrie, die im dritten Quartal mehr als zweieinhalbmal so viele Positionen für Ingenieure ausgeschrieben hat wie von Juli bis September 1984. Von allen Stellenangeboten für Ingenieure entfielen 28 Prozent auf die Fachrichtung Maschinenbau, 26 Prozent auf Elektrotechnik und elf Prozent auf Wirtschaftsingenieure.

KREDITWESEN / Die Banklehre ist eine Alternative zum Studium – Anfangsgehälter von 20 000 bis 34 000 Mark

Der gute Praktiker wird auf der Führungsebene für den Akademiker ein gefährlicher Konkurrent

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Bankkaufmann – ein Traumberuf? Oder gilt es einfach nur als chic, eine Banklehre zu absolvieren? Wie dem auch sei: Wohl in kaum einem anderen kaufmännischen Bereich sind Lehrstellen so gefragt wie bei Banken und Sparkassen. Um einen Ausbildungsplatz drängeln sich in der Provinz oft mehr als 20 Bewerber, in den Ballungsräumen und Großstädten in der Regel sogar doppelt so viele – die in der Branche üblichen Mehrfachbewerbungen mitgerechnet.

Auch ohne die im Vergleich zu den meisten anderen Berufen sehr attraktiven Ausbildungsvergütungen, die bei den privaten und genossenschaftlichen Banken, den Landesbanken und freien Sparkassen für einen 18jährigen von 805 Mark monatlich im ersten Lehrjahr bis zu 980 Mark im dritten Lehrjahr reichen, gäbe es keinen Nachwuchsmangel, skizziert der Personalchef eines großen Instituts die Situation im Kreditgewerbe, das sich in ganz besonderem Maße um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze bemüht. Bei den Sparkassen kommen auf 100 Mitarbeiter 14 Lehrlinge.



KLAUS BÖHLE

Besonders hoch wird der Beruf von Abiturienten geschätzt. Aus ihrem Kreis rekrutieren sich im Sparkassengewerbe rund zwei Drittel, bei den Privatbanken sogar 70 Prozent aller Bewerber; vor zehn Jahren waren es gerade rund zehn Prozent. Viele junge Leute betrachten die Banklehre als Alternative zum Studium, nach dessen Abschluß man ja nie weiß, ob man einen den Kenntnissen angemessenen Job bekommt.

Nur knapp 30 Prozent der Lehrstellenbewerber haben einen Realschulabschluß. Daraus darf man allerdings nicht schließen, daß Realschüler keine Chancen hätten. Die Kreditwirtschaft nähme gerne mehr aufgeweckte Realschüler, die nicht – wie manche Abiturienten – große Karriereflausen im Kopf haben; denn bei Banken und Sparkassen gibt es ja nicht nur Spitzenpositionen zu besetzen.

Wer sich für den Bankberuf interessiert, sollte sich möglichst schon ein Jahr vor Beginn einer beabsichtigten Ausbildung um eine Lehrstelle bewerben. Da eine Bank oder Sparkasse nur so gut sein kann wie ihre Mitarbeiter, deren Qualifikation schließlich über den Erfolg im Wettbewerb entscheidet, ist es nur natürlich, daß die Kreditwirtschaft schon bei der Auswahl ihrer Lehrlinge strenge Qualitätsmaßstäbe anlegt. Dabei kommt es nicht nur auf gute Schulabschlußzeugnisse an (vor allem in Deutsch, Fremdsprachen und Gemeinschaftskunde); der Bewerber muß auch im Eignungstest ein gutes Bildungsniveau, Leistungs- und Bildungswilligkeit und Belastungsfähigkeit erkennen lassen. Für die Ausbildung ist eine „Regelzeit" von drei Jahren vorgesehen. Aber die meisten Azubis – vor allem Abiturienten – haben es schon nach zwei oder zweieinhalb Jahren geschafft.

Was drängt nun so viele junge Leute zur Banklehre? Die ist so herrlich neutral, heißt es immer wieder. Zu Recht. Denn dank der breiten Ausbildung, die neben der Banktechnik wirtschaftliche Grundkenntnisse, vor allem in Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft vermittelt, braucht sich ein Bankkaufmann nicht unbedingt auf die Tätigkeit in einem Kreditinstitut festgelegt zu fühlen. Auch in Industrie und Handel, vor allem in den Finanzabteilungen, bieten sich oft gute Jobs. Reizvoll sind zudem die überdurchschnittlichen Chancen, daß ein frischgebackener Bankkaufmann nach der Lehre vom ausbildenden Institut übernommen wird oder daß er woanders eine Stellung findet.

Die Anfangsgehälter für Bankkaufleute liegen – von Institut zu Institut unterschiedlich und natürlich auch von der Cleverneß abhängig, mit der sich der Azubi präsentiert hat – zwischen 29 000 und 34 000 Mark im Jahr, auf 13½ Monatsgehälter verteilt. In der höchsten Tarifgruppe kommt man nach elf Berufsjahren auf knapp 58 000 Mark im Jahr.

Wer das oder, was durchaus drin ist, mehr erreichen will, muß nicht nur mobil sein, er muß auch Überdurchschnittliches leisten. Einmal in der Praxis selbst, vor allem aber durch Investition von viel Zeit in die Weiterbildung. Dem Strebsamen und Tüchtigen bietet das Kreditgewerbe vielerlei Möglichkeiten: bankeigene Ausbildungsstätten, Lehrgänge in Weiterbildungsinstituten der Sparkasssen und der genossenschaftlichen Bankorganisation und schließlich die Bankakademie, die man nach einem ersten zweijährigen Ausbildungsgang (nach Feierabend und samstags) als Bankfachwirt und nach einem weiteren zweijährigen Büffeln als Bankbetriebswirt verläßt.

Mit diesen „höheren Weihen" lassen sich die Türen zur mittleren und höheren Führungsebene leichter öffnen. Dann winken Jahreseinkommen in der Größenordnung von 45 000 Mark, also das, womit ein Vollakademiker (mit Banklehre) einsteigt. Die gleiche Vergütung für den Hochschulabsolventen und den Praktiker mit qualitativ hochwertiger berufsbezogener Zusatzausbildung spricht weder gegen noch für ein Studium nach der Banklehre. Empfehlenswert ist freilich das Universitätsstudium mit Schwerpunkt Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft für junge Leute, die über die Stabsabteilungen Karriere machen wollen.

Für eine Karriere sind nicht nur exzellente Fachkenntnisse nötig. Für ebenso wichtig werden ein hohes Niveau an Allgemeinbildung, Fremdsprachenkenntnisse und überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft gehalten. Wer den Achtstundentag liebt, wird es nie schaffen. Theoretisch sind die Aufstiegsmöglichkeiten bis ganz oben hinauf in die Führungsspitzen unbegrenzt. Aber von solchen Jobs mit Jahreseinkommen von einigen hunderttausend bis über eine Million Mark gibt es nicht allzuviele.

Gute Verdienstmöglichkeiten werden auch tüchtigen Führungskräften in leitenden Positionen auf der zweiten und dritten Ebene unterhalb der Vorstände oder Geschäftsleitungen geboten. Je nach Größe des Instituts, Geschäftsbereich und Verantwortung sind da Jahreseinkommen von 100 000 bis über 250 000 Mark erreichbar, und zwar nicht erst kurz vor der Pensionierung, sondern schon 20 Jahre vorher.

WEIHNACHTSGELD / Keine tariflichen Änderungen

Langjährige Treue zur Firma wird sehr oft honoriert

HEINZ STÜWE, Bonn

Der Lohn- oder Gehaltsabrechnung für den Monat November sehen viele Arbeitnehmer mit besonderer Erwartung entgegen. Die meisten Arbeitnehmer haben das Weihnachtsgeld fest eingeplant. Von allen Arbeitern und Angestellten, für die Tarifverträge gelten, haben in diesem Jahr 91 Prozent Anspruch auf Jahressonderzahlungen.

Legt man die Tarifverträge zugrunde, so erhalten die Arbeitnehmer im Durchschnitt 68 Prozent eines Bruttomonatseinkommens als Weihnachtsgeld. Die Spannweite der tariflichen Ansprüche geht, wie die Tabelle zeigt, von 40 Prozent bis zu einem vollen 13. Monatseinkommen. Für die Sozialpartner ist das Weihnachtsgeld offenbar kein Thema mehr: Änderungen hat es seit dem letzten Jahr kaum gegeben.

Die Höhe des tariflichen Anspruchs muß jedoch nicht gleich der Summe sein, die sich auf der Lohnabrechnung wiederfindet. Denn abgesehen davon, daß die Rechtsgrundlage für die Gratifikation auch eine Betriebsvereinbarung oder schlicht der einzelne Arbeitsvertrag sein kann – zuweilen gibt es für die Arbeitnehmer auch positive Überraschungen: Zahlreiche Unternehmen lassen den Mitarbeitern freiwillig mehr zukommen, als der Tarifvertrag ihnen auferlegt. Und mancher Arbeitgeber sieht in der Weihnachtsgratifikation nicht nur eine Belohnung für Treue zum Betrieb, sondern eine Jahresabschlußprämie, über die die Arbeitnehmer nach einem besonders guten Jahr am Unternehmenserfolg teilhaben.

Gerade die von der Konjunktur verwöhnte Chemieindustrie zeigt sich in dieser Hinsicht großzügig: Die 52 000 Mitarbeiter der BASF AG in Ludwigshafen können sich in diesen Tagen über ein Weihnachtsgeld von 185 Prozent ihres durchschnittlichen Monatsgehaltes freuen. Den Chemiekonzern kostet diese bisher höchste Jahresprämie – 1984 gab es 155 Prozent – 389 Mill. DM.

Beim Branchenersten im Kreditgewerbe, der Deutschen Bank, gibt es für die Tarifangestellten zu Weihnachten zwar nur ein halbes Monatsgehalt, dafür aber zusätzlich im Frühjahr noch ein volles Monatseinkommen. Andere Großunternehmen binden die Gratifikation nicht an das Einkommen, sondern zahlen jedem Mitarbeiter die gleiche Summe, berücksichtigen aber Familienstand und/oder die Dauer der Betriebszugehörigkeit. Bei VW ist noch der ursprüngliche Charakter der Treueprämie erhalten: Wer in diesem Jahr angefangen hat, erhält 463 DM, wer zwischen einem und zehn Jahren zur Firma gehört 1258 DM, und wer noch länger dabei ist, bekommt 1394 DM. Die Beträge werden mit den Tariferhöhungen angepaßt.

Recht kompliziert geht es bei Daimler-Benz zu: Alle Mitarbeiter bekommen 775 DM Weihnachtsgeld, 50 DM mehr als 1984. Der Betrag erhöht sich für Verheiratete um 40 DM und für jedes Kind nochmals um 3? DM. Für jeweils drei volle Dienstjahre gibt's noch einmal 85 DM dazu. Daneben wird an alle, die mindestens ein Jahr bei dem Stuttgarter Autobauer beschäftigt sind, eine Sondervergütung von 2125 DM ausgeschüttet, 50 DM mehr als im Vorjahr.

Stark erfolgsorientiert sind die Sonderzahlungen bei Siemens. Das Weihnachtsgeld liegt je nach Betriebszugehörigkeit zwischen 30 und 50 Prozent eines Monatseinkommens. Nach drei Jahren sind die 50 Prozent erreicht. Zudem gibt es jeweils im März eine Erfolgsbeteiligung, die von der Höhe der Dividende abhängt, mit der gleichzeitig aber auch langjährige Firmentreue honoriert wird.

Bei den außertariflichen Angestellten bestimmen erfolgsabhängige Komponenten in ungleich stärkerem Maße die Höhe der Weihnachtsgratifikation. Sie schließt bei vielen Unternehmen je nach Stellung Tantiemen und Gewinnbeteiligung ein.

Tarifvertragliche Ansprüche [1]	
Metallindustrie	20 bis 50 [2]
Chemische Industrie	100
Druckindustrie	100
Einzelhandel	40
Bekleidungsindustrie	50
Süßwarenindustrie	70
Privates Bankgewerbe	100
Privates Versicherungsgewerbe	80
Öffentlicher Dienst	100

[1] in Prozent eines Brutto-Monatseinkommens
[2] je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, Höchststufe wird nach drei Jahren erreicht
QUELLE: BUNDESARBEITSMINISTERIUM



Helmstedt: Akademie für Weiterbildung

dos, Helmstedt

Fast genau 175 Jahre nach der Schließung der ehemaligen Helmstedter Universität „Academia Julia" wird am 4. Dezember der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht die landeseigene Deutsche Technische Akademie (DTA) in Helmstedt offiziell eröffnen. Die DTA hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine praxisorientierte Weiterbildung auf wissenschaftlicher Grundlage für in- und ausländische Fach- und Führungskräfte zu ermöglichen. Die DTA arbeitet mit der Industrie und staatlichen Institutionen zusammen.

Zielgruppe der Lehrgänge sind Mitarbeiter der Industrie und des Handwerks sowie Stipendiaten aus den Entwicklungshilfeprojekten der Bundesregierung auf den naturwissenschaftlich-technischen Gebieten. Schwerpunkte bilden dabei das Meßwesen, die Normung, das Prüfwesen und die Qualitätssicherung. Die DTA hilft ferner bei der Abwicklung von Projekten in Entwicklungsländern, um dort eine technische Infrastruktur aufzubauen. In der Meßtechnik und Qualitätssicherung sind bereits Seminare und Fortbildungskurse in Helmstedt angelaufen.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Keine Förderung

Die Arbeitsämter sind nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts berechtigt, die Förderung der Wiederholung von erfolglosen Fortbildungsmaßnahmen zu verweigern. Im konkreten Fall hatte eine junge Frau an einem Vorbereitungslehrgang zur Steuerbevollmächtigtenprüfung teilgenommen, war bei der Prüfung aber durchgefallen. Das Arbeitsamt lehnte es jedoch ab, auch die Teilnahme an einem Wiederholungskurs zu fördern. (Az: 11 b/7 RAr 99/83 vom 20. 6. 1985)

Zeitschrift für Betriebsrat

Der Arbeitgeber muß dem Betriebsrat eine arbeitsrechtliche Fachzeitschrift zur Verfügung stellen, wenn dieser einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat. Nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts gehört dies zur Finanzierung der Arbeit des Betriebsrats, zu der der Arbeitgeber verpflichtet ist. Der Betriebsrat hat bei der Auswahl einen gerichtlich nachprüfbaren Ermessensspielraum. Dieser ist nicht dadurch verletzt, daß die gewünschte Zeitschrift in einem gewerkschaftseigenen Verlag herausgegeben wird. (Az: 6 ABR 36/83 vom 17. 10. 1985)

Beamten-Einsatz im Streik

Der Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitnehmer-Arbeitsplätzen ist nach einer Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts zulässig. Ein Beamter ist auch nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (2 C 18.82 vom 10. 5. 1984) verpflichtet, einer entsprechenden Anordnung Folge zu leisten. Mit dem Einsatz von Beamten verstößt der Staat nicht gegen seine Neutralitätspflicht im Arbeitskampf. (Az.: 1 AZR 262/84 vom 10. 9. 1985).

Schabernack im Betrieb

Raucht ein Arbeitnehmer während einer dienstlichen Besprechung eine in der Kantine vorgefundene selbstgestopfte Zigarette, die von einem Arbeitskollegen mit dem Ziel abgelegt war, sie irgendeinem Mitglied der Belegschaft zuzuspielen, und explodiert diese nach dem Anrauchen, weil sich in ihr ein Zündblättchen befindet, so ist die Augenverletzung des Betroffenen eine versicherte Unfallfolge. Nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts muß die zuständige Berufsgenossenschaft für die Unfallfolgen aufkommen. (Az: 9 b RU 58/84 vom 24. 7. 1985)

BERUFSALLTAG / Acht und zwölf Jahre nach dem Abitur – Eine Befragung

Die meisten sind voll und ganz zufrieden

SABINE SCHUCHART, Bonn

Umfragen von Meinungsforschungsinstituten bescheinigen den deutschen Arbeitnehmern zunehmend Unlust an der Arbeit, eine innere Abkehr vom ausgeübten Beruf und mangelnde Leistungsbereitschaft. Zu einem völlig anderen Ergebnis gelangt eine Untersuchung über die Entwicklung des Abiturientenjahrgangs 1970, die gemeinsam vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Danach kennzeichnen Zufriedenheit und volle Identifikation mit dem Beruf den überwiegenden Teil dieses Jahrgangs.

Die Ergebnisse der 1978/79 und 1982/83 durchgeführten Erhebungen sind in einer Studie „Statuskonstanz und Statuswechsel – acht und zwölf Jahre nach dem Abitur" in Heft 3/1985 der „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" veröffentlicht. Rund 74 Prozent der untersuchten Altersgruppe sind mit ihrer beruflichen Tätigkeit „im großen und ganzen zufrieden", sie würden am liebsten im bisher ausgeübten Beruf weiter tätig sein. Als unzufrieden bezeichnet sich selbst nur eine Minderheit von drei Prozent. Bemerkenswert ist, daß der Grad der beruflichen Zufriedenheit wächst, je länger die Erwerbstätigkeit andauert.

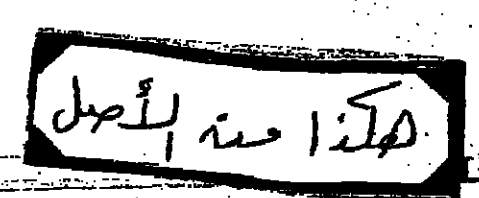
Das positive Verhältnis zur Arbeit hängt nach Manfred Kaiser und Manfred Otto, den Autoren der Studie, vor allem davon ab, inwieweit die Befragten bei ihrer Tätigkeit eigene Ideen und Vorstellungen verwirklichen können: Letzteres bejahen zwölf Jahre nach dem Abitur über 81 Prozent der Befragten. Über eigene Gestaltungsspielräume im Berufsalltag verfügt ein ebenso großer Teil, 38 Prozent ohne Einschränkung und weitere 56 Prozent mit Zustimmung des Vorgesetzten.

Positiv auf die Arbeitslust wirkt außerdem, wenn Genauigkeit und Qualität der Arbeit selbst bestimmt werden können; über 98 Prozent erleben dies nach eigenen Angaben überwiegend. Auch kann von den meisten Befragten der Rhythmus der Arbeit selbst bestimmt werden (40,1 Prozent immer; 42,7 Prozent teilweise), und die zu erledigende Arbeit wird als abwechslungsreich empfunden (64,5 Prozent ja, 31,5 Prozent zum Teil).

Von dem Großteil des Jahrgangs wird der berufliche Status daneben mit gutem Einkommen und beruflichem Aufstieg gleichgesetzt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Abiturienten von 1970 hat sich nach Angaben der IAB-Studie von rund 38 270 DM 1978/79 auf 45 180 DM im Jahr 1982/83 erhöht. Lediglich zwei Prozent der Erwerbstätigen mußten einen Einkommensabstieg hinnehmen, bei sechs Prozent blieb das Einkommen zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten konstant. Dagegen erzielten 92 Prozent Einkommensverbesserungen. Auch ein beruflicher Abstieg wird in den ersten Berufsjahren allenfalls ausnahmsweise erlebt. 40 Prozent sehen keine Veränderung und 54 Prozent fühlen sich als Aufsteiger. Für die Zukunft rechnete fast jeder dritte mit beruflichem Fortkommen.

Diese Aussagen spiegeln sich in einer ausgeprägten Identifikation mit dem Beruf, die mit der Beschäftigungsdauer noch zunimmt. Rund 95 Prozent der Abiturienten sind der Auffassung, daß die berufliche Tätigkeit „ganz gut zu ihnen passe". So beurteilen auch neun von zehn Befragten die ausgeübte Tätigkeit als folgerichtiges Resultat früherer Ausbildungs- und Berufsentscheidungen.

Der weit verbreiteten inneren Anbindung an den Beruf tun auch gewisse Routineerscheinungen keinen Abbruch. So schwächt sich mit zunehmender Beschäftigungsdauer das Bedürfnis, von Zeit zu Zeit einmal etwas völlig Neues zu tun, deutlich ab. Während 1978/79 noch 80 Prozent den Wunsch nach beruflich Ungewohntem hatten, waren es vier Jahre später nur noch 64 Prozent.



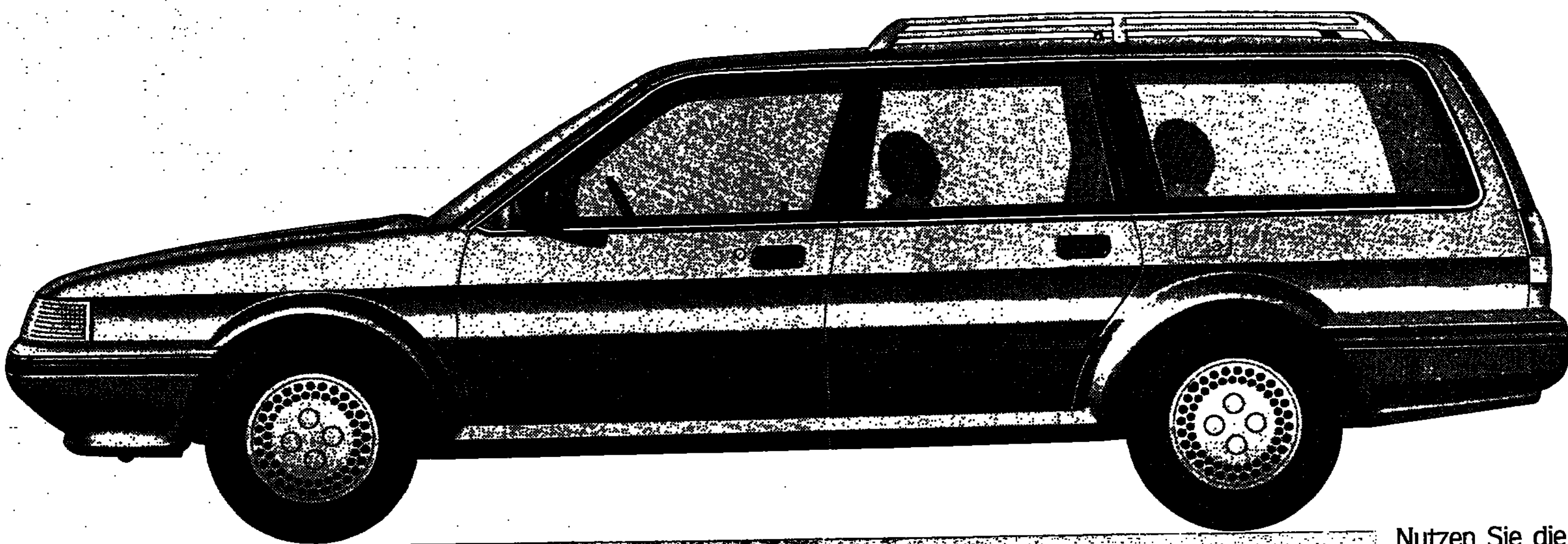
AUSTIN ROVER

Frage an Austin Rover:

„Wer bietet saubere Lösungen ohne Katalysator?"

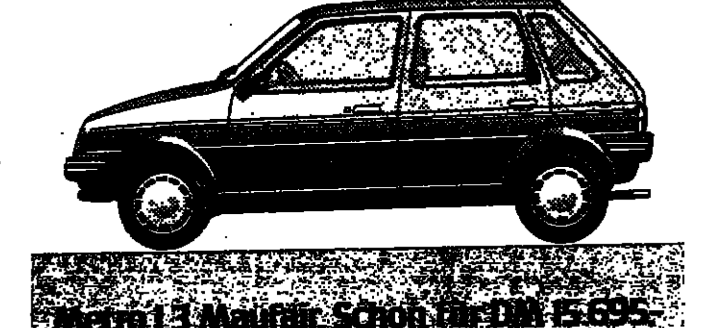
Antwort von Austin Rover:

„Unsere sauberen Zehn schonen die Umwelt und Ihre Brieftasche."

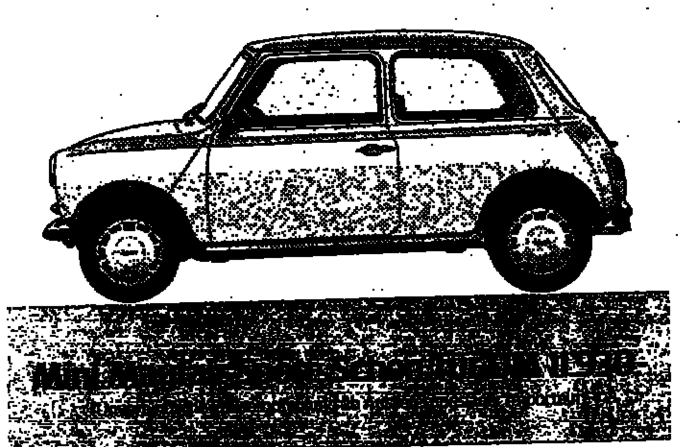


Der neue Montego 2,0 HLi Estate. Schon für DM 23.785,-
(Unverbindliche Preisempfehlung ab Auslieferungslager Importeur).

Mit dem Montego 2,0 HLi Estate, dem Montego Mayfair Efi, dem Rover 213 und 213 S, dem Maestro MG Efi, dem Metro 1,3 LS 3-türig, 5-türig und 1,3 Mayfair und dem Mini Mayfair Sport fahren Sie umweltfreundlich und sparen Steuern. Ab 1.1.86 zahlen Sie z.B. für den Montego 2,0 HLi Estate DM 13,20 pro 100 cm³ statt DM 21,60. Das ergibt eine Ersparnis von DM 8,40 pro 100 cm³. Pro Jahr somit DM 168,–. Und das, solange Sie Ihren Montego 2,0 HLi Estate fahren. Denn der Montego 2,0 HLi Estate entspricht der Kategorie A (bedingt schadstoffarm). Der Clou beim 2,0 HLi ist der 1700 l große Laderaum, der mit ein paar Handgriffen 2 weiteren Personen Platz bietet. 7 auf einen Streich können Sie mit dem Estate befördern. Der 2 l Einspritzmotor hat die Kraft von 82 kW bzw. 113 PS, und seine Ausstattung ist auch großartig: TD-Sicherheitsreifen, servounterstützte Bremsanlage, Frontspoiler, 2 Rückfahrscheinwerfer und 2 Nebelschlußleuchten, Dachreling, eingebaute Dachantenne, 4 Lautsprecher, automatischer Niveauausgleich, Zentralverriegelung und viele Raffinessen mehr sind beim neuen Montego Estate serienmäßig. Wie alle anderen Austin Rover-Modelle können Sie auch den 2,0 HLi Estate günstig finanzieren und leasen.



Metro 1,3 Mayfair. Schon für DM 15.695,-

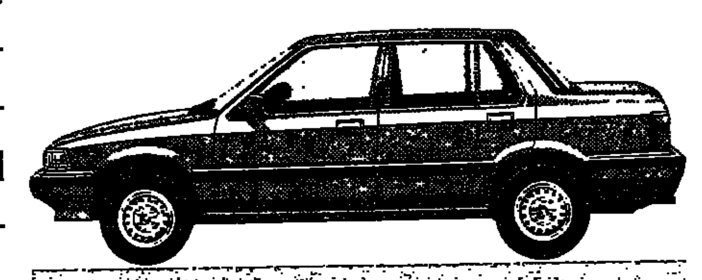


Mini [illegible]



Maestro MG Efi. Schon für DM 21.800,-
(Unverbindliche Preisempfehlung ab Auslieferungslager Importeur).

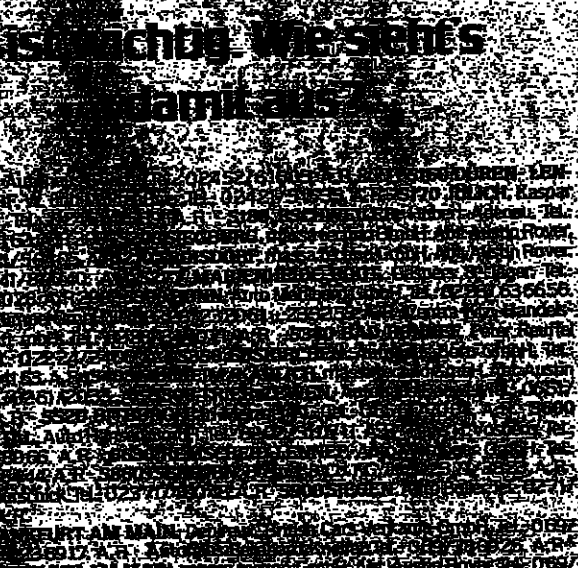
Nutzen Sie die Vorteile der Steuer-Ersparnis und der Finanzierungs- und Leasingangebote. Den HLi Estate bekommen Sie schon für DM 23.785,– (unverbindliche Preisempfehlung ab Auslieferungslager Importeur). Ihr autorisierter Austin Rover-Händler wird gern für Sie eine umweltfreundliche Probefahrt arrangieren. Rufen Sie ihn doch mal an. Unten sind alle Austin Rover-Händler aufgeführt.



Der neue Rover 213. Schon ab DM 17.975,-
(Unverbindliche Preisempfehlung ab Auslieferungslager Importeur).

AUSTIN ROVER





Antwort von Austin Rover:

„Bestens. [illegible] Austin Rover-Händler ist immer in Ihrer Nähe."

[illegible] 1, Auto Marsteller GmbH & Co.KG, Tel.: 06403/62885, A.R · [illegible] massa techno GmbH, Tel.: 06406/3034, A · 6400 FULDA, Friedrich [illegible] GmbH & Co.KG, Tel.: 0661/69089, A.R · 6450 HANAU, Milaski & Häring, [illegible] 4858/-9, A.R · 6457 MAINTAL, massa techno GmbH, Abt. Austin [illegible] 48959, A · 6472 ALTENSTADT 2, Autohaus Schramm GmbH, [illegible] A · 6500 MAINZ, massa techno GmbH, Abt. Austin Rover, Tel.: [illegible] 71, A · Herbert Wein, Tel.: 06131/41598, A · 6508 ALZEY, massa [illegible] Austin Rover, Tel.: 06731/43016, A.R · 6520 WORMS, E.K. Will, [illegible] 32, A · 6550 BAD KREUZNACH, Autohaus Jung, Tel.: 0671/ [illegible] A.R [illegible] techno GmbH, Abt. Austin Rover, Tel.: 0671/66068, A · 6600 [illegible] Auto Bitz GmbH, Tel.: 0681/36529, A.R · 6601 SAARBRÜK-[illegible] Otto Müller, Tel.: 0681/81 11 18, A.R · 6630 SAARLOUIS, Autohaus [illegible] Tel.: 06831/2858, A.R · 6650 HOMBURG/SAAR, Wolfgang [illegible] 171, A · 6670 ST. INGBERT, E. & A. Klein GmbH, Tel.: 06894/ [illegible] 6700 LUDWIGSHAFEN/MUNDENHEIM, Auto Unold Handels [illegible] 57 6911, A.R · 6712 BOBENHEIM, massa techno GmbH, Abt. [illegible] 39/8933, A · 6730 SPEYER, Erich Krismayer, Tel.: 06321/ [illegible] 6733 HASSLOCH, massa techno GmbH, Abt. Austin Rover, Tel.: [illegible] A · 6750 KAISERSLAUTERN, massa techno GmbH, Abt. [illegible] 53358, A · 6781 PIRMASENS-HÖHEISCHWEILER, Auto-[illegible] 06331/95026, A.R · 6781 VINNINGEN, Karl Herweck, Tel.: [illegible] A · [illegible] VIERNHEIM, Autohaus Bernauer, Tel.: 06204/4133, A.R · [illegible] massa techno GmbH, Abt. Austin Rover, Tel.: 06205/16110, A · [illegible] Claude Pierre-Triquart, Tel.: 06202/4869, A.R · 6900 HEIDELBERG, [illegible] & Baur, Tel.: 06221/24954/-5, A.R.
[illegible] AVG Auto-Verkaufs GmbH & Co.KG, Tel.: 0711/722094/-5, A.R · [illegible] GmbH, Tel.: 0711/535021/-3, A.R · 7032 SINDELFINGEN, [illegible] Automobilvertrieb GmbH, Tel.: 07031/874549, A.R · 7070 SCHWÄBISCH GMÜND, Arno Schnepf, Tel.: 07171/5604, A · 7100 HEILBRONN, ASG Auto Service GmbH, Tel.: 07131/161850, A.R · 7140 LUDWIGSBURG, Heschu Automobile GmbH, Tel.: 07141/20335/-36, A.R · 7210 ROTTWEIL, Norbert Niebel, Tel.: 0741/7495, A · 7291 BETZWEILER-WÄLDE 1, Willibald Link, Tel.: 07455/1258, A · 7300 ESSLINGEN, Autohaus Esslingen, Leyland – Volvo GmbH, Tel.: 0711/311097/-8, A.R · 7320 GÖPPINGEN-HOHENSTAUFEN, Auto Pflanz, Tel.: 07165/435, A · 7333 EBERSBACH, SWB Fahrzeug Technik GmbH, Tel.: 07163/3030, A.R · 7411 REUTLINGEN-OHMENHAUSEN, Auto-Specht, Tel.: 07121/54775 u. 56000, A.R · 7472 WINTERLINGEN, Austin-Rover-Center, Roland Oswald GmbH, Tel.: 07434/2280, A.R 200 · 7500 KARLSRUHE 21, Autohaus Jürgen Dim GmbH, Tel.: 0721/751099, A.R · 7520 BRUCHSAL, Willi Hetzel, Tel.: 07251/2283, A · 7530 PFORZHEIM, Autohaus Kurt Bossert, Tel.: 07231/12413, A.R · Autosalon Roger Schweickert GmbH & Co.KG, Tel.: 07231/16364, A.R · 7570 BADEN-BADEN, Hans-Peter Nagel, Tel.: 07221/22672, A · 7580 BÜHL-BADEN, Autohaus Henrik Schwoerer, Tel.: 07223/25444, A.R · 7594 KAPPELRODECK-WALDULM, Lamm Autohaus u. Kfz-Zubehörvertriebs GmbH, Tel.: 07842/2136 o. 2551, A · 7600 OFFENBURG, Auto Fandrich, Tel.: 0781/25200, A · 7630 LAHR-SULZ, Günter Sexauer, Tel.: 07821/26169, A · 7710 DONAUESCHINGEN, Peter Greuner, Tel.: 0771/4730, A · 7730 VILLINGEN-SCHWENNINGEN, Autohaus Zaisberg, Tel.: 07721/63066, A · 7735 DAUCHINGEN, Waldemar Birkholz, Tel.: 07720/4583 u. 5005, A · 7740 TRIBERG, Ernest Harle, Tel.: 07722/6464, A · 7800 FREIBURG, Autohaus Speck, Tel.: 0761/31131, A.R · 7801 SCHALLSTADT/WOLFENWEILER, Werner Schuble, Tel.: 07664/8050, A · 7830 EMMENDINGEN, Autohaus Speck, Tel.: 07641/8277, A.R · 7841 AUGGEN, Auto Maier & Kucera, Tel.: 07631/3498, A · 7858 WEIL-FRIEDLINGEN, Autohaus Luhr, Tel.: 07621/73717, A · 7891 EGGINGEN, British Car Center, Inh. E. Preiser, Tel.: 07746/5385, A · 7928 GIENGEN-BURGBERG, Heinz Rüdiger, Tel.: 07322/7827, A.R · 7990 FRIEDRICHSHAFEN, Ottmar Müller, Tel.: 07541/6622, A.R.
8000 MÜNCHEN, Auto Frühling GmbH, Tel.: 089/182706, A.R · Auto König, Tel.: 089/934022, A.R · Recknagel & Niedermeier Automobile GmbH, Tel.: 089/5806011, A.R · Auto Wilhelm GmbH, Tel.: 089/354273, A.R · Heinz Wolf, Tel.: 089/265488, A.R · 8012 OTTOBRUNN-RIEMERLING, Auto Steger, Tel.: 089/6093260, A.R · 8015 OTTENHOFEN, Autohaus Bauer, Tel.: 08121/5316 o. 3601, A.R · 8038 GRÖBENZELL, Autohaus Ahlers GmbH, Tel.: 08142/8335, A.R · 8130 STARNBERG, Auto Sauttar, Tel.: 08151/15805, A.R · 8150 HOLZKIRCHEN, Hans Rehes, Tel.: 08024/1531, A.R · 8182 BAD WIESSEE, Auto Steger, Tel.: 08022/8948, A.R · 8183 ROTTACH-EGERN, H. Salzberger, Tel.: 08022/5067, A · 8202 BAD AIBLINGEN-WILLING, Josef Kopp, Tel.: 08061/5501, A.R · 8209 ROSENHEIM-SCHLOSSBERG, Huber-Tuning, Tel.: 08031/7432, R · 8209 ROSENHEIM, Peter Karjel, Tel.: 08031/14667, A.R · 8264 WALDKRAIBURG, Autohaus Manfred Esser, Tel.: 08638/2066, A.R · 8360 DEGGENDORF, Autohaus Mutzl, Tel.: 0991/25155, A · 8390 PASSAU, Otto Hausmann, Tel.: 0851/2998 o. 51103, A · 8400 REGENSBURG, Autosalon Oskar Seitz GmbH, Tel.: 0941/794031/-32, A.R · 8440 STRAUBING, Auto-Steinberger, Tel.: 09421/32412, A.R · 8450 AMBERG, Auto-Zentrale Rattke & Hofmann GmbH, Tel.: 09621/81758, A.R · 8480 WEIDEN, Autohaus Max Weig, Tel.: 0961/33888, A · 8500 NÜRNBERG, Autohaus Enser GmbH & Co.KG, Tel.: 0911/657370, A.R · Auto Neuser, Tel.: 0911/36949, A.R · 8501 NEUHOF a. d. ZENN, Peter Sill, Tel.: 09107/264, A.R · 8584 KEMNATH STADT 2, Karl Schraml KG, Tel.: 09642/1385, A.R · 8596 WIESAU, Auto-Söllner GmbH, Tel.: 09634/455, A · 8600 BAMBERG, Bamberger Taxigenossenschaft e.G., Tel.: 0951/15010, A.R 200 · 8633 RÖDENTAL, Peter Glaser, Tel.: 09563/8989, A · 8650 KULMBACH, Autohaus Schubarth GmbH & Co.KG, Tel.: 09221/5660, A.R · 8670 HOF/SAALE, Erhardt Weidner, Tel.: 09281/56267, A · 8702 WÜRZBURG/ZELL, Autohaus Breitenberger GmbH, Tel.: 0931/46946, A.R · 8720 SCHWEINFURT, Auto Beck, Tel.: 09721/81939, A · 8730 BAD KISSINGEN, Karl Heinz Fürsch, Tel.: 0971/61413, A · 8750 ASCHAFFENBURG, Autohaus Amberg, Tel.: 06021/91018, A.R · 8751 STOCKSTADT, massa techno GmbH, Abt. Austin Rover, Tel.: 06027/2805, A · 8755 ALZENAU, Autohaus Amberg, Tel.: 06023/6046, A.R.

Vertriebsprogramm: A = Austin Mini, Metro, Maestro, Montego
R = Rover 200, Rover 3500, R 200 = nur Rover 200

Austin Rover Deutschland GmbH, Am Fuchsberg 1, 4040 Neuss 1, Tel.: (02101) 3810.



Warenhausaktien weiter voran

Selektive Käufe bestimmten die Aktientendenz am Wochenbeginn

DW. – An der Montagbörse blieb die Grundtendenz am Aktienmarkt zwar freundlich, doch kam es nur in Teilbereichen zu weiteren Kursgewinnen. Auch Ausländer kauften nicht mehr auf breiter Front. Offensichtlich richtet sich ihr Anlageinteresse nunmehr zunehmend auf US-Aktien, die nach Ansicht der amerikanischen Brokerfirmen zur Zeit die besseren Kurschancen bieten sollen. Im Mittelpunkt des deutschen Aktienmarktes standen Warenhausaktien, die einen weiteren deutlichen Aufwärtssprung machten.

Mit 230 DM haben Hortenaktien seit vielen Jahren erstmals wieder den Kurs erreicht, zu dem sie 1970 einem breiten Publikum angeboten worden waren. Wenig voran kamen diesmal die ebenfalls zum Konsumbereich fehlenden Salamanderaktien. Sie hatten allerdings in der Vorwoche bereits überdurchschnittliche Gewinne erzielt. Wegen der Herbstpressekonferenz waren Commerzbankaktien zu höhren Notierungen gesucht. Gewachsen ist die Nachfrage nach Thyssen, Hoesch und vor allem Mannesmann. Fester notierten ebenfalls Veba. Man geht davon aus, daß in diesen Papieren englische fonds für deutsche Aktien tätig geworden sind. Möglicherweise ist das auch der Grund für die feste Tendenz bei Dräger, ein Unternehmen, für das schon seit längerer Zeit Interesse englischer Anleger zu beobachten ist. Um mehr als 10 DM zogen Kugelfischer an.

Frankfurt: Kugelfischer verteuerten sich um 17 DM. Heidelzement wurden um 14 DM höher notiert und um jeweils 10 DM zogen Braun AG und Buderus an. Mainkraft sanken um 20 DM und Riedel de Haen um 10 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel verbesserten sich um 4.90 dm, keramag zogen um 3 DM ein und Rheag stiegen um 12 dm an. Dyckerhoff St. verminderten sich um 7 DM. Gildemeister um 3 DM und VDN ermäßigten sich um 6 DM.

Hamburg: Beiersdorf und Bremer Vulkan wurden um jeweils 4 DM höher bewertet. HEW gingen mit plus 1 DM und NWK-Vz. mit plus 2 DM aus dem Markt. Gut behaupten konnten sich Phoenix Gummi mit plus 0.90 DM.

Berlin: DTW verloren 6 DM. Bekula büßten 1 DM ein und Orenstein 2 DM. Herlitz Vz. verbilligten sich um 2 DM. Berliner Bank legten ebenso wie Rheinmetall St. 1 DM zu.

München: Agrob St. erholten sich um 2,50 DM. Blattmetall schlossen mit einem Plus von 22 DM ab und Deckel erhöhten sich um 3 DM. Audi AG verminderten sich um 1 DM, Heilit um 5 DM und Hutschenreuther um 19 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt waren mit plus 2,50 DM gefragt und Fuchs wurden mit plus 8 DM taxiert. WMF St. machten 3 DM gut. IWKA verbilligten sich um 5 DM, Daimler ermäßigten sich um 6 DM und Württembergische Cattun um 10 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 253,36 (253,48)
WELT-Umsatzindex: 5329 (5222)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inland

		25.11.	22.11.
H	Aach M Bell. 10	*890	1880
H	Aach. M Vers. 7	1260	1250
D	Aach. Rück. 9	3250	3280
D	Aseag *4	405T	405T
M	Ack-Gögg 6	143,8	144bG
H	Adca 3	178,5	174
D	Adler 9	315G	315G
F	Adt 0	50	52
F	AEG 0	237,5	237
D	AEG KABEL 9	326	321,1
S	Aesculap 9	475	475
F	AGAB 5	124	125
D	Agrippina *0	1820bG	1830G
M	Agrob *0	198	195,5bG
M	dgl. Vz.* 0	152	155
M	Aigner 9	198bG	199bG
M	Akt. Kaufb.*18	1110TG	1080TG
H	Agiv 10	352B	352G
H	Albingia 8	–G	1300
D	Alexanderw. 0	111	111,5
Hn	Allerthal*0	154	153G
S	Allg.Re **6,3	3950	4000
S	dgl.NA**6,3	3600	3600TB
S	dgl.35%E.6,3	5260bG	5260bG
D	Allianz Leb. 9	7450	7550
D	Allianz V. 11	1770	1770
S	Allweiler St. 8	290G	290G
S	dgl. Vz. 9	223G	223
F	Altana 10	420	415
F	Andreae-N.Z. 0	138,2	138,5
F	Asko 10	1200	1250T
H	Audi NSU 7	700G	710B
M	Augsb. Kg. 1,5	129	129,2bG
S	Badenwerk 6	162,2	162
F	Bd Württ.Bk. 11	565	565G
D	Balcke-Dürr 3	270bG	270bG
F	Bankg.v.1899 *14	650	650
D	Banning ** 20	900G	900G
H	BASF 9	269,5	269
H	Bavaria 3	200	202
D	Bayer 9	261,5	261,5
F	B Br.Sch.-3. 0	230bG	223
M	Bayer. Hdlb. 11	395bG	395bG
M	Bayer. Hansst. 6	640B	640bB
M	Bayer.Hypo10 +2,5	456bG	452bG
M	Bayer Lloyd 5	299B	301
H	BMW 12,5	599	600
M	Bayer. Vbk. 11	431bG	433bG
H	Beiersdorf 9,5	559	564
F	BHF-Bank 10,5	440	438
F	Berl. Bank 5	197,5	197,5
B	Berl. Kindl 4,5	124	127
B	Betula 5	110,2	111
B	Berthold 0	198,5	197
S	Bill.+ Berg. 10	233bG	230,5
F	Binding 7+1	240bG	246
D	Conc. Chem. 4,5+3	328G	328G
B	Conc. Spinne * 0	405T	405T
D	Contigas 7,5	545	541
D	Conti Gummi 5	161,9	160,5
D	Dahlb. St. 7,65	274	272
D	dgl. Vz. 14,55	435bB	435
S	Daimler 10,5	1226	1252
M	Deckel AG 0	223bG	220bG
D	Dt. Atl. Tel.10+1	578	580
H	Doag 5	335	363
D	Dt. Babcock St. 3	222	219
D	dgl. Vz. 3,5	212	213
F	Dt. Bank 12	710,5	715
D	Dt. Centrboden 12	625	645
D	Dt. Conti Rück 0	3700G	3700G
D	dgl. NA 0	1175G	1125G
F	Dt. Eff.-Wbt 10	655	624
F	Degussa 9,5	429,2	434
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	295	281
M	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	530G	530G
S	DLW 11	368	360
Hn	Dt. Spezialgl. 9	448	447
F	Dt. Steinz. *6	275	273
H	DeTeWe 9	530B	530B
F	Dt. Texaco 2,7	212	209
B	Dr. Essenn. *6	–	–
D	Didier 7	254	250
F	D Bl. Quellen 7,5	400G	392G
D	Dierig Holding 4	181,5	181G
D	Dittm. & N **60	7000G	7700G
D	DAB 0	103,8	102,5
D	Dm. Ritter 7,7	340TG	340TG
D	DUB-Schulth. 7	267,5	268
D	Duewag 4	225	220
D	Dresdn. Bank 7,5	346,5	345,5
D	Dyckerh. Z 6	191	198
D	dgl. Vz. 6	184	185,1
F	Dywidag 7	191	192
D	Edelst. Witten *0	340G	340G
F	Eichbaum-Br. 5	182	179
D	Eisen Verk. 10	285T	280T
H	Elbschloß 0	284bG	283bG
M	ELECTRO 2000 25	465bG	446bG
M	En. Oberfr. 6	318bG	330G
M	En. Ostb. 6	238	230bG
H	Elkraft 0	84,8	81,1
B	Engelhardt 7	235T	235T
D	Enka 7,5	362	357
M	Erlus 10	330	335
M	Erste Kulmb. 9	1250G	1250G
S	esb *0	7,5bB	7,3
S	Essl. Masch. *6	435,1	435G
M	Esterer **10	600bG	600B
D	Farb. Liqu. =RM 0	9,3	9,4
F	FAG Kugelfischer	464	447
F	Flachglas 9	325	318
D	Ford *0	915	890T
B	Forst. Ebn. *4 %	4200	4300T
H	Hb.Hochb *4+0,64	98G	105bG
H	HEW 5	112,1	112bG
H	Hal. Lüb. 9	448bB	430
Hn	Hann. Papier 5,5	139	137
H	Harmstorf 0	105,5	105bG
D	Harpener 11	345	345
F	Hartm. & B.St. 4	895	885G
F	dgl. Vz. 4	840	820T
M	Hasen-Bräu 9	1030G	1050bG
S	Heidelb. Zem. 7	395G	381G
M	Heilit & W. 5	285bG	290G
D	Hein. Lehm. *0	290bB	285T
D	Heinr. Ind. *14+4	620bG	610bG
H	Hemmoor 12,5	–B	–B
D	Henkel	401	405
F	Henninger 2	145	149,8
F	MAB 6,5+1	387T	370T
F	dgl. Vz. 6,5+1	–	–
D	Mannesmann 4	270	268
F	Mannh. Vers. 8	860	880bG
H	Markt & K. 7	207	210
F	MAN St. 0	195,5	198
F	dgl. Vz. 0	182,5	184
F	MAN-Rol. 20,2	564	550
S	M.Müll.Weing. *0	370bB	360
D	Mauser 0	108	108
F	Mercedes 10,5	1115	1126
F	Metallges. 0	304	305
S	Met. u. Lack 0	120bG	120G
S	Müag 6,5	418G	418
F	Moenus 0	99,8	95,5
F	Monachia 5	2450B	2550B

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

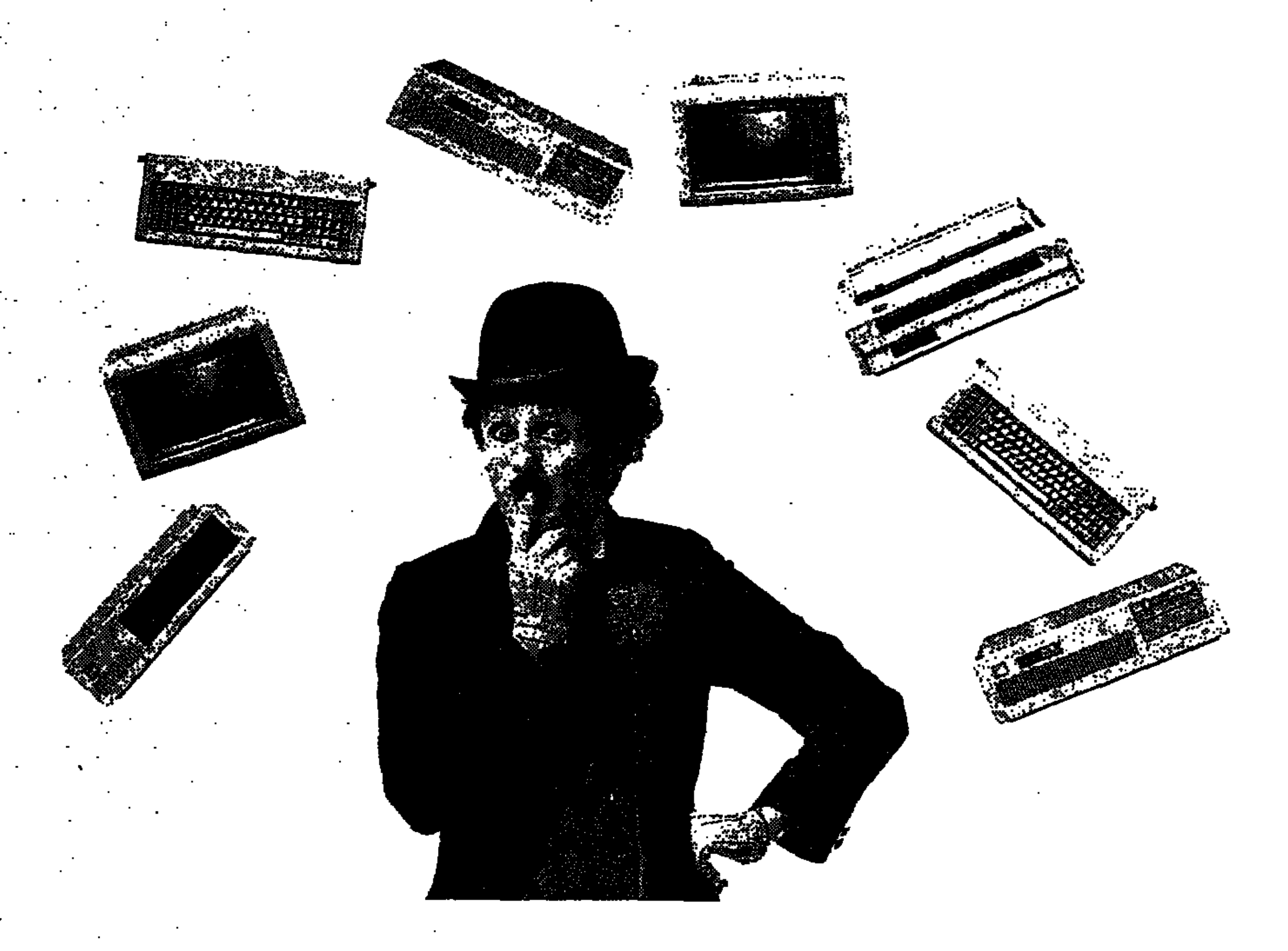
Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

75 Jahre IBM Deutschland, 75 Jahre Informationsverarbeitung.



Wer gibt tausend Antworten auf tausend Fragen zum Personal Computer?

Was ist denn eine Festplatte? Was ist ein Matrix-Drucker? Was ist der Unterschied zwischen 128 Kilobytes und 256 KB RAM? Für welchen PC soll ich mich entscheiden? Für ein Einsteigermodell oder den starken IBM PC: den PC AT?

Sie könnten den Eindruck bekommen, daß man schon einen Computer braucht, um den richtigen Computer auszuwählen.

Die Verwirrung wird dann komplett, wenn Sie sich im Computer-Chinesisch zurechtfinden sollen.

Dann hat man Hilfe nötig. Und die findet man bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer. Der übersetzt Ihnen das Computer-Chinesisch in eine verständliche Sprache.

Denn Ihr Vertragshändler erinnert sich noch gut an den Tag, an dem er genausowenig von Computern verstand, wie Sie jetzt. Deshalb kann er sich in Ihre Lage versetzen und alles Notwendige über Computer einfach und verständlich erklären.

Der IBM PC Vertragshändler erklärt Ihnen zum Beispiel alles über den IBM PC XT. Das ist ein leistungsfähiger Personal Computer, für viele verschiedene Aufgaben.

Er erklärt Ihnen auch alles Wichtige über unseren starken PC: den PC AT. Das ist der leistungsfähigste und schnellste IBM Personal Computer. Sein Speicher hat Platz für bis zu 20 000 Seiten Daten und Text.

Er hilft Ihnen auch bei der Auswahl von Programmen, mit denen Ihre Finanzbuchhaltung, Lohn- und Gehaltsabrechnung oder die Fakturierung und Lagerbestandsführung reibungslos abgewickelt werden kann. Oder er zeigt Ihnen spezielle Branchenlösungen, die zum Beispiel Immobilienmaklern, Schreinern und Elektrohandwerkern eine Menge Arbeit abnehmen können.
Er erklärt Ihnen, mit welchen Programmen man Texte verarbeitet, Graphiken erstellt, Tabellen strukturiert und Daten verwaltet, ohne EDV-Profi zu sein.

Und er zeigt Ihnen, wie man mit dem IBM PC auf Datenbanken zugreift, Personal Computer untereinander zu einem kleinen Netzwerk verbindet und mit Bildschirmtext arbeitet.

Alle Bemühungen der Händler laufen darauf hinaus, daß Sie den richtigen IBM PC und die richtigen IBM PC Programme bekommen.

Wenn Sie die IBM PC Familie und die passenden Programme kennenlernen möchten, gehen Sie einfach zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer, in einen IBM Laden, oder fragen Sie Ihren IBM Vertriebsbeauftragten. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130- 45 67.

IBM

Ausland

Amsterdam

	25.11.	22.11.
ACF Holding	254	253,5
Aegon	114,5	114,6
Akzo	138,6	139,1
Alg. Bk. Nederl	553,5	552,5
Amev	82,1	81
Amro Bank	100,5	99,5
Berkel's Patent	40,8	41,5
Bijenkorf	78,1	79,7
Bols Lucas	107,8	109
Bredero	198,5	181,5
Buehrmann	116,2	118
Dessaeur	120	120,7
Fokker	76,4	77
Gist Brocades	242	242,5
Océ-v. d. Grinten	382	378,5
Hagemeijer	58,4	58
Heineken Bierbr	201,9	200
KLM	50,9	51,2
Hoogovens Kon.	75,6	74,6
Nationale Ned.	81	80,7
Ned. Lloyd Groep	200,7	200
Ommeren van	30	30,3
Pakhoed	78,5	78
Philips	53,7	54,5
Rijn-Schelde	11,5	11
Robeco	81,4	81,3
Rolinco	73,9	73,7
Royal Dutch	186,5	186,9
Credit Lyonnais Bk.N	96,5	95
Unilever	384,5	377
Ver. Masch.	256	255
Volker Stevin	30,1	29,6
Westland Utr. Hyp.	91,5	92
Index: ANP/CBS	239,20	238,70

Brüssel

Arbed	2750	2750
Brux. Lambert	2650	2760
Cockerill Ougrée	212	214
Ebes	3990	4025
Gevaert	5130	5140
Kredietbank	12600	12500
Pétrofina	7070	7060
Soc. Gen. d. Belg.	2370	2355
Sofina	8410	8350
Solvay	6600	6610
UCB	5690	5690
Index	2986,36	2982,34

Hongkong

	25.11.	22.11.
China Light + P.	15,2	14,7
Hongkong Land	6,65	6,55
Hongk. + Sh. Bk.	7,5	7,7
Hongk. Teleph.	10	9,65
Hutch. Whampoa	26,9	26,8
Jard Matheson	13,2	12,8
Swire Pac. - A -	29,3	29

Kopenhagen

	25.11.	22.11.
Den Danske Bank	370	372
Jyske Bank	120	135
Kopenh. Handelsbk.	319	326
Novo Industri	246	243
Privatbanken	318	325
Ostasiat. Komp	232	235
Dan. Sukkerfabr	455	460
For. Bryggerier St.	1000	1010
Kgl. Porc. Fabr.	300	334

London

	22.11.	21.11.
All. Lyons	295	298
Anglo Am. Corp.$	11,687	11,38
Anglo Am. Gold $	65,5	63,5
Babcock Int.	175	178
Barclays Bank	459	462
Beecham Group	290	303
Bowater	313	315
B.A.T. Industries	290	295
BL	–	30
BLOC Int.	322	307
British Petroleum	606	603
British Aerospace	463	455
British Telcom	204	204
Britoil	235	235
BTR	398	393
Burmah Oil	301	295
Cable Wireless	652	650
Cadbury Schweppes	145	145
Charter Cons.	210	213
Cons. Gold. Fields $	5,12	5,07
Cons. Murchison	275	237,5
Courtaulds	183	182
De Beers $	4,5	4,33
Distillers	490	493
Driefontain $	17,25	17
Free St. Geduld $	–	–
General Electric	186	176
Guinness	305	305
Hawker Siddeley	445	441
ICI	752	719
Imperial Group	217	219
Lloyds Bank	509	509
Lonrho	187	185
Marks & Spencer	190	191
Midland Bank	457	459
Nat. Westminster	717	714
Plessey	138	136
Reckitt & Colman	608	600
Rio Tinto-Zinc	547	544
Rustenburg Plat. $	7,65	7,38
Shell Transp.	691	690
Thorn Emi	409	414
TI Group	416	419
Trusthouse Forte	161	161
Unilever	1260	1250
Vickers	315	313
Woolworth	585	590
Financial Times	1132,00	1121,60

Inlandszertifikate

	Ausg. 25.11.	Rückn. 25.11.	Rückn. 22.11.
AAR-UNIV.F.I	140,48	132,55	132,83
Adifonds	61,54	58,61	58,57
Adirenta	23,76	23,07	23,07
Adiverba	91,18	88,52	88,40
Adiluc	93,54	97,08	89,29
Adiverba	149,07	141,97	141,25
Aegis Enk.-Fds.	42,16	40,14	40,06
Aegis Wachst.-Fds.	60,34	57,46	57,23
AGI Fonds	171,30	163,14	163,14
Akkumula	180,45	172,01	171,45
Alfa Kapital Fds.	34,30	31,89	31,77
Allianz-Rentenfonds	126,97	123,83	123,72

Gerling Rendite	58,32	56,62
GKD-Fonds	72,55	69,72
Gothamit	94,98	91,68
Grundbesitz-Invest.	74,70	71,08
Grundwert-Fonds	134,48	127,47
Hbg.-M. Rentenfonds	55,65	53,51
Hansainternational	64,20	62,05
Hansaprofit	32,50	30,95
Hansarenta	50,18	45,48
Hansasecur	65,05	61,95
Hansazins	52,31	50,54
Haus-Invest	69,60	66,23
Ifi-Fonds Nr. 1	117,00	111,30
dgl. Nr. 2	75,90	72,20
Industria	55,00	53,40
INKA-Global	75,90	73,10
INKA-Rent	52,40	50,80

Sydney

	25.11.	22.11.
ACI	2,83	2,8
Ampol. Explor.	2,6	2,65
Westpacific Banking	4,62	4,56
Bridge Oil	2,15	2,2
Bougainville Copper	–	–
Brok. Hill. Prop.	6,62	6,6
Coles	4,05	4,05
CRA	5,56	5,46
CSR (Theiss)	3,58	3,36
Metals Expl.	0,38	0,4
MIM-Holdings	2,57	2,46
Myer Emporium	3,35	3,55
North Broken Hill	2,27	2,22
Oakbridge	1,25	1,25
Peko Wallsend	5,2	5

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 154,71 (154,79); Elektrowerte: 306,84 (306,77); Autowerte: 615,32 (619,72); Maschinenbau: 172,54 (172,38); Versorgungsaktien: 151,21 (150,37); Banken: 348,95 (341,64); Warenhäuser: 132,81 (127,33); Bauwirtschaft: 392,29 (384,71); Konsumgüterindustrie: 131,25 (132,04); Versicherung: 1282,89 (1288,02); Stahlpapiere: 174,42 (169,92)

Kursgewinner:

Münchner Rück NA	2230,00	+160,0	+7,7%
Horten	231,00	+14,00	+6,4%
Karl Stahl	8,35	+0,45	+5,6%
Stumpf St.	123,00	+6,00	+5,1%
Veith-Pirelli	318,00	+15,00	+4,9%
WMF Vz.	149,50	+7,00	+4,9%
Thyssen Ind.	157,00	+7,00	+4,6%
MAB St.	387,00	+17,00	+4,5%
Moenus	99,80	+4,30	+4,5%
Zeiss Ikon	345,00	+15,00	+4,5%

Kursverlierer:

Colonia Vers.	685,00	-67,00	-8,9%
VGT	235,00	-11,00	-4,4%
Otavi Minen	131,00	-5,80	-4,2%
Asko	1200,00	-50,00	-4,0%
Alte Leipziger A	710,00	-30,00	-4,0%
Monachia	2450,00	-100,0	-3,9%
Adt Gebr.	50,00	-2,00	-3,8%
Löwenbräu	1380,00	-50,00	-3,4%
DUB-Schultheiss	260,00	-9,00	-3,3%
Magdeburger Feuer	878,00	-30,00	-3,3%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 580,00 T, Kölitzer 1950,00 B, VAB 3050,00 T
Düsseldorf: BASF 260,00, Contigas 320,00, IWK 311,00 bG, Linde –, Metallges. 280,00 T, Nixdorf 547,00, Schering 658,00, VEW 133,00
Frankfurt: Allweiler St. 272,00 G, Allweiler Vz. 212,00 bG, BASF 259,50, Contigas –, Frankona 450,00 bG, IWK 315,00, Linde 585,00, Magdeburger Feuer 505,00, Magdeburger Feuer NA 1360,00 B, Metallges. 285,50, Moto Meter 202,00 B, Nixdorf 547,50, Schering 640,00, VEW 134,00 bG, Wibau 10,50
Hamburg: Schering 640,00 G
München: BASF 258,00 bG, Bremer Woll. 186,00 bG, Contigas …

Devisenmärkte

Der generelle Trend für den US-Dollar scheint weiterhin abwärts gerichtet zu sein. Der Chefökonom Henry Kaufman prognostizierte bis Januar eine Rücknahme des Diskontsatzes von derzeit 7,5 Prozent und fand damit offene Ohren. Der Kurs lag am Freitag abend in New York nur noch bei 2,5480. Diese Basis bildete auch den Ausgangspunkt für den Handel am 25. November. Vorwürfe an die Adresse der Bundesrepublik, zu wenig für eine weitere Stärkung der D-Mark getan zu haben, ließen zusätzlich Phantasie für die D-Mark aufkommen. Die amtliche Notiz wurde mit 2,5640 ohne Beteiligung der Bundesbank ermittelt. Der Yen fiel auf 1,2770 zurück. Stark beachtet wurde das Englische Pfund, das auf 3,76 anzog. US-Dollar in: Amsterdam 2,8885, Brüssel 51,890, Paris 7,8140; Mailand 1732,70; Wien 18,0220, Zürich 2,10; Ir Pfund/DM 3,092; Pfund/Dollar 1,4668; Pfund/DM 3,761

Devisen und Sorten

25.11.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[a]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,560	2,568	2,5432	2,52	2,41
London[2]	3,754	3,768	3,692	3,69	3,84
Dublin[2]	3,085	3,099	3,050	2,99	3,14
Montreal[1]	1,8590	1,8670	1,8451	1,81	1,91
Amsterd.	88,710	88,930	88,545	87,75	89,50
Zürich	121,99	122,19	122,10	120,50	123,85
Brüssel	4,933	4,953	4,894	4,80	5,00
Paris	32,740	32,900	32,445	31,75	33,50
Kopenh.	27,610	27,730	27,365	26,50	28,25
Oslo	33,250	33,370	32,685	32,25	34,00
Stockh.**	33,135	33,295	32,505	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,475	1,485	1,445	1,43	1,55
Wien	14,207	14,247	14,174	14,13	14,35
Madrid**	1,62	1,63	1,576	1,55	1,67
Lissabon**	1,576	1,596	1,484	1,20	2,00
Tokio	1,2755	1,2785	–	1,23	1,30
Helsinki	46,39	46,59	45,665	45,50	47,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,6705	1,7245	–	0,95	1,75
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,763	1,782	–	1,72	1,82
Johannbg.*	0,948	0,982	–	0,75	1,10
Hongkong*	32,71	32,99	–	–	–

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[a]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Renten uneinheitlich

Trotz Aussichten auf eine weitere Zinssenkung in den USA war die Tendenz am deutschen Rentenmarkt am Wochenbeginn uneinheitlich. Als Zeichen um sich greifender Unsicherheit wird gewertet, daß sich nunmehr auch die Ausländer darauf zu beschränken scheinen, öffentliche Titel mit kürzeren Laufzeiten zu erwerben, auf die sich Inländer schon seit geraumer Zeit konzentrieren. Hier gab es Kursbesserungen bis zu 0,20 Prozentpunkte, während öffentliche Langläufer bei allerdings kleinen Umsätzen bis zu 0,35 Prozentpunkten zurückgenommen wurden.

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt
DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf
DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Warenpreise – Termine

Unverändert schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Silber aus dem Markt. Kräftig zulegen konnte Kupfer. Während sich Kakao fester präsentierte, ging Kaffee leichter aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	22.11.	21.11.
Dez.	335,00	337,00
März	331,50	336,00
Mai	311,00	314,50

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif.		
St.L 1 CW	231,50	231,65
Am. Durum	278,44	278,55

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	120,00	118,50
März	126,00	124,60
Mai	125,90	127,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	102,00	102,20
März	102,20	102,30
Mai	103,00	103,30

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	122,75	124,75
März	132,00	132,75
Mai	136,50	137,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	237,75	240,00
März	240,50	242,00
Mai	242,75	243,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	106,50	106,50
März	112,00	112,00
Mai	114,60	114,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	22.11.	21.11.
Dez.	159,40	159,70
März	164,55	164,10
Mai	166,90	167,00

KAKAO New York ($/t)	22.11.	21.11.
Dez.	2130	2123
März	2199	2207
Mai	2277	2259
Umsatz	1732	3287

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,44	5,55
März	6,17	6,30
Mai	6,36	6,52
Juli	6,51	6,67
Sept.	6,64	6,82
Umsatz	9191	5609

Isa-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb)	5,31	5,18

KAFFEE London (£/t) Robusta	22.11.	21.11.
Nov.	1825-1835	1564—
Jan.	1862-1863	1900-1904
März	1899-1900	1930-1934
Umsatz	4177	4787

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1658-1660	1658-1659
März	1705-1707	1704-1705
Mai	1727-1730	1726-1727
Umsatz	5219	4253

ZUCKER London (£/t) Nr 6	22.11.	21.11.
Dez.	145,00-152,00	147,40—
März	160,00-160,20	063,20-163,40
Mai	164,00-164,20	167,20-167,60
Umsatz	2600	4451

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	25.11.	22.11.
schw. Saraw.spez.	887,50	887,50
weiß Saraw.	1052,50	1052,50
weiß Munt.	1062,50	1062,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	22.11.	21.11.
Jan.	115,35	113,40
März	115,90	114,50
Mai	114,45	114,75
Juli	114,75	114,95
Sept.	111,70	111,80
Umsatz	550	550

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	22.11.	21.11.
	40,20	41,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,75	20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	19,30	18,95
Jan.	19,32	18,93
März	19,50	19,10
Mai	19,70	19,55
Juli	20,00	19,62
Aug.	19,95	19,50
Sept.	19,95	19,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,75	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	19,00	20,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,75	12,75

TALG New York (c/lb)		
top white	14,75	14,75
fancy	14,25	14,25
bleichf.	14,00	14,00
yellow max. 10% fr F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	47,35	47,90
Feb.	46,25	46,35
April	41,20	41,20

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb	62,25	62,65
März	62,35	62,75
Mai	63,40	63,90

HÄUTE Chicago (c/lb)	22.11.	21.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	489,00	484,50
März	498,00	492,50
Mai	506,50	499,50
Juli	512,50	506,00
Aug.	512,00	503,00
Sept.	507,00	505,00
Nov.	509,00	516,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	139,80	138,30
Jan.	139,80	138,00
März	140,00	138,50
Mai	141,00	139,00
Juli	141,50	139,50
Aug.	141,00	139,50
Sept.	141,00	139,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	22.11.	21.11.
Dez.	293,80	291,00
März	301,80	299,50
Mai	307,20	304,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	22.11.	21.11.
	17,50	18,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	25.11.	22.11.
cif	900,00	910,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	500,00	520,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	370,00	362,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	130,00	128,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	395,00	395,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	238,00	240,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr Nr. 2	22.11.	21.11.
Dez.	[illegible]	61,50
März	[illegible]	61,75
Mai	[illegible]	62,40
Juli	[illegible]	61,00
Okt.	54,35	54,50
Dez.	[illegible]	51,85

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,00	42,00

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.	25.11.	22.11.
Dez.	446-450	—450
Jan.	462-465	460-464
Mai	475-475	475-475
Umsatz	23	91

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	22.11.	21.11.
Dez.	51,15	51,15
März	51,15	51,15
Mai	51,50	51,50
Juli	51,50	51,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	22.11.	21.11.
Dez.	588,50-591,00	590,00-592,00
März	614,00-614,50	616,00-625,00
Mai	629,00-637,00	-
Umsatz	24	1

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25.11.	22.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	22.11.	21.11.
Nov.	12414	12402
Dez.	12382	12380

KAUTSCHUK London (p/kg)	22.11.	21.11.
Nr. 1 loco	56,00-59,00	56,00-59,00
Dez.	—60,00	—60,00
Jan.	-	-
Febr.	-	-
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	22.11.	21.11.
Dez.	177,00-178,00	177,50-178,50
Jan.	178,50-179,50	179,00-180,00
Nr. 2 Nov.	171,50-172,50	172,00-173,00
Nr. 3 Nov.	169,00-170,00	169,50-170,50
Nr. 4 Nov.	164,00-165,00	164,50-165,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	25.11.	22.11.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounze (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–), BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25.11.	22.11.
ALUMINIUM, Basis London		
lfd. Mon.	251,70-251,89	254,59-254,97
dritt. M.	260,75-261,12	262,83-263,02
BLEI Basis London		
lfd. Mon.	98,72-98,91	98,65-98,84
dritt. M.	102,11-102,30	101,84-102,02
NICKEL, Basis London		
lfd. Mon.	1024,90-1028,66	1048,32-1050,19
dritt. M.	1039,97-1041,85	1048,32-1052,06
ZINK, Basis London		
lfd. Mon.	151,47-152,23	152,01-152,76
Prod.-Pr.	172,06	173,48
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	25.11.	22.11.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25.11.	22.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	363,42-366,87	362,47-365,60
BLEI in Kabeln	106,50-107,50	106,25-107,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	25.11.	22.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	321-325	321-324
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	351-355	351-353
MS 63	343-347	343-346

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	25.11.	22.11.
Leg. 225	315	315
Leg. 226	317	317
Leg. 231	350-352	350-352
Leg. 233	360-362	360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

PLATIN (DM/g)	25.11.	22.11.
	31,50	30,10
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	27750	27480
Rückn.-Pr.	27000	26930
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27840	27680
Rückn.-Pr.	27120	26960
verarbeitet	29210	29040
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27270	27185
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	528,90	525,00
Rückn.-Pr.	513,10	509,30
verarbeitet	552,10	548,00

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	25.11.	22.11.
10.30	330,50	326,00
15.00	330,20	326,50
Zürich mit.	330,25-330,75	325,80-326,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	83400	83000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	426,45	425,35
3 Mon.	438,30	436,85
6 Mon.	449,05	448,10
12 Mon.	472,30	471,30
PLATIN (£/Feinunze) London	22.11.	21.11.
fr. Markt	235,00	233,30
PALLADIUM (£/Feinunze) London	22.11.	21.11.
1. Händl.-Pr.	69,70	70,30

New Yorker Metallbörse

	22.11.	21.11.
GOLD H & H Ankauf	326,75	325,80
SILBER H & H Ankauf	622,50	616,50
PLATIN		
1.Händl.-Pr.	332,00-334,50	332,00-334,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
1. Händl.-Pr.	100,00-101,00	100,00-101,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	621,60	617,60
Dez.	622,00	618,50
Jan.	627,00	623,30
März	635,00	631,50
Mai	644,50	640,50
Juli	653,00	648,50
Sept.	661,10	657,60
Umsatz	26000	15000

KUPFER (c/lb)	22.11.	21.11.
Nov.	61,10	59,70
Dez.	61,15	59,80
Jan.	61,50	60,15
März	62,05	60,70
Mai	62,30	61,05
Juli	62,45	61,35
Sept.	62,90	61,60
Umsatz	15700	16100

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	25.11.	22.11.
mitt. Kasse	668,00-668,50	676,00-677,00
3 Mon.	692,00-693,00	699,00-700,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	262,00-262,50	267,50-268,00
3 Mon.	271,00-271,50	275,50-276,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	944,50-945,00	947,50-948,00
3 Monate	964,00-964,50	965,00-965,50
ab. Kasse	-	944,00-945,00
3 Monate	-	962,50-963,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	927,00-928,00	921,00-925,00
3 Monate	944,00-948,00	943,00-945,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	402,00-404,00	407,00-409,00
3 Monate	-	-
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	-	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	22.11.	21.11.
Dez.	89,30-89,40	88,50-88,70
Jan.	89,80-89,90	88,90-89,10
Febr.	89,10-89,20	88,50-88,70
März	83,90-84,25	83,85-84,10

GASÖL – London ($/t)	22.11.	21.11.
Dez.	280,50-280,75	278,75-279,00
Jan.	275,75-276,00	274,25-274,50
Febr.	268,50-268,75	266,75-267,50
März	257,75-258,00	257,00-257,25
April	247,25-247,75	247,75-248,00
Mai	238,00-238,50	238,25-239,50
Juni	233,00-233,25	233,50-233,75
Juli	-	-

BENZIN – New York (c/Gallone)	22.11.	21.11.
Dez.	79,40	79,55-79,60
Jan.	78,95-79,10	78,80-78,95
Febr.	78,40-78,60	78,20-78,25
März	77,90-78,10	77,50
April	78,05	77,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)	22.11.	21.11.
Dez.	30,90-30,92	31,65-30,84
Jan.	30,06-30,12	29,96-30,00
Febr.	29,32-29,39	29,15-29,22
März	28,75-28,76	28,55
April	28,17-27,65	28,00

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	22.11.	21.11.
Arabian Lg.	28,00	
Arabian Hv.	25,95	
Iran Li.	unerh.	unerh.
Forties	30,55	
N.Sea Brent	30,65	
Bonny Light	30,70	

Kartoffeln

London (£/t)	22.11.	21.11.
Febr.	82,00	80,50
April	90,30	90,20
Mai	96,30	94,40
Nov.	73,80	74,00

New York (c/lb)	22.11.	21.11.
März	2,16-2,19	2,18-2,19
April	2,16-2,25	2,16-2,19
Mai	2,36	2,37
Juni	3,36-3,42	3,14

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	22.11.	21.11.
Jan.	144,90-150,00	142,10-142,20
März	150,30-150,50	148,00-148,10
Mai	155,80-155,00	153,70-153,20
Juli	159,00	158,10

Devisenterminmarkt

Alle Dollar/DM-Deports wurden am 25. 11. niedriger gestellt, da die Dollar-Zinssätze zur Schwäche neigten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,81-0,71	2,22-2,12	4,18-3,98
Pfund/Dollar	0,42-0,40	1,25-1,20	2,21-2,16
Pfund/DM	2,80-1,40	6,90-5,50	12,1-10,7
FF/DM	20-4	45-29	90-74

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25.11.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	2⅞-3⅛
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4⅞	4-4¼
12 Monate	8⅛-8¼	4⅞-5	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 25.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1256,00	1578,90
5 US-Dollar (Indiana)**	815,00	979,05
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	199,25	249,95
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,75	247,10
20 belgische Franken	151,75	201,50
10 Rubel Tscherwonez	201,25	256,79
2 südafrikanische Rand	188,75	256,84
Krüger Rand, neu	842,40	1000,35
Maple Leaf	859,00	1019,16
Platin Noble Man	932,50	1102,95
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	215,25	273,89
20 schweiz. Franken „Vreneli"	168,00	220,02
20 franz. Franken „Napoléon"	157,75	210,62
100 österr. Kronen (Neuprägung)	797,00	972,42
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,75	203,78
10 österr. Kronen (Neuprägung)	81,50	110,01
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	373,00	459,42
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,75	119,42

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 25.11.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,456	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,802	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,66	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	38,81	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	54,50	6,60
Commerzbank	100,00	4.8.00	37,50	6,89
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	114,00	10,59
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	102,28	6,55
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,65	6,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,83	7,02
Fr. Hyp. KO 468	198,72	1.6.95	103,29	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,50	6,96
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,26	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	36,93	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,79	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,49	7,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,38	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,65	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,65	6,83
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,55	7,03
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,25	7,18
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,65	5,54
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,10	6,02
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,80	5,35
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,90	6,57
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,59
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	80,50	9,50
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	56,75	9,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	47,50	11,99
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	54,875	9,98
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	54,625	9,96
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	51,50	9,46
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	42,75	10,74
Penney (A+)	100,00	17.2.94	44,125	10,30
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	43,75	10,01
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,125	9,95
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	43,625	9,22

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vorwoche)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,92 (4,91)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	105,5	104,5
2	5,50 (5,47)	[illegible]	[illegible]	[illegible]	104,4	106,5	108,[illegible]
3	6,20 (5,97)	[illegible]	[illegible]	102,4	[illegible]	107,8	110,4
4	6,45 (6,45)	94,7	98,1	101,6	105,0	108,6	111,9
5	6,66 (6,55)	93,3	96,9	[illegible]	105,[illegible]	109,3	113,4
6	6,77 (6,75)	[illegible]	95,9	[illegible]	105,4	110,2	115,2
7	6,90 (6,95)	89,[illegible]	94,6	100,5	105,4	110,8	116,2
8	7,08 (7,06)	8[illegible]	93,0	99,5	104,9	110,5	116,7
9	7,10 (7,15)	85,8	92,5	99,6	105,2	111,7	118,[illegible]
10	7,17 (7,19)	84,3	91,2	98,2	105,1	112,0	119,0
15	7,50 (7,45)	[illegible]	85,9	94,8	103,5	112,3	121,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,420 (110,319)
Performance-Rentenindex: 230,867 (230,599)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	22. Nov.	6-7,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,75
	60–270 Tage	7,65
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,80
	60 Tage	7,75
	90 Tage	7,70
Certificates of Deposit	1 Monat	7,75
	2 Monate	7,75
	3 Monate	7,75
	6 Monate	7,75
	12 Monate	7,75
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,2[illegible]
	26 Wochen	7,29
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,67 (9,54)
	30 Jahre	10,00 (9,77)
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	11. Nov.	612,1 Mrd. $ (+ 1,5 Mrd.$)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	116,05	116,50
März	117,55	117,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	22.11.	21.11.
11½ EEC 90	105	105,75
10⅝ EIB 95	104,75	104,375
11 dgl. 91	105,125	105,75
11½ dgl. 98	106,75	107,25
11⅝ dgl. 95	109,625	109
12 dgl. 95	110	110,5
12½ dgl. 90	109,625	110
12⅝ dgl. 94	114	114,75
13 dgl. 96	112,75	113,375
10⅜ Wld Bk 95	100,875	101,125
10⅝ dgl. 88	102,25	102,625
10⅝ dgl. 90	104,25	104,625
10⅝ dgl. 93	104,625	105,125
11 dgl. 92	105,25	105,875
11⅛ dgl. 98	107,625	108,875
11¼ dgl. 88	104,75	105,25
11¼ dgl. 90	106	106,5
11⅜ dgl. 89	105	105,375
11½ dgl. 90	106,875	107,625
12 dgl. 93	110,625	111,25
12¼ dgl. 94	111,75	112,5
12⅞ dgl. 94	114,375	115
6⅜ Sallie 92	97,125	97,75
6⅞ Sears 91	102,5	102,625
6⅜ Swed.Ex.91	99,125	99,5
7 TRW 94	100,25	100,25
6⅞ Un.Tech.92	100,625	100,875
6⅜ World Bk90	99,625	99,875
6⅜ dgl. 94	97,625	97,625
7 dgl. 94	100,875	101,125
7⅜ dgl. 95	103,375	103,625
8 dgl. 93	105,375	105,5

Euro-Yen

	22.11.	21.11.
6⅜ Al.Corp 91	100,625	100,625
5⅞ ADB 88	96,375	96,25
7⅜ dgl. 94	102,375	102,625
7 Austria 95	99,875	100,125
6⅞ Avon 91	99,25	99,375
7 BP 92	102,25	102,75
6⅞ Denmark 92	98,75	99,25
7 Denm.Bk. 92	99,375	99,625
7 Dow Chem.94	101,625	101,875
6⅞ EDF 95	99,75	100
6½ Eurofima86	99,5	99,5
6½ dgl. 95	96,25	96,125
6⅝ dgl. 92	99,125	99,375
7⅜ dgl. 94	102,375	102,625
6⅞ Fennia 92	98,75	99
6⅜ Fin.Rep90	99,75	100,125
6½ GMAC 90	100,25	100,625
7⅛ Goodyear95	100,625	100,625
6⅞ dgl. 94	99,375	99,5
6⅜ ITT 92	99,625	100
6⅜ McDonal.92	99,875	100
7⅛ N.Bruns.95	99,5	99,625
7⅜ N.Zeald.90	101,75	101,75
7⅜ dgl. 89	102,875	103
7 Pac.Gas 94	101,25	101,375
6⅞ Penney 92	99,5	99,875
6⅜ Procter 92	100,5	101

Lux. Franc Bonds

	22.11.	21.11.
9⅝ Akzo 87	99,75	99,75
9⅞ Aseo 89	100,5	100,5
6⅞ Asian Dv87	97,25	97,25
10⅜ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101	101
10⅛ Paribas89	103	103
10⅜ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12⅜ Comel92	105	105
8 Copel 88	98,25	98,25
8⅝ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.86	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7⅞ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10⅜ Eurofima96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12⅜ dgl. 88	102	102
12⅝ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	101,5	101,5
10 dgl. 94	105,25	105,25
10⅝ dgl. 87	103,5	103,5
11⅛ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9⅝ dgl. 95	102,75	102,75
9⅝ dgl. 88	101,25	101,25
9⅞ dgl. 93	102,75	102,75
10⅝ dgl. 94	106	106
11⅛ dgl. 88	101	101
12⅜ dgl. 90	102,5	102,5
9⅝ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅝ Ind.B.F.95	101,5	101,5
11 Kredlet.95	104,5	104,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅛ dgl. 89	103,25	103,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8⅛ dgl. 87	99	99
10⅛ Lux Bk.91	102,25	102,25
12⅜ dgl. 89	105	105
9 Met.Chin 95	100,5	100,5

	22.11.	21.11.
12⅞ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅝ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅞ Renault 88	96,5	96,5
9⅞ Sogenal 92	101,25	101,25
8 Solvay 85	102	102
10⅜ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9⅝ Volvo 87	100	100
9⅝ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅜ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	22.11.	21.11.
8⅜ Cop City91	97	97
8⅝ CCA 91	97,5	97,5
9⅝ Gaz d Fr86	99	99
11⅜ Ned. G.88	102,5	102,5
9⅝ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅛ SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	22.11.	21.11.
7 Bass 91	90	90
8⅝ Cp City 86	98,5	98,5
8⅛ Iceland 88	98	98
9⅝ dgl. 86	99,5	99,5
9⅛ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

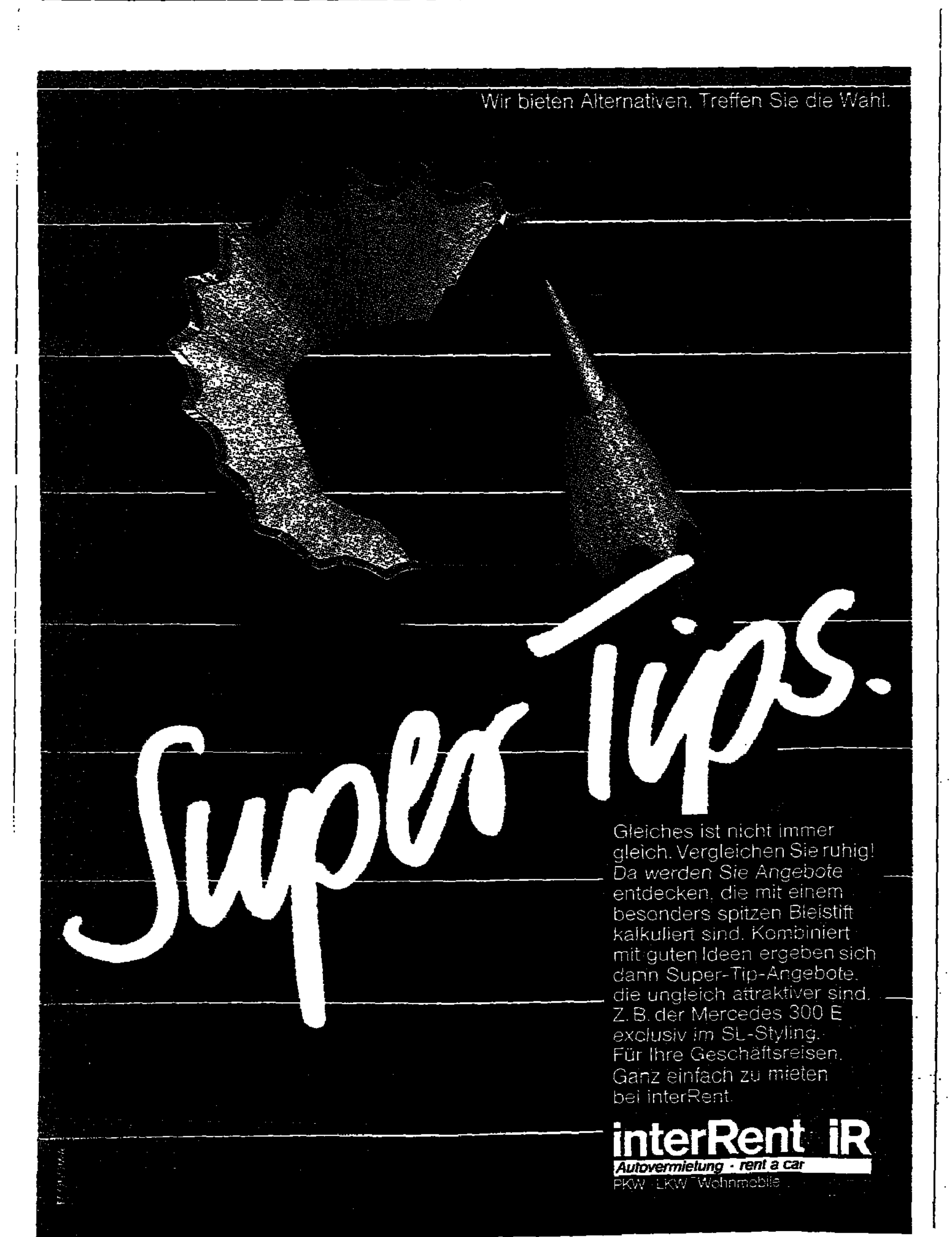
	22.11.	21.11.
7 Acoba 95	90	90
7 Cop.City 93	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7⅛ KLI 93	92	92
7⅝ dgl. 93	92	92
8⅛ Panama 93	90	90
7 SDR 93	90	90

ECU

	22.11.	21.11.
11⅞ Aerop.93	104	104
9⅝ ABN 92	102,75	102,875
9⅝ ANZ 92	102,375	102,5
10⅜ Austria95	107,375	107,375
9⅝ Bac.Fin 93	100,75	100,75
9 M.+Hope 92	100,875	100,875
10⅜ Bk.Tok.91	102,875	102,875
10⅜ dgl. 91	102,625	102,75
8⅝ Bay.Vbk.88	100,875	100,875
10⅝ CEPME 87	100,75	100,75
11⅝ dgl. 95	108	108
12⅜ dgl. 90	105	105
9⅝ CNT 92	103,25	103,375
9⅝ dgl. 95	103,25	103,375
12 dgl. 86	99,5	99,5
12⅛ dgl 89	105	105
12⅞ dgl. 92	107,25	107,25
11⅛ CNE 95	106	106
10⅝ CECA 89	107,25	107,125
10 Chrysl91	102,375	102,5
10⅝ dgl. 93	102,75	102,875
11⅛ Chrysp 90	100,5	100,5
13 dgl. 89	100,5	100,5
14⅛ Consol90	109	107
9⅝ dgl. 92	101,5	101,75
9⅝ dgl. 95	102,125	102,125
11⅛ Cp City94	106	106
10⅜ Cop Tel95	104,75	104,75
13⅛ Cd.Fonc89	106,75	106,75
11⅝ dgl. 96	107,75	108
11⅞ Cred N.91	106	106
12⅛ dgl. 95	107	107
10⅜ Denmark91	107	107
9⅝ Dresd.B.95	102,5	102,375
12⅛ EDF 93	107	107
11⅛ EEC 93	105	105
11⅜ EEC 93	107	107
11⅝ ELF Nq.88	103,25	103,5
10 Eurotom 97	104,5	104,5
12⅛ dgl. 90	103,5	103,5
9⅝ Eurofima95	102	101,875
11 dgl. 92	108,375	108,375
10⅝ EIB 94	104,5	104,625
11⅝ dgl. 94	109,75	109,875
11⅛ dgl. 91	104,5	104,5
15⅛ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8⅝ Fiat 90	98,75	99
11⅛ Forsm. 98	105	105
13 G.d.Fr. 89	107	107
10⅛ Giroz. 95	107,25	107,25
8⅝ IBM 90	100,75	100,875
11⅛ IBJ 93	103	103
12⅜ Ireland91	103,5	103,5
14⅛ ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11⅛ Italie 90	108	108
14 dgl. 89	107	107
11⅛ LTCB 90	107,5	107,5
10⅛ Megal 95	103,875	104
13⅛ Norsc 90	105	105
8⅛ Oliv 95	98,375	98,5
10⅛ Peugeot90	105,375	105,375
9 Philips 95	102,25	102,125
11⅛ P.Bk. 91	106,375	107
12⅛ Queb P.89	106,75	106,75
13⅛ Queb.H.89	107	107
9⅛ Rabobk. 95	103,375	103,5
11⅛ R.Ker 88	103,5	103,5
9 SAS 95	100	100
11⅛ SDR 90	105,5	105,5
14 dgl. 92	105	105
11⅛ SNCF 94	109	109
13 Sofre 87	103	103
11⅛ S.Afr. 89	97	97
10⅛ SATS 2000	94,75	94,75
10⅛ Spark.91	104	104,125
9 Sumitomo 95	100,375	100,375
9⅛ dgl. 93	100,25	100,125
11 Swed.Ex.89	102	102
11⅛ dgl 95	99,5	99,5
12⅛ Brandt 87	105	105
9 U.B Norw 95	99,375	99,375
11⅛ dgl 90	104	104
9⅛ WestLB 90	104,5	104,5
10⅛ dgl 91	104	104
9⅛ World Bk95	105	105
9⅛ dgl. 92	103	103
10⅛ dgl 89	105	105,125
10⅛ dgl 88	105,375	105,375
10⅛ dgl 94	107,375	107,5
11 dgl 93	107,375	107,5

ECU-Tageswerte

	22.11.	21.11.
Dollar	0,854602	0,852062
bfr	44,8068	44,6473
DM	2,20915	2,20900
hfl	2,48689	2,48695
£	0,591011	0,590329
Dkr	7,98369	7,98279
FF	6,73426	6,73354
Lira	1491,49	1493,5[illegible]
I-£	0,714251	0,714290
Sfr	1,80902	1,80893
öS	15,5281	15,5427
Peseta	135,957	136,006
Skr	6,64466	6,64593
Nkr	6,62615	6,64166
Kan-$	1,17656	1,17499
Esc	138,573	138,590
Fmk	4,74515	4,74705
Yen	172,459	172,563
Drachme	130,122	132,154



„Weit entfernt“ kommt jetzt näher

Extremadura – der Name bedeutet „weit entfernt“ und entstand vor 700 Jahren, als König Alfonso, der Weise, die mittelspanische Steppe nach den Weidegebieten der Schafe einteilte, den „Sierras“ für den Sommer und eben den „Extremos“ für den Winter. Extremadura – „weit entfernt“ – kein anderer Name unter den spanischen Ländern charakterisiert so treffend Landschaft und Menschen.

Noch vor 25 Jahren waren über 66 Prozent der Bevölkerung jener beiden Provinzen Badajoz und Caceres, die heute die Landschaft Extremadura bilden, in der Landwirtschaft beschäftigt. Heute belegen Bauern nach dem Dienstleistungsgewerbe den zweiten Platz, immer noch vor den Beschäftigtenzahlen der Industrie.

War die weite, mit den Flüssen Tajo im Zentrum und Guadiana im Süden sowie einigen harten Gebirgszügen durchbrochene Landschaft damals noch von 33 Menschen pro Quadratkilometer bewohnt, so zählt man heute mit 1 160 000 Einwohnern nur noch 28 Menschen auf den Quadratkilometer. Das ärmste Land Spaniens ist auch am wenigsten besiedelt.

Die Landwirtschaft bietet nach wie vor den wichtigsten Erwerbszweig. Ihre Strukturen, hier die Latifundien aus den Jahrhunderten der Rückeroberung, dort die modernen Betriebe einer zum Teil mit deutscher Hilfe künstlich bewässerten Zone mit sehr guten Erträgen und noch größeren Möglichkeiten. Was fehlt, sind Organisationen, die Anbau und Verkauf der Ernten koordinieren könnten. Die Zentralregierung in Madrid zeigte sich in dieser Hinsicht nicht sehr geschickt, als sie kürzlich den Bauernkammern und anderen traditionellen Zusammenschlüssen der Landwirte die Wirkungsmöglichkeiten nahm.

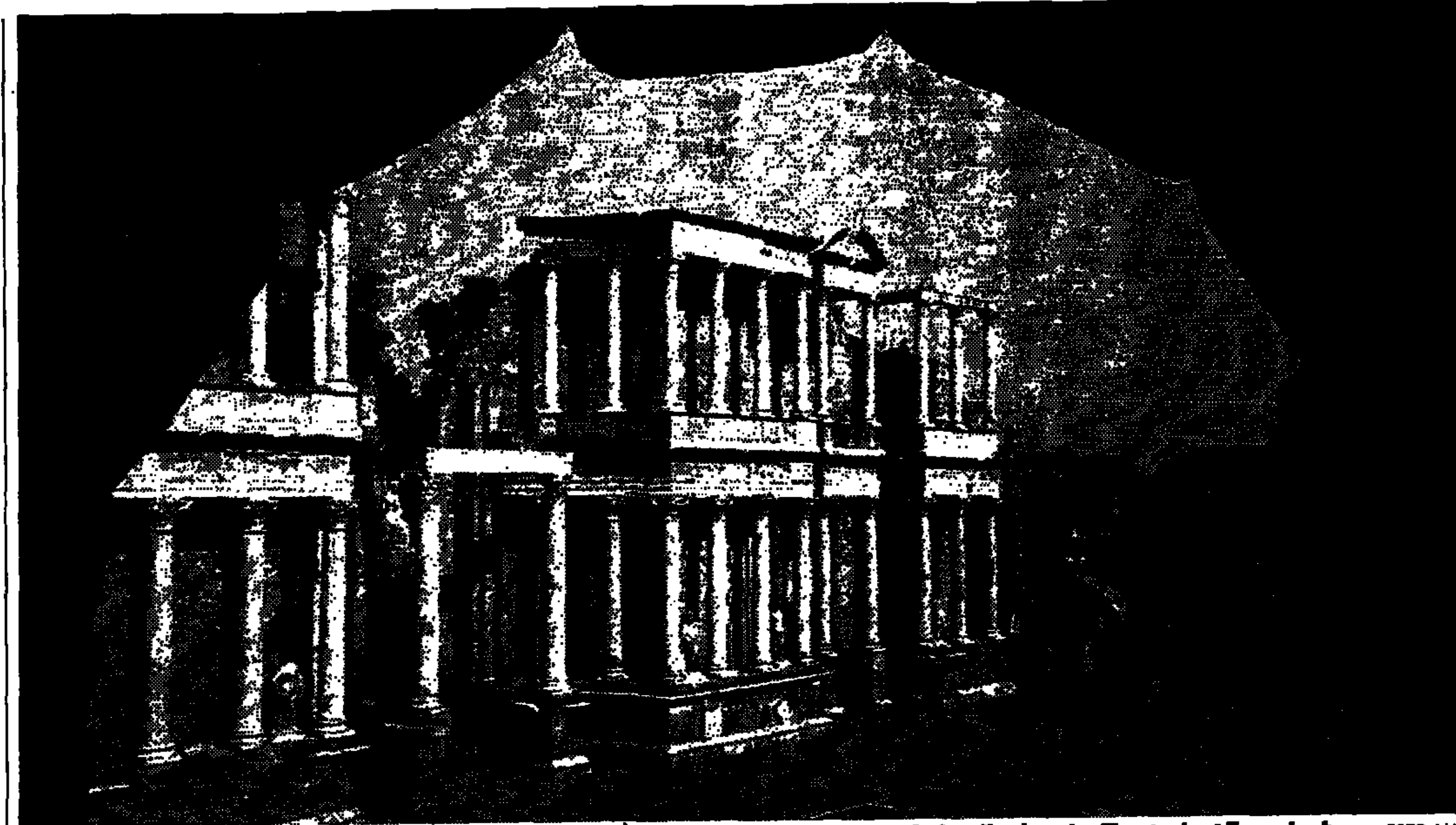
Die Geschichte der Extremadura ist reich, wie die Burgen, Kathedralen und Ruinen bestätigen. Das gewaltige intakte Amphitheater der römischen Zentrale des damaligen Lusitania in Merida wird mit Festspielen für den Tourismus reaktiviert. Und in Yuste, dem Kloster, wo Kaiser Karl V. sein Ende erwartete, empfindet der Besucher den merkwürdigen Drang, seine eigenen Kontakte zur Geschichte zu ordnen. Die Eroberer Mexikos und Perus unter anderem, Hernán Cortés und Pizarro, stammten aus den weit auseinanderliegenden Dörfern und Städten. Auch so große Entdecker der Meere wie Wasco Nuñez de Balboa stammten von hier.

Sie mögen in diesem Zusammenhang Zeugnis dafür ablegen, daß die Extremadura ihre Menschen ständig nach draußen trieb, einfach, weil der trockene heiße Boden nicht mehr ernährt. Die tödliche Sonne und die steilen Felsufer verhindern selbst an den Ufern des großen Tajo-Flusses jene Oasenzonen, die sonst an den Ufern der Flüsse liegen.

Auch heute leben noch einmal so viele Extremenos in anderen Teilen Spaniens, in den führenden Industrieländern Europas und in Südamerika. Einer von ihnen heißt Fidel Castro, der Diktator Kubas.

Seit in Badajoz eine erst wenige Jahre alte Universität für den Anschluß an die intellektuelle Entwicklung Spaniens sorgt, kann die Extremadura von ihrer nationalistischen „Geschichtslosigkeit“ profitieren, wie umgekehrt die Geschichtsfülle der „historischen“ Länder Spaniens, das Baskenland etwa, das Verhältnis zu den Zentren des übrigen Spaniens erschwert. Die Länderautonomie verteilt die Schatten- und Sonnenplätze in der spanischen Arena nach einem Schema, das keineswegs jedesmal den Traditionen folgen muß.

Die regionale Entwicklung im Rahmen der Europäischen Gmeinschaft jedenfalls gibt der Extremadura ganz neue Perspektiven, wenn sie ihre äußerst mangelhafte Infrastruktur und ihre Verbindungen zur Umwelt eben nicht mehr nur auf die klassische Zentrale Madrid ausrichtet, sondern an dem näher gelegenen Seehafen Lissabon orientiert. Hier eröffnen sich vor allem für den Agrarexport Perspektiven; sie fordern die Errichtung eigener Konservierungsindustrien geradezu heraus. R. GÖRTZ



Merida, die Hauptstadt der Region; als Emerita Augusta war es Zentrum des römischen Iberien, das Theater legt Zeugnis ab. FOTO: hhh

NUESTRO HIMNO

[illegible]

Es gibt auch einige Pluspunkte im Armenhaus

Seit zwei Jahren ist Extremadura eine autonome Region innerhalb des spanischen Staatsverbandes, nachdem ein Prozeß von etwa fünf Jahren „Prä-Autonomie“ zurückzulegen war. Im Februar 1983 billigte eine Parlamentarierversammlung das Statut der Autonomie, doch der Regierungschef Jeronimo Saavedra verschweigt in einem Gespräch mit der WELT nicht, daß nach wie vor „fundamentale Strukturprobleme“ gelöst werden müssen.

So sei die Verteilung des Aufbringens des Bruttosozialproduktes innerhalb der Region noch sehr irregulär. Denn hierzu trage an erster Stelle der Dienstleistungssektor, an zweiter Stelle die Landwirtschaft und erst an dritter Stelle die Industrie bei. Auf den Dienstleistungssektor entfallen immerhin 54 Prozent, und damit nimmt Extremadura innerhalb Spaniens den letzten Platz ein, neben Kastilien und La Mancha. „Und seltsamerweise hatte früher keine von den dreien eine Universität“, fügt Saavedra hinzu.

Extremadura hat nun eine seit zehn Jahren, und Castilien und La Mancha sind dabei, eine zu gründen. „So führe ich die statistisch schlechten Daten auf einen Mangel an Kultur, auf einen Mangel an Ausbildung und Bildung zurück, die einem Paternalismus in der früheren Verwaltung zuzuschreiben sind. Die Region am Leben erhielten Zahlungen aus Madrid auf der Grundlage von administrativen Leistungen im Gesundheits- und im Verteidigungswesen. So kam man zu dem Schluß, daß es sich um eine Region handelt, die keine große Entwicklungsmöglichkeiten aufweisen kann.“

Die autonome Regierung sei allerdings der Auffassung, sagt Saavedra, daß Extremadura eine Reihe von Chancen hat, und man will diese auch mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft entwickeln. „So haben wir eine Landschwirtschaft, die äußerst wettbewerbsfähig sein und die Reichtum bringen kann, vorausgesetzt, daß man sie modernisiert und strukturiert. So haben wir beispielsweise eine gute Produktion an Lammfleisch und -fell in Extremadura, die wir verbessern könnten, aber es mangelt noch daran, daß sich dieser Sektor der Landwirtschaft zusammenschließt, wie es in Europa schon längst geschehen ist. Wir können die großen Wohngebiete in Europa nicht individuell beliefern. Wir müssen für einen Verbrauchermarkt von 300 Millionen Menschen eine gemeinsame Antwort finden.“

Aber der Weg dahin, meint der Regierungschef, der Zusammenschluß zu landwirtschaftlichen Genossenschaften, eine bessere Kommerzialisierung der Produkte und der Aufbau einer leistungsfähigen Agrarindustrie sei noch weit. „Der Reichtum des Bodens ist unser einziges Entwicklungspotential, denn Industrie haben wir wenig oder gar keine. Vor allen Dingen haben wir keine Industrie, um die Agrarprodukte zu verarbeiten.“ Als Beispiel nennt der Regierungschef Jeronimo Saavedra den Mais, wo Extremadura mit 613 000 Tonnen jährlich der größte Produzent Spaniens ist, aber es gebe keinen Zusammenschluß der Landwirte, der imstande wäre, den Markt zu regulieren und so eine ständige Erwerbsquelle zu schaffen.

Daher sieht Saavedra auch vor allem die Aufgabe der Autonomie darin, den Agrarsektor zu modernisieren und zweitens der Region eine Infrastruktur zu geben, die sich bislang noch unter dem nationalen Durchschnitt Spaniens befindet. So fehlen Straßen für die Kommunikation innerhalb der Region und ebenso nach außen, um die Produkte zu exportieren.

„Der Eintritt in die Europäische Gemeinschaft ist für uns von großem Nutzen, denn beim Verschwinden der wirtschaftlichen Grenze mit Portugal bekommen wir in Lissabon einen Hafen, der nur 200 Kilometer entfernt ist.“

Nationalistische oder gar separatistische Bestrebungen habe es in der Erstremadura nie gegeben, wohl aber ausgeprägte regional-autonomistische. Aber mit dem Bürgerkrieg sei dies verschwunden und erst im Jahre 1978 wiederbelebt worden. Heute ver-

● Fortsetzung Seite 22

Kunsthandwerk: Wahrung der Tradition



Die Menschen, die diese große Region Extremadura bewohnten und bewohnen, haben es verstanden, das kunsthandwerkliche Wissen mit einfachen und altertümlichen Methoden zu schaffen, zu lehren und lebendig zu halten. Die Materialien sind dieselben, die auch schon unsere Vorfahren verwendet haben: Faser, Knochen, Holz, Ton und Metall. Das Produkt: Webarbeiten, Stickereien, Spitzenklöpplerarbeiten, Möbel und Schmuckstücke. Das alles nach dem unverfälschten kulturellen Erbe dieser weiten Landschaft. Extremadura, eine Landschaft von Künstlern des Webstuhls, des Kupfers, der Schmiede, des Holzes und des Tons. Gerber, Intarsienfertiger, Stickerinnen und Körbeflechter.

Die Töpfer der Extremadura, aus Salvatierra de los Barros, Fregenal, Arroyo de la Luz, Torrejoncillo und Castuera, wie die aus Casatejada, Ceclavin, Montehermoso, Cabeza del Buey und Olivenza, bieten neben der porösen, roten und rauhen „Rohtöpferei“ Krüge, Näpfe, Töpfe, Amphoren, Trinkgefäße und andere Gegenstände in „Feinarbeit“, die poliert und mit einem Kieselstein dekoriert werden, der sich in den Händen des Künstlers in einen feinen Pinsel verwandelt.

Stein und Marmor erlangen in Alconera unter dem Meißel Umfang und Gestalt. In Jerte und Cabezuela del Valle wird Alabaster bearbeitet.

Seit dem 15. Jahrhundert sind die Kesselschmieden von Guadalupe berühmt. Kessel, Kohlenbecken, Wärmflaschen, Spiegel, Pfannen usw. Auch Messing wird in Guadalupe, Torrejoncillo und Montehermoso bearbeitet, und obwohl seine Verwendung schon in den vorchristlichen Kulturen auftauchte, ist es charakteristisch für die arabische Kunst und wird in Europa seit dem 12. Jahrhundert gebräuchlich. Besondere Erwähnung verdient die Lampe, die, auch wenn sie längst erloschen ist, noch die Erinnerung an gar nicht so weit entfernte Zeiten bewahrt. Viehglocken und Glöckchen werden in Montehermoso hergestellt, wo auch Glocken gegossen werden.

Der Webstuhl ist die erste „Maschine“ des Möbelkunsthandwerks. Er ist etwa 4000 Jahre alt. Heute noch werden vielfarbige Umhänge auf den Webstühlen von Torrejoncillo, Alía, Trujillo, La Cumbre und Aldeacentenera hergestellt.

Vom Webstuhl stammen auch die Röcke und Schürzen der regionalen Tracht, die gegenwärtig eine Wiederbelebung erfährt. Moraleja, Valencia de Alcántara und Trujillo verfügen über kunsthandwerkliche Werkstätten, in denen sie hergestellt wird. Hervorzuheben sind die Stickereien aus Acebo, Valencia de Alcántara, Madrigal de la Vera und Badajoz.

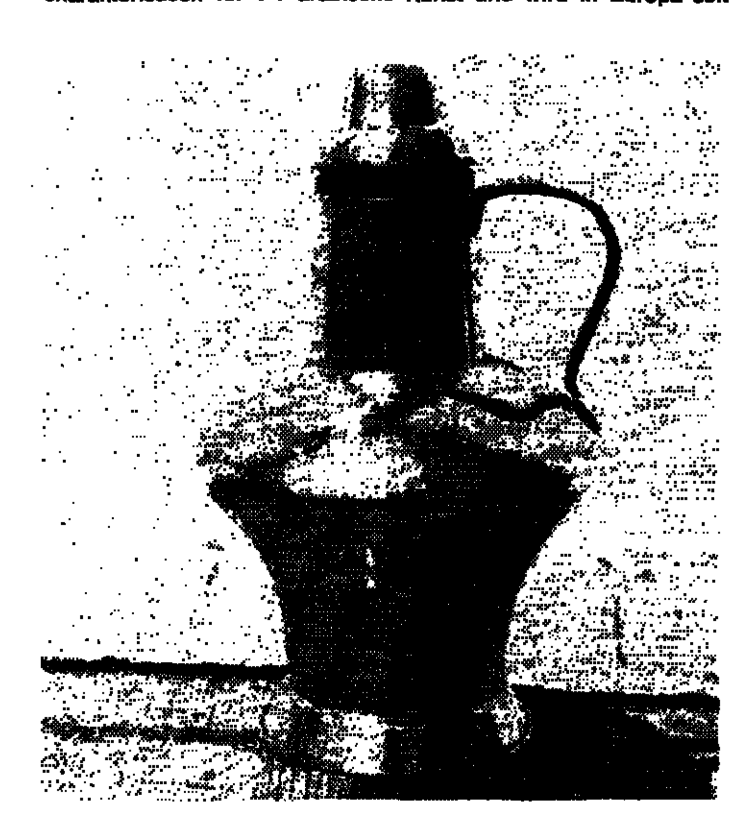
Das Leder ist in verschiedenen kunsthandwerklichen Bereichen vertreten. Schuhe in Fuente de Cantos und San Vicente de Alcántara, Albuquerque, Jerez de los Caballeros und Torrejoncillo. Beschläge werden in Cabeza del Buey, Madrigalejo, Brozas usw. gefertigt. Das arabische Erbe der Saffianlederarbeiten ist in Malpartida de Plasencia und in Plasencia vertreten. Nicht zu vergessen ist in diesem an Jagd so reichen Land die Gerberei und das Ausstopfen, das in Casar de Cáceres, San Vicente de Alcántara, in der Hauptstadt Cáceres und in Llerena gepflegt wird.

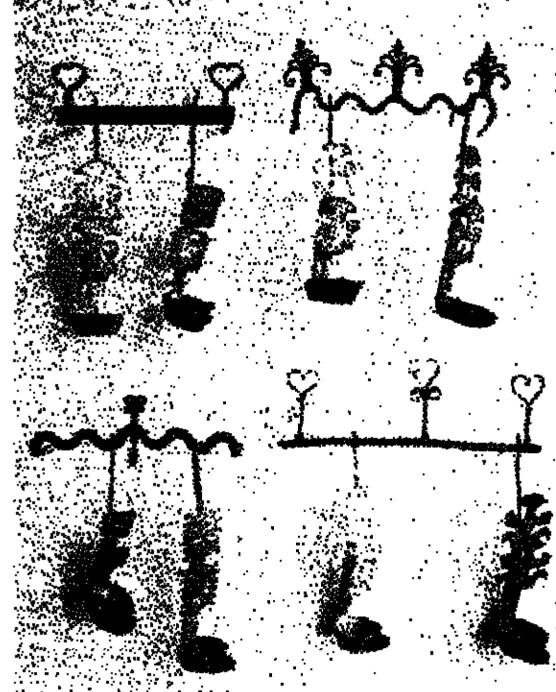
Prachtvolle kunsthandwerkliche Möbel werden in Hervás, Guadalupe, Trujillo, Barrado, Brozas, Garrovillas, Cáceres, Torrejoncillo und Santiago de Alcántara hergestellt. Weiden- und Bastflechtarbeiten sind bei den Stühlen und Sesseln aus Montánchez, Cabeza del Buey, Baños de Montemayor, Casar de Cáceres, Valencia de Alcántara, Eljas, Guadalupe und Jaraiz de la Vera zu finden, dekorative Arbeiten aus Roggenstroh in Torrejoncillo und Montehermoso. Aus Heide, Nußbaum, Steineiche, Ölbaumwurzeln und Esche sind die Schnitzarbeiten unserer Kunsthandwerker.

Eine besondere Erwähnung, weil es sich um ein Symbol der Region handelt, verdient die „Kappe“ (gorra) von Montehermoso, eine Arbeit unbekannten Ursprungs, die von Legenden und Traditionen umgeben ist. Elegant, barock und leuchtend in der Farbenpracht aus Wolle, Glitzerblättchen, Knöpfen und Stoff, die das feine Strohgerüst bedecken. Brauch und Farbentradition für die Ledigen, die die „gorra“ mit dem vollen Muster wählen, und für die Trauer, bei der die Nüchternheit von Violett oder Schwarz vorherrschen.

Rat für Industrie und Energie

REGIERUNG DER EXTREMADURA









Einige Pluspunkte im Armenhaus

● Fortsetzung von Seite 21

füge die Region immerhin über eine Reihe von Vorzügen im Vergleich zu anderen Regionen, die autonom geworden sind.

„Es gibt bei uns nur zwei Provinzen, die lange Zeit Schulter an Schulter lebten, Caceres und Badajoz. Nicht immer war man sich ‚grün'. Auch Madrid schürte den Zwist," weiß der Junta-Chef. So habe man ein politisches Spiel mit dem Standort der Universität getrieben, was dazu führte, daß die Gründung um 15 Jahre verspätet in Badajoz erfolgte.

„Jetzt aber", betont Saavedra, „lösen wir die Probleme von Caceres und Badajoz nicht gegeneinander, sondern miteinander, weil es die gleichen Probleme sind. Und ich glaube auch, daß wir eine Region sind, wo ein stark ausgeprägtes regionales Bewußtsein besteht. Ich nenne ein Beispiel: Wir haben vor einigen Wochen den ersten Tag Extremaduras gefeiert, und daran haben 50 000 bis 60 000 Personen teilgenommen.

Was den Regierungschef mit Hoffnung erfüllt, ist die Tatsache, daß die Extremadura als eine Region nominiert wurde – nach einer Reihe von Kriterien –, die in den Genuß europäischer Förderungsprogramme, wie des Regionalfonds, kommen soll. Das eine Kriterium war das Einkommen pro Kopf, und da liegt die Region nach der Statistik aus dem Jahre 1981 auf dem letzten Platz. Das nächste Kriterium war die Grenzlage. Die Region hat eine lange Grenze mit Portugal. Und das dritte Kriterium schließlich war das Inlandsprodukt, und das ist sehr gering.

So setzt die Junta in Merida auf die europäische Hilfe. „Andalusien, Kastilien, La Mancha, Leon, Galicien, die Kanarischen Inseln und Extremadura sind Regionen, die in den europäischen Entwicklungsprozeß eingegliedert werden. Wir haben schon ein Programm ausgearbeitet, das wir der spanischen Regierung geschickt haben, damit sie es mit den Vorschlägen, die von den übrigen Regionen kommen, harmonisiert und darüber mit der Europäischen Gemeinschaft verhandelt."

Hierbei, so der Regierungschef, nähmen Kommunikationsprogramme, Straßen- und Schienenbau den größten Raum ein. Vor allen Dingen der Kanal La Dehesa und der Stausee de la Serena. Einige von diesen Projekten seien schon vom spanischen Kabinett gebilligt worden, und außerdem will man darüber direkt mit der Europäischen Gemeinschaft verhandeln.



Regierungschef Jeronimo Saavedra

Ein Schwergewicht ist der Agrarbereich, wo es Anregungen für die Gründung von Kooperativen oder anderen Gesellschaften geben soll. Hinsichtlich der rechtlichen Ausgestaltung gäbe es keinerlei Präferenz. „Wir wollen nur helfen", sagt der Regierungschef.

Dabei sollen allerdings der Staat und die Verwaltung als Miteigentümer vor der Tür bleiben, denn das Gegenteil bedeutete eine Rückkehr zum früheren Paternalismus. Jeronimo Saavedra: „Wir wollen, daß die Bauern ihre eigenen Interessen selbst vertreten und sich zusammenschließen, um zu besseren Bedingungen verkaufen zu können. Denn das ist die größte Schwäche, die wir hier in Extremadura haben. Wir haben hier ein Klima, das uns eine hervorragende und sehr wettbewerbsfähige Landwirtschaft erlaubt. Wir haben hervorragenden Wein, aber was immer wieder stört, ist der ausgeprägte Individualismus."



So komme es, daß man etwa sehr schwere Weine produziere, einen Wein, der in Europa keinen Absatz finde. „Da gibt es mit dem Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft Subventionen, die 400 000 oder 500 000 Peseten für kultiviertes Weinland pro Hektar erreichen – das ist bald mehr als das Land in einigen Lagen kostet –, und wir haben keine Gesellschaft, keine Winzer, die sich aufmachen könnten zu einer Produktion von mehr und besserem Wein." Man produziere im Moment wenig und in einer Qualität, die sich nicht verkaufen ließe. „Und warum? Weil eine einzelne Person auf eine Nachfrage unter dem Gesichtspunkt des Exportes keine Antwort geben kann."

Der Regierungschef hofft, daß er diese Subventionen einsetzen kann, um die Situation zu verbessern.

Rückständig sei das Land auch, was den Erziehungsbereich angehe; allerdings habe in diesem Bereich die Region keine Kompetenzen. „Wir haben nichts zu sagen, was die Erziehung angeht und was das Gesundheitswesen angeht. Wir sind zuständig in der Landwirtschaft, im Transportbereich, im Wohnungssektor, bei öffentlichen Arbeiten, aber nicht bei der Erziehung." So könne die (sozialistische) Junta in Extremadura auch nicht viel machen, aber sie sei mit der Politik, wie sie von der Zentralregierung in Madrid geführt werde, äußerst unzufrieden.

Wegen der schlechten Ausbildungschancen hätten die Leute die Extremadura immer verlassen müssen. Heute gäbe es 1 165 000 Menschen innerhalb, aber außerhalb der Region lebten eine weitere Million, vor allem in Madrid, in Katalonien und im Baskenland.

Ferner gäbe es in der Region keinen unternehmerischen Geist, und es gäbe auch kein mittelständisches Bürgertum. „Es gab immer nur die Landvögte im alten Stil", und all dies habe dazu geführt, daß die Leute das Land verließen.

Was man vor allem benötige, seien Anreize für Investitionen. Hier habe man schon einen Fortschritt erreicht. Vor zwei Monaten sei die Junta zusammen mit der Sparkasse der Region und anderen sieben großen Banken, die in der Extremadura tätig sind, übereingekommen preisgünstige Darlehen zu einem niedrigen Zinssatz von 11,5 Prozent für die kleine und mittelständische Industrie zur Verfügugn zu stellen, wo gegenwärtig bis zu 20 Prozent Zinsen verlangt würden.

H.-H. HOLZAMER

TOURISMUS / Das Meer ist weit – doch Vergangenheit und unberührte Natur sind nah

Monfragüe, letztes Refugium für Fauna und Flora

Alle Zivilisationen, die – soweit unser geschichtliches Wissen reicht – die Iberische Halbinsel berührt haben, hinterließen auch ihre Spuren in der Extremadura. Iberer, Kelten, Römer, mittelalterliche Stadtstaaten, wie Caceres, hinterließen ein reiches Erbe, und Merida, die heutige Hauptstadt der Region Extremadura, war als Emerita Augusta Hauptstadt der gesamten damals römischen Iberischen Halbinsel. Wer in Merida gräbt, kann sicher sein, auf römische Spuren zu stoßen. So mußte – und es gelang in geradezu perfekter Weise – der Bau des Römischen Museums in der Stadt immer wieder den während der Arbeit gemachten Funden angepaßt werden. Der Besucher wird, wenn das Museum demnächst seiner Bestimmung übergeben wird, im Keller auf einer original römischen Landstraße laufen und in einem Friedhof über die Vergänglickeit alles Menschlichen nachdenken können.

Es ist nur natürlich, daß sich auch der Consejero, José Luis Torres Márquez, der innerhalb der Regionalregion für den Tourismus zuständig ist, auf die „große Vergangenheit" und die „lange Tradition" besinnt. Denn das, was das traditionelle Heer der Touristen sucht, Küste, Strand, Sand und Meer, all dieses bietet Extremadura nicht.

„Aber", betont der Consejero, „immer stärker entwickelt sich der ökologische oder grüne Tourismus." Er trete zunehmend neben den „kulturellen Tourismus", der die Region schon längst entdeckt habe. Der umweltbewußte Tourismus allerdings findet in Extremadura, etwa im Parque Natural Monfragüe, eine Oase in einer natürlichen Schönheit, die dort im Herzen der Iberischen Halbinsel nicht vermutet wird und die deshalb auch noch völlig unentdeckt und damit auch in diesem Sinne eine Oase geblieben ist.

Der Naturpark von Manfragüe erstreckt sich am Oberlauf des Tejo und bedeckt das Gebiet, das durch ihn und seine Nebenflüsse Calzones und Tietar sowie durch die Sierra de Las Corchuelas sowie einige kleinere Gebirgszüge gebildet wird. In der Provinz Caceres gelegen, liegt der Park etwa auf halber Strecke zwischen Hervas und Trujillo.

Hier findet man ausgedehnte Wälder, Sträucher, ausgedehnte Anlagen mit Korkeichen. Hier stehen Eukalyptusbäume neben dem Erdbeerbaum, dessen Früchte im Herbst zum Verzehr reif sind. Felsen und Berge laden zum Klettern und Wandern ein, der aufgestaute Tejo zum Baden.

Artenreich ist die Welt der Vögel. Den Kaiseradler findet man hier ebenso wie den Mönchgeier und den Gänsegeier, den Steinadler und den Schlangenadler, Bussarde, den schwarzen Milan, Turm- und Rüsselfalken, Stein- und den Waldkauz und schließlich den Schwarzstorch. Sie, alle vom Aussterben bedroht, haben hier ebenso ein Refugium gefunden wie Blauelster, Kolkrabe, Bienenfresser, Blauracke, Wiedehopf, Eisvogel und viele andere mehr. Sie teilen sich das Land mit dem Rot- und dem Damhirsch, dem Rotfuchs, dem Pardelluchs, der Wildkatze, dem Dachs, dem Otter, dem Gartenschläfer und dem Igel. Fische und Lurche sind hier ebenso zu Hause wie ungezählte Pinien-, Ginster-, Eichen-, Orchideen- und Lavendelarten.

Der Naturpark ist der größte Spaniens und zugleich der größte Europas mit mehr als 17 000 Hektar. In einer Zusammenarbeit der Regionalregierung mit der Gesellschaft zum Schutz der Natur (Adenec) und anderen Gruppen, darunter auch deutschen, gelang es, den Park gegen die Anfechtungen der Industrialisierung zu verteidigen.

Allerdings wurde bislang auch wenig dafür getan, den Park touristisch zu erschließen. Vielleicht aber ist dies ein Grund dafür, daß er sich seine Natürlichkeit bewahrte. Immerhin berichtet Consejero Torres, daß in extra ausgewiesenen Gebieten im nächsten Jahr Camping erlaubt werden soll. Schon heute kann der Besucher von Monfragüe sich der Hilfe eines Führers bedienen, um einige der letzten noch lebenden Tierarten zu sehen. Vom Mönchgeier etwa gibt es im Park noch 60, in der übrigen Welt vielleicht 100 weitere. Es gibt sogar noch einige Exemplare des Luchses, eines Tieres, das praktisch ausgerottet ist.

Innerhalb des Parkes gibt es in Plasencia y Trujillo Hotels für den Besucher, und vielleicht findet man auch noch in der Zone von Villareal de San Carlos, einem Weiler an der Straße nach Plasencia, eine Unterkunft. Natürlich ist hier die Geschichte nicht weit, das mittelalterliche Kasteil von Monfragüe, das man zu Fuß erwandern kann.

Schusters Rappen sind hier das geeignete Verkehrsmittel. Fahrradwege gibt es inzwischen auch einige; mit dem Autobus oder mit dem eigenen Pkw kommt man über zugewiesene Straßen und Plätze nicht hinaus. Oberstes Gebot ist es: Die Tiere dürfen nicht gestört werden. Und wenn man im Schatten der mediterranen Vegetation, im Schutz der Bäume, sich zu Fuß fortbewegt, hat man auch immer noch das meiste vom Urlaub.

Um die Geier und Adler in ihren Nistplätzen beobachten und den Schreien der Tiere lauschen zu können, sind im Abstand von etwa 300 bis 400 Meter Beobachtungspunkte eingerichtet.

All dies ist natürlich nicht gedacht für den Massentourismus. In Trujillo gibt es etwa 600 Plätze im Hotel und 30 Kilometer vom Park entfernt gibt es einen Parador. Im Placencia findet man 500 Hotelbetten, und wer mit dem Caravan kommt, findet etwa in Trujillo, der Heimatstadt von Pizarro, und an anderen Stellen hervorragend eingerichtete Plätze.

Der Consejero sieht denn auch keine Probleme in dieser Richtung. „Es gibt genügend Kapazität für organisierte Gruppen ebenso wie für Individualreisende."

Er ist an einer stärkeren touristischen Auslastung wenig interessiert und empfiehlt Extremadura als Station oder Abstecher auf der Reise an die Küste. Man könne in fünf Tagen, meint er, käme man nun aus Kastilien, Madrid, Sevilla oder von Jerez, in fünf Tagen die Region besuchen und in dieser Zeit ihre historischen Monumente besichtigen, die Folklore, die Gastronomie, die Kultur und das Ambiente genießen.

Schließlich räumt der Consejero jedoch ein, daß man es auch länger in seiner Heimat aushalten könne. Immerhin, sagt er verschmitzt, sei Extremadura die Region Spaniens mit der längsten Küstenstrecke – allerdings solchen an Flüssen und Seen.

G. DEANO

AUTONOME REGION

Plötzlich in drei Dimensionen

Felipe Gonzales, Spaniens Regierungschef, bestätigte unlängst in einem Interview mit der WELT, daß der gleichzeitige Eintritt seines Landes in die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Gliederung des einst zentralistischen spanischen Staates in autonome Regionen den Bürgern „sehr viel abverlange" – und dies in einer Zeit wirtschaftlicher Krise (siehe WELT vom 14. November).

„Aber das war unsere einzige Chance, alles nacheinander, das wäre nicht gegangen." Gonzales bestritt auch, daß es seiner Regierung mit der Autonomie nicht so ernst und eilig sei. „Diejenigen, die bei uns die Übertragung von Kompetenzen anmahnen, mögen in Einzelfällen recht haben, im Prinzip haben sie unrecht," sagte der Premier in Madrid.

Einer, der gerne schneller die ihm von der neuen Verfassung zugestandenen Rechte wahrnehmen möchte, ist der Junta-Chef der Estremadura, Jeronimo Saavedra, Sozialist wie der Regierungschef Felipe Gonzales.

Saavedra ist sich der Tatsache bewußt, daß die Estremadura nicht so „auf den Tisch hauen" kann wie die Regionen mit ausgeprägten *fast*-staatlichen Traditionen wie zum Beispiel das Baskenland oder Katalonien.

Jeronimo Saavedra: „Ich habe auch keinen Gefallen daran, auf künstlichem Wege mit Kompetenzgerangel eine größere Identifikation mit dem eigenen Land schaffen zu wollen. Denn meiner Meinung nach führt das zu nichts."

Und weiter: „All dies muß auf der *Akzeptanz des Volkes* aufgebaut sein, um die Probleme, die die Region hat, zu lösen. Allerdings haben wir in Estremadura eine regionale Geschichte. Wir haben als ein Durchgangsland gelebt und als Grenzposten, ob es uns nun gefiel oder nicht. Im neunzehnten Jahrhundert hat es bedeutende regionalistische Strömungen in unserer Region gegeben."

Man dürfe auch nicht übersehen, sagt der Regierungschef, aus welchen Gründen andere Regionen so bekannt seien. Oft seien es nur Streitereien und nebensächliche Fragen wie etwa der (aus dem Baskenland) bekannte Krieg der Fahnen, ob man nun die Fahne hisse oder nicht. „Wir hissen sie, und wir fragen nicht lange nach Erklärungen, denn das, was unser Volk interessiert, ist nicht zu sehen – ob die Flagge nun flattert oder nicht. Was unsere Leute in der Extremadura interessiert, ist beispielsweise die überaus wichtige Frage, ob es neue, gut ausgerüstete Krankenhäuser gibt." Große Hoffnungen setzt die autonome Region auf die Europäische Gemeinschaft, mit deren Hilfe die Extremadura ihre Chance nutzen kann, auch das soziale Netz auf- und auszubauen. G. DEANO



Das Parlament in Merida, Mittelpunkt des politischen Lebens der Region FOTO: hhh

THEATER

Abonniert auf Premieren

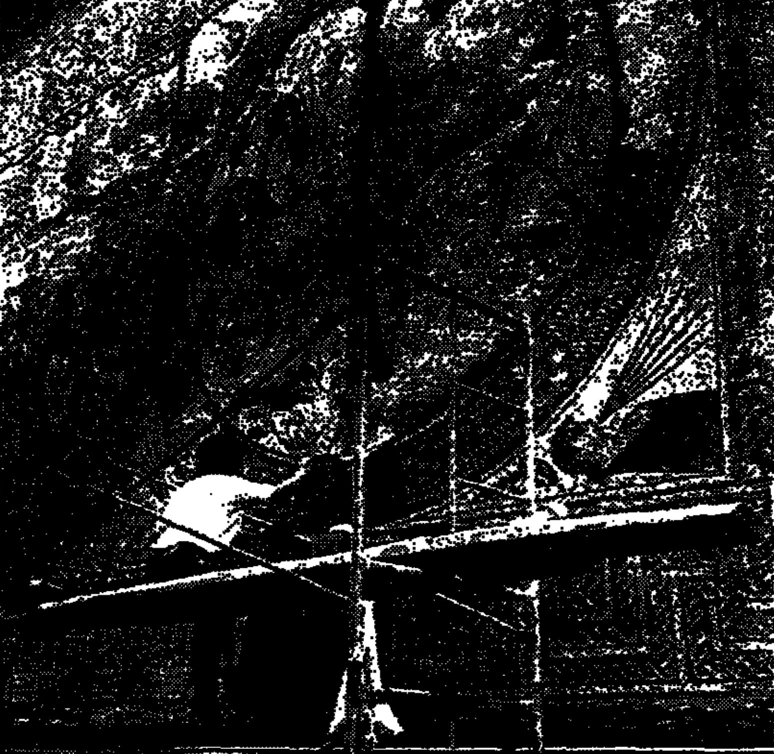
Abends, in der wärmsten Zeit des Jahres in Mérida, vom Juni bis Anfang August, beleben sich die Ruinen des Theaters, das die Römer schon im Jahre 15 vor Christi Geburt bauten. Dann klettern nicht mehr an der klassischen Geschichte interessierte Touristen über die Steine, dann wird das Theater wieder seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt.

Still sitzen die Zuschauer auf ihren Plätzen, und vom Orchestra und dem Proscenium hört man die Werke von Aristophanes, von Plautus und Euripides.

Manchmal erscheinen die klassischen Stücke auch in neuem Gewand wie etwa die Salomé, die in diesem Jahr in der neuen Version von Terenci Moix, basierend auf dem Werk von Oscar Wilde, gespielt wurde, oder die Orestie in moderner Version.

Auch im Jahre 1986 wird das klassische Theater hier seinen Mittelpunkt finden, seitdem es sich im Jahre 1930 in den Gemäuern, die erst zu Beginn des Jahrhunderts ausgegraben wurden, eine Heimstatt suchte und fand.

Am Programm für das nächste Jahr 1986 wird noch gearbeitet. Aber es gibt bestimmte Prinzipien, von denen man nicht abrücken wird. Das klassische Theater von Mérida hat kein eigenes Ensemble. Es muß daher jedes Jahr Gäste einladen, wie in diesem Jahr etwa das Teatro di Roma oder das spanische Nationalballett.



Eine Heimat für die Fresken, die man in Merida fand FOTO: hhh

Feste Regel ist jedoch, daß die erste Aufführung dieser Bühnen, bevor sich weitere in anderen Städten Spaniens anschließen, in Mérida stattfindet. Das heißt, die alten Mauern erleben ausschließlich Premieren.

Auch die übrigen antiken Bauten, allen voran das Amphitheater, erwachen im Sommer zu neuem Leben, ein bunter Reigen von Singspielen, folkloristischen Darbietungen und Amateurtheater lassen das abgelegene Provinzstädtchen zu einem kulturellen Zentrum werden.

Damit stärkt man in kultureller Hinsicht die klassische Ausstrahlungskraft dieser Stadt, die aus historischer Sicht durch das neue Museum und dessen Forschungseinrichtungen gestärkt werden soll. Hier werden zahlreiche Fresken und Skulpturen, die im Stadtbereich gefunden wurden, eine neue Heimat und neue Bewunderer finden. G. D.

INVESTITIONEN / Granit und Wolframerz stecken als Trümpfe im Boden

„Aufbauen auf dem, was wir haben"

Von einer strategisch günstigen Lage spricht das Wirtschaftsministerium Extremaduras. Man befinde sich nahe Portugal und könne so dieses Land und dessen frühere Kolonien in Afrika beliefern. Natürlich müsse man sich den Einwand gefallen lassen, warum man dann nicht direkt nach Portugal gehe, aber es gebe doch eine Reihe von „technischen Aspekten" und Argumenten hinsichtlich Verwaltung und industrieller Infrastruktur, die es ratsam erscheinen ließen, auf dieser Seite, der spanischen, die Industrieansiedlung vorzunehmen. Extremadura blickt traditionsgemäß über die Grenze nach Westen, früher reichte der Blick bis nach Amerika. Doch dieses ferne Land bietet keine Chancen mehr. Portugal aber ist wirtschaftlich – und damit als Wettbewerber – schwach. Was für die fernen Märkte Zentraleuropas nicht geeignet scheint, beim Nachbarn gibt es Absatzchancen. Hinzu kommt der Hafen Lissabons, über den der Export in die lusitanische Welt läuft.

Doch viel kann die spanische Grenzregion noch nicht bieten. Doch das soll sich ändern. Das autonome Extremadura gibt sich große Mühe, Industrie in das wirtschaftlich schwache Land zu bekommen. 12,3 Milliarden Peseten will die Regierung im laufenden Jahr für Investitionen ausgeben, im Vergleich zu 9,9 im Jahre 1984. Der gesamte Haushalt des Landes stieg von 15,401 Milliarden 1984 auf 25,614 in 1985.

José Antonio Jimenez Garcia, der Wirtschaftsminister Extremaduras, spricht in diesem Zusammenhang von einem „gesunden" Haushalt, der der Region „eine gewisse finanzielle Autonomie" einräume. 56 Prozent des Etats sind für Direktinvestitionen bestimmt, 2,7 Prozent für Investitionsanreize. Damit wolle man weder Investitionsruinen finanzieren noch Europas Halden erhöhen. Auf dem Teppich bleiben heißt die Devise.

Verbessert werden soll nach seinen Worten als erstes die Infrastruktur, zweitens die Administration der autonomen Region. An dritter Stelle steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und an vierter die Impulsgebung für die regionale Wirtschaft – im Rahmen der Sodiex speziell für wirtschaftliche Kooperativen und die kleinere und mittlere Industrie. Und an fünfter Stelle die Entwicklung der regionalen Kultur.

Investitionschancen werden im Bereich der Landwirtschaft, der Granitherstellung und der Korkverarbeitung gesehen. Zur Zeit gibt es 15 Projekte, die von der Herstellung von Explosivstoffen, Aktivkohle bis hin zu Strümpfen, Zigarren, Zigarrillos, Eiscreme und Korktapeten gehen. Deutsche Unternehmen haben sich bei der Korkverarbeitung, bei der Herstellung von Trockengemüse und dem Tabak- und Plastikbereich engagiert.

Die Region setzt bei ihrem Entwicklungsprogramm natürlich auf die Rohstoffe, die sie hat, und neben *den schon erwähnten sind noch* Wolframerz und Zinn zu nennen, wobei man hier indes bislang noch nicht über das Projektstadium hinausgekommen ist.

Aber auch der Präsident des Verwaltungsrates der Sodiex, der Gesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung Extremaduras, Cesar Ramirez Fernandez, spricht davon, daß das Wolframerz eine Schlüsselrolle für die zukünftige Industrialisierung der Region spielen könnte.

Eine Rolle, die seiner Auffassung nach im europäischen Rahmen auch der Granitsektor haben sollte, der Stein, *wie er etwa von der Gruppe* Graesa angeboten werde, könnte in Europa Marktführer sein, meint er. Man brauche sich auch qualitätsmäßig nicht etwa vor den Italienern zu verstecken, die ohnehin schon einen Teil ihrer Lieferung mit Waren aus der Extremadura bestreiten würden.

Die für die industrielle Entwicklung benötigte Energie will man aus „kleinen Kraftwerkseinheiten" beziehen, ein Kernreaktor bei Almaraz ist geplant.

Die Sodiex forciert mit Krediten und eigenen kapitalmäßigen Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ihr wirtschaftliches *Engagement kulminierte im Jahre* 1984 auf 2,7 Milliarden Peseten bei einer Vielzahl verschiedener Firmen in den verschiedensten Bereichen. Die Beteiligung der Sodiex am Gesellschaftskapital beträgt wenigstens fünf Prozent, maximal 45 Prozent. Kredite werden zu Bedingungen vergeben, die weit unterhalb der marktüblichen liegen.

Der Schwerpunkt der Sodiex-Aktivitäten liegt im landwirtschaftlichen Bereich, wo generell die Region auch ihre größten Entwicklungschancen haben dürfte. Hier kommt es nach Auffassung des Wirtschaftsministers *entscheidend darauf an*, Frischprodukte zu liefern. Es bieten sich für die Förderung durch Sodiex moderne Konservenindustrien oder die Verarbeitung zu Tiefkühlware an, die Chancen beider werden indes durch die schlechte Verkehrslage behindert. Erst wenn die Autobahn Madrid – *Lissabon realisiert ist, die durch die* Extremadura gehen wird, sind in diesem Punkt durchgreifende Verbesserungen zu erwarten.

19 Prozent des Sodiex-Einsatzes *entfallen auf den Metall-, 15 Prozent* auf den Holz- und Korkbereich, 13 Prozent auf den Bergbau und vier *Prozent* auf den Handel.

1985 brachte die Sodiex eine Milliarde Peseten *zum Einsatz, eine Zahl* die bis 1988 auf 1,4 ansteigen soll. Dann, so sieht das Finanzierungsprogramm des Wirtschaftsministeriums aus, im Jahre 1988, sollen insgesamt 57,8 Milliarden Peseten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zur Verfügung stehen. G. D.

HIMBEERANBAU / Die komischen Pflanzen des Deutschen aus Lateinamerika

Ein Hannemann ging ihnen voran

Unsere Nachbarn, die lächelten nur über die komischen Pflanzen" – Siegfried Hannemann berichtet über seinen Beginn als Obstanbauer in der Extremadura. Nach 15 Jahren Lateinamerika siedelte er sich im Jahre 1973 in der Extremadura an, genau genommen in der Gebirgszone, wo er sich ein kleines Stück Land kaufte, das er urbar machte.

Die „komischen *Pflanzen*", *die* seinem Nachbarn unbekannt waren und von denen sie heute sagen, daß Hannemann mit ihnen die ganze Provinz verändert habe, waren Himbeeren. Hannemann weiter: „Heute ist aus diesen kleinen Anfängen eine Produktion von über einer Million Kilogramm entstanden. Sie werden bei uns aufgearbeitet und nachher zu 95 Prozent in den Raum der Europäischen Gemeinschaft exportiert."

Hannemann hat inzwischen für seine Leistungen in dem kargen Gebirgsland nahe der portugiesischen Grenze den internationalen Oscar de Oro erhalten. Aber noch immer ist er der Meinung, daß ihm zu Hause, sprich in der Extremadura, nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die nötig wäre, um die Region auf den Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft vorzubereiten.

„Es ist mir äußerst wichtig, darauf hinzuweisen", sagt Hannemann, „daß der Wertzuwachs im Produktionsbereich, also hier im Lande beim Produzenten und dem Betrieb, der die Aufbereitung durchführt, bleibt. Das erspart uns Verluste und dem Käufer mehr Kosten." Nach Auffassung des Deutschen, der in der Extremadura heimisch ist, gilt dies auch für andere Bereiche. Die Mentalität sei hier aber so, daß man bemüht sei, eine „direkte Bewirtschaftung des Landes" zu vermeiden. „Man hat immer versucht, das Land einem anderen zu geben, und hat gesagt, wenn ich nicht fünf Mark verdiene, verdiene ich vier, und wenn es keine vier sind, verdiene ich eben nur drei Mark, aber ich habe kein eigenes Risiko und keine Mühen. Das ist hier ein bißchen die Mentalität, die man ändern muß."

Hannemann gab ein Vorbild, indem er selbst eine intensive Kultivierung vormachte. Heute gibt es über 2000 Familien, die vom Himbeeranbau wenn nicht leben, so doch einen großen Teil ihres Lebensunterhaltes damit bestreiten. „Es sind wieder viele Emigranten auf ihre Landflächen zurückgekehrt, zurück in die Dörfer, die leerstanden. Auch viele Jugendliche sind wegen des Himbeeranbaus wieder zurückgekommen, weil *sie im Ausland oder in* Katalonien in den Industriegebieten arbeitslos waren und hier, in ihrem Lebensraum, in ihrem Dorf, wo ihre Verwandten und ihre Eltern leben, eine Existenzmöglichkeit gefunden haben." Hannemann ist überzeugt, daß es entscheidend sei, das dörfliche Leben und seine Eigenständigkeit auch in heutiger Zeit zu erhalten und die Leute wieder aufs Land zurückzuholen, anstatt noch größere Arbeitslosenheere zu schaffen. Inzwischen hat man in der Extremadura die Vermarktungskanäle zu den Zentren Europas gefunden, entwickelt und konkurriert mit den klassischen Produzenten Ungarn und Schottland.

Aber der Anbau von Himbeeren, die nach dem System der Tröpfchenbewässerung begossen werden, *hat* sich nicht einfach neben den bisherigen Monokulturanbau von Tabak *und Paprika gestellt.*

Experimentiert wird mit einer Vielzahl exotischer Früchte, die in Europa eine gute Marktchance haben. Erste Ergebnisse beim Kiwi-Anbau setzten selbst neuseeländische Experten in Erstaunen: „Sie sind besser als die von uns." E. S.

EXTREMADURA
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: H. Biehl, Hamburg

„Über Gott und die Welt“: Umberto Ecos Glossen

Er mag keinen Fußball

Der umfassend gebildete Umberto Eco, der mit den historischen geistigen und künstlerischen Epochen und Werken ebenso vertraut ist wie mit der alten und neuen Subkultur, hat sich einmal den Jux erlaubt, mit seinen profunden Kenntnissen einen Kulturkrimi zu schreiben, den Roman „Der Name der Rose“.

In Italien war er auch vorher schon bekannt, da er regelmäßig in Zeitungen und im Wochenmagazin „L'Espresso“ kritische und metakritische Artikel über aktuelle Themen schrieb. Diese Artikel wurden von Bompiani in drei schmalen Bänd-



chen 1973, '77 und '83 gesammelt herausgegeben. Aber im Ausland hat ihn erst sein Roman bei Millionen von Leuten bekannt gemacht, die sich um *sein Fach Semiotik sonst nicht* kümmerten. Da finden nun auch die drei Essay-Bändchen, die soeben zusammengefaßt in dem Band „Über Gott und die Welt, Essays und Glossen“ auf deutsch erschienen, Interesse.

Semiotik untersucht die sprachlichen und nichtsprachlichen Ausdrucksformen in ihrer gesellschaftlichen systembildenden Wirkung. Dabei wird vieles hinterfragt, das bisher fraglos schien. Viele aufregende Dinge stehen in dem Buch. Ein „Lob der Philosophie“, wo das Denken und das ganz andere politische Handeln Heraklits und Parmenides spannend dargestellt wird und die Forderung illustriert, das Fach Philosophie an den höheren Schulen Italiens nicht abzuschaffen.

Komisch und tiefschürfend ist die Beschreibung westamerikanischer Wachsfigurenkabinette, in denen man z. B. Leonardos „Abendmahl“ in besserem Zustand als in Mailand angepriesen bekommt. Aus der Reise durch dieses Amerika zieht Eco wiederum semiologischen Schlüsse.

In einem Punkt, fürchte ich, hat Eco das Hinterfragen jedoch gewaltig überzogen, nämlich in der Verteufelung der Fußballfreunde. Gegen den Sport als Spiel hat er nichts, aber alles gegen den Sport als Spektakel. „Während die Athleten immerhin noch im Spiel wetteifern, wetteifern die Voyeure im Ernst und fallen dann wütend übereinander her.“ Es entsteht dann das Reden über den Sport.

Die Sportpresse redet, die Bürger reden über die Sportpresse, „ein Gerede über ein Reden über das Sehen des Sporttreibens anderer als einer Rede“. Das klingt heideggerisch und ist es auch. Eco zitiert anschließend einen langen Passus Heideggers über das „Gerede“ und macht sogar richtig auf den Unterschied zwischen dem philosophischen Fund und seiner eigenen polemischen Verwendung des Terminus aufmerksam. Jedenfalls sieht man hier, wie die neueste Heidegger-Renaissance Intellektuelle jeglicher Couleur auf der ganzen Welt erfaßt, genau wie seinerzeit Hegel.

Im Sportgerede „entladen und neutralisieren sich die intellektuellen Energien – die physischen Energien sind nicht mehr im Spiel. Infolgedessen verlagert sich der Wettkampf auf die rein ‚politische' Ebene“ und wird *zu einer „Parodie der politischen* Diskussion“. Und was folgt daraus? „Da sich in der Parodie alle Kräfte entladen und erschöpfen, die dem *Bürger für die politische Diskussion* zur Verfügung stehen, ist das Gerede in Wirklichkeit der Ersatz der politischen Diskussion … der Sport erfüllt seine Rolle als falsches Bewußtsein.“ Und so wie im alten Rom Brot und Spiele zur Ablenkung von der Politik geboten wurden, so ist auch der Fußball ein „Herrschaftsinstrument“.

Kurios. Die These überschlägt sich in der behaupteten Erschöpfung aller intellektuellen Kräfte. Ich kenne z. B. sehr engagierte, gescheite und einflußreiche Linke, die fast jede Woche *im Stadion die Leistungen „ihrer“* Mannschaft verfolgen. Während der Woche halten sie Seminare ab und schreiben Bücher. In Wirklichkeit, und das gibt Eco unumwunden zu, mag er den Fußball überhaupt nicht, auch nicht als Spiel, da er in seiner Jugend immer daneben trat.

Wir wollen ihm wünschen, daß die zwei Antifußball-Essays im Buch die Gebildeten unter den Fußballfans *nicht hindern, mit ihren verbliebenen* intellektuellen Kräften sich an den vielen anderen Essays zu delektieren.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Umberto Eco: „Über Gott und die Welt“, Essays und Glossen, deutsch von Burkhart Kroeber. Hanser Verlag, 304 S., 34 Mark.





„Ihr lieben Russen“: Horst Janssens Porträtzeichnungen von Puschkin (nach Tropinin, links) und Wassili Schukowski aus der „Moskauer Suite“ FOTOS: ARKANA

„Toska“ heißt Schwermut: 200 Zeichnungen von Horst Janssen in Moskau

Mit handgeschriebener Grußadresse

Mokierte er sich? Spielte er wieder eine seiner *Rollen*, die er genauso virtuos beherrscht wie den Bleistift oder die Radiernadel? Denn seltsam mußte den anwesenden sowjetischen Kulturfunktionären diese Grußbotschaft bei einer Moskauer Vernissage klingen. „Geliebte Mädchen, Frauen und Männer – ihr lieben Russen“, begann sie, „ich danke Ihnen so sehr für die Gastfreundschaft, die sie meinen Kritzeleien und Zeichnungen schenken.“ Um dann fortzufahren, „da ich mich nun Eurer russischen, sanften und heftigen Psyche inniglich verwandt fühle, bin ich so glücklich, meine Kinder in der Obhut Eurer Gastfreundschaft zu wissen. Ich danken Ihnen.“

Horst Janssen, der deutsche Zeichner, dessen Ausstellung jetzt im Moskauer Sovicenter eröffnet wurde, konnte wegen Krankheit nicht selber reisen. *Er schickte seine Gefährtin* Birgit Jacobsen mit der handgeschriebenen Grußadresse.

Deutsche und sowjetische Flaggen zieren den Eingang zur Ausstellung. Ein Milizionär patrouilliert vor dem Absperrgitter. Mehr als 200 Zeichnungen und Radierungen von Janssen werden in Moskau gezeigt. Vorher waren sie bereits mit großem Erfolg in Nowosibirsk zu sehen. Ermöglicht wurde diese Ausstellung durch die Deutsche Bank in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein Göttingen.

Janssen ist auch längst ein fester Begriff in der Moskauer Kunstwelt. Der Andrang der Kunstinteressenten ist gewaltig, denn Janssen öffnet ihnen völlig neue Perspektiven. Da herrscht kein aufgesetzter Heroismus mit Personen- und Denkmalskult und der propagandistischen Überfrachtung, der einem in den Webmustern der offiziellen Kunst entgegendampft. Janssen geht ungeniert seiner Neigung zur Romantik mit freier, fast spielerischer Linie nach.

Begeistert stehen die russischen Besucher vor den Werken aus seiner „Moskauer Suite“. Der Zyklus „Toska“ – dem russischen Wort für „Schwermut“ – zieht sie magnetisch an. In diesen Blättern, die 1981 entstanden, kann sich das Publikum am leichtesten mit dem deutschen Künstler identifizieren. Es sind einfühlsame Porträts von Puschkin, Gontscharow, Gogol, Turgenjew, Dostojewski und Leo Tolstoi: Zeichnungen mit spannungsreichen Hell-Dunkel-Kontrasten.

Dazwischen hängen träumerische Aquarelle weiter, lichter Birkenwälder. Janssen ist bisher nicht in der Sowjetunion gewesen. Seine Porträts und Landschaften entsprangen nur der leidenschaftlichen Phantasie. *Aphorismen und Zitate ergänzen diese* Charakterstudien. Hier ließ einer den Geist und die Lebenswärme einer vergangenen Epoche durch sich hindurchströmen. Und die jungen Sowjetbürger stehen fasziniert vor seinem Werk.

Nur manchmal regt sich ein kritischer Zeitgeist, bemängelt ein junger Mann, „wir leben im heutigen Fortschritt, dieses Rußland auf den Zeichnungen ist längst versunken“. Doch niemand hört hin. Den stärksten Widerhall findet ein Tolstoi-Porträt, dessen strahlend blaue Augen die Besucher scheinbar durchdringen.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Literarischer Sensationsfund: Sonett Shakespeares

Shall I die, shall I fly?

„Es sieht verdammt gut aus“, sagte der *Literaturwissenschaftler* John Pitcher vom St. John's College der englischen Elite-Universität Oxford. „Vielleicht nicht die besten Verse, die er je geschrieben hat, aber es ist schon sehr aufregend.“ Der Professor meinte damit ein Gedicht-Manuskript, das ein junger amerikanischer Adlatus in der weltberühmten Bodleyan-Bibliothek der Universität ausgegraben hatte und das jetzt nach sorgfältiger Prüfung William Shakespeare zugeschrieben wird.

Das bedeutet eine literarische Sensation. Trifft die Zuschreibung zu – und alle Ergebnisse der verfügbaren *Testmethoden deuten darauf hin* –, wäre dem Shakespeareschen Korpus zum erstenmal seit dem 17. Jahrhundert ein neuer Text hinzugefügt.

Der 32jährige Gary Taylor aus den USA war im Auftrag der Oxford University Press damit beschäftigt, eine für das kommende Jahr geplante einbändige Ausgabe der Werke Shakespeares vorzubereiten. Mehr als sieben Jahre hatte er bereits an der Edition gearbeitet, als er bei der Erforschung der Quellen auf einen Folio-Band aus der Zeit um 1630 stieß, mit einem Gedicht im typischen Stil der elisabethanischen Liebeslyrik. Und es war mit Shakespeares Namen unterzeichnet!

Obwohl schon 1895 und 1969 Benutzer der Bibliothek dieses Gedicht bemerkt hatten, war bisher niemand der Frage der Autorschaft mit wissenschaftlicher Methodik nachgegangen. Gary Taylor holte es jetzt nach: Er analysierte die kalligraphische Schrift und die Tinte, die der unbekannte Kopist des frühen 17. Jahrhunderts benutzt hatte, und kam zu dem Resultat, daß die Kopie dem Original entsprach und der Name William Shakespeare auf keinen Fall von einem Fälscher oder einem Spaßvogel später hinzugefügt worden war.

Es folgten, mit Hilfe des Computers, forensische Untersuchungen sowie intensive Nachforschungen in solch führenden Manuskriptzentren wie der British Library in London, der Folger Library in Washington, der Huntington-Sammlung in Kalifornien und an den Universitäten von Harvard und Yale. Danach stand fest, daß die in neun Strophen unterteilten neunzig Zeilen zumindest „frei“ waren. Das heißt, die Forschung hatte sich ihrer – obwohl ihre Existenz einigen Experten bekannt sein mußte – noch nicht angenommen und sie weder Shakespeare selbst noch einem seiner Zeitgenossen zugeordnet.

Am letzten Wochenende waren sich die Oxforder Literaturwissenschaftler sicher. Der Band, den jeder Interessent 230 Jahre lang in der Bodleyan hätte ausleihen können, wanderte in einen Panzerschrank, und der Verlag gab die Entdeckung der Öffentlichkeit bekannt.

Das Gedicht ist in kurzen, sechssilbigen Zeilen mit ungewöhnlichen Binnenreimen verfaßt; alle neun Verse beginnen nach diesem Schema, zum Beispiel: „Shall I die, Shall I fly“, „Ian a dream, it did seem“ oder „Next her hair, forehead fair“. Es schildert den Traum eines Liebenden, der im Schlaf glückvolle Erfüllung mit der Geliebten findet, um nach dem Erwachen wieder vor der wesentlich kühleren Realität zu stehen: „But alas, dreams do pass …“

Shakespeare war ungefähr dreißig Jahre alt, als er das Poem zwischen 1593 und 1595 (zur Entstehungszeit seiner Komödie „Ein Sommernachtstraum“) zu Papier brachte. Daß es stets vernachlässigt oder glatt übersehen wurde, erklärt *Gary Taylor so*: „Viele Leute haben den Band durchblättert, darunter sehr bedeutende Gelehrte, große Kenner des elisabethanischen Zeitalters. Aber *man weiß* ja, wie es geht. Wenn man ein bestimmtes Gedicht überprüft, weiß man, auf welcher Seite es steht, schlägt sie auf und überschlägt die anderen Seiten.“

Der Umstand, daß hier nicht ein unbekanntes Manuskript mit einem solch sensationellen Anspruch ganz plötzlich aus dem Dunkel aufgetaucht ist, verleiht der Entdeckung des jungen Amerikaners besondere wissenschaftliche Plausibilität. Dazu trägt ebenfalls die Geschichte des Folio-Bandes bei, der der Bodleyan Library von dem 1755 verstorbenen Bibliophilia-Sammler Richard Rawlinson hinterlassen wurde und sich seither in der Bibliothek befand.

Gary Taylor gebührt das Hauptverdienst an dem literarischen Coup, den er damit einleitete, daß er die in der sogenannten steilen englischen Sekretärsschrift abgefaßte altertümliche Textvorlage transkribierte und ins Reine tippte. Er zeigte die moderne Form *zunächst bei Kollegen in* Oxford herum und entwarf mit ihrer Ermunterung anschließend den Testplan, der ihn zu einem vollen Erfolg geführt zu haben scheint.

JOHANN SCHLEE

Seit 20 Jahren gehen Hörfunkmacher aus der 3. Welt in Köln zur Radioschule

Ausbildung bei der Deutschen Welle

Niemand kann sich heute noch so recht erinnern, wer damals als erster mit dem Vorschlag herausrückte. Zur Sprache kam er, als Vertreter der Deutschen Welle 1965 in Kigali mit Verantwortlichen des nationalen Radios über die Errichtung einer Relaisstation in Ruanda verhandelten. Am Ende einigte man sich darauf, daß der Auslandssender der Bundesrepublik in seinem Funkhaus in Köln eine Gruppe Ruander zu Rundfunkfachkräften ausbilden werde.

Den ersten vierzehn Praktikanten aus Kigali folgten bald weitere und ab 1967 immer mehr. Heute kann die Deutsche Welle eine ansehnliche Erfolgsbilanz vorweisen: In ihrem Ausbildungszentrum, das in diesem Jahr seinen zwanzigsten Geburtstag feiert, sowie bei Fachseminaren im Ausland wurden bisher rund 1300 Mitarbeiter von Radio-Organisationen aus 80 *Staaten der Dritten Welt geschult.*

Noch immer ist der Hörfunk das wichtigste Massenmedium in den meisten Entwicklungsländern. Er dient nicht nur der Information, Bildung und Unterhaltung, er bietet auch eine Art von Lebenshilfe. So werden Kampagnen aller Art, sei es in der Landwirtschaft oder auf dem Gesundheitssektor, vom Radio angekündigt, erläutert und gefördert. Viele der ausschließlich regierungseigenen Rundfunkanstalten sind jedoch in ihrer technischen Ausrüstung veraltet und darum nicht in der Lage, die Bevölkerung landesweit mit Programmen zu „beliefern“. Auch haben zum Beispiel von rund 100 000 Radiomitarbeitern in Asien nur knapp zehn Prozent eine rundfunkspezifische Ausbildung. Die Möglichkeit, ihr Personal zu schulen, besitzen nur wenige Stationen. Also sucht man Hilfe von außen, und einer der meistgefragten Partner ist die Deutsche Welle.

Zu Beginn wurden die Aus- und Weiterbildung allein von der Initiative vieler Mitarbeiter des Hauses getragen. Weil aber die Bundesregierung im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik gerade auch der Förderung der Massenmedien in der Dritten Welt besondere Bedeutung beimißt, ließ sie sich nicht lumpen. Sie machte schon 1967 die Mittel locker, die es der Deutschen Welle ermöglichte, ein Ausbildungszentrum einzurichten, *in dem im Bonner Auftrag* das ganze Jahr über eine systematische Schulung betrieben wird. Der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit dafür bewilligte Etat beläuft sich zur Zeit auf rund 2,4 Millionen Mark.

Angeboten vom DW-Ausbildungszentrum werden sowohl Kurse für Hörfunktechniker wie auch für Programm-Macher. Die Lehrgänge dauern drei Monate und werden dreimal im Jahr veranstaltet. Dazu kommen jährlich noch drei Kurse in Studio-, Meß- und Sendertechnik, die jeweils über vierzehn Monate laufen. Für die Dauer ihrer „Schulzeit“ in Köln sind die Radioleute aus der Dritten Welt Gäste der Bundesregierung. Sie übernimmt die Reisekosten und zahlt jedem Stipendiaten ein monatliches „Taschengeld“ von 1200 Mark.

Jeder, der in Köln oder draußen einen Lehrgang mit Erfolg absolviert hat, erhält ein Zeugnis der Deutschen Welle und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Urkunde hilft den Stipendiaten sehr oft bei ihrem weiteren beruflichen Werdegang. „In fast allen Radiostationen von Entwicklungsländern arbeiten frühere Kursteilnehmer als Redakteure und Techniker“, sagt Winfried-Illo Graff, der Leiter des DW-Ausbildungszentrums. „Ganz besonders stolz sind wir natürlich auf die über einhundert Ehemaligen, die *es inzwischen zu Abteilungsleitern* oder sogar Direktoren ihrer Rundfunkanstalten gebracht haben.“

Natürlich profitiert auch die Bundesrepublik von der Kölner „Radioschule“. Die Programm-Macher, die bei der Deutschen Welle „gelernt“ haben, verwenden für ihre aktuellen Sendungen bevorzugt Informationen aus der Bundesrepublik, weil sie dieses Land aus eigener Anschauung kennen, und sorgen damit auch für ein gutes Deutschland-Bild in der Dritten Welt.

EGON WOLFF

KRITIK

Begegnung mit einem Menschen

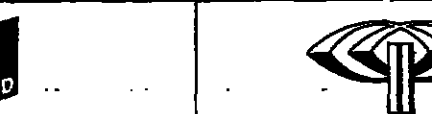
Wie tröstlich, daß es im Fernsehen hin und wieder noch *Gesichter* zu schauen gibt und nicht nur ewig lächelnde Schönheits-Masken à la Dallas und Denver. **Ungeschminkt und fern der Heimat** (ZDF) nannte Claus Bienfait sein Portrait der Liv Ullmann. Ungeschminkt sprach sie auch, meditierte über sich, den Film, das Theater, die Schriftstellerin Liv Ullmann und Sonderbotschafterin der UNICEF. Und sie verschwieg auch nichts über die Ullmann von heute. Daß sie zum Beispiel immer eine leidenschaftliche Norwegerin gewesen sei und darunter leide, in ihrer geliebten Heimat, wie einst auch Hamsun, nicht geliebt zu werden, daß sie eine politische Frau sei, weil ihr Protest gegen den Hunger der Welt und ihr Engagement zur Beseitigung bestehender sozialer Ungerechtigkeiten wohl etwas mit Politik zu tun *hätten. Man muß dem Autor dafür dankbar sein, in nur 45 Minuten eine* Fülle überzeugender Momentaufnahmen dieser großen Frau eingefangen zu haben, die tatsächlich ungeschminkt über ihre *noch* vorhandenen künstlerischen Visionen und privaten Sehnsüchte Auskunft gab. Kein falscher Ton darunter. Ein Portrait *nur? Eine Begegnung* war es.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

Die Spandauer Barbarei

Rudolf Hess ist heute 91 Jahre. Vierundvierzig Jahre seines Lebens hat er in Internierung, Haft und im Internationalen Militärgefängnis in Spandau verbracht. Seit 1920 war er Gefolgsmann Hitlers, den er – subjektiv ehrlich – für den Erlöser der Deutschen hielt, seit 1933 „Stellvertreter des Führers“. Seit 1966 ist er, unter Viermächtekontrolle, einziger Insasse des Spandauer Zuchthauses: **Der Letzte von Spandau** (ZDF). Die *Autoren Lutz Becker und Guido Knopp haben gute Arbeit geleistet.* Angefangen vom Sohn des greisen Häftlings, Wolf Rüdiger Hess, haben sie an deutschen, englischen und amerikanischen Zeugen aufmarschieren lassen, wer irgend noch erreichbar war. Klar herausgestellt wurde die Tatsache, daß der „Stellvertreter“ schon mindestens Ende der 30er Jahre im Gerangel der Paladine Hitlers jeden Einfluß verloren hatte. Kein Konsens kam in der alten Frage zustande, ob er nun mit oder ohne Wissen Hitlers seinen Flug vom 10. Mai 1941 nach England, den Versuch, England zum Frieden zu bewegen, angetreten hat. Im Nürnberger Prozeß 1945/46 wünschten die Sowjets ein Todesurteil, die drei westlichen Richter nur 20 Jahre Gefängnis. Das Ergebnis war ein schrecklicher Kompromiß: lebenslänglich! Alle Bemühungen, den uralten Mann endlich freizulassen, sind am Veto der Sowjetunion gescheitert. Die Dokumentation schloß mit dem eindringlichen Appell, endlich Gnade walten zu lassen.

WALTER GÖRLITZ





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die Ärztin
Chinesischer Spielfilm (1984)
12.10 Rückkehr gen Osten
Die Re-Islamisierung der Türkei
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
16.55 Spaß am Dienstag
17.25 Da schau her!
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Unter dem scheinbar unpassenden Titel „Zärtliche Kolosse“ beschäftigt sich Heinz Sielmann heute mit dem Leben der Krokodile und Rhinozerosse. Er entdeckte dabei Eigenarten dieser Tiere, die bestehende Vorurteile aus dem Weg räumen.
21.00 Monitor
Themen:
Tiefflug gegen die Gesundheit – Kleinkinder und alte Menschen sind besonders gefragt
Streit um Fluoride – Zu Ursachen und Vorbeugung vor Karies
Milliarden in den Sand – Der Plan des Dollarthafen
Schwarzfahrer hinter Gitter
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Wo ist Charlie?
J. R. findet Gefallen an Mandy, der hübschen Freundin seines Erzfeindes Cliff Barnes. Dem ist das ganz recht, hofft er doch, so einiges über den ungeliebten Ewing zu erfahren. Bobby wiederum hat ganz andere Sorgen. Jennas Tochter Charlie ist verschwunden.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Schaukasten
Filmstadt Berlin. Die Sendung beschäftigt sich diesmal mit dem Anspruch der einstigen Hauptstadt, wieder wer zu sein in der schillernden Welt des Kinos.
Bericht von Michael Strauven
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Maren Bienhold
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
Mit Michael Sauer
Zu Gast: Irene Epple
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Wo die Liebe hinfällt
19.00 heute
19.30 Der Garten
Komödie von Tim Aspinall
Deutsch von Marianne de Barde
Mit Elisabeth Bergner, Gert Fröbe, Veronika Fitz u. a.
Regie: Wolfgang Liebeneiner
Der alte Ted findet eine späte Beschäftigung im Garten der ebenfalls nicht mehr jungen Offizierswitwe Lady Merriman. Die unterschiedliche Herkunft der beiden führt bald zu Konflikten.
21.00 ZDF – Ihr Programm im Dezember
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Themen:
Sollen die Gewerkschaften ausgeblutet werden? Streit um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Streik und Aussperrung
Was ist von den Tarifvertragsparteien zu erwarten? Gäste im Studio: *Dr. F. H. Himmelreich* (BDA) und K.-H. Janzen (IG Metall)
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Live aus München:
Spielraum
Meine Heimat – Die Stadt
Moderation: Peter Huemer
Regie: Peter Behle
Aus der Redaktion „Kleines Fernsehspiel“
Anschl. heute



Gert Fröbe als Ted Mayward, Sergeant a.D., hat sich in seine Nachbarin Mrs. Merriman, von Elisabeth Bergner gespielt, verliebt: „Der Garten“ – 19.30 Uhr, ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Ungarns neue „Gründerzeit“
20.45 Rückblende
Vor 120 Jahren geboren: Adolf Damaschke
21.00 Formel Eins
21.45 *Landesspiegel*
Wo gehobelt wird …
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Im Fadenkreuz der Supermächte:
Der Indische Ozean
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler
18.45 Musik für uns – Musik für Euch
19.00 Kleine Pause? – Keine Panik! (5)
19.15 Startschuß
20.00 Tagesschau
20.15 *Berliner Platz*
21.15 Tema
22.00 Frauen in der DDR (5)
22.45 Das Verhör des Adolf Eichmann (3)
0.05 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
Der Weg in den Wohlstand
19.05 Formel Eins
20.00 Desert Fury – Liebe gewinnt
Amerikanischer Spielfilm (1947)
21.35 Drei aktuell
21.50 Kultur – aktuell in Hessen
22.35 *Der Überlebende*
Erinnerungen an den Schriftsteller Günther Weisenborn
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Nur für das Saarland:
20.15 Seilfahrt
21.00 Autos, die Geschichte machten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Phantom der Oper
Amerikanischer Spielfilm (1943)
22.45 Avanti! Avanti! (25)
23.15 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Im schwarzen Rößl
Österreich. Spielfilm (1961)
Eva, die als Nummerngirl bei einer Revue-Truppe arbeitet, erbt ein heruntergekommenes Hotel im Kurort St. Wolfgang am Wolfgangsee.
Mit Karin Dor, Peter Kraus u. a.
Regie: Franz Antel
20.35 Kajak
Film über die Faszination des Kajakfahrens
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.30 Z. E. N.
Herbstbilder der Toskana.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Perrine
Alpenüberquerung
14.00 Charlie Chan
Charlie Chan in Shanghai
15.00 Mein Freund Taffel
Die Spur führt ins 6. Revier
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Nachbarschaftshilfe
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Die Jagd auf ein Phantom
18.00 Taxi
Wer heiratet Latka?
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Mikosch, der Stolz der Kompanie
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Gunther Philipp, Walter Gross, Kurt Grosskurth u. a.
Regie: Rudolf Schündler
Ferdl ist ein Vorstadtkomiker, aber ganz bestimmt kein brauchbarer Soldat. Dennoch muß er den Waffenrock anziehen …
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte(n)
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Krieg und Frieden
Sowjetischer Spielfilm (1965)
Teil 3
Mit Ludmilla Sawelewa, Sergej Bondartschuk u.a.
Regie: Sergej Bondartschuk
23.40 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Die goldene Reisschüssel
Österreichische Unternehmer in Fernost
Dokumentation von Michael Brauner
Der ORF-Asienkorrespondent berichtet über erfolgreiche österreichische Geschäftsleute in Japan, Korea und Hongkong.
20.15 Das Traumschiff
Urlaubsgeschichten auf See (2)
Regie: Fritz Umgelter
Das Ehepaar Else und Walter Borchert unternimmt eine ganz besondere Reise, nämlich eine Reise in ziemlich verspätete Flitterwochen …
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Spielbankaffäre
Spielfilm
(„DDR“ / Schweden 1957)
Mit Gertrud Kückelmann, Jan Hendriks, Rudolf Forster u. a.
Regie: Artur Pohl
22.00 Spiel / Wetter
Horoskop / Betthupferl

Heulen mit den Wölfen

M. v. Z. – Über die Rolle des Märchens für die kindliche Entwicklung sind wir informiert. Trotzdem bleiben da gewisse Probleme bei Rotkäppchen oder den sieben Geißlein. Sollen wir in den Freudengesang „Der Wolf ist tot" mit einstimmen? Oder sitzen wir da einer Projektion unseres Über-Ich auf?

Während wir noch grübeln, kommt der italienische WWF (World Wildlife Fund) daher und erklärt, daß die Wölfe in Westeuropa fast ausgerottet sind, sei Schuld der Fabeldichter von Aesop über Phaedrus bis La Fontaine, die diesen Tieren einen üblen Ruf angedichtet hätten. Die Verleumdung vom „reißenden Wolf", der in Wahrheit – Konrad Lorenz ist Zeuge – ein stolzes, menschenscheues Tier ist, wurde zur Freikarte für Jäger, Bauern und Wilderer. Nun aber gelte es, die letzten 240 Wölfe in Italien, die hauptsächlich in den Abruzzen leben, zu retten. Deshalb will man ihnen ein neues Image verschaffen.

Die erste, gewiß geschäftsfördernde Idee kam einem bekannten Plüschtierfabrikanten. Der wird im Namen des WWF in 70 Spezialgeschäften als Weihnachtsschlager einen Jungwolf mit zärtlichem Glasaugenblick zum Lieben und Kuscheln anbieten. Denn wie sonst kann man den Müttern abgewöhnen, ihren ungezogenen Lieblingen mit dem bösen Wolf zu drohen?

Die zweite Idee ist ein Märchenpreisausschreiben, dessen Gewinner für die schönste Geschichte vom guten Wolf fünf Millionen Lire erhält. In der Jury sitzen bekannte Schriftsteller und 25 Kinder. Die müssen dann allerdings scharf aufpassen, daß man ihnen nicht als neues Märchen eine der alten Rotkäppchen-Parodien unterjubelt, in dem das Mädchen mit dem Tier durchbrennt, nachdem man die Großmutter beraubt hat. Oder sollen wir den Plüschtierfabrikanten ein Modell vorschlagen, bei dem das Wolfsfell mit einem Reißverschluß zu öffnen ist, um darunter als Symbol der Friedfertigkeit, ein Lamm zu zeigen?

Der Zweck heiligt jedenfalls die Mittel, mag darüber auch das „homo homini lupus" zum Teufel gehen. Denn nachdem uns schon die legendären Abruzzen-Räuber abhanden gekommen sind, können wir nicht auch noch auf die Abruzzen-Wölfe verzichten.

Das Werk der Paula Modersohn-Becker: Ausstellungen in Bremen und Neuß

Voll zärtlicher Menschenliebe

Hartnäckig hält sich in unseren Kunstbüchern eine Irrlehre, die Paula Modersohn-Becker dem deutschen Expressionismus zurechnet; von vielen wird sie als seine bedeutendste Wegbereiterin dargestellt. Wer auch immer dieses simplifizierende Klischee in die Welt gesetzt hat und wer es immer noch nachbetet, der hat weder ihre frühen Arbeiten richtig gesehen noch ihr spätes Werk in seinem Wesen erkannt – soweit bei einer Künstlerin, die nur einunddreißig Jahre alt wurde, von einem „Spätwerk" die Rede sein kann.

Zugegeben, der Expressionismus ist ein Phänomen mit fließenden Grenzen; da läßt sich alles unterbringen, was sich „ausdrücklich" mitteilen will. Mit dem spezifisch deutschen Expressionismus aber, als dessen Protagonistin sie hingestellt wird, hatte Paula Modersohn-Becker nichts zu tun; da gibt es weder zeitlich noch stilistisch und erst recht nicht im Prinzip erkennbare Berührungspunkte.

Die Merkmale des deutschen Expressionismus – als da sind: expressives Pathos, verzerrende Darstellung, drastisch-übertriebener Gefühlsausdruck (stellenweise romantisch-metaphysischer Ausprägung) – sie sucht man in den Bildern dieser Malerin vergebens; man findet eher die jeweiligen Gegenbeispiele dazu.

Zwei Ausstellungen bieten in diesen Wochen, gewiß zufällig einander ergänzend, die Gelegenheit, die Kunst der Paula Modersohn-Becker und ihren entwicklungsgeschichtlichen Ort neu zu erkunden und genauer zu fixieren. Man findet ihn im Schnittpunkt zahlreicher Strömungen, Spannungen und Entwicklungslinien, aber von der „Brücke" genauso weit entfernt wie schließlich von Worpswede. Es ist unerläßlich, zur anschaulichen Bestimmung dieser Position einige Namen und Stichworte zu nennen wie: Cézanne, van Gogh, Gauguin, die „Nabis" vor allem und Paris als Klima sozusagen.

Doch damit sind nicht „Einflüsse" angedeutet, vielmehr kennzeichnen diese Namen Zeitströmungen, Tendenzen und Triebkräfte der Kunst jener Jahre, höchst heterogene Entwicklungselemente und Voraussetzungen der inzwischen „klassisch" gewordenen Moderne. Paula Modersohn-Becker spürte diese neuen Strömungen und Kräfte, die gingen durch sie hindurch, sie trafen und durchdrangen sich in ihrer einsamen künstlerischen Existenz. Sie hatte dieses Erlebnis als eine der ersten ihrer Generation zu bestehen, vor den Fauves und vor den deutschen Expressionisten.

Als sie im November 1907 starb, waren jene in Paris, diese in Dresden gerade erst im Aufbruch begriffen. Und als sie den Bildern Cézannes und Gauguins begegnete, fand sie in ihnen nicht Vorbilder, sondern Bestätigungen der eigenen künstlerischen Intention; bei Bonnard, Denis, Sérusier, Vuillard, die sich als „Nabis" (Propheten, Erleuchtete) einer neuen Kunstauffassung in Pont-Aven zusammengefunden hatten, entdeckte sie Verwandtes.

All dies machen die beiden Ausstellungen in Neuß und Bremen überzeugend deutlich. Die Bremer Kunsthalle zeigt das zeichnerische Frühwerk von Paula Modersohn-Becker, das sind die Arbeiten der Studienzeit in London, Bremen, Berlin und des ersten Paris-Aufenthalts im Jahr 1900 mit zwei Zwischenstationen in Worpswede. Ihr Weg zur künstlerischen Selbstfindung läßt sich nirgends besser verfolgen als in den von der Forschung lange vernachlässigten Zeichnungen, die auch den Schwerpunkt ihrer Ausbildung und ihres endlosen Studiums bildeten.

Die Ausstellung beginnt mit dem Selbstbildnis der Siebzehnjährigen und endet mit einer Auswahl großer Aktzeichnungen aus der Pariser Akademie Cola Rossi. Eine Reihe von Ölbildern, Aquarellen und Pastellen lockert (wenn das nötig wäre) das insgesamt 171 Blätter zählende Ensemble farblich und thematisch auf.

Die Ausstellung des Neußer Clemens-Sels-Museums umfaßt 52 Gemälde, 85 Zeichnungen und eine Fülle von Vergleichsmaterial; sie begleitet gewissermaßen die Bremer Ausstellung ein gutes Stück Weges bis Paris, führt aber darüber hinaus weiter in die letzten Lebensjahre der Malerin, die es, wenn sie in Worpswede war, ständig nach Paris trieb, und die sich in Paris immer wieder nach Worpswede sehnte.

Mit dieser Ausstellung gibt die Feldhaus-Nachfolgerin Gisela Götte ihr glänzendes Debüt als neue Museumsdirektorin. Sie bietet ihrem Publikum damit mehr als eine ohnehin schon verdienstliche Modersohn-Becker-Schau, weil es ihr nämlich vorzüglich gelungen ist, diese durchweg aus Leihgaben bestehende Ausstellung an die museumseigene Schausammlung gewissermaßen organisch anzubinden.

Bekanntlich hat das Clemens-Sels-Museum seit den fünfziger Jahren eine hierzulande einzigartige Sammlung französischer Symbolisten und der Nabis aufgebaut; Maurice Denis zum Beispiel ist in keinem anderen deutschen Museum so eindrucksvoll vertreten wie in Neuß. In dieser Ausstellung nun wird die Vielfalt der Bezüge, Zusammenhänge und Verwandtschaften sichtbar, die das Werk der Modersohn-Becker mit dem Schaffen der Bonnard, Denis, Maillol, Valloton, Vuillard ebenso wie mit der Malerei Cézannes, Gauguins, Puvis de Chavannes' und anderen verknüpft.

Nicht allein die Ausstellung zeigt dafür augenfällige Vergleichsbeispiele, die vielfach eher die abweichende, neuschöpferisch-eigenständige Auseinandersetzung als Ähnlichkeiten und Einflüsse erkennen lassen; das Museum selbst bietet sie, ein Stockwerk tiefer, in großer Auswahl an. Selten findet man in unseren Museen noch diese lebendige gegenseitige Ergänzung und Durchdringung von Eigenbesitz und Wechselausstellung.

Die Bilder von Paula Modersohn-Becker erklären sich hier förmlich von selbst. Man sieht die Querverbindungen, man spürt das Eigenwüchsige. Ihre Akte und Figurenbilder sind so kühn wie tief empfunden. Ihre Stilleben und Landschaften von einer wohldurchdachten, autonomen Ordnung und starker innerer Stabilität; suggestiv und von herber Harmonie in der Farbgebung, klar und großzügig in der Formulierung, spannungsvoll in ihrer geometrischen Konstruktion und „Verkettung"; die Konturen gleichermaßen fest und sensibel.

Der Worpsweder Naturlyrismus verlor sich spätestens in Paris. Aber es ist nicht die kühle Distanzlosigkeit eines lieblos registrierenden Realismus, schon gar nicht das Ecce-Homo-Pathos der Expressionisten, was uns Menschen wie Dinge gleichsam handgreiflich naherückt und aus nächster Nähe sehen läßt, sondern zärtliche, elementare Natur- und Menschenliebe, tiefe Empfindungsfähigkeit und Wirklichkeitserfahrung, ein Leben lang kontrolliert in der strengen Schule des Zeichnens mit Kohle und Blei. (Clemens-Sels-Museum Neuß bis 15. 12. 85, Katalog 25 Mark; Kunsthalle Bremen bis 26. Januar 1986, Katalog 26 Mark)

EO PLUNIEN



Die neuen Strömungen und Kräfte gespürt: „Geschwister" (1906) von Paula Modersohn-Becker, aus der Neußer Ausstellung FOTO: MUSEUM



„Brustbild eines Mädchens in der Sonne vor weiter Landschaft" von Paula Becker, 1897, in der Kunsthalle Bremen FOTO: KATALOG

JOURNAL

Wiener Festwochen: „Heimat Mitteleuropa"

dpa, Wien

Moderne Mozart-Inszenierungen wollen die Wiener Festwochen 1986 (9. Mai bis 15. Juni) vorstellen: Die Brüsseler Oper gastiert mit „Cosi fan tutte", inszeniert von Luc Bondy, und mit „La finta giardiniera", inszeniert und ausgestattet von Karl Ernst Herrmann. Die Komische Oper Ost-Berlin gastiert mit einer „Zauberflöte"-Inszenierung von Harry Kupfer. Die britische Kent-Opera gastiert mit der „Hochzeit des Figaro", inszeniert von Nicholas Hytner, und das Hamburger Studio Milletre zeigt die „Gans von Kairo". Von der Komischen Oper Ost-Berlin kommt außerdem Harry Kupfers Inszenierung der Oper „Lear" von Aribert Reimann. In besonderen Veranstaltungen wird auch des 100. Geburtstags von Oskar Kokoschka und des 50. Todestags von Karl Kraus gedacht. Das große interdisziplinäre Festwochen-Symposium steht unter dem Motto „Heimat Mitteleuropa".

Comédie française spielt erstmals Genet

dpa, Paris

Das französische Nationaltheater Comédie française nimmt jetzt erstmals ein Werk des Dramatikers Jean Genet in ihr Repertoire auf. Am 14. Dezember kommt Genets „Der Balkon" (1956) auf die Bühne. Die Stücke Genets, der vom Literatur-Nobelpreisträger Francois Mauriac als „Orpheus der Gosse" bezeichnet worden ist, waren früher als pornographisch verboten. 1983 wurde Genet mit dem französischen Staatspreis geehrt.

Deutsche Trickfilmer gründen Bundesverband

dpa, München

Die deutschen Trickfilmer haben sich in München zu dem Trickfilmverband ASIFA zusammengeschlossen. Der Verband will die Anerkennung und Verbreitung des deutschen Trickfilms im In- und Ausland fördern und die Öffentlichkeit über die Belange dieser Filmsparte informieren.

Düsseldorf zeigt Pankoks „Zigeuner"

lnw, Düsseldorf

Kohlezeichnungen, Holzschnitte, Radierungen und Plastiken von Otto Pankok zeigt bis zum 2. März 1986 das Kunstmuseum in Düsseldorf. Pankok schuf seine Arbeiten zum Thema Zigeuner zu Beginn der NS-Zeit als Bekenntnis für die „rassisch" Verfolgten. Sinti und Roma stellte der Künstler bis zu seinem Tode 1966 dar.

Mark Twain zum 150. Geburtstag

dpa, München

„Mark Twain zum 150. Geburtstag" ist eine Ausstellung bis zum 27. Dezember in der Internationalen Jugendbibliothek im Schloß Blutenburg München gewidmet. Etwa 50 Bücher von und über den amerikanischen Schriftsteller werden gezeigt, darunter bedeutende Twain-Illustrationen von Worth Brehm über Walter Trier bis Quentin.

Die Wiederkehr des „Doppelten Lottchen"

dpa, Duisburg

Einer der beliebtesten Filme der fünfziger Jahre, Josef von Bakys „Das doppelte Lottchen" nach dem Roman von Erich Kästner, kommt wieder in die Kinos. Bundesstart ist der 12. Dezember. Der Film erzählt von Zwillingen, die bei der Scheidung der Eltern als Babys getrennt wurden und sich zufällig in einem Ferienheim treffen. Neben Isa und Jutta Günther in den Hauptrollen sind unter anderem Antje Weisgerber, Peter Mosbacher und Liesl Karlstadt zu sehen.

Frau ohne Schatten, aber mit zwei Stimmen

cr. Zürich

Im Zürcher Opernhaus wurde am Sonntagabend eine Art Musikgeschichte gemacht. Auf dem Spielplan stand die „Frau ohne Schatten" von Richard Strauss. Am Vorabend meldete sich Agnes Habereder, die die Kaiserin singen sollte, als höchstwahrscheinlich grippekrank, am Sonntagmorgen als definitiv erkrankt. Seit Samstagnacht liefen die Telefone heiß, man versuchte Ersatz zu finden – aber keine der zwölf anvisierten „Kaiserinnen" war verfügbar. Man wollte schon auf „Rigoletto" umschalten, als Gwyneth Jones, die Färberin der Vorstellung, eine der anstrengendsten Rollen der Opernliteratur, erklärte, sie habe auch die Kaiserin studiert, aber nie gesungen. Sie sei bereit, sie vom Blatt zu singen, allerdings hinter der Bühne, respektive vom Orchestergraben aus. Dies geschah. Gemimt wurde die Kaiserin von einer Schülerin des Opernstudios. Die Vorstellung war gerettet dank der Jones, die Ovationen erhielt – mit Recht, denn sie sang zwei der größten Opernpartien der Musikliteratur nebeneinander.

Bonn: Erstaufführung von René Kaliskys „Falsch"

Brudermord im Paradies

Das Schlüssel-Symbol könnte fast ein wenig überzogen wirken: Vor dem Eingang zum Paradies wird ein Jude von einem Neger erschlagen. Das „Paradise" ist eine Edel-Disco irgendwo in New York. Und der „Brudermord" ist eher ein Versehen – im üblichen Gedränge um den Einlaß beharrt der Neger auf seinem Recht, der Einlaß müsse der Reihe nach geschehen.

Schon diese Eingangsszene des Stückes „Falsch" aus dem Nachlaß des in Brüssel geborenen polnisch-jüdischen Dramatikers René Kalisky (1936–1981) zeigt eine ganz und gar ungewöhnliche Perspektive: Die Leidenden, die Verfolgten, die Opfer sind auch Handelnde, Entscheidende, in Schuld und Irrtum Verstrickte. Der Jude Kalisky schildert das historische Schicksal seines Volkes aus der Sicht des Betroffenen. Und das war, zumindest in der Deutschen Erstaufführung in Bonn unter Peter Eschbergs Regie, ergreifender als das meiste, was man bislang zu diesem Thema sah.

Kaliskys Stück greift nicht an, es referiert nicht Geschichte, und sei sie noch so bitter. Es geht dem Autor um historische Identitäten, um den Menschen, der in die Geschichte gerät. Und diese komplizierte innere Sicht bedarf einer komplizierten Dramaturgie. Kalisky verlangt vom Zuschauer viel. Der erschlagene Jude erwacht in der Disco zu einem neuen imaginären Leben.

In dieser Art „Jenseits" begegnet ihm seine Familie wieder. Der New Yorker Silvester-Abend wird unversehens zum Sabbat 1939 in Berlin. Vergangenes mischt sich mit Gegenwärtigem, das Davor mit dem Danach, die Leiden der Geretteten mit denen der Getöteten. Ein Fest wird zum Totentanz. Der Silvester-Abend zum Jüngsten (Selbst-)Gericht.

Die jüdische Familie befragt sich selbst. Wer sind wir? Welche Rolle spielen wir? Sind die Lebenden besser dran als die Toten? Hatten die recht, die emigrierten? Oder die, welche Deutsche sein und bleiben wollten? Das Stück fragt und hat keine Antworten bereit. Es endet – in Bonn – mit einem langen Verstummen. Das Erschrecken ist groß.

Wie sollen sie auch antworten, wo das Suchen ihr Wesen ist. Der Schauspieler, der in die USA emigrierte (George Meyer-Goll), muß dort in Nazi-Filmen den bösen Deutschen spielen, weil er so deutsch aussieht. In der Maske des Sängers Al Jolson sorgt er in einer weiteren Identität für den Frohsinn, der dem Leiden die makaberste Folie verleiht.

Oder Familienvater Jakob (Günter Lampe), „ein jüdisches Arschloch in Lederhosen", der seine Familie zum Bleiben in Deutschland auffordert: Hat sein Tod und der seiner Familie das Beharren auf dem Recht, ein Deutscher zu sein, in Schuld verwandelt? Oder ist das eine Sicht des „Nachher"? Ist Ruben (Sascha Scholl), der nach dem Krieg aus Jerusalem nach Deutschland zurückkehrt, moralisch zu verurteilen? Oder bloß ein Mensch, der in der Fremde nicht Fuß fassen konnte?

Und dann ist da noch Lili (Ingrid Schaller), die arische Geliebte des Mediziners Joseph (Walter Renneisen): Sie, der es eigentlich egal war, ob ihr Liebster Jude war oder nicht; sie, die Angst hatte; sie, die in Bombennächten schrie; sie, die zu den Schuldigen gehört – hat sie kein Recht auf Leiden? Ist ihre Angst von anderer Art als die der jüdischen Familie? Vielleicht kann so nur ein jüdischer Autor fragen. Der Mensch in der Geschichte – das ist etwas ganz anderes als die kollektiven Schuldprobleme und das Entweder-Oder einer historischen Bilanz.

Peter Eschberg ist in Bonn eine beängstigende Inszenierung gelungen. Entertainment und Schrecken reichen sich bei ihm auf grausame Weise die Hand. Unter dem Disco-Lichtgefunkel liegt ein Bilder-Fries à la Beckmann. Das Bühnenbild von Hans Kleber rückt die menschlichen Sehnsüchte und Irrungen ganz dicht zusammen.

Und Eschberg gelingen da große Bilder. Wie die „Daheimgebliebenen" sich plötzlich zu weißer Nacktheit entblößen und zum Todeszug formieren – da bekommt das Kreatürliche eine Dimension des letzten Unbehaustseins, des Unverborgenen, des Schutzlosen. So dünn sind die Hüllen der Zivilisation. So schnell verliert der Mensch seine Würde. Oder: Die Überlebenden fordern die Toten zum Tanz. Müde pressen sich die Opfer in den Rhythmus der Freude, des Vergnügens. Mitgerissen taumeln die Toten im Glanzlicht der Show. Die Gegensätze verschränken sich ineinander, formieren sich zu den Fragen des Wohin und Wozu.

Kaliskys Stück „Falsch" (der Name der Familie ist ein Synonym für verstellte Perspektiven) ist ein jüdisches Drama. So bohrend fragt kaum ein anderes Volk nach sich selbst. Aber in Eschbergs Inszenierung weitet es seine Fragestellung aus. Das jüdische Schicksal steht da plötzlich für alle, die sich sicher fühlen. Die Kulissen stürzen schnell. Und der Mensch ist heimatlos. Womöglich gar noch im Paradies. Langer, ergriffener Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Zum Tode der Schriftstellerin Elsa Morante

Weinen über die Liebe

Armes reiches Kind! Jetzt erst ist sie gestorben, die ernste Elsa Morante, die zarte Erzählerin, die schon vor mehr als zwei Jahren freiwillig gehen wollte, genug hatte von einem Leben, das ihr nur voller Liebe lebenswert schien. Kurz bevor ihr der Freitod mißlang und sie zum Hierbleiben mit beschädigtem Gehirn zwang, kam ihr letzter Roman heraus, in dem es am Ende hieß: „Manche sind eben eher geneigt, über die Liebe zu weinen als über den Tod". Über den Tod, ihren eigenen Tod zu weinen, das schob sie gelassen von sich. Sie machte dagegen die Leser des Romans „Aracoeli" Weinen über die Liebe, über eine – ja, tatsächlich – über eine vollkommene Liebe. Das wollte sie als Testament, als Glaubensbekenntnis hinterlassen in einer Welt, die nur noch von Sex und Hedonismus träumt.

Eine altmodische Frau? Eine wundervolle Frau. Liebe zwischen zwei Menschen auf dieser Welt der Geschlagenen immer ein Wunder. Sonst hätten Philemon und Baucis, von den Göttern zu einem im voraus gewährten Wunsch ermuntert, etwas anderes gewünscht als: gemeinsam sterben zu dürfen.

„Aracoeli" ist Elsa Morantes größtes, bestes, unübertreffliches Werk. Schon ihr erstes, „Il gioco segreto", ein Erzählungsband, den sie mit 23 Jahren veröffentlichte, schlug das Thema an: Zarte erotische Mädchenträume, noch ganz ohne Sexualität, und daneben Visionen vom frühen Verkümmern, Altern und Tod. Und siehe da, diese junge Erzählerin ließ damals eine Frau beten: „Oh Jungfrau, du hast mir die hohe Seele einer Königin gegeben und mich dann in dieses erniedrigende Dasein gestoßen. Deshalb komme ich zu dir. Dieses Leben ödet mich an. Ich bitte um meinen Tod".

Das haben wir damals so obenhin gelesen, fanden es interessant, pointiert, raffiniert. Und ahnten nicht, daß in diesen Worten der ganze Ernst eines Lebens vorausgenommen war.

Jetzt wissen wir es. Wir sind Zeugen eines Lebens geworden, das unsere Existenz für erniedrigend hält, für geschlagen, und lebenswert nur unter einer Bedingung: Von den süßen Mädchenträumen zum Wunder, und sonst nichts. Und dann: Genug.

Gewiß, sie hat manches andere geschrieben, „Lüge und Zauberei" und „Arturos Insel", das waren phantasievolle, ästhetisch sehr gute Arbeiten, auf der Höhe des Lebens. Aber nach allem ist es erlaubt, im Anfang und im Ende ihres Wirkens die Versprechungen der Jugend und die schließliche Einlösung des Versprechens zu sehen. Ein Leben aus einem Guß, ohne flatterhaftes Umherirren im Geschwätz und ehrgeizigem Adabei.

Und schon immer war es erstaunlich, daß sie in ihrer zeitweiligen Ehe mit Alberto Moravia nicht wankend wurde in ihrem Denken, Träumen und Schreiben. Sie war eine sichere, unbeeinflußbare Frau. Und das ist vielmehr als eine emanzipierte Frau, nämlich eine Frau, die keine Emanzipation braucht, weil sie schon eine ganze Frau ist.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Elsa Morante (1912–1985) FOTO: AP

Bremen: Catalanis „Geierwally" unter W. Schroeter

Jodelei im Opern-Loden

Alfredo Catalanis „La Wally", jetzt in Bremen dem Vergessen entrissen, geistert durch die Operngeschichte als das Werk, das der Gräfin Toscanini-Castelbarco, Arturos Tochter, den Vornamen gab – und böse Zungen wurden nicht müde dahinzuplaudern, der Name „Geier-Wally" hätte auch der Gräfin gut angestanden. Catalanis Oper jedenfalls verdankte dem Enthusiasmus Toscaninis ihren frühen glücklichen Start.

Aber ihre Schwingen trugen nicht weit. Dazu war die Geschichte wohl doch zu romantisch verworren für den knallharten Verismo, der inzwischen heraufzog und Catalani eine eher liebenswürdige als eine bahnbrechende Figur werden ließ. „La Wally" war jedoch in einer Beziehung denn doch wegweisend: Sie wurde eine Oper der Bergwelt wie ein reichliches halbes Jahrhundert später Brittens „Peter Grimes" eine Oper des Meeres. Durch Catalanis Oper rollten wirklich die Lawinen, dröhnten Sturzbäche zu Tal, pfiff der Wind und tanzte der Ländler. Es durfte (wie schon in Rossinis „Viaggio a Reims") tatsächlich kunstsinnig gejodelt werden und diesmal in vollem Ernst. Catalani schrieb so etwas wie Freiluftmusik im Opern-Loden. Das, immerhin, war originell.

Freilich beschränkte sich darauf auch schon die musikalische Eigenständigkeit Catalanis. An Erfindungskraft, Individualität, Eigenklang war sein Werk nicht eben reich. Catalani verstand es natürlich, eine handliche Arie zu schreiben, jawohl, aber es blieb bei der einen.

Finalwirkungen von musikalisch üppiger Bildhaftigkeit brachte er auch zustande. Dazwischen aber spielte und sang „La Wally" nicht sehr eingebungsfreudig dahin, gestützt auf folkloristische Einflüsterungen, doch im allgemeinen bediente Catalani sich doch nur der Opernfloskel, der musikalischen Geste aus zweiter Hand. Mit der gestikuliert sie sich nun zurück in Erinnerung, und was in Bremens Kräften stand, stellte sich ihr mit Hingabe zur Verfügung.

Pinchas Steinberg feuerte das Orchester an wie zu einem italienischen Brutalo-Western der Alpenwelt. Er erzeugte Spannung, den großen dramatischen Knalleffekt. Nur hätte es die lyrischen Episoden denn vielleicht doch etwas weicher, kultivierter heraussingen können. Toscaninis Lieblingsbefehl an seine Musiker war denn auch seit je das magische Wörtchen „Cantare" gewesen.

„La Wally" steht und fällt mit einer Singschauspielerin von primadonnenhafter Bühnenpräsenz. Das war Kristine Ciesinski noch nicht. Auch ließen ihre eher harschen Singkonturen nicht gerade an Neuschnee denken. Doch zentrierte sie immerhin auf sich Hochachtung und Aufmerksamkeit: Eine Sängerin, die sich in ihrer herausfordernden Rolle nicht schonte und ihr viele Glanzlichter abgewann.

Mihai Zamfir sang mit ansprechendem Tenor den Mann, dem Wally in Haßliebe bis zum Mordanschlag unwiderstehlich verfällt. Zamfirs eher gemütliche Erscheinung ließ dies Liebesrasen allerdings leicht überraschend erscheinen. Andere Figur machte da schon Gerald Dolter, der Wally hörige Bariton, der sich, bis über beide Ohren verliebt, zum Mord dingen läßt, doch einzig sich selber mordet. Dolter sang die weinerliche Rolle mit schöner Virilität und stimmlichem Stolz.

Zum Regisseur hatte sich Werner Schroeter aufgeschwungen. Er sperrte die Originalität des Sujets radikal aus, indem er die Handlung ins Zimmer sperrte. Die Alpen fanden im Saale statt, die Tragödie im Krankenzimmer. Bergwelt als krankhafte Imagination. Verdrießlichkeiten ringsum. Steigeisen am Stöckelschuh zur Besteigung des Gletschers „La Wally", auf dem es sich gut ausrutschen läßt. Catalani landete denn auch im kniehohen Schroeterschen Opernmatsch.

KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

Fünf Tage des internationalen religiösen Films begannen in Friedberg (Hessen); über 100 Filmer bewerben sich um den Förderpreis von 1001 Mark.

Michael Horwaths Kinderoper nach Saint-Exuperys „Der kleine Prinz" wurde am Berliner Theater des Westens uraufgeführt.

„Baton Rouge", ein Film des aus Algerien stammenden Franzosen Rachid Bouchareb, wurde beim Filmfestival von Amiens mit dem Großen Preis ausgezeichnet.

Hanny Schygulla gehört zur Jury des 7. „Festivals der drei Kontinente", das Forum für Filme aus Asien, Afrika und Lateinamerika sein will und heute in Nantes eröffnet wird.

Rene Barjavel, französischer Science-Fiction-Autor, ist im Alter von 74 Jahren in Paris gestorben; er schrieb auch Drehbücher, darunter für mehrere Don-Camillo-Filme.

Knapp 700 Kilo Kokain in USA beschlagnahmt

AFP, Jersey City

Knapp 700 Kilogramm Kokain im Verkaufswert von rund 1,53 Milliarden Mark sind am Wochenende in New York beschlagnahmt worden. Gleichzeitig hat die Polizei in mehreren Städten 27 Drogenhändler festgenommen. Bei der konzertierten Aktion in New York, New Jersey, in Florida und Puerto Rico wurde einer der bedeutendsten kolumbianischen Rauschgift-Schmugglerringe zerschlagen, der von der 57jährigen Gerardina Lopez Vanegas geleitet wurde. Die verhaftete Bandenchefin hatte ihre sechs Kinder, Schwiegersöhne und Schwiegermütter an dem Schmuggel beteiligt.

Nach Mitteilung des Staatsanwalts in New Jersey, Harold Ruvoldt, wurde eines der „größten internationalen Netze" gesprengt. Die Familie Vanegas, die im Gegensatz zu anderen Schmugglern in den Vereinigten Staaten lebte, wurde seit drei Jahren beschattet. Die Dealer hatten sich völlig sicher gefühlt.

Nach Angaben eines führenden Vertreters der Rauschgiftbekämpfungsbehörde in Washington, Robert Feldkamp, handelt es sich um einen außergewöhnlichen Schlag gegen den Kokain-Handel im Nordosten der Vereinigten Staaten. Den bisher größten Erfolg konnte die amerikanische Polizei im März 1982 verbuchen, als sie auf dem Flughafen von Miami 1,5 Tonnen Kokain beschlagnahmte.

Nach Schätzungen der Experten wurden im Verlaufe dieses Jahres über 100 Tonnen Kokain in die USA geschmuggelt und dort konsumiert.

Ehemalige Yacht Görings versteigert

ub, Hamburg

Unter dem Aktenzeichen 71aK 225/85 stand im Saal 939 des Hamburger Landgerichts gestern zur Zwangsversteigerung an, was für den einstigen „Stern"-Reporter und Beschaffer der gefälschten Hitler-Tagebücher, Gerd Heidemann, der Beginn seines finanziellen Ruins geworden war – Hermann Görings einstige Luxusyacht „Carin II", die Heidemann 1973 für 160 000 Mark von einem Bonner Druckereibesitzer gekauft hatte.

Die Deutsche Bank, als erste von mehreren Gläubigern mit einer Hypothek über 330 000 Mark auf das Schiff eingetragen, hatte die Zwangsversteigerung beantragt. Als achter Bieter ersteigerte ein Amerikaner namens Falco George Jaksic aus Los Angeles das rund 27 Meter lange Schiff für eine ungenannte Firma. Die „Carin II" soll offenbar für Kreuzfahrten in der Karibik eingesetzt werden. Da das Gebot des Ersteigerers die Summe der Sicherungshypotheken bei weitem nicht erreichte, wurde die Verkündung des Zuschlags auf Antrag der Deutschen Bank für zwei Wochen ausgesetzt.

Göring hatte die Motoryacht 1937 vom Verband der Deutschen Automobilindustrie als Geschenk erhalten. Als Kriegsbeute kam sie in den Besitz der Engländer, die sie in den Dienst des Königshauses stellten. Die Witwe Görings erstritt 1960 das Eigentum an der Yacht und verkaufte sie. Heidemann hatte sich bei der Renovierung des Schiffes übernommen und 1978 vergeblich versucht, es für 1,1 Millionen Mark zu verkaufen.



Eingekleidet von Yves St. Laurent, geschmückt von Cartier: die Madonna in Notre Dame de la Compassion in Paris FOTO: PETER WIEGEL

Pariser Chic für die Madonna des Grafen

ANDREAS SEIFERT, Paris

Das Modische als Selbstzweck und Lebensinhalt bestimmt, was man in Frankreich als „Pariserisch" bezeichnet. Daß diese Haltung, die die Hauptstadt so sehr von der Provinz unterscheidet, selbst die Blasphemie nicht scheut, die als solche nur von uns Provinzlern gesehen wird, zeigt die Geschichte von der Madonna des Grafen von Paris, die von Yves Saint Laurent eingekleidet wurde. Der Graf von Paris ist Frankreichs Thronprätendent und wird als solcher auch vom Protokoll des Staatspräsidenten anerkannt. Nur er wird bei Empfängen im Elysée mit seinem Titel begrüßt.

Nach seinem Wunsch soll die Kapelle Notre Dame de la Compassion, 1843 zum Gedenken an Louis Ferdinand von Orléans, Sohn des Bürgerkönigs Louis-Philippe, errichtet und seit Jahrzehnten geschlossen, *wieder eröffnet werden*. Der Graf von Paris erinnerte sich an die von seiner Großmutter verehrte spanische Madonna von Rociot bei Sevilla, zu der jährlich zu Pfingsten zwei Millionen Spanier pilgern.

Seinem Wunsch entsprechend fuhr der Abt der Kapelle, Jean-Louis Ducamp, nach Sevilla und bat dort einen Bildhauer um eine Reproduktion der spanischen Madonna. Wer sollte nun, so fragte sich der Priester, die Madonna standesgemäß einkleiden? Seine Wahl fiel auf Yves Saint Laurent. Er sei der Couturier, „der die Frauen würdevoll anzieht", glaubte er. Also bat er ihn, für die Madonna von Rociot, die „Heilige Jungfrau der Rose", ein Festkleid anzufertigen.

Die Bitte wurde nicht ausgeschlagen. Zwei Wochen später hielt die Madonna in einem goldenen Brokatkleid und mit güldenem Spitzenschleier Einzug in die Kapelle. Nach der Einkleidung stiftete der Graf von Paris ein Rubinkreuz, das dem letzten König von Frankreich gehört hatte. Dieses Kreuz trägt nun die Mutter Gottes an einer goldenen Cartier-Kette um den Hals. Zu Weihnachten erwartet Abbé Ducamp 4000 Pilger aus Spanien. Zur Mitternachtsmesse wollen die Gläubigen der Gemeinde von Sevilla ihrer Madonna ein Jesuskind schenken.

Die Kapelle werde, dem Wunsche des Comte de Paris entsprechend, als Gebets- und Wallfahrtsstätte für die Besucher des Viertels der Porte de Ternes und die Besucher des Internationalen Pariser Kongreßzentrums bestimmt sein, erklärte Ducamp. Die Madonna im Yves-Saint-Laurent-Kleid und mit der Goldkette von Cartier wird jedoch ihren Snob-Appeal nicht verfehlen und auch zum Treffpunkt jener werden, denen das Modediktat ihrer Kaste bisher die sonntägliche Messe beim Integristen-Bischof Monseigneur Lefebvre in der Kirche St. Nicolas du Chardonnet vorschrieb. Dort gaben sich bisher nicht nur die alten Damen der Hocharistokratie, sondern auch Jugendliche derselben Herkunft in Walkjankern und Lodenmänteln ein Stelldichein.

Französisches Privat-TV wird heftig kritisiert

SAD, Paris

Das vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand angekündigte private französische Fernsehprogramm hat zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Paris und Luxemburg geführt. Luxemburgs Premierminister Jacques Santer erklärte gestern, abweichend von Abmachungen über eine luxemburgische Beteiligung an diesem Programm sei die Lizenz an ein französisch-italienisches Konsortium vergeben worden. Eine luxemburgische TV-Gesellschaft habe sich aber schon am 30. Januar um eine solche Lizenz beworben. Mitterrand wehrte die Kritik mit dem Hinweis ab, außer der französisch-italienischen hätten keine anderen Bewerbungen vorgelegen. Deshalb sei der Vertrag mit dem italienischen Partner, dem Medien-Unternehmer Silvio Berlusconi (WELT v. 25. 11.), abgeschlossen worden.

Pflegekinder-Urteil

dpa, München

Für die steuerliche Einstufung von Pflegekindern und -eltern ist die Frage, wer Unterhalt für das Kind zahlt, nicht mehr ausschlaggebend. Das hat der Bundesfinanzhof (BFH) in einem gestern in München veröffentlichten Urteil entschieden. Als Pflegekind nach dem Einkommensteuerrecht gilt jetzt, wer „in einem auf längere Zeit angelegten Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft" mit seinen Pflegeeltern zusammenlebt (Az.: VI R 53/82). Bisher wurde ein Pflegekindverhältnis steuerlich nur anerkannt, wenn die Kinder von ihren Betreuern „überwiegend" unterhalten wurden.

Kandinsky gestohlen

dpa, Köln

Wie die Polizei erst gestern mitteilte, wurde zwischen dem 13. und 15. September in Köln ein Gemälde des russischen Malers Wassily Kandinsky (1866–1944) gestohlen. Das Bild mit dem Titel „Flach-Tief" hat einen Versicherungswert von einer Million Mark. Es wurde auf einem Transport von Hamburg nach München aus dem Lagerraum der Speditionsfirma in Köln entwendet. Der Laster mußte wegen des Sonntagsfahrverbots seine Tour am Rhein unterbrechen.

ZU GUTER LETZT

„Eine verblüffende Rechnung hat die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) aufgemacht: Eine 600 Kilogramm schwere Kuh bringt eine Wärmeleistung von 1200 Watt. 20 Kühe könnten demnach den Heizungsbedarf für 150 Quadratmeter Wohnfläche decken und 3300 Liter Heizöl im Jahr einsparen. Diese Alternative empfiehlt die VDEW nicht für jeden, da in Etagenwohnungen, Hochhäusern und engen Sozialwohnungen nur schwer lösbare Transport- und Platzprobleme auftauchen dürften." – Das meldete dpa.

WETTER: Schneefall und kalt

Lage: Ein Tiefdrucksystem über Dänemark und der Nordsee zieht nach Süden, es führt wolkenreiche und weiterhin kalte Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden anfangs aufgelockerte, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und nachfolgend zeitweise Schneefall. Temperaturen nahe Null, nachts um minus 2 Grad. Mitte und Süden: Bei wechselnder Bewölkung vereinzelt leichter Schneefall. Temperaturen bei minus 1, nachts um minus 3, in den Hochlagen bis minus 8 Grad.

Weitere Aussichten: Weitere Schneefälle und kalt

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.58 Uhr*, Untergang: 16.20 Uhr; **Mondaufgang:** 16.00 Uhr, Untergang: 8.02 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 26. Nov., 7 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

1040 H 1040 1030 Haparanda -8 1010 Reykjavik -1 1030 Stockholm 1010 1020 Hamburg Berlin Frankfurt Wien München Paris Dubrovnik Nizza Rom Madrid Lissabon Malaga Palma Tunis 1000

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:			Lübeck	1	S	Faro	16	bd	Ostende	4	he
			Mannheim	2	bw	Florenz	10	he	Palermo	15	bw
Berlin	1	he	München	-2	S	Genf	6	bd	Paris	0	bd
Bielefeld	0	S	Münster	0	S	Helsinki	-3	S	Peking	9	wl
Braunlage	-2	bw	Norderney	4	he	Hongkong	20	bw	Prag	-1	S
Bremen	0	bd	Nürnberg	-1	S	Innsbruck	-1	bw	Rhodos	18	he
Dortmund	2	bd	Oberstdorf	-2	he	Istanbul	10	bd	Rom	10	he
Dresden	-1	S	Passau	-1	S	Kairo	22	bw	Salzburg	1	S
Düsseldorf	1	bd	Saarbrücken	0	bd	Klagenfurt	1	R	Singapur	31	bw
Erfurt	-2	bd	Stuttgart	-1	S	Konstanza	10	bd	Split	13	he
Essen	0	S	Trier	0	S	Kopenhagen	3	he	Stockholm	-2	S
Feldberg/S.	-7	Ne	Zugspitze	-10	S	Korfu	16	he	Straßburg	1	he
Flensburg	1	he	**Ausland:**			Las Palmas	23	bw	Tel Aviv	14	he
Frankfurt/M.	2	S				Leningrad	-1	S	Tokio	13	bw
Freiburg	0	bd	Algier	16	bw	Lissabon	8	R	Tunis	13	bw
Garmisch	0	S	Amsterdam	4	he	Locarno	7	he	Valencia	12	bw
Greifswald	2	bd	Athen	17	he	London	6	bd	Varna	13	bd
Hamburg	2	he	Barcelona	9	bw	Los Angeles	12	R	Venedig	7	wl
Hannover	0	bd	Belgrad	–	–	Luxemburg	0	bw	Warschau	0	S
Kahler Asten	-2	S	Bordeaux	3	he	Madrid	8	bw	Wien	0	S
Kassel	1	bw	Bozen	5	he	Mailand	5	bw	Zürich	0	bd
Kempten	-2	S	Brüssel	1	he	Malaga	13	Sp			
Kiel	2	he	Budapest	3	bd	Mallorca	10	bw			
Koblenz	1	S	Bukarest	5	bd	Moskau	-7	S			
Köln-Bonn	0	bd	Casablanca	2	bw	Neapel	14	he			
Konstanz	-1	S	Dublin	5	he	New York	5	he			
Leipzig	-1	bd	Dubrovnik	13	he	Nizza	11	bw			
List/Sylt	4	he	Edinburgh	4	bw	Oslo	1	bw			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Ein Wettstreit um Fortunas Kassen ist entbrannt

HANS LIEDEL, Mainz

Das Wirtschaften mit nicht gerade üppig gefüllten Kassen war schon immer schwierig. Begreiflich also, daß sich die Landesväter entlang des Rheins derzeit auf den Spieltrieb ihrer Bürger besinnen, um die öffentlichen Schatullen wieder aufzufüllen.

Ein Kabinettsbeschluß in Düsseldorf eröffnete den Reigen: Die „Westdeutsche Spielbanken-GmbH", eine hundertprozentige Tochter der Westdeutschen Landesbank und Betreiberin der Casinos in Bad Oeynhausen, Aachen und Dortmund, wurde beauftragt, den Standort einer vierten Spielbank im Lande auszuspähen. Die Bruttospielergebnisse 1984 (Gewinn vor Steuern) in Bad Oeynhausen (29,2 Millionen Mark), Aachen (33,8 Millionen) und der gute Start der jüngsten und 28. deutschen Spielbank in Dortmund (im Juni '85) hatten die Aktivitäten entfacht. Neben weiteren 39 Gemeinden Nordrhein-Westfalens sieht sich da auch die Bundeshauptstadt Bonn beim Wettstreit um Fortunas Kassen altgehegten Zielen wieder näher und hat sich erneut ins Rennen gebracht.

Mit Blick auf die Spielbank von Bad Neuenahr, die nur wenige Kilometer südwestlich von Bonn pro Jahr ein Bruttospielergebnis von rund 33 Millionen schreibt (von dem immerhin gut 80 Prozent Steuern zu zahlen sind), waren auch die Regierenden im Mainzer Schloß herausgefordert. Gleich nebenan beschloß der rheinland-pfälzische Landtag vorletzte Woche ein Gesetz, das drei neue Standorte für Spielbanken ausweist: Von Bad Ems aus will man zukünftig dem Nachbarn im Norden trotzen, von Trier aus den Luxemburgern (in *Mondorf*) Paroli bieten. Die (Mutter-)Spielbank der beiden soll in Mainz aus der Taufe gehoben werden.

Auf der hessischen Seite des Rheins vertraut man gelassen auf die alteingesessene „Mutter von Monte Carlo" im Kurpark von Bad Homburg. Dort spielt die Konzessionärsgruppe unter Führung des Bad Wildunger Klinikbetreibers Werner Wikker pro Jahr gut 50 Millionen Mark Bruttoergebnis ein.

Anders könnte das 40 Kilometer westlich in Wiesbaden aussehen. Dort fürchtet man, die betuchten Bürger könnten ihr Geld in Zukunft jenseits der Brücke, im nachbarlichen Mainz, loswerden. Deshalb brachte Innenminister Horst Winterstein im rot-grün regierten Bundesland eine Kabinettsvorlage auf den Weg, nach der das „Residenzverbot" für die Wiesbadener Spielbank im Frühjahr '86 aufgehoben werden soll. Nach dem Prinzip, daß man den eigenen Bürgern das Geld nicht per Glücksspiel aus der Tasche ziehen darf, hatte diese 200 Jahre alte Order den braven Wiesbadenern das Spiel in dieser Bank verboten.

Doch bis in Mainz die Kugel tatsächlich rollt, geht noch Zeit ins Land. Will man Insidern glauben, soll allerdings die Entscheidung für den Standort – das Hilton-Hotel, günstig gelegen zwischen Dom und Rheinufer – schon gefallen sein. Zu entsprechenden Umbauten wäre der Hauseigentümer, die Mainzer Aufbaugesellschaft (MAG), gewiß willens.

Unklarheit herrscht noch über die zukünftigen Konzessionäre. Unter den Bewerbern sind der Berliner Bauunternehmer Friedrich Schröder, der Alzeyer Unternehmer Alfred Kipp (Massa) und der Mainzer Verlagschef Eckard Kentsch. Das einzige, was Hermann Mayer, der Sprecher des Mainzer Innenministeriums darüber hören läßt: Die Betreiber von Neuenahr mit Filiale im pfälzischen Bad Dürkheim, die Gruppe um den Münchner Rechtsanwalt Alexander Schmitz, sollen es „möglichst nicht alleine" sein.

Für die noble Wiesbadener Spielbank wurde die Konzession diesen Sommer gerade um weitere fünf Jahre verlängert. Die Kommanditisten der Betreibergesellschaft „Neuland KG", die beiden Frankfurter Immobilienkaufleute Ignatz Bubis und Carol Nachmann, sowie Annemarie Steigenberger und ihr Schwiegersohn Wolfgang Momberger sind angesichts der Mainzer Pläne nicht eben erfreut, sagen aber keineswegs „rien ne va plus": Als neuer Spielbankdirektor soll Horst Weissengruber, ehemals Chef des Steigenberger-Hotels in Bad Reichenhall, durch edle Atmosphäre und erlesene Gastronomie das Wiesbadener Bruttospielergebnis von jährlich rund 25 Millionen Mark „offensiv" sichern.

„Hosenträger" für den Schwerverkehr

Italien plant Bau einer Autobahn für Lastkraftwagen zwischen Modena und Florenz

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Tausende und Abertausende deutschen Urlauber, die alljährlich mit dem eigenen Wagen nach Italien fahren, haben Grund aufzuatmen, denn in absehbarer Zeit wird die Nord-Süd-Autobahn Mailand–Rom–Neapel in ihrem stark überlasteten mittleren Abschnitt vom Lkw-Verkehr befreit sein.

Das italienische Parlament hat im Rahmen des Zehnjahresplans für den Fernverkehr den Bau einer zweiten Apenninen-Autobahn zwischen Sasso Marconi, südlich von Bologna, und Barberino di Mugello, nördlich von Florenz, beschlossen. Die Kosten dafür werden mit etwa zwei Milliarden Mark angegeben.

Geplant sind auch zwei – „Hosenträger" genannte – Abschnitte, die im Norden und Süden der Doppelautobahn, das heißt bei Sasso Marconi und Barberino di Mugello von der Apenninenstrecke zur bestehenden Autobahn bei Modena beziehungsweise bei Incisa führen und gleichfalls dem Lastenverkehr vorbehalten bleiben. Die drei geplanten Streckenabschnitte werden jeweils rund 50 Kilometer lang sein.

Wer oft auf der A 1, Italiens wichtigster Autobahn, unterwegs ist, weiß aus eigener Erfahrung, wie nervenaufreibend die Fahrt zwischen Bologna und Florenz ist. Dieser Abschnitt der A 1 wurde vor 25 Jahren, im Dezember 1960, dem Verkehr übergeben. Die etwas über 100 Kilometer lange Strecke durch das Bergmassiv ist mit 85 Brücken und Viadukten sowie 25 Tunnels *förmlich gespickt*.

30 000 Fahrzeuge, ein Drittel davon Lkw, befahren täglich diese Strecke. Dies führt zu einem enorm hohen Verschleiß der Straßendecke. Und die laufenden Reparaturarbeiten führen wiederum, vor allem während des Touristenansturms im Sommer, zu endlosen Stauungen des Verkehrs.

So wurde es immer notwendiger, die A 1 zwischen Bologna und Florenz dem ständig wachsenden Verkehrsumfang anzupassen. Eine Verbreiterung der bestehenden Autobahn stellte sich wegen der vielen Brücken und Tunnelbauten als unmöglich heraus.

Man entschied sich daher für den Bau einer Parallel-Autobahn von 51,6 Kilometer Länge ausschließlich für den Lastenverkehr. Sie wird im Settatal nur 500 Meter über dem Meeresspiegel verlaufen (die bestehende Autobahn liegt 200 Meter höher) und einen acht Kilometer langen Tunnel umfassen. Die Straßendecke dieser *Lkw-Autobahn soll besonders widerstandsfähig sein.*

An der Verwirklichung der sogenannten „Camionale" zwischen Sasso Marconi und Barberino di Mugello besteht kaum Zweifel. Die Regionalregierungen von Emilia-Romagna und der Toskana haben sich positiv zu dem Plan geäußert. Es fehlt jedoch nicht an negativen Stimmen. Besonders nachdrücklich protestierte der kommunistische Bürgermeister von Sasso Marconi, Gianni Pellegrini. Er bezeichnet das Projekt aus ökologischen Gründen als „unheilvoll", weil in dem engen Tal, in dem die neue Autobahn gebaut werden soll, bereits Eisenbahnlinien, Wasserleitungen und viele Bauten für drangvolle Enge sorgen.

